DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 15. Juli 1986 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 161 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien ... Italien 1500 L. Jugoslawien 580,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei ... TL

Heute in der WELT



Ein Botschafter der Kunst

Seinen Namen verbindet man mit Stahl und Millionen. Schwerreich ist er, aber aus dem Geschäft hat er sich zurückgezogen, um als Botschafter der Kunst zu reisen: Erst kürzlich kehrte Baron Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza aus Leningrad zurück. Sein Mitbringsel: Gold- und Silberschätze aus der Eremitage. Sie werden bis zum 2. November in Thyssens Villa „Favorita" am Luganer See gezeigt. Seite 3

Gespräch mit einem chinesischen Chirurgen

Wer von chinesischer Medizin spricht, meint damit gewöhnlich Akupunktur. Doch bereits seit mehr als zwanzig Jahren beschäftigen sich chinesische Ärzte erfolgreich mit einem wichtigen Gebiet der Chirurgie, der Retransplantation abgetrennter Körperteile. Professor Zhong-Wei Chen (58) von der Universität Shanghai ist die chinesische Kapazität auf dem Gebiet der Wiederherstellungschirurgie. Mit Zhong-Wei Chen sprach WELT-Redakteurin Vera Zylka. Seite 6

POLITIK

Konsultationen: Umweltminister Wallmann beginnt heute eine Serie von Informationsbesuchen in westlichen Partnerländern. In Paris steht das umstrittene Kernkraftwerk Cattenom auf der Tagesordnung, in London die geplante Nordsee-Schutzkonferenz.

Flüchtlinge: Bundeskanzler Kohl hat dem pakistanischen Regierungschef Junejo verstärkte Hilfe für die mehr als drei Millionen afghanischen Flüchtlinge in Pakistan zugesagt. Bonn sehe mit Besorgnis Moskaus Militäraktionen in Afghanistan. (S. 10)

Übersiedler: 747 Übersiedler sind in der vergangenen Woche im Grenzdurchgangslager Friedland eingetroffen, 110 mehr als in der Woche zuvor. Nach Angaben der niedersächsischen Landesregierung kamen allein 737 Übersiedler aus polnischen Gebieten.

Vietnam: Das 79 Jahre alte bisherige Staatsoberhaupt Truong Chinh ist in der Nachfolge des gestorbenen Le Duan zum neuen Parteichef gewählt worden. Truong, Verfechter einer kompromißlosen Politik, ist Ideologie-Experte der KP Vietnams. (S. 10)

Tschernobyl: Wissenschaftlern ist es gelungen, im Inneren des zerstörten Reaktorblocks eine Sonde zu installieren, mit der die Temperatur- und Radioaktivitätswerte gemessen werden können. Die „Prawda" spricht von einer „Operation Nähnadel".

Südafrika: Die US-Regierung denkt nach einer Meldung des Magazins „Time" im Zusammenhang mit der Überprüfung ihrer Beziehungen zu Pretoria ernsthaft an die Ernennung des schwarzen Werbefachmannes Robert Brown zum Botschafter in Südafrika.

WIRTSCHAFT

Urlaub: Die Deutschen sind offensichtlich bereit, ihre Jahre währende Zurückhaltung bei Ausgaben für den Urlaub aufzugeben. In diesem Jahr werden sie schätzungsweise 39,5 Milliarden Mark ausgeben, zwei Milliarden Mark mehr als 1985. In den vergangenen fünf Jahren war das Urlaubsbudget sogar im Schnitt um 0,4 Prozent gekürzt worden. (S. 11)

Börse: Bei zähem Geschäft ergab sich an den Aktienmärkten eine widerstandsfähige Tendenz. Der Rentenmarkt war nur wenig verändert. WELT-Aktienindex 262,05 (262,94). BHF Rentenindex 106,645 (106,665). BHF Performance Index 105,249 (105,240). Dollarmittelkurs 2,1910 (2,1824) Mark. Goldpreis pro Feinunze 345,75 (348,10) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
270
260
250
1. 2. 3. 4. 7. 8. 9. 10. 11. 14.
Juli 86
DIE WELT

KULTUR

Universität: Neben dem oft chaotischen Riesencampus gibt es in Rom fast unbeachtet ein universitäres Universum, das in der Welt seinesgleichen sucht: 20 Akademien und Hochschulen, wo noch gelehrt und gelernt wird. (S. 19)

Müde: Im elften Jahr seines Bestehens zeigt das „North Sea Jazz Festival" in Den Haag einige Ermüdungserscheinungen. Die Galerie der ganz großen Namen im Jazz ist merklich ausgedünnt. Minimierte Attraktionen. (S. 18)

SPORT

Leichtathletik: Trotz der vielen schwachen Leistungen bei den Meisterschaften in Berlin wird der deutsche Verband alle Disziplinen bei der Europameisterschaft in Stuttgart (vom 26. bis zum 31. August) besetzen. 76 Athleten sind nominiert worden. (S. 9)

Motorsport: Jacques Laffite wird nie wieder Rennen fahren können. Der Franzose, mit 42 Jahren ältester Formel-1-Fahrer, erlitt bei einem schweren Unfall nach dem Start des Grand Prix in Brands Hatch mehrere Brüche beider Beine und des Beckens. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Rheinisch: Er kennt Schuberts „Lindenbaum", und in Düsseldorf-Oberkassel tritt er als Büttenredner auf. Der japanische Mathematiklehrer Fusao Nakashima (Foto) ist akklimatisiert: „Ne jekke Japaner in de Bütt". Seit 13 Jahren lebt Nakashima in Düsseldorf, wo er sich so wohl fühlt, daß er für immer im Rheinland bleiben möchte. Der Japaner: „Ich bin auch gerne lustig". (S. 20)



Nummern: Neue Orientierungshilfen an Autobahn-Abfahrten probt das Bundesverkehrsministerium im Raum Köln. Kreisrunde Nummerschilder weisen Fremden den Weg. Doch noch fehlen die Straßenkarten. (S. 20)

Spenden an Parteien nur bis 100 000 Mark steuerfrei

Karlsruhe erklärt die Zuschüsse des Staates an Stiftungen für Rechtens

H.F. **Karlsruhe**

Das Bundesverfassungsgericht hat die vom Bundestag Ende 1983 beschlossene Neuregelung der Parteienfinanzierung im wesentlichen bestätigt. In dem von den Grünen dagegen angestrengten Organstreitverfahren (2 BvE 2/84) haben die Richter des Zweiten Senats lediglich einige Bestimmungen über den Umfang der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Parteispenden beanstandet und für unvereinbar mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes erklärt.

Nach dem gestern von Gerichtspräsident Professor Wolfgang Zeidler verkündeten Urteil sind Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke für jeden Steuerpflichtigen nur bis zu einem Höchstbetrag von 100 000 Mark abzugsfähig. Für zwei der acht Richter des Staatsgerichtshofssenates stößt es auf erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken, diese Grenze so verhältnismäßig hoch anzusetzen. In einer der Entscheidung beigefügten „abweichenden Meinung" vertreten Professor Wolfgang Böckenförde und Ernst Gottfried Mahrenholz, die beide der SPD angehören, die Auffassung, daß dies mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der gleichen Teilhabe jedes Bürgers an der politischen Willensbildung nicht vereinbar ist. Bisher sind Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien bis zu fünf Prozent des Einkommens oder von zwei Promille der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter steuerlich absetzbar.

Bis zur Neuregelung durch den Bundestag hat der Erste Senat die Abzugsfähigkeit von Parteispenden bis zu einem Betrag von 100 000 Mark für zulässig erklärt, um zu verhindern, daß „bei den Steuerpflichtigen und den Behörden Unsicherheit über die Rechtslage herrscht". Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht der Finanzverwaltung aufgegeben zu prüfen, ob den Steuerpflichtigen, die bis zur Verkündung des Urteils im Vertrauen auf die uneingeschränkte Gültigkeit der neuen Parteifinanzierungsregelung Spenden an politische Parteien geleistet haben, der „in dieser Vorschriften vorgesehene Steuervorteil" gewährt werden kann.

Für Karlsruhe sind die erweiterte Abzugsfähigkeit von Parteibeiträgen und Spenden und der Chancenausgleich zwei wesentliche Bestandteile einer aufeinander abgestimmten Gesamtregelung.

In einem zweiten Urteil hat der Zweite Senat in dem ebenfalls von den Grünen angestrengten Organstreitverfahren gegen die Gewährung von Globalzuschüssen aus dem Bundeshaushalt an die vier parteinahen Stiftungen (2 BvE 5/83) die Anträge als unbegründet zurückgewiesen. Einzelne mißbräuchliche Maßnahmen der Stiftungen rechtfertigen nicht die Annahme, daß es sich bei den Globalzuschüssen um eine verdeckte Parteienfinanzierung handele. Der frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen Otto Schily sagte nach der Urteilsverkündung: „Die Konsequenz kann nur heißen, daß es eine grüne Parteistiftung geben wird. Wir sind auch eine dauerhafte Grundströmung, wie das Gericht das formuliert hat. Damit müssen wir auch einen entsprechenden Anteil des Geldes in Anspruch nehmen können."

DER KOMMENTAR

Neue Maßstäbe

HENNING FRANK

Es ist zwar kein klassisches Gütesiegel, das Karlsruhe der Neuregelung der Parteienfinanzierung aufgedrückt hat. Aber das neue System, auf das sich die Regierungsparteien und die SPD Ende 1983 geeinigt haben, wurde von den obersten Verfassungshütern im wesentlichen gut geheißen. Das ist das Entscheidende aus dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Daß die Richter des Zweiten Senats den bisherigen Umfang der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Parteispenden bejahen würden, hatten nur Optimisten erwarten können. Nicht einmal die Schatzmeister der Parteien haben ernstlich damit gerechnet, daß sie insoweit in Karlsruhe ungeschoren davonkommen würden. Nicht umsonst sprach man schließlich schon vor der Verabschiedung der Neuregelung von einem verfassungsrechtlichen Restrisiko. Eben das hat sich als weitaus kleiner herausgestellt, als es von den meisten befürchtet worden war.

Mit der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Höchstgrenze der steuerlichen Abzugsfähigkeit von 100 000 Mark für jeden Steuerpflichtigen können alle Parteien leben. Das umso mehr als der von Karlsruhe ausdrücklich anerkannte Chancenausgleich zwischen den Parteien dafür sorgen wird, daß alle von dem Spendenkuchen etwas abbekommen. Dabei wird sich der Bürger wohl oder übel damit abfinden müssen, daß seine Spende nicht nur der Partei seiner Wahl zugute kommt. Er finanziert damit indirekt zugleich auch politische Gruppierungen, die nicht nach seinem Geschmack sind. Doch das ist eben der Preis, den die Bürger für die wesentliche Erweiterung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beiträgen und Spenden an politische Parteien zahlen müssen.

Ob er zu hoch ist, wie nicht wenige meinen, wird sich erst in einigen Jahren erweisen. Gerade darum sollten sich die Parteien die Mahnung des Verfassungsrichters Böckenförde zu Herzen nehmen, daß die stets steigenden Finanzbedürfnisse nur ihren Apparat stärken und die politische Betätigung zunehmend zu einer Frage der Partei-Berufskarriere machen.

Mitterrand widersetzt sich Chirac

Kraftprobe in der Innenpolitik: Beim Thema Privatisierung spielt der Präsident auf Zeit

PETER RUGE, **Paris**

Präsident Mitterrand will die von der bürgerlichen Regierung vorgelegten „Ordonnancen" zur Privatisierung von 65 Staatsunternehmen nur dann unterschreiben, wenn dabei nicht gegen das „nationale Interesse Frankreichs" verstoßen wird. Er könne nicht zulassen, daß „Güter, die der Nation gehören, sich morgen in den Händen von Ausländern befinden". Diese Aussage, die anläßlich des traditionellen Fernsehgesprächs am 14. Juli als deutliche Warnung an Premierminister Jacques Chirac aufgefaßt wurde, stellt die erste schwere innenpolitische Kraftprobe während der „Cohabitation" dar.

Nachdem die knappe Parlamentsmehrheit aus Gaullisten und Liberalen das Rahmengesetz über die Wirtschaftsreform verabschiedete, nachdem auch der von den Sozialisten angerufene Verfassungsrat gegen dieses Ermächtigungsgesetz keine grundsätzlichen Bedenken äußerte, hat die Regierung die Ausführungsverordnungen so weit vorbereitet, um diese morgen im Ministerrat zu verabschieden. Rechtskraft erlangen solche „Ordonnancen" aber nur mit der Unterschrift des Staatspräsidenten.

Bisher lägen ihm die Texte für die Privatisierung der 65 Firmen, Banken und Versicherungen nicht vor, sagte François Mitterrand: „Ich brauche Zeit, schließlich geht es um 300 Milliarden Franc."

Der Staatspräsident machte auf zwei Auflagen des Verfassungsrats aufmerksam. Erstens dürften die staatlichen Gesellschaften nicht unter Wert verkauft werden. Zweitens sei von seiner Seite Einhalt zu gebieten, wenn ausländische Käufer für Unternehmen aufträten, die für die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit unerläßlich wären.

SEITE 2: Mitterrands Kampfansage

Die Verweigerung der Unterschrift des Präsidenten unter die Privatisierungspläne der Gaullisten würde diesen Teil der Wirtschaftsreform nicht blockieren, nur müßte die Vorlage den normalen Weg durch das Parlament gehen. Diesen zeitlichen Umweg wollte Chirac vermeiden. Andere „Ordonnancen", zum Beispiel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, will Mitterrand dagegen sofort unterschreiben.

So präsentiert sich die V. Republik am Nationalfeiertag der Franzosen, der an den 14. Juli 1789 erinnert, als die Bastille-Festung in Paris erstürmt wurde, nach innen vor einer Krise, nach außen aber stark gerüstet.

Seite an Seite hatten Mitterrand und Chirac am Morgen die traditionelle Militärparade abgenommen. Es war das größte Defilee, das die französische Hauptstadt seit 1945 erlebte. Die Rückkehr der Gaullisten an die Macht vor vier Monaten sollte hier sichtbaren Ausdruck finden, die neue Wertschätzung der Armee dokumentiert werden: 675 Fahrzeuge, 375 Panzer und 4000 Soldaten zogen vom Arc de Triomphe die Champs-Elysées hinunter über den Place de la Concorde.

Bischöfe stellen sich gegen die Militärregierung in Chile

Appell an Pinochet / Besuch bei inhaftierten Gewerkschaftern

DW. **Santiago**

Die katholische Kirche in Chile hat der Militärregierung jetzt unmißverständlich klar gemacht, daß sie auf Seiten derjenigen steht, die das Land zur Demokratie führen wollen. Im Anschluß an ein zweitägiges Treffen veröffentlichte die chilenische Bischofskonferenz ein Papier, das deutliche Kritik am Kurs Präsident Pinochets enthält. Außerdem besuchte eine Abordnung der Bischöfe 15 Gewerkschafter im Gefängnis, die wegen „subversiver Umtriebe" verhaftet worden waren. In einem Brief an die Gefangenen wird deren Kampf für die Demokratie ein „legitimes Anliegen" genannt.

An die Militärjunta appellierten die Bischöfe, einen konstruktiven Dialog zu eröffnen. Nur die Freiheit und die wirkliche Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben könnten in Chile ein „vernünftiges und fruchtbares Zusammenleben" gewährleisten. Mit Blick auf den Papst-Besuch im April nächsten Jahres stellten sie die Frage, „welches Chile" Johannes Paul II. antreffen werde. Das Land sei gegenwärtig von Gewalt beherrscht. Die Ursachen hierfür lägen in Armut, Arbeitslosigkeit, Verbrechertum und Katastrophen, aber auch in der Herrschaft der Militärs.

Die Bischöfe warnten die Regierung vor ungerechtfertigten Polizeiaktionen. „Der unnötige oder übertriebene Einsatz von Kriegsmitteln gegen die Zivilbevölkerung" verursache Terror, Angst und Gereiztheit bei den Opfern, „die in vielen Fällen nicht einmal an den Aktionen teilgenommen haben, gegen die sich die Repression richtet". Die Opposition im Lande wurde aufgefordert, auf „politischen Terrorismus", der die „Negation der Menschenrechte und der Demokratie" sei, zu verzichten.

In dem Brief an die 15 Gewerkschafter, die maßgeblich an der Organisation des Generalstreiks am 2. und 3. Juli beteiligt waren, heißt es: „Wir sind davon überzeugt, daß Sie einer legitimen Sache dienen und dies auf friedliche Weise tun." Bischof Jorge Hourton, der an dem Besuch im Gefängnis teilnahm, erklärte danach, man habe jene Solidarität ausdrücken wollen, „die mit den Gedanken der Kirche in Einklang steht, auch wenn das Militärregime sich nicht darum kümmert".

Asylrecht: Städte rufen Bonn zu Hilfe

SPD-Politiker Schmalstieg fordert „globale finanzielle Entlastung" der Kommunen

fac. **Bonn**

Der neue Präsident des Deutschen Städtetages, Herbert Schmalstieg (SPD), unterstützt Bemühungen in der Bonner Koalition, das Aufenthaltsrecht von Ausländern einzugrenzen. Der Oberbürgermeister von Hannover sieht zu der „rettungslosen Überfüllung" der meisten Übergangs- und Sammelunterkünfte für Asylbewerber nur eine Alternative: „Wir dürfen in Zukunft nur noch denjenigen das Asylrecht garantieren, die tatsächlich politisch verfolgt wurden oder sind. Wenn jemand aber aus einem Land kommt, wo er nicht politisch verfolgt wird und in dem er vielleicht sogar angeworben worden ist, in die Bundesrepublik zu kommen, weil man meint, hier könne man Arbeit finden oder hier würde durch unser soziales Sicherungssystem ein zufriedenstellendes Leben garantiert werden, dann geht das nicht."

In der „Neuen Presse" Hannover vertritt der sozialdemokratische Kommunalpolitiker zwar den Standpunkt, daß das Asylrecht nach den geschichtlichen Erfahrungen „mit höchster Sensibilität behandelt" werden müsse. „Auf der anderen Seite müssen wir aber darauf achten, daß es nicht länger angehen kann und darf, daß jeder, der meint in die Bundesrepublik kommen zu sollen, bei uns auch ein Aufenthaltsrecht genießt."

Viele Mitarbeiter in den kommunalen Ausländerbehörden seien allerdings überfordert, wenn von ihnen verlangt werde zu entscheiden, in welchem Land „tatsächlich jemand politisch verfolgt" werde oder nicht. Deshalb begrüße der Städtetag, daß das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge personell verstärkt werden soll. Damit könnten Verfahren schneller abgewickelt werden. Schmalstieg führte ein aus seiner Sicht skandalöses Beispiel aus Hannover an: „Im vergangenen Jahr sind von 78 unanfechtbar abgewiesenen Asylbewerbern 68 in der Stadt geblieben. Das kann nicht im Sinne des Staates und im Sinne der Kommunen sein."

Der Präsident des Städtetages verlangte, das Asylanerkennungsverfahren müsse innerhalb eines Jahres rechtskräftig abgeschlossen sein. Der unterschiedliche Umgang mit abgelehnten Asylbewerbern stelle die kommunalen Behörden vor eine „absolut unbefriedigende Situation". Durch die Tatsache, daß abgelehnte Bewerber in dem einen Bundesland ausgewiesen würden in dem anderen aber nicht, gebe es eine Binnenwanderung.

Schmalstieg plädierte für eine „globale finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Staat". Bund, Länder und Gemeinden hätten für die Asylsuchenden eine gemeinsame Verantwortung. Es könne nicht sein, daß den größten Teil der Kosten dafür die Städte und Gemeinden aufbringen müßten.

Regierungssprecher Friedhelm Ost kündigte gestern in Bonn vor Journalisten für heute eine weitere Sitzung von Experten der interministeriellen Kommission zur Asylproblematik an.

Terror in Madrid fordert acht Tote

DW. **Madrid**

Bei einem Bombenanschlag in Madrid sind gestern acht Angehörige der Guardia Civil getötet und rund 40 weitere Personen verletzt worden. Der Anschlag ist das bisher schwerste Attentat durch ferngezündete Autobomben und vermutlich ein Vergeltungsschlag der Separatistenorganisation ETA für die Ausweisung ihres Anführers Domingo Itrube Abasolo. Am Sonntag war Abasole von Frankreich nach Gabun ausgewiesen worden.

Seiten 2 und 10: Weitere Beiträge

„Desaster" in Nicaragua

tho, **Managua**

Das Wirtschaftsprogramm der nicaraguanischen Regierung ist ein „totales Desaster", urteilt der Chef der Oppositionspartei „Unabhängige Liberale Partei", Virgilio Godoy, in einem WELT-Gespräch. Das Land sei wirtschaftlich, sozial und politisch abgewirtschaftet. Die Sandinisten duldeten keine andere Meinung, deshalb rechne er mit weiteren Repressionen. Das Parlament solle lediglich den Eindruck der Wahrung demokratischer Prinzipien erwecken.

Seite 7: Wortlaut des Interviews

Sowjet-Presse lobt London

DW. **London**

Der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse ist gestern in London mit seinem britischen Amtskollegen Sir Geoffrey Howe zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der zweitägigen Gespräche stehen die derzeitigen Hauptprobleme der Weltpolitik, nämlich Sicherheit, Verringerung der internationalen Spannungen und ein Abbau der militärischen Bedrohung. Erkundet werden sollen auch die Aussichten auf einen Gipfel der beiden Supermächte noch in diesem Jahr.

Auffälliges Lob zollte das sowjetische Fernsehen in den vergangenen Tagen der britischen Außenpolitik. In Großbritannien hat es nach sowjetischer Auffassung „bestimmte positive Veränderungen" hinsichtlich der Gesprächsbereitschaft Londons gegeben. Britische Politiker hätten Verständnis für die Wichtigkeit der Fortsetzung eines Dialoges mit Moskau gezeigt.

Bülow: Schlimmer Trick um SDI

DW. **Osnabrück**

Der wehrpolitische Sprecher der SPD, Andreas von Bülow, hat den Auftrag an den deutschen MBB-Konzern für ein Projekt des Raketenabwehrprogramms im Weltraum (SDI) als „schlimmen Roßtäuschertrick" bezeichnet. Es sei angesichts des Auftragsvolumens von 8,8 Millionen Mark, das zwölf Prozent vom Wert eines „Tornado"-Flugzeuges ausmache, absurd, daß die CDU von einer „großen Chance" spreche. Politisch sei diese Beteiligung „höchst fatal", weil das Projekt die gesamte Ost-West-Verständigung hemme, sagte er.

Trotz der jüngsten, schweren Rückschläge im US-Raumfahrt-Programm halten amerikanische Fachleute das SDI-Projekt für eine mögliche abrüstungspolitische Trumpfkarte. Die UdSSR fürchte auch jetzt, „daß wir es trotzdem packen", erklärte ein Vertreter der US-Rüstungskontrollvereinigung.

Strom aus Cattenom nicht an die Saar

UR. **Bonn**

Im Streit um das französische Kernkraftwerk Cattenom hat die saarländische Landesregierung ihrer Konfrontationspolitik einen neuen Stützpfeiler eingezogen. Das Saarland wird im Rahmen seiner offensiv betriebenen Kohlevorrang-Politik keinen französischen Atomstrom beziehen. Die Landesregierung und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk seien sich darüber einig, daß kein Strom aus Cattenom über das RWE-Netz in die Bundesrepublik fließen soll, sagte Wirtschaftsminister Hoffmann (SPD) im Saarländischen Rundfunk. Hoffmann nannte es eine Provokation, wenn ausgerechnet am französischen Nationalfeiertag der erste Reaktorblock mit Brennstäben beschickt werde. Daß die historischen Bindungen zwischen dem Saarland und Frankreich gelitten haben, bestreitet auch die Landesregierung nicht.

Seite 4: Beziehungen gefährdet

Marcos stand mit den Putschisten in Kontakt

Hohe Schadensersatzforderung gegen Arturo Tolentino

DW. **Manila**

Der in Honolulu im Exil lebende ehemalige philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat in telefonischem Kontakt mit den Putschisten gestanden, die in der vergangenen Woche in Manila versuchten, die Regierung von Präsidentin Corazon Aquino zu stürzen. Dies versicherte gestern Franz Schutzman, der Manager des „Manila"-Hotels, das die Rebellen unter Führung des früheren Außenministers Arturo Tolentino bis zu ihrer Kapitulation 36 Stunden lang besetzt gehalten hatten.

Danach haben die Putschführer mit der Exil-Residenz des früheren Diktators sechs Telephongespräche geführt, davon mindestens zwei mit Marcos persönlich. Die Telefonisten des Hotels hätten einen Teil der Gespräche mithören können, deren Inhalt jedoch vorläufig vertraulich bleiben solle, sagte der Manager. Marcos hatte kurz nach dem gescheiterten Umsturzversuch jede Verbindung mit den Rebellen bestritten. Der ehemalige Präsident sagte noch in der vergangenen Woche im amerikanischen Fernsehen: „Ich erkläre kategorisch, daß ich zu keinem Zeitpunkt eine Rebellion oder einen Staatsstreich auf den Philippinen versucht habe." (WELT v.9.7.)

Die Leitung des staatseigenen „Manila"-Hotels verlangt von Tolentino Schadensersatz in Höhe von nahezu 450 000 Dollar für den Verdienstausfall während der Besetzung und die Verwüstungen, die die Anhänger des Politikers – rund 300 schwer bewaffnete Soldaten und Tausende von Zivilisten – angerichtet hatten.

Die ungebetenen Gäste hatten während ihres Aufenthaltes so ziemlich alles, was Küche und Keller zu bieten hatten, gegessen und getrunken. Cognac und Schnaps flossen in Strömen, französisches Gebäck und importierte Pralinen fanden reißenden Absatz. Ehe die Rebellen schließlich aufgaben, stahlen einige von ihnen noch Teile des Bestecks. Möglicherweise werden auch Gerichtsverfahren angestrengt, sagte der Hotelleiter. Wie man allerdings gegen Tolentino persönlich vorgehen werde, sei noch nicht entschieden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Verflechtung

Von Rolf Görtz

Wer noch glaubt, er könne den längst ausgebrochenen Kleinkrieg in Europa auf sein Erscheinungsbild der Terroranschläge und Bombenattentate beschränken, wer den Schrecken in die Kategorie soziale Konfrontation abschieben möchte, der verkennt die Dimension. Sieben Tote in Madrid und drei Dutzend Schwerverletzte, als ein Polizeibus zum Gedenken an den von Frankreich nach Gabon abgeschobenen baskischen Terroristen „Txomin" abgeschoben wurde; vorher drei Tote auf einen Schlag, später fünf Tote in Madrid – in Deutschland nimmt man den Horror mehr statistisch zur Kenntnis; Spanien ist ja weit, und wer kennt sich schon in der Baskenfrage aus?

Wenn dann in der Bundesrepublik Deutschland ein terroristischer Doppelmord verübt wird, schreckt man auf, verurteilt das Verbrechen – und warnt möglichst im gleichen Atemzug davor, eine „vereinzelte Tat" von „einer kleinen Gruppe Krimineller" ernst zu nehmen; der „Bürgerschutz vor einem übermächtigen Staat" gehe vor. Noch ist der deutschen Öffentlichkeit nicht aufgefallen, *daß die präzise gezündete Straßenbombe* genau der Technik entspricht, mit der die baskischen Terroristen seit Jahren ihre Morde begehen, wobei ihr spektakulärster Erfolg das Hochjagen des Autos von Francos Stellvertreter Admiral Carrero Blanco war. Der Polizeibus in Madrid wurde auf dieselbe Weise gesprengt.

Vor kurzem hatten wir das große Wehklagen über die Sprengung von Celle durch den Verfassungsschutz, um einen V-Mann in die Mordszene einzuschleusen. „Staatsterrorismus" hieß die von interessierter Seite ausgegebene Parole. Dabei ging die Erwiderung der Behörden völlig unter, daß der V-Mann nicht nur in die Szene gelangte, sondern daß er unter anderem eine Zusammenarbeit der deutschen Terroristen mit der baskischen ETA aufdeckte. Deren Spur kann man in Straßlach erkennen. Was Spanien betrifft, so zählt es fünfhundert Ermordete, seit das Land Demokratie geworden ist, seit eine Amnestie Terroristen freisetzte. Wer erzählt uns, daß der Terror – pardon, der „Freiheitskampf" – in der Dritten Welt sich allein aus sozialer Not und politischer Unterdrückung speise?

Wende in Grün

Von Joachim Neander

Wenn an der Verwandlung der grünen Basisdemokratie in eine etablierte Partei im guten und im bösen Sinne noch irgend etwas erstaunlich ist, dann die atemberaubende Geschwindigkeit, in der sich der Prozeß vollzieht.

Als wäre nie etwas anders gewesen, sprechen auch die Grünen von Parteitagen und nicht mehr von „Versammlungen". Wenn es um Mandate, Posten und Kandidaturen geht, wählt man obenan brav die Prominenz, wie jetzt in Nordrhein-Westfalen mit den Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer und Otto Schily geschehen. Begraben ist die Rotation, in einigen Landesverbänden offiziell, in anderen stillschweigend. Vergessen ist, daß Schily dem Schicksal dieser Rotation nur *als große Ausnahme entgangen war, weil er in der großen* Parteispenden-Propagandaschlacht seine Rolle als Wortführer zu Ende spielen sollte.

Sogar die sattsam bewährten Formeln haben sie übernommen. Nach einem Listenparteitag offiziell zu erklären, man gehe „geschlossen und mit dem ausdrücklichen Willen zur innerparteilichen Zusammenarbeit in diesen entscheidenden Wahlkampf" (Antje Vollmer), würde aus Angst vor dem ironischen Echo der Öffentlichkeit heute selbst einem Funktionär einer Uralt-Partei kaum noch einfallen.

Es wird interessant sein zu beobachten, wie die Anhänger und Wähler der grünen Partei auf diesen überstürzten Abschied von dem Versprechen reagieren werden, alles anders und besser machen zu wollen als die Etablierten. Bisher gibt es lauten, entschiedenen Protest nur gelegentlich, meist im Hintergrund und für die breite Öffentlichkeit allenfalls aus der alternativen Presse zu entnehmen. Die Regie klappt von Mal zu Mal besser. Noch scheint auch die gemeinsame Hoffnung auf Stimmengewinne bei der Bundestagswahl ihre Wirkung zu bewahren.

Doch allzu lange wird sich die Entscheidung zwischen den basisdemokratischen Träumen und dem Marsch zur radikalsozialistischen Disziplinpartei nicht mehr aufschieben lassen. Ein Teil der grünen Prominenz weiß sowieso schon lange, in welche Richtung es zu gehen hat.

Mitterrands Kampfansage

Von Peter Ruge

Der Eklat an der Staatsspitze Frankreichs ist wohl unausweichlich. Der Sozialist Mitterrand will verweigern, was der Gaullist Chirac beabsichtigt: die Verstaatlichungen rückgängig zu machen.

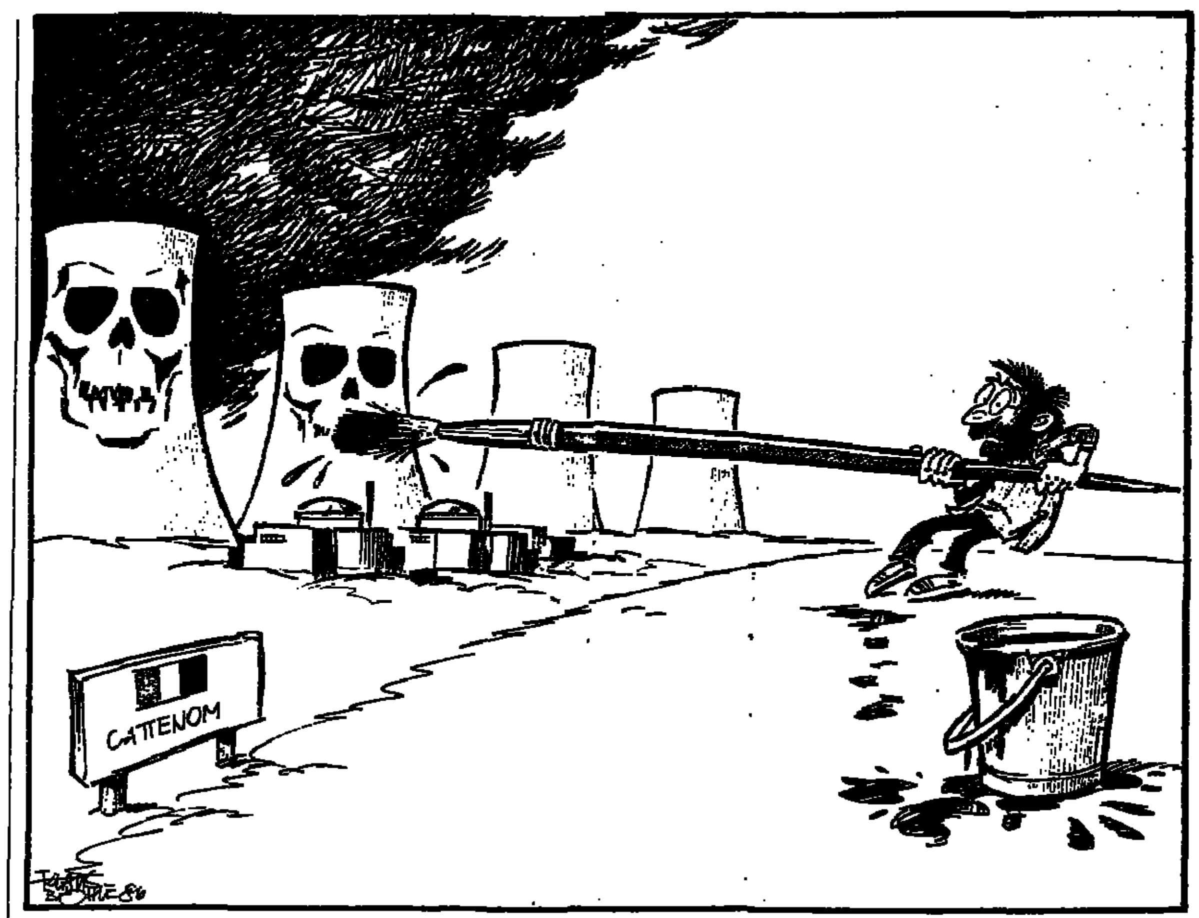
Beide haben gute Argumente. Premierminister Chirac kann sich auf das Parlament berufen, Ausdruck des neuen Willens einer bürgerlichen Mehrheit. Staatspräsident Mitterrand führt *das nationale Interesse an: Ausländische* Übernahmen der Unternehmen, von denen die Unabhängigkeit Frankreichs abhänge, werde er nicht zulassen – EG-Recht hin oder her.

Mitterrand darf sich des Beifalls der Straße sicher sein: das Thema Privatisierung interessiert den Normalbürger sowieso nicht, für die Franzosen ist die hohe Arbeitslosigkeit – rund drei Millionen – das Problem Nummer 1. Und Ausländer, die Frankreichs Identität bedrohen, gibt es nach verbreiteter Meinung sowieso schon genug – rund vier Millionen.

Es steht also zu vermuten, daß dieser Auftritt des Staatspräsidenten für Recht und Ordnung, zusätzlich bekleidet mit dem nationalen Mäntelchen, andere Ziele hat. Mitterrands Popularitätskurve ist so steil angestiegen wie nie zuvor. Chiracs Beliebtheit sinkt in dem Maße, wie sich seine Reformpläne verzögern. Dabei fragt hier kaum jemand, wer eigentlich die Obstruktion betreibt. Es ist die Linke im Parlament, die Sozialisten-Fraktion, durch Anrufung des Verfassungsrates. Die Regierung soll regieren; kann sie sich nicht durchsetzen, so taugt sie eben nichts: das ist in den Bistros zu hören.

Diese Kraftprobe an der Staatsspitze soll also die Macht zurückholen, die seit dem 16. März vom Amtssitz des Präsidenten im Elysée hinüber ins Hôtel Matignon, zum Premierminister, wanderte. Chirac wird Mitterrand zu eigenmächtig, er gilt bereits als stärkster Ministerpräsident der V. Republik.

Daß die Cohabitation darüber zum Bruch kommt, wird zur Stunde in Paris ausgeschlossen. Mitterrand hängt zu sehr am Amt, und Chirac ist noch nicht sattelfest genug, heißt es. Daß eine innerlich gefestigte Staatsführung in Frankreich im eigentlichen nationalen Interesse läge, davon ist eigenartigerweise nicht die Rede.



Von langer Hand KLAUS BÖHLE

Vor Gericht: die Demokratie

Von Enno v. Loewenstern

Man kann die Bedeutung des „Mutlangen-Prozesses", dessen mündliche Verhandlung heute vor dem Bundesverfassungsgericht stattfindet, nicht hoch genug einschätzen. Wahrscheinlich ist es der wichtigste Prozeß in der Geschichte der Republik. Es geht um die Frage, ob „Blockaden" wie in Mutlangen als gewaltsame Nötigung gemäß Paragraph 240 des Strafgesetzbuches überhaupt strafbar (oder allenfalls „Ordnungswidrigkeiten") sind. Damit steht nichts Geringeres vor Gericht als das Demokratieprinzip, wenn nicht das Zivilisationsprinzip: Gilt in diesem Land noch der Grundsatz der Gleichheit, der freien Meinungsbildung und des anständigen Umgangs miteinander, oder werden der Gewalt Tür und Tor geöffnet?

Um so bedauerlicher ist es, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Gericht, ohnehin belastet durch die weithin kritisierte Brokdorf-Entscheidung vom Mai 1985, zusätzlich strapaziert wird durch den Beschluß vom Samstag, den Verfassungsrichter Simon nicht wegen Befangenheit auszuschließen. Denn Simon hat sich mehrfach öffentlich festgelegt, daß die fraglichen Blockaden „gewaltfrei" seien und ihre Teilnehmer nicht „kriminalisiert" werden dürften, und er hat seine Rechtsmeinung längst kundgetan: „Im Grunde handelt es sich hier eher um Ordnungswidrigkeiten als um kriminelles Unrecht." („Spiegel", 19. September 1983). Als Berichterstatter ist sein Einfluß auf die Entscheidung besonders groß; auch den unheilvollen Brokdorf-Beschluß hat er verfaßt.

Mit diesem wurde ein nahezu schrankenloses „Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit" eingeführt, aber wenigstens formal dem Grundsatz des „friedlichen Verlaufs" Lippendienst geleistet. Beim Mutlangen-Urteil geht es nun um die Weiterentwicklung dieser Rechtsprechung: ob gewisse Formen der Gewalt bei Demonstrationen legitimiert oder jedenfalls verharmlost werden sollen („Ordnungswidrigkeit"). Der Trick besteht einmal in der semantischen Verschleierung, indem das Versperren von Zugängen als „friedliche Sitzblockaden" bezeichnet wird – der Erste Senat hat diesen Ausdruck aus dem Jargon der Täter in seine „thematische Gliederung der mündlichen Verhandlung vom 15. Juli" übernommen, als seien es nicht in Wahrheit militante Sitzblockaden – und indem das Sperren mit orwellscher Gerissenheit als „vergeistigter (psychischer) Gewaltbegriff" (u. a. Amtsgericht Nürnberg) gedeutet wird.

Zum anderen besteht der Trick darin, die Sache der Demonstranten kurzerhand als die einzig berechtigte darzustellen, der gegenüber die andere Meinung nicht nur nichts gilt, sondern praktisch nicht existiert. Klassisch das Amtsgericht Nürnberg: das Demonstrationsziel „Leben der Mitbürger" habe Vorrang „vor dem reibungslosen Funktionieren des Straßenverkehrs". Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wurde eine Art Vorrang-Grundrecht auf Reklamewirkung durch Nötigung geltend gemacht: „Einen anderen geeigneten Weg, Aufmerksamkeit in den Medien und in der Öffentlichkeit zu wecken, gab es nicht." Simon stößt in dasselbe Horn, indem er sich völlig mit den Zielen der Demonstranten identifiziert.

Bei ihm fällt besonders das Fehlen jeder Bereitschaft (oder Fähigkeit) zum Erkennen der anderen Seite auf. Er sieht nur diejenigen, „die im atomaren Wettrüsten eine *tödliche Menschheitsgefahr sehen*" (Kirchentag 1983). Daß es nicht um den reibungslosen Straßenverkehr geht, sondern darum, daß die andere Seite genauso eine tödliche Gefahr sieht – wenn man einen sowjetischen Angriff nicht abschreckt, wie das wehrlose Afghanistan ihn erleben mußte –, das zieht er so wenig in Betracht wie das Amtsgericht Nürnberg.



Was er für „gewaltfrei" hält: Verfassungsrichter Simon FOTO: WEREK

Da er die andere Meinung nicht wahrnimmt, kann er die Grundlage unserer Verfassung nicht verstehen: daß alle Meinungen gleichrangig sind; daß jeder für seine Meinung werben darf, sich aber mit dem Entscheid der Mehrheit abfinden muß – und daß jedes Werben in zivilisierter Form erfolgen muß, durch Überzeugung, nicht durch Druck, Drohung oder gar Gewalt. Demgemäß mokiert Simon sich über die repräsentative Demokratie, durch die „den Bürgern im Sinne eines repräsentativen Absolutismus angesonnen wird, gefälligst zu parieren, wenn die mehrheitlich gewählten Repräsentativorgane entschieden haben" (Kirchentag 1985). Er scheint wirklich nicht zu begreifen, daß da nicht eine Obrigkeit, sondern der demokratische Bürgerwille entscheidet. Oder er billigt es nicht – jedenfalls tut er „Repräsentativ- und Mehrheitsprinzip", die Grundlage unserer Verfassung schlechthin, als „Notbehelfe" ab.

Es ist kurios, heute über die Anti-Raketen-Aufregung von 1983 zu verhandeln, wo wir längst – meist mit personengleich denselben Demonstranten – über die Anti-Waldsterben-Aufregung zur Anti-Kernkraft-Aufregung gelangt sind. Die nächste Aufregung kommt bestimmt, und immer im Namen „der Menschheit". Natürlich kann man die Augen schließen und sich trösten: was kann schon ein bißchen Gewalt schaden. Aber jede Sanktionierung der Gewalt von Verfassungs wegen bedeutet die Abkehr vom Demokratieprinzip. Ist einmal Gewalt freigegeben, wie „begrenzt" auch immer, werden die Grenzen unfehlbar hinausgeschoben, um der immer neuen „Aufmerksamkeit in den Medien" willen. Gewalt durch körperlichen Einsatz ist nichts Geistiges, sondern das Ungeistige schlechthin. Gewalt gegen die Demokratie ist keine Ordnungswidrigkeit, sie ist ein Verbrechen. Wird diese Schleuse geöffnet, so wird der demokratische Rechtsstaat grundlegend geändert.

IM GESPRÄCH Salvador Laurel

Frau Aquinos Vize

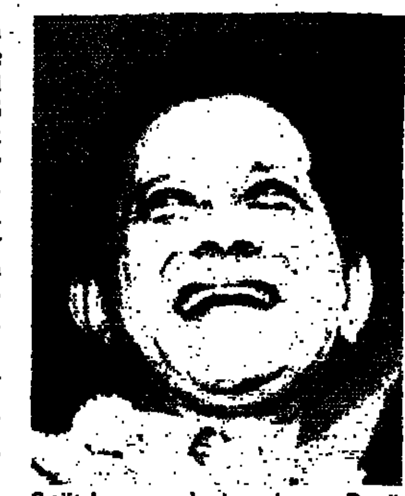
Von Volker S. Stahr

Seit jeher waren die Philippinen ein Land, in dem wirtschaftliche und politische Macht Hand in Hand gingen. So darf man auch den Einfluß der Wirtschaft bei Marcos' Sturz nicht unterschätzen, bei allem Respekt vor Volk, Kirche, Armee und Weltöffentlichkeit. Nicht ohne Grund hat Frau Aquino in ihrem Kabinett einige der einflußreichsten Persönlichkeiten des Landes für den Neuanfang gesammelt. Diese kamen nun einmal zuerst aus den großen Familien.

Aus diesem Kreis dürfte wohl auch der Nachfolger von Frau Aquino kommen, wenn sie ihre Ankündigung wahrmacht, bei einer Neuwahl nicht mehr anzutreten. Der Mann, dem dabei neben Verteidigungsminister Enrile die derzeit besten Chancen eingeräumt werden, besuchte in diesen Tagen Bonn: Salvador Laurel (57), Vizepräsident, Premier und Außenminister in einer Person.

Auch er stammt aus einer jener Großgrundbesitzerfamilien. Sein Vater war von 1943 bis 1945 Präsident, der älteste Bruder war Parlamentssprecher, ein anderer war Botschafter in Japan. Die Familie dominiert heute fast wieder uneingeschränkt die Provinz Batangas südlich von Manila. Entsprechend erstklassig sind Ausbildung und Karriere des Salvador Laurel: *Jurastudium in Manila und* Yale (USA), dann einer der führenden Anwälte des Landes. 1967 wurde er in den Senat gewählt. 1972 unterbrach das Kriegsrecht seine Karriere. Doch 1978 ließ er sich auf Marcos' Liste ins Parlament wählen. Vielleicht hat er sich von diesem Arrangement mehr erhofft als nur ein Mandat – im Jahr darauf brach er mit Marcos.

Doch solange Marcos alle Macht in Händen hielt, hatte Laurel keine Chance, obwohl er schon 1981 als mächtigster Mann der Opposition und deren aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat galt. Nur widerwillig schloß er sich damals dem Boykott durch die anderen Oppositionsparteien an. Wenig später gelang es ihm, fast die gesamte Opposition in dem Parteienbündnis Unido zu sammeln. An ihrer Spitze sollte und wollte er auch in die Wahl 1986 gehen. Deswegen war für ihn der urplötzlich aufgehende Stern der Corazon Aquino ein Schock. Erst als sich fast alle Unido-Parteien hinter „Cory" gesammelt hatten, sprang auch er auf den Zug auf – nicht ohne sich zuvor des zweiten Platzes hinter der Zugführerin versichert zu haben. Gerade noch rechtzeitig scheint er die Möglichkeiten eines Zweistufenplanes erkannt zu haben: erst der Sturz von Marcos, *dann die eigenen Ambitionen auf das* Präsidentenamt.



Spät kam er, doch er kam: „Doy" Laurel FOTO: SVEN SIMON

Viele sahen dieses „Ticket" mit Argwohn. Sollte gerade der überaus ehrgeizige und zudem als „Macho" verschrieene „Doy" – Vater von acht Kindern und ständig von schönen Frauen umgeben – sich einer Frau unterordnen? Bisher scheint es zu gehen. Cory repräsentiert und steckt die Leitlinien ab. Doy – nach dem Sieg mit Ämtern überschüttet – macht die praktische Politik. Zu seinem Verhältnis zu Cory sagte er auf der ersten gemeinsamen Pressekonferenz: „I only speak when the president is not around." Im Augenblick harmoniert das Duo prächtig. Wie lange, wird wohl maßgeblich von den zukünftigen Plänen Corys abhängen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WIESBADENER KURIER

Er meint zu Cattenom:

Daß die Franzosen bei der Entledigung ihrer Industrieabfälle nicht zimperlich sind, erleben ja alle Rheinanlieger, denen die Elsässischen Kalibergwerke das Wasser versalzen ... Wenn der Bonner Vorschlag, möglichst weltweit zu einheitlichen und hohen Sicherheitsstandards bei Kernkraftwerken zu kommen, nicht einmal bei den französischen Nachbarn auf Zustimmung stößt, dann kann man die geplanten internationalen Reaktorsicherheits-Konferenzen gleich ganz vergessen.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er schreibt zum Asylrecht:

Gewiß ist es sinnvoll, Vereinbarungen mit der DDR zu verlangen, deren merkwürdige Kontroll- und Durchreisepraxis nach West-Berlin eine unvertretbar breite Schleuse für Ausländer in das „Einwanderungsland Bundesrepublik" öffnet, das ein solches nicht sein will. Problematischer ist es hingegen, den Prozentsatz abgelehnter Asylbewerber, die aus humanitären Gründen im Land bleiben dürfen, rigoros herabzudrücken.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert den SDI-Auftrag für MBB:

Experten hatten durchaus erwartet, daß ein solcher „Pilotauftrag" an MBB und nicht ein anderes Unternehmen in der Bundesrepublik gehen würde. Allerdings war eher in Richtung Hochleistungs-Laser als in Richtung Infrarotsensor gedacht worden. Dies alles ist freilich weniger wichtig als die Tatsache, daß nunmehr ein deutsches Unternehmen konkret erfahren kann, wie es mit der Bereitschaft der Amerikaner im Rahmen von SDI steht, technisches Wissen auszutauschen ...

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung fragt nach dem Sinn einer Ferien-Gewohnheit:

Oft wird (der Autofahrer) durch die Modalitäten der Vergabe von Ferienunterkünften und Hotelzimmern zum *Reisetermin am Wochenende* gezwungen. Es scheint ja ungeschriebenes Gesetz zu sein, daß ein Gästewechsel in den Feriendomizilen möglichst zum Wochenende zu erfolgen hat.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung ruft anläßlich des Besuchs des sowjetischen Außenministers in Erinnerung:

Eine Rückkehr zur Normalität in den Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion – so nennen Diplomaten den ersten Besuch eines sowjetischen Außenministers in diesem Land seit einem Jahrzehnt. Dies mag Hoffnungen für den Meinungsaustausch ausdrücken, der in dieser Woche stattfinden soll. Aber Schewardnadse und seine Kollegen *können niemals „normale" Besucher* sein ... Die Sowjetunion verletzt beständig und unentschuldbar die persönlichen Freiheitsrechte, die für dieses Land (England) und seine Verbündeten die Voraussetzung der Zivilisation darstellen.

Der blutige Gedenktag einer alten Schlacht

Was in Nordirland als „verhältnismäßig ruhig" gilt / Von Reiner Gatermann

Ein Wochenende, an dem mehr als hunderttausend Protestanten auf die Straße gingen, um einen 296 Jahre alten Sieg zu feiern, ein Wochenende, an dem es mehr als zweihundert Verletzte gab, zwei Drittel waren Polizeibeamte – ein Wochenende, an dem paramilitärische protestantische Gruppen in ein Städtchen einfielen und zwölf katholischen Familien die Häuser zerstörten – eine Woche, in der zwei Soldaten und ein Polizist der katholischen IRA zum Opfer fielen: Das nennt die Polizei in Nordirland „verhältnismäßig ruhig".

Alltag in Ulster. Mit einer Variante: Jetzt ist Hochsaison für die Marschierer des protestantischen Orange-Ordens. Ab Mitte Juli bis in den August hinein ziehen sie im Sonntagsstaat mit Bowler auf dem Kopf, Stockschirm über dem Arm und orangefarbenen Ordensband über der Schulter hinter Blas- und Dudelsackkapellen durch die Straßen. Höhepunkt der „Season" ist der Marsch zum Gedenken der „Schlacht an der Boyne", als 1690 der protestantische Wilhelm von Oranien die verbliebenen Truppen seines Vorgängers als König von England, James II., im Tal der Boyne vernichtend schlug und damit die protestantische Dominanz in Irland festigte. Damals wurde der Grundstein des seitdem andauernden konfessionellen Elends in Nordirland gelegt, das sich mit der politischen Teilung der Insel 1922 keineswegs verbesserte.

Im vergangenen Jahr versuchte die Polizei, den jahrhundertealten Marschweg in Portadown und Armagh zu ändern, weg von den rein katholischen Wohngegenden. Daraufhin erlebte Nordirland eine seiner schlimmsten Straßenschlachten. In diesem Jahr suchte die Polizei nach einem Kompromiß. Ein neuer Weg wurde gefunden, diesmal allerdings durch eine andere „katholische" Straße.

Damit konnten die Protestanten leben, denn man marschierte ja unter den Augen der Unterlegenen (von 1690). Die Straßenkämpfe brachen erst abends aus, als die „Truppen" von Armagh zurückkehrten und die katholischen Wohngegenden stürmen wollten. Am Tag zuvor hatten gut dreitausend Protestanten, die sich auch Unionisten oder gar Loyalisten (gegenüber dem Vereinigten Königreich, obgleich sie für dessen Regierung eine Belastung sind) nennen, das Städtchen *Hillsborough* besetzt. Dort wurde im November 1985 das von ihnen so gehaßte anglo-irische Abkommen zwischen London und Dublin unterzeichnet, das nach ihrer Auffassung einen „Ausverkauf" Nordirlands darstellt, weil Dublin in einigen juristischen Fragen in Ulster ein Mitspracherecht eingeräumt erhielt. Und in der Nacht zum Montag rückten „wohlorganisierte", so die Polizei, paramilitärische Gruppen in eine katholische Straße in Rasgarkin ein, um systematisch zwölf Häuser zu attackieren. In zwanzig Minuten war der Einsatz vorbei.

In diesem Stil wird es in den nächsten Wochen weitergehen. Es muß eigentlich verwundern, daß es nicht noch schlimmer zugeht, nachdem vor allem der Pastor Paisley, sein Stellvertreter Peter Robinson und die Führer der Schlägertruppen der „Demokratischen Front Ulsters" (UDF) Haßkanonaden abgefeuert haben, wie sie bisher sogar in der vergifteten Atmosphäre Ulsters nur selten vorkamen. Paisley forderte seine „*wirklichen Landsleute*" auf, sich auf den Bürgerkrieg vorzubereiten. Die Polizeibeamten ermahnte er, nicht mehr „wider ihr Gewissen" gegen die Protestanten zum Schutz der Katholiken und des anglo-irischen Abkommens anzutreten, sondern zu desertieren und sich der „gerechten Sache" anzuschließen.

Der Haß auf die Polizei, nunmehr auf beiden Seiten der Front gleichermaßen verbreitet, wird in diesen Tagen noch dadurch geschürt, daß sich deren Chef, Sir Eric Hammond, nun doch entschloß, einem bereits Anfang 1985 gemachten Vorschlag zu folgen und zwei Angehörige der RUC (Royal Ulster Constabulary) vom Dienst zu suspendieren, weil sie vermutlich Anfang der achtziger Jahre an der offiziell immer bestrittenen Aktion „Schießen um zu töten" beteiligt gewesen waren. Damals soll die RUC den Auftrag gehabt haben, ihr bekannte Terroristen zu erschießen.

Der mit der Untersuchung dieser Vorfälle beauftragte stellvertretende Polizeichef von Manchester, John Stalker, ist seit kurzem von dieser Aufgabe entbunden und selbst vom Dienst suspendiert, weil zu seinem engeren Bekanntenkreis angeblich ein Krimineller gehöre. Man kann sich jedoch nicht des Verdachts erwehren, daß andere Gründe für Stalkers Abkoppelung ausschlaggebend waren. Es heißt, daß er bei seinen Ermittlungen auf schwerwiegende Mißstände bei der Polizei gestoßen sei und sie auch öffentlich darlegen wollte.

Die jetzt angeordnete Freistellung in Ulster von zwei höheren Offizieren deutet ebenfalls in diese Richtung. Sie wird allerdings auch nicht gerade dazu beitragen, der Polizeitruppe in diesen schweren Wochen die Moral zu stärken. Man darf davon ausgehen, daß Nordirland einen besonders heißen Sommer erleben wird.

Die russische Expedition des Botschafters in Sachen Kunst

Er sammelt Kunst aus Leidenschaft; er zeigt seine Schätze in Ost und West; und er arrangiert Ausstellungen in seiner Villa „Favorita“ am Luganer See. Sein neuester Coup: „Gold- und Silberschätze aus der Eremitage“. In einem WELT-Gespräch berichtet Baron Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza über sein jüngstes russisches Abenteuer.

Von HEIDI BÜRKLIN

Diesen Tabernakel“, sagt Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza, „haben wir in einer dunklen Depotecke der Eremitage von Leningrad entdeckt.“ Damals, im Januar, war er vergessen, schwarz und verschmutzt. Jetzt im Tessin aber fährt Christus schimmernd in Gold und Silber gen Himmel. Das ein Meter hohe barocke Altarwerk eines Augsburger Meisters ist eines der Prunkstücke unter den 150 „Gold- und Silberschätzen aus der Eremitage“, die zur Zeit in den Privaträumen der Thyssen-Villa „Favorita“ am Luganer See zu sehen sind.

Von der Eröffnung seiner Gegengabe – Gold, Silber und Juwelen aus seinem eigenen Besitz – ist Baron Thyssen gerade aus Leningrad zurückgekehrt. „Das war sehr aufregend“, resümiert der 64jährige Botschafter in Sachen Kunst sein jüngstes russisches Abenteuer. Wir sitzen im Salon seiner ockerfarbenen Villa, in dem die Blicke auf Nolde, Beckmann und Courbet mit der grandiosen Aussicht auf das von smaragdgrünen Bergkuppen gefaßte Blau des Luganer Sees konkurrieren. Nach dem Lunch auf der Terrasse gießt er sich jetzt ein Glas mit wenig Whisky und viel Wasser ein. Im weißen maßgeschneiderten Hemd mit den blau eingestickten Initialen H. T. B. erzählt er an diesem schönen Sommertag von seiner winterlichen Expedition.

Mit seinem eigenen Privatjet, Typ „Falken 50“, gesteuert von einem russischen Piloten – darauf bestehen die Sowjets –, war er im Januar von St. Moritz nach Moskau geflogen. Delegationen und rosa Nelken leiteten hier die formellen Verhandlungen ein. Der deutsch-ungarische Milliardär mit dem Schweizer Paß und Hauptwohnsitz in England ist in der Sowjetunion äußerst populär. „Die Russen“, so erklärt die englische Kunstexpertin Anna Somres-Cocks, die ihn mit seinem Kurator Simon de Pury begleitet hat, „die Russen hassen es, mit unbekannten Institutionen zu verhandeln. Hier aber ist einer, der Einfluß hat, der geradeheraus und äußerst umgänglich ist. Dazu kann er Wodka trinken wie ein richtiger Mann.“

Von den Russen auch war die Werbung um den nach der englischen Queen zweitgrößten Bildersammler der Welt erst ausgegangen. Bei einem Abendessen in Köln hatte ihn der damalige russische Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, gefragt: „Warum machen Sie immer nur in Amerika so schöne Ausstellungen und nicht auch in Rußland?“

Thyssen antwortete 1983 mit 40 Bildern seiner alten Meister, die in Leningrad, Moskau und Kiew insgesamt eine Million Besucher Schlange stehen ließen. Doch blieb auch der großzügige Baron nicht mit leeren Händen. Bild um Bild antworteten die Russen mit Impressionisten. Und anstatt der sonst üblichen 25 000 Kunstfreunde, die zwischen Ostern und Oktober die alten Meister der Villa „Favorita“ besuchten, pilgerten 250 000 durch die elektronisch gesteuerten Tore seines mit Zypressen gesäumten Paradieses.

Er kauft mit Gusto und leiht aus Lust

Sein geerbtes Stahlvermögen und von ihm international aufgebauten Unternehmen haben Thyssen zu einem der reichsten Männer der Welt gemacht. Diese Geschäfte überläßt er jetzt weitgehend seinem ältesten Sohn Georg Heinrich. Seine beträchtlichen Energien aber, seinen offensichtlichen Appetit am Leben konzentriert er jetzt auf die Kunst. Er kauft mit Gusto; rund 1500 Bilder besitzt er zur Zeit. Und aus Platzmangel, vor allem aber aus reiner Lust an der schönen Geste, leiht er großzügig in alle Welt.

Dem ersten Ost-West-Flirt folgte im vergangenen Jahr ein Austausch mit Ungarn. An sich war für 1986 wieder eine russische Ausstellung von Impressionisten gegen Thyssens alte Meister geplant. „Doch dann“, erklärt der Baron in seinem gelassenen, leicht österreichisch eingefärbten Tonfall, „baten die Amerikaner nach der Genfer Gipfelkonferenz um eine ähnliche Schau. So verschoben wir den geplanten Austausch auf nächstes Jahr. Und diesmal sollen die Bilder noch um ein Grad besser sein als 1983.“

„Für mich sind diese russischen Expeditionen faszinierend“, konstatiert er, steht auf und füllt sich sein Glas nach. „Es ist eine hervorragende Gelegenheit, eine ganz andere Gesellschaftsstruktur kennenzulernen. Und doch ist sie sehr menschlich. Ich habe da viele hochkultivierte Leute getroffen, die stolz sind auf ihre Tradition.“

Seine Neugier und sein ausgeprägter Humor lassen ihn auch Spaß an den Fallen des Systems haben. Es ist schwer, einen Zuständigen für seine Verhandlungen zu finden. Den jetzigen Vertrag hat er zum Beispiel mit Pjotr Demichew, dem damaligen Kulturminister, abgeschlossen. Der aber wurde jetzt zum Vizepräsidenten der Sowjetunion befördert. „Von einem Nachfolger war letzte Woche noch keine Rede. Das liefert“, lacht Thyssen, „eben die Spannungen.“

Oder Nowosibirsk: Die Stadt am Ural hatten die Russen als dritten Ausstellungsort neben Moskau und Leningrad für die nächstjährige Thyssen-Schau vorgeschlagen. Da der Baron jedoch auch dahin im Privatjet fliegen will, entdeckten die Sowjets plötzlich, daß dort kein Museum sei. „Aber“, prophezeit er gelassen, „dahin komme ich auch noch.“

Zu Gorbatschow selbst hat der Baron bisher nur in freundlichem Vorgeplänkel Kontakt gehabt. Thyssen schenkte ihm einen Katalog seiner Juwelen, die jetzt in der Eremitage zu sehen sind. Über zwei Botschafter bedankte sich der Ministerpräsident artig. Subtil nahm der Sammler auch an der Genfer Gipfelkonferenz teil. Zum Treffen hatte er auf Bitten Reagans eine amerikanische Küstenlandschaft über den Kamin in dessen Genfer Salon ausgeliehen. „Aber nur für drei Stunden, habe ich gesagt, sonst leidet das Bild, da bin ich penibel. Unter diesem Bild haben sich dann Reagan und Gorbatschow vertragen.“

Bei der Eröffnung seiner jetzigen Ausstellung in Leningrad hingegen – „vor einem Publikum, wie ich es auch im amerikanischen mittleren Westen gesehen habe“ – durchschnitt Thyssen das rote Band und sprach von Tschernobyl. „Sofort schwenkten die Fernsehkameras ab, obwohl ich durchaus russenfreundlich geredet habe. Ich bedauerte, daß das Unglück passiert sei, aber auch, daß der Westen dieses Unglück benutzte, um Propaganda gegen die Sowjetunion zu machen.“

Kein Zweifel: Der Baron liebt es, die Ästhetik der Kunst mit einer kräftigen Brise seiner politischen Ansichten zu würzen. Ebenso liebt er es, sie kräftig und stilgerecht zu feiern. Als im Juni die Botschafter des Ostblocks zur russischen Vernissage nach Lugano pilgerten, da tanzten die Ukrainer und spielten die Zigeuner. Wodka leitete den Abend ein, und beendet wurde das Menü mit „gebackenem Alaska“, flambiertem Eis, umgeben von Meringue. Auf der Spitze seiner Villa hatte der Gastgeber umsichtig neben der Schweizer Flagge auch Hammer und Sichel gehißt.



Nach der Queen zweitgrößter Bildersammler der Welt: Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza FOTO: CARRAWAY

Was an Kuriosem und Kostbarem einst von den Zaren der Petersburger Aristokratie gesammelt worden ist und jetzt so effektvoll in den abgedunkelten Privaträumen der Villa „Favorita“ angestrahlt wird, kann von dem Publikum der Eremitage aus Platzgründen nur zu 20 Prozent besichtigt werden. Daß die Arbeiten jedoch nie geputzt worden sind – die Russen erklärten sich nur zögernd für diese Ausstellung dazu bereit – ist ein Glücksfall: Ihr Erhaltungszustand ist perfekt, jede Gravierung so scharf, als sei sie gestern gemacht.

Der Stahlbaron wünscht sich ein Stahlobjekt

Da sind kunstvolle russische Emaille-Arbeiten und riesige Prunkteller aus Augsburg. Da ist ein englischer Silberpokal aus drei vereinten Pferdeköpfen geformt und eine französische Schale aus Silber, um deren Rund eine Welle schlägt, reiner Jugendstil anno 1731. Da leuchtet eine kostbare Agraffe, die wie ein Blütenzweig in eine Kristallvase gesteckt wurde. Eine winzige Uhr ist von einer nickenden Tulpenblüte umschlossen, die in einem kleinen Silberkübel wurzelt.

Eine besondere russische Spezialität, kunstvoll gearbeitete, dunkel schimmernde Stahlobjekte aus dem Ort Tula, bewundert der Stahlbaron mit besonderer Wärme: „Davon hätte ich auch gerne ein Stück.“

Ansonsten aber fühlt er sich dem Zarenglanz mit seiner Gegengabe von kostbarem Renaissance-Schmuck, von Silber und Fabergé-Stücken durchaus ebenbürtig. Eine Tabaksdose Friedrichs des Großen zum Beispiel, die an den Rändern mit funkelnden Diamanten wie überzuckert erscheint, beantwortet er mit einem ebenso kostbarem Exemplar des Preußenkönigs.

Thyssen hat beide Kataloge und beide Versicherungen finanziert. Als die Russen jedoch eine Rechnung über 270 000 Dollar für die Versicherung ihrer Ausstellung schickten, da telexte er zurück: „Meine alten Meister, die ich 1983 schickte, hatte ich nur mit 70 000 Dollar versichert.“ „70 000 Dollar ist auch gut“, kam die Antwort. „So kann man sich freundschaftlich einigen“, amüsiert sich der Ost-West-Experte in Sachen Kunst noch heute.

Hindernisse gibt es jedoch noch bei seinem ehrgeizigsten Ziel: die russische Avantgarde der zwanziger Jahre auch für die Russen publik zu machen. „Die sind ja in Rußland noch verpönt und in die Keller verbannt. Bei Andropow hatte ich bereits eine mündliche Abmachung, doch unter Gorbatschow wurde sie vertagt. Der muß erst fester im Sattel sitzen.“

Über die Terrasse gehen wir hinüber zu dem ebenfalls ockerfarbenen Museum. Heute, Montag, ist es für das Publikum geschlossen. Hier zeigt Thyssen permanent 300 Bilder seiner alten Meister. Hier bekräftigt er nun auch, daß es ihm nicht nur um Ost-West-Beziehungen geht. Ihm, der in fünfter Ehe mit einer Spanierin verheiratet ist, ist es gelungen, zugleich mit den Schätzen der Eremitage auch Goya-Bilder aus spanischem Privatbesitz in den 35 000-Seelen-Ort Lugano zu locken.

„Auch das war“, sagt er angesichts des Spaniers malerischem Feuerwerk vor rotseidenen Tapeten, „so ein bisserl eine psychologische Geschichte.“ Sammler wie die Herzogin von Alba – „eine Freundin“ – weigerten sich, ihre Goyas auszuleihen. Familien legten ihr Veto ein. Doch schließlich konnte er mit 48 Gemälden ein Viertel aller überhaupt noch in Privathänden befindlichen Bilder des großen Spaniers in die Villa „Favorita“ holen: von der ebenso anmutigen wie unglücklichen Herzogin von Chinchon über Goyas bewegendes Selbstbildnis im Atelier – der Blick des taub gewordenen folgt überall – bis zu Kinderszenen, Hexen-Phantasien und raren Heiligenbildern.

Aug' in Aug' mit dem häßlichen König Karl III. philosophiert der gut aussehende Baron: „Man muß häßlich sein und wichtig sein: Das war damals der Zeitgeist der Aristokratie. Wenn du schön bist, ist es leicht, die Welt zu erobern. Wenn du aber häßlich bist und trotzdem mächtig, dann ist es eine besondere Leistung.“

Hans Heinrich Thyssen-Bornemisza läßt mich mit dem König allein. Sein Jet steht bereit. Es geht nach Spanien.

(Die Eremitage-Ausstellung ist bis zum 2. November geöffnet, Goya bis zum 15. Oktober. Montags geschlossen. Dienstags bis sonntags 10.00–17.00 Uhr geöffnet.)

Leihgaben aus der Eremitage: Eine französische Uhr (ca. 1650) und ein russischer Silberkrug (1798) FOTOS: NADINE STEINMANN

Der Brillant im Ohr paßt nicht zur schwarzen Fliege

Die Spielbanken in Deutschland florieren. Und damit das so bleibt und damit der Fiskus und auch die Glücksritter gut bedient werden, gilt das besondere Augenmerk den Croupiers. Zentrum der Schulung ist Westerland.

Von GEORG BAUER

Sie sitzen schon wieder viel zu tief. Der Tisch muß mit dem Gürtel abschließen.“ Gerd Lauther, Saalchef der Spielbank in Westerland auf Sylt, der kleinsten in der Republik, korrigiert in höflichem, aber bestimmtem Ton die Haltung eines seiner Schüler. Dem Gemahnten, einem 21jährigen Industriekaufmann aus Garmisch, schießt das Blut ins Gesicht. Er nestelt an seinem Sitz und rückt näher an den Tisch. Tugenden Preußens leben in dem Bayern auf: Brust raus, Bauch rein. Vor gut fünf Stunden hat der 21jährige, unterbrochen von kurzen Pausen, an einem Roulett Platz genommen, gemeinsam mit einem früheren Studenten aus Hamburg und einem Abiturienten aus dem Sauerland. Das Berufsziel des Trios: Croupier.

Gerd Lauther führt seine Schüler in die Geheimnisse des Rouletts ein, der zweifellos vornehmsten Art, Geld zu verlieren oder – wenn einem Fortuna hold ist – zu gewinnen. Der Baden-Badener, trotz seiner 31 Jahre Altmeister des 37-Zahlen-Spiels mit der weißen Elfenbeinkugel, bombardiert seine Schüler mit sogenannten Annoncen, Ankündigungen für das Plazieren der Jetons. „Legen Sie mir 23, plein cheveaux; ein Complet der 29; eine Transversale Simple.“ Brav wiederholen die drei die Annoncen, doch dann hapert es plötzlich.

Wohin mit den Jetons? Wieviel braucht man für die angekündigten Spiele? Deutlich spiegelt sich auf den konzentrierten Mienen das Bemühen, sich in dem als Übungsraum genutzten Spielsaal der gebüffelten Zahlenkombinationen zu erinnern. Mit fortgeschrittener Zeit wird das immer schwerer, zumal die Ausbildung erst um 17.00 Uhr beginnt. Die Diener Fortunas sollen sich von der ersten Minute an auf den neuen Lebensrhythmus einstellen.

Im exklusiven Club der 28 Spielcasinos in der Bundesrepublik Deutschland gehört Westerland zu den ersten Adressen, zumindest was die Ausbildung zum „spieltechnischen Angestellten“ betrifft, wie die Repräsentanten der Croupier-Zunft offiziell heißen. „Wir sind zwar die kleinste Spielbank, doch die größte bei der Ausbildung“, hebt der Direktor der Spielbank Westerland, der im Schwarzwald geborene Peter Wolf, hervor.

Der Stolz, erste Adresse in der Schulung zu sein, zeigt sich auch in den Anzeigen, mit denen Westerland nach neuen Kräften sucht. „Die Spielbank Westerland ist weltbekannt. Weniger bekannt dürfte es sein, daß zahlreiche, heute in der Bundesrepublik tätige Croupiers in der Spielbank Westerland ihre gediegene Fachausbildung erhalten haben“, heißt es voll Selbstbewußtsein.

Und die Berufsaussichten sind wahrlich gut. Anders als im Mutterland des Spiels, im benachbarten Frankreich, wo die fast 140 Casinos um ihr Überleben kämpfen und ihre Rettung in der Einführung der schnöden, doch gewinnträchtigen „einarmigen Banditen“ sehen, können sich die Tempel des (Un-)Glücks östlich des Rheins über mangelnden Umsatz nicht beklagen.

Mit mehreren hundert Millionen Mark Einnahmen aus dem Bruttospielertrag waren vor allem die Bundesländer die Gewinner. Sie sind auf schwarze Zahlen programmiert. Am Risiko nicht beteiligt und allenfalls durch unauffällig gekleidete Aufsichtsbeamte aus der Steuerbehörde in den Banken vertreten, können sie dank Gesetz 80 Prozent und mehr entnehmen.

Angesichts solch risikoloser Einnahmequellen nimmt es nicht wunder, daß die Bundesländer mit der Eröffnung weiterer Banken ihre Säkkel noch um einige Mark mehr füllen möchten. Diese Aussichten auf einen „Esel streck dich“ beflügelten wohl auch den Gedankengang der Landesregierung in Mainz, die in Konkurrenz zu den nicht minder spielbewußten Nordrhein-Westfalen in naher Zukunft drei Casinos in Bad Ems, Mainz und Trier eröffnen möchte. Der größten und neuesten Bank in der Republik, in Dortmund, soll Paroli geboten werden.

Der Bogen darf allerdings nicht überspannt werden. „Das Spielerpotential in der Bundesrepublik beträgt rund drei Prozent“, meint Wolf. Wenn die eine Bank zulege, müsse die andere abnehmen.

Und steigern läßt sich die Spiellust kaum. Die Banken, auch die vornehmste und traditionsreichste unter ihnen, das Haus in Baden-Baden, haben bereits ihre Portale für die „Slot-Machines“ geöffnet. Abseits von den Roulett-Tischen fristen sie in separaten Räumen oder gar in eigenen Häusern, wie in Baden-Baden, ihr Dasein, so als schämten sich selbst die Casinos dieser Einnahmequellen. Tunlichst sind sie darauf bedacht, diesen anrüchigen Hauch aus Las Vegas nicht mit der parfümgeschwängerten Luft in den anderen Sälen zu vermischen.

Auf Etikette, vor allem bei den Croupiers, wird daher größter Wert gelegt. Längere Haare oder Punkerfrisuren sind ebenso tabu wie ein kleiner Brillant im Ohr. Diese Erfahrung mußte auch einer aus dem Ausbildungskurs machen. Noch bevor er in Jeans und Pullover am Übungstisch Platz nahm, trat er den Weg zum Friseur an. Und auch der kleine Ohrring wird, sobald der Sechs-Wochen-Kurs erfolgreich bestanden ist, verschwinden müssen. Der vorgeschriebene, aus der eigenen Tasche finanzierte Smoking und die schwarze Fliege passen nicht zu dieser Demonstration modisch-jugendlichen Chics.

Das Auftreten, so die tagtägliche Predigt von Lauther, muß so unauffällig wie möglich sein. Als Schmuck sind allenfalls Verlobungs- oder Eheringe erlaubt. Auch Uhren, die teure Herkunft verraten, sieht man nicht gern.



Auch das Spiel mit der Kugel muß gelernt werden FOTO. KUJATH

Ursache für die Forderung nach gutem Benimm der Knigge-Interpreten ist Geld. Die Gäste, die den Croupiers zum Teil vier- und mehrstellige Summen mit einer kurzen Annonce anvertrauen, müssen das Gefühl haben, ihr Geld werde gut verwaltet. „Solange die Jetons nicht verloren sind, gehören sie den Gästen“, hämmert Lauther seinen Schülern ein.

Für Nervosität bei den Jüngeren, den sogenannten Kopf-Croupiers am Ende eines Tisches, sorgen aber gerade die größeren Beträge. Die Hände beginnen zu schwitzen, das Alignieren, das sekundenschnelle Aufnehmen der Jetons, wird zu einem Akt der Akrobatik. Auch die Konzentrationsfähigkeit läßt nach, das erste Talent für einen guten Croupier. Die Folge: Auch die erfahreneren Kollegen, die Dreh-Croupiers, werden unruhig, die Gäste möglicherweise mißtrauisch. In solchen Fällen hilft nur eine kurze Entspannung und gutes Zureden in der Pause.

Höhere Schulbildung ist für den Beruf nicht nötig. Gefragt sind vielmehr Talente, die sich nicht nur konzentrieren können, sondern auch über eine schnelle Auffassungsgabe und gutes Reaktionsvermögen verfügen. Auch mit der Polizei sollte man tunlichst noch nicht Bekanntschaft gemacht haben. Die Weste muß sauber sein. Mit Zahlen müssen sie allerdings jonglieren wie ein Artist mit den Bällen. Taschenrechner-Mathematiker sind daher nicht gefragt.

Magnet für die Auszubildenden, die in Westerland nicht älter als 30 Jahre sein sollten, ist das Gehalt. Wer vom Kopf-Croupier zum Dreh-Croupier oder gar zum Chef-Croupier oder Saalchef aufsteigt, bringt 5000 Mark und mehr mit nach Hause. Im Gegensatz zur Geschäftsleitung oder gar zu den Ländern haben daher die Croupiers Interesse am Gewinn der Gäste. Die Croupiers werden aus den Troncs bezahlt, und nur Gewinner geben Jetons „für die Angestellten“.

Wenn es morgens klingelt, ist es nicht der Milchmann

Die Steuer frißt bis zu 90 Prozent des Gewinns, doch übermäßig aufgeregt hat das die Inder nie besonders. Steuerhinterziehung und Schwarzgeld sorgten für ordentlichen Profit. Doch das soll anders werden: Die Jagd hat begonnen.

Von PETER DIENEMANN

Indiens Geschäftsleute und Industriemanager überläuft neuerdings ein kalter Schauer, wenn frühmorgens die Haustürglocke läutet. Denn statt des Milchmanns sind es jetzt immer häufiger Polizei und Steuerfahndungsbeamte, die den schwarzen Schafen auf der Spur sind. Haben sie erst einmal Verdacht geschöpft, bleibt ihnen kaum etwas verborgen. In tagelanger Suche kehren sie in Haus und Büro das Unterste zu oberst – und werden immer fündig.

Sie finden Hunderttausende von unversteuerten Rupien in doppelten Schrankböden, wertvollen Schmuck zwischen dem Küchen-Geschirr. Ganze Aktienpakete, erworben aus der „schwarzen Kasse“ sowie geheime Geschäftsunterlagen über illegale Transaktionen mit Riesengewinnen liegen zwischen Shakespeare und Gandhi in der Bibliothek.

Namen aus der Reihe der indischen Industrie-Prominenz machten so in den letzten Monaten Schlagzeilen. So die Schuhfirma Bata, der die Steuerfachleute vorwerfen, sie habe durch einen Trick mehr als 2,5 Millionen Mark Zollrückzahlung erschlichen. Oder der Küchen-Fabrikant Voltas, der angeblich für seine verkauften Geräte zehn Millionen Mark weniger Verbrauchssteuer abgeführt hat, als per Gesetz vorgeschrieben. Oder die Nagajuna-Gruppe, eine Stahl-, Zement- und Leasing-Gesellschaft, der vorgeworfen wird, sie habe sich privat ausgegebene Aktien in Schwarzgeld bezahlen lassen. Zu den illustren Namen auf der schwarzen Liste gehören auch die Dieselmotorenhersteller Kirloskar oder der Textil-Riese Orkay – und das sind nur einige von vielen.

„Unhaltbare Vorwürfe, Schädigung des Rufes der indischen Industrie im In- und Ausland, Polizeistaatmethoden der Steuerfahnder“ wettern die Betroffenen und jene, die fürchten, sie könnten bald betroffen sein. Sie wettern gegen das „Bureau of Economic Intelligence“ und den obersten indischen Steuereintreiber, Finanzminiser V. P. Singh, denn seit Bestehen der Republik hatte sich die Industrie daran gewöhnt, zumindest einen Teil ihrer Geschäfte im Rahmen des zweiten indischen Wirtschaftskreislaufes, der „Schwarzgeldwirtschaft“ abzuwickeln. Grund für den Betrug am Staat war der Industrie vor allem die Steuergesetzgebung mit Steuersätzen bis zu 90 Prozent, die ihr die Lust – und das Geld – für neue Investitionen nahm.

Keine Regierung hatte sich bisher so recht an das Thema „Schwarzgeld“ und dessen Besitzer herangetraut, da die Industrie im sozialistisch nur angehauchten Indien recht einflußreich und mächtig ist. Außerdem: Wahlkampfspenden aus den Schwarzgeldkassen der Industriellen waren bisher allen Parteien stets willkommen. Und wie Wirtschaftsprofessor Khullar von der Delhi-Universität meint: „Das Scharzgeld war für Indien immer ein schönes Polster, wenn die übrige Welt in Wirtschaftsschwierigkeiten geriet.“ Tatsächlich bekam Indien große Rezessionen bisher kaum zu spüren dank dem beherzten Griff seiner Industriellen in die schwarze Kasse, wenn die „weißen Finanzen knapp wurden.

Betrug, Steuerhinterziehung, Weißwaschen von Schwarzgeld durch Aktienkäufe – all das wirft die Regierung der Geschäftswelt jetzt vor. Keine Gentlemen-Delikte, sondern Vergehen, die nach indischem Recht mit außerordentlich hohen Geldstrafen und mehreren Jahren hinter Gittern bestraft werden können.

Die Industrie fürchtet nicht nur, daß bald alle ihre Top-Manager hinter Schloß und Riegel sitzen, sondern auch die negative Publicity im In- und Ausland, die mit den Durchsuchungen und den Anschuldigungen der Finanzbehörden verbunden ist. Ein aus den USA zurückgekehrter bekannter indischer Geschäftsmann drückte das so aus: „Da fragte mich mein amerikanischer Partner doch allen Ernstes: Seid Ihr Inder alle Betrüger?“

Doch der heilsame Schock und die große Publicity als erzieherisches Mittel und zur Abschreckung scheinen von der Regierung gewollt. Finanzminister V. P. Singh: „Schließlich ist das alles öffentliches Geld, das der Öffentlichkeit vorenthalten wird. Und jedermann hat ein Recht darauf zu erfahren, wer die Schuldigen sind und was mit dem Geld gemacht worden ist.“

Die Kampagne des Finanzministers hat bisher zumindest eines erreicht. Die Manager der Luxushotels in Bombay und Delhi stellen fest, daß die samstäglichen Abendpartys ihrer reichen Kunden, bei denen Sekt in Strömen floß – immerhin kostet in Indien eine Flasche mindestens 300 Mark – weniger werden. Fünf-Sterne-Hotels sind kein Platz mehr, um mit Schwarzgeld um sich zu werfen, da fällt man auf. Man feiert jetzt mehr zu Hause, bei indischem Whisky statt bei Scotch, der meist illegal von Diplomaten oder auf dem Schwarzmarkt erworben wurde. Und neuerdings, so heißt es in Delhi, vermieten Hausbesitzer ihre Wohnungen zwar immer noch zu horrenden Preisen, doch der volle Mietzins steht jetzt im Mietvertrag, wo bisher – aus steuerlichen Gründen – nur der kleinere Teil der Monatsmiete ausgewiesen war und der Löwenanteil „schwarz und cash“ bezahlt werden mußte.

Wie ernst es die indische Regierung mit ihrem Feldzug meint, zeigen folgende Zahlen: Bei indischen Gerichten sind zur Zeit 15 000 Zoll- und Verbrauchssteuer-Klagen anhängig, bei denen es um stattliche 9,5 Milliarden Mark geht, die der Staat eintreiben will.

Mit Hilfe durch Selbsthilfe und Bürgersinn spart der Senat Millionen

Senator Fink verweist auf positive Erfahrungen mit dem „Sozialmodell Berlin"

DIETER DOSE, Berlin

Hilfe durch Selbsthilfe, ambulant vor stationär, mehr ehrenamtliche Dienste. Stichworte zum „Sozialmodell Berlin", praktiziert seit Amtsantritt der CDU/FDP-Regierung im Jahre 1981. Auch in Zahlen erfolgreich: Während andere Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen bei den Sozialhilfeausgaben Steigerungsraten von etwa zehn Prozent vorweisen, sind es in Berlin nur vier Prozent.

„Hätten sich unsere Sozialhilfeausgaben so entwickelt wie bundesweit, hätten wir in den Jahren 1981 bis 1984 rund 189 Millionen Mark mehr ausgeben müssen", sagt Ulf Fink (CDU), Senator für Gesundheitswesen und Soziales. Oder anders gerechnet: 2,3 Milliarden Einsparung im Bund bei ähnlich positiver Entwicklung wie in Berlin.

„Aus Problemen Chancen machen für neue Lebensformen", nennt Fink die Zielsetzung. „Was wir tun, ist in allen Ballungsgebieten anwendbar, sicher nicht auf dem flachen Land."

Aktion „Ich für Dich"

Dabei ist die Situation in Berlin besonders schwierig. Rund acht Prozent der Bürger erhalten Sozialhilfe. Im Bundesdurchschnitt vier Prozent. Fast 20 Prozent der Bevölkerung ist über 65 Jahre alt, bundesweit nur 15 Prozent. Als der Senat zur Aktion „Ich für Dich" aufrief, um ehrenamtliche Helfer für die verschiedenen sozialen Bereiche zu mobilisieren, meldeten sich innerhalb von fünf Monaten rund 2000 Bürgerinnen und Bürger. Daß die Hälfte davon bei der Stange blieb, wertet Fink als großen Erfolg. „Ehrenamtliches Engagement kann nicht verordnet werden, aber der Staat kann Hilfestellungen geben und die Bereitschaft dazu fördern", betont Fink.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die häusliche Krankenpflege. 54 Sozialstationen, jeweils für einen Einzugsbereich von 30 000 bis 40 000 Einwohnern, gibt es schon, weitere sollen eingerichtet werden. Mit den freien Wohlfahrtsverbänden als Trägern. Die „Profis", Ärzte und Schwestern, können nicht durch „Ehrenamtliche" ersetzt werden. Beratung, Betreuung und Haushaltshilfe über die medizinische Versorgung hinaus ist die Aufgabe der Sozialstationen.

Vorteile für alle. Für die Patienten, die in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Für den Staat, der die Krankenhausbetten reduzieren kann. Für die Krankenkassen, denen geringere Kosten entstehen, auch wenn der Berliner Senat Vereinbarungen über eine Vergütung der Leistungen „Haushaltshilfe" anstrebt.

„So viel ambulant wie möglich, so viel stationär wie nötig" – nach diesem Prinzip wird in Berlin auch bei der Versorgung psychisch Kranker verfahren. „Für diese Menschen steht nicht die Medizintechnik im Mittelpunkt, sondern die menschliche Zuwendung", sagt Fink. Die Zahl der Betten in den psychiatrischen Fachkliniken ist schon um 210 verringert worden und soll bis 1990 um weitere 300 reduziert werden. Dafür aber wurden die Plätze in Übergangsheimen und therapeutischen Wohngemeinschaften wesentlich erhöht. Dabei ziehen auch die Krankenkassen mit und beteiligen sich an der Finanzierung.

Engagement, soziales Bewußtsein und die Bereitschaft zur Hilfe bedürfen aber auch der Hilfestellung des Staates. „Die kleine Gruppe, die Nachbarschaft, die Familie können mehr Bürgersinn entwickeln als neue gesamtgesellschaftliche Betreuungsorganisationen", erläutert Fink.

Betten-Zahl verringert

Rund 1500 Selbsthilfeprojekte gibt es in Berlin. Kleine Gruppen, die „vor Ort", in Berlin sagt man „Kiez", tätig sind. Rund 300 werden direkt oder indirekt gefördert. Knapp 6,2 Millionen wurden dafür 1985 aus dem Staatssäckel zugesteuert.

„Im Bereich der Gesundheitsvor- und -nachsorge, bei der Betreuung psychisch Kranker sowie der Sucht- und Drogenprobleme sind durch die Selbsthilfegruppen neue Akzente gesetzt worden", heißt es in der Leistungsbilanz des Senats.

Die verschiedenen Maßnahmen im sozialen Bereich ermöglichten es dem Senat, gegen den heftigen Widerstand von SPD und AL die Zahl der Krankenhausbetten, in der vergangenen Legislaturperiode 2700, abzubauen. 1981 betrug das Defizit der städtischen Krankenhäuser noch 121 Millionen Mark. Ulf Fink: „Dieselben Betriebe erwirtschaften heute Gewinne. Aber wir haben immer noch zu viele Krankenhausbetten."



Größer als der Rote Platz in Moskau: Die Freifläche vor dem Berliner Reichstag FOTO: DIE WELT

Berlin sucht nach seiner „republikanischen Mitte"

Die Bebauungspläne nehmen langsam Konturen an

Von HANS-R. KARUTZ

Am grünen Strand der Spree fallen in diesen Wochen Entscheidungen, die das kommende Jahrhundert binden: 40 Jahre nach Kriegsende bringen die Vierzigjährigen in der Berliner Politik den Mut auf, die wundeste Stelle West-Berlins zu heilen. Im Schatten der Mauer tastet man zwischen Reichstag, Brandenburger Tor, Tiergarten und Kongreßhalle nach der neuen Mitte. Die CDU-Ideenskizze mit Eberhard Diepgens Handschrift liegt jetzt vor.

Die Vision einer „republikanischen Mitte" Berlins, die auch für den Fall der Wiedervereinigung noch in sich „stimmt", trägt folgende Züge:

– Der Reichstag erhält wieder seine Kuppel, die den Bau einst zum beherrschenden Komplex am Rande des Tiergartens machte. „Auch mit Blick auf die mächtige Wirkung weit nach Ost-Berlin hinein bin ich für den Wiederaufbau der Kuppel", betont der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen immer wieder.

– Bundestagspräsident Philipp Jenninger bemüht sich, den Wallot-Bau in seiner gesamten wilhelminischen Prächtigkeit wieder erstehen zu lassen. Nur: Allein die Kuppel soll, nach einem Gutachten der Bundesbaudirektion, 140 Millionen Mark kosten.

– Die entscheidende Weichenstellung erfolgt im Senat, wenn Bundeskanzler Helmut Kohl endlich aus Berlin erfährt, wo „sein" Museum für die deutsche Geschichte placiert werden soll: Von den Stufen des Reichstags aus gesehen, über die einst „Willem Zwo" schritt, wird das Museum im Nordwesten vom „Platz der Republik" angesiedelt.

Historischer Boden

– Kohls Vorstellung, den Bau direkt vis-à-vis vom Reichstag als modernes, mit architektonischer Wucht der „Konkurrenz" des Reichstags standhaltendem Gebäude zu errichten, läßt sich nicht umsetzen: „Die Kongreßhalle läge dann dahinter wie im Hinterhof", meint Diepgen.

– Das „Deutsche Historische Museum" wird nun schräg zur Kongreßhalle auf einem Areal gebaut, das fünf Hektar Raum bietet. Die gesamte Freifläche vor dem Reichstag ist größer als der Rote Platz in Moskau. Die Namen der verlassenen kleinen Straßen, die dort heute im Niemandsland zwischen Gras, Feuerlöschhydranten und Buschwerk verloren sind, reden selbst von deutscher Geschichte: Schlieffenufer, Herwarthstraße, Paul-Löbe-Straße (genannt nach dem SPD-Reichstagspräsidenten) und „In den Zelten": Berlins biedermeierliches-bürgerliches Vergnügungsviertel mit „Jesang und Meechens" breitete sich hier bis Kriegsbeginn aus.

– Im Rathaus Schöneberg geht das Vorhaben, das Museum nicht mit dem Reichstag zu konfrontieren (ein Experte: „Gegen diesen Bau wirkt alles andere wie eine Hundehütte"), auch auf einen politischen Hintergrund zurück: Mehr als 10 000 Berliner wünschten sich bereits per Unterschrift, die alte Krolloper wiederherzurichten.

Diepgen und die Senats-Mehrheit setzt – ebenso wie Helmut Kohl – jedoch auf einen neuen Jahrhundertbau. Im Anspruch ähnlich wie das „Centre Pompidou" in Paris, wenngleich von anderer Gestalt.

Debatte um Kroll-Oper

Die alte Krolloper – dort tagte zuletzt der Reichstag, und Hitler verkündete von der Tribüne „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen" – befand sich exakt gegenüber dem Reichstag. Verschiebt man den Museumsort, schleift sich die Krollopern-Debatte von allein ab...

Diepgen und die CDU wollen wegen der historischen Bezüge nicht den SPD-Vorstellungen folgen, das Areal mit einem neuen Parlamentsgebäude, einem Dienstsitz des Regierenden Bürgermeisters (bislang nur ein Eckzimmer im Rathaus Schöneberg), Verwaltungsbauten und dem Kammergerichts-Neubau zu füllen.

Diepgen will davon nichts wissen: „Wenn wir aus dem Rathaus Schöneberg ausziehen und uns ein eigenes Regierungsviertel zulegen, nehmen wir im Grunde Abschied von der Idee des ganzen Berlin. Dann nähern wir uns dem Begriff ‚Westberlin', dem dritten deutschen Staat. Das Spannungsfeld zwischen dem Roten Rathaus in Ost-Berlin und dem Rathaus Schöneberg muß erhalten bleiben."

Die Sozialdemokraten sehen das praktischer und weniger symbolhaft: „Unsere zentrale Aussage lautet ganz einfach: Unser gewachsenes Selbstbewußtsein als Stadtstaat drückt sich in einer eigenen politischen Mitte aus", beschreibt Wolfgang Nagel die SPD-Position. Überhasten will man nichts, deshalb soll der Senat alle vier Fraktionen zu ausgiebigen Gesprächen bitten.

Nun, gesprochen ist schon viel: Auch über Preise – wobei die Bausumme von 250 Millionen Mark, die der Kanzler für den Museumsbau nannte, an Ort und Stelle ein nachsichtiges Lächeln findet.

RCDS erinnert Rau an BAföG-Politik der SPD

Studenten zweifeln Versprechen des SPD-Kandidaten an

GÜNTHER BADING, Bonn

Die vom sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau angekündigte Verbesserung beim Schüler- und Studenten-BAföG kann nach Ansicht des Vorsitzenden des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christoph Brand, nur als „durchsichtiger Versuch der Verdummung von Schülern und Studenten" bezeichnet werden. Angesichts der BAföG-Politik der sozialliberalen Koalition zwischen 1971 und 1982, vor allem aber auch angesichts der Politik der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Raus eigener Verantwortung, sei dies besonders deutlich. In einem Interview mit der jüngsten Ausgabe der IG Metall-Mitgliederzeitung hatte Rau erklärt, er wolle die von der Regierung Kohl vorgenommene Änderung des Schüler-BAföGs rückgängig machen, „damit vor allem die Arbeiterkinder wieder die gleichen Chancen bekommen wie in der sozialliberalen Zeit".

Dazu erklärte RCDS-Vorsitzender Brand gegenüber der WELT: „Entweder muß sich Rau als Johannes der Täuscher bezeichnen lassen, oder – was noch schlimmer wäre – er weiß nicht, was in seinem eigenen Bundesland unter seiner Verantwortung in diesem Bereich geschehen ist." 1980 habe der Haushaltsansatz für die Ausbildungsförderung für Schüler in Nordrhein-Westfalen noch 360 Millionen Mark betragen. Trotz der bundesweiten Abschaffung des Schüler-BAföGs Ende 1982 und der Verlagerung dieses Förderbereichs in die Verantwortung der Bundesländer, sei dieser Haushaltstitel von der Regierung Rau bis zum Haushaltsjahr 1985 auf nur noch 133 Millionen Mark jährlich zusammengestrichen worden. „Diese Kürzung um fast 50 Prozent zeigt, wie ernst es Rau mit der Schülerförderung wirklich ist. Sein angebliches Eintreten für die Interessen der Arbeiterkinder entpuppt sich als Sprechblase des Stimmenfängers Rau." Brand: „Auch wir im RCDS hielten eine Wiedereinführung des bundesweiten Schüler-BAföGs für sinnvoll. Allerdings sind wir Studenten nicht so blöd, die Kurpfuscher von gestern zu Vertrauensärzten von morgen zu wählen."

Auch beim Studenten-BAföG verschweige die SPD bewußt ihre Verantwortung für die heute nachwirkenden Kürzungen aus der Endphase der sozialliberalen Koalition. Die Quote der nach BAföG geförderten Studenten sei zwar seit 1981 bundesweit von 35,8 auf 25,1 Prozent zurückgegangen. Dies sei jedoch eine „Spätfolge" der BAföG-Politik der SPD. „Schließlich waren es der SPD-Bundesbildungsminister Engholm und sein Staatssekretär Kuhlwein, die im Juli 1981 die siebte BAföG-Novelle mit ihren drastischen Einsparungsmaßnahmen durchgesetzt haben." Als Beispiele nannte Brand:

- Änderung des Einkommensbegriffes und damit Einschränkung des Kreises der Anspruchsberechtigten,
- Anrechnung von Kindergeld bei elternunabhängiger Förderung und
- Senkung der auf die Elternfreibeträge anrechenbaren Sozialpauschale.

Asylbewerber: Berlin stellt sich auf Rekord ein

D.D. Berlin

Der Strom der Asylbewerber nach Berlin hält unvermindert an. Allein am vergangenen Wochenende kamen 568 Menschen. „Soviel waren es an keinem Wochenende zuvor", hieß es bei der Sozialbehörde. Man befürchtet, daß die monatliche Rekordzahl von 3400 Bewerbern, die erst im Juni erreicht worden war, im laufenden Monat noch übertroffen wird.

Obwohl in der vergangenen Woche rund 1000 zusätzliche Unterkünfte geschaffen worden waren, droht damit ein neuer Engpaß. Die Evangelische Kirche hat daher alle Gemeinden aufgefordert, sämtliche verfügbaren Räumlichkeiten kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Die enormen Zunahme von Antragsstellern während der vergangenen Wochen und Monate, hat allerdings dazu geführt, daß die Kapazitäten restlos erschöpft sind und viele Menschen in Notquartieren untergebracht werden müssen.

Private rügen Medienentwurf

DW, Bonn

Der nordrhein-westfälische Referentenentwurf für ein Landesmediengesetz, der unter anderem die Forderung nach einer Drittel-Beteiligung der öffentlich-rechtlichen Anstalten an privaten Anbietergemeinschaften vorsieht, ist bei der Vertretung privater Programmanbieter, dem Bundesverband Kabel und Satellit e.V. (BKS), auf scharfe Kritik gestoßen. „Diese Vorschrift kommt der hinlänglich bekannten Marktverdrängungsstrategie der öffentlich-rechtlichen Anstalten entgegen", erboste sich der BKS.

Bestimmungen, wonach eine geplante Landesanstalt verlangen kann, daß leitende Mitarbeiter von Privatsendern abberufen werden, sind ebenso wie Ansprüche auf Sendezeit für Parteien in Wahlzeiten als „verfassungswidrige Zensurbestimmungen" bezeichnet worden. Auf herbe Kritik des BKS stößt überdies die geplante Finanzierung der Landesanstalt aus den Brutto-Werbeeinnahmen der Privatsender. Die „Unterhaltung öffentlicher Behörden muß aus öfffentlichen Mitteln erfolgen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Kunst, mit Marx gute Mauern zu bauen

DIETER DOSE, Berlin

„Braucht ein Maurer eigentlich Marx?" Frage und Antwort in der FDJ-Zeitung „Junge Welt". „Schließlich entstanden schon zu Zeiten prachtvolle Häuser, da waren weder Marx, Engels noch Lenin geboren", stellt das Blatt fest. „Und heute errichten Bauleute in vielen Teilen der Welt ebenfalls imposante Gebäude, ohne jemals das Kommunistische Manifest auch nur in der Hand gehabt zu haben."

Zement mischen und die Maurerkelle schwingen ohne wissenschaftliche Weltanschauung? Nicht in der „DDR". Neue Bestleistungen, so die „Junge Welt", setzen politisches Wollen und politisches Wissen voraus. „Deshalb ist es gut, daß wir Maurer haben, die was von Marx verstehen", lautet die Antwort.

Zu den Zeitschriften in der „DDR", die häufig unterm Ladentisch, für gute Kunden reserviert, verkauft werden, gehört neben dem „Magazin" (wegen der Akt- und Nacktfotos) und der einzigen Fernsehprogramm-Zeitschrift „FF dabei" der „Eulenspiegel". Das satirische Wochenblatt zeichnet sich häufig dadurch aus, Mißstände aufzuspüren und anzuprangern. Deshalb ist wie bei den anderen genannten Druckerzeugnissen die Nachfrage größer als die durch die staatliche Papierzuteilung reglementierte Auflage.

Vor allem der Schlendrian bei der Post („Deutsche Post") gibt dem „Eulenspiegel" häufig Anlaß zur Kritik. „Kennen Sie den Unterschied zwischen Brief und Eilbrief? Der Eilbrief ist in der Regel auch nicht länger unterwegs. Vom gewöhnlichen Brief läßt sich das nicht mit Bestimmtheit sagen. Der kann auch noch wesentlich später eintrudeln", werden die langen Postwege belächelt.

Selbst Einschreibbriefe sind offensichtlich Glückssache. „Zwischen Leipzig-Hauptpostamt und Bahnpostamt Leipzig kamen 1985 knapp 150 Einschreiben unter die Räder. Im Vergleich zu 1984 konnten die Verluste bei Einschreiben drastisch gesenkt werden. Im Bahnpostamt Halle um über 30 und in (Ost-)Berlin um 23 Prozent." Flaschenpost, meint der „Eulenspiegel", sei aber auch nicht die richtige Alternative – „da bleibt alles dem Zufall überlassen".

Eine „Revolution" in Sachen Männermode hat „Der Morgen", Organ der Liberaldemokraten, entdeckt. „Da sieht man doch wirklich sogar Herren mittleren Alters in knallroten oder gelben Popeline-Anzügen herumspazieren, leichte Sakkos werden zu Jeans getragen (mit aufgekrempelten Ärmeln!), Pullis oder T-Shirts ergänzen leichte Anzüge ganz ohne Krawatte", beschreibt der „Morgen" die „lockere Lässigkeit".

Aus der Presse von drüben

Auch bei den Haartrachten registriert die LDPD-Zeitung den Trend zur Auflockerung: „Während auf der einen Seite die Zahl der Damen, die Herrenschnitte trägt, wächst, nimmt andererseits die Zahl der Männer zu, die längeres Haar wallen lassen oder auch als Zopf tragen."

Ost-Berlin putzt sich für die 750-Jahrfeier, die 1987 in beiden Teilen der Stadt gefeiert wird. Noch in diesem Jahr, berichtet die (Ost-)„Berliner Zeitung" (SED), werden in der City jenseits der Mauer neue Straßenschilder nach „historischem Vorbild" angebracht. Mit stilisierten Lindenblättern und dem Berliner Bären.

Zum Prachtboulevard soll bis 1990 die in Ost- und West-Berlin verlaufende Friedrichstraße auf der östlichen Seite werden. Rund 3300 Wohnungen und 63 Gaststätten (!) mit 4600 Plätzen sind geplant. „Zum Fluidum der Straßen werden dann typische Eckkneipen mit Stehtischen, Biergaststätten mit speziellem Speiseangebot und kleine Eisdielen in den Erdgeschossen gehören", zitiert die „Berliner Zeitung" den Generaldirektor der zuständigen Baudirektion, Erhardt Gißke.

CDU: Lafontaine gefährdet Beziehungen zu Frankreich

Feibel: Streit um Cattenom könnte auch Wirtschaft belasten

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische CDU hat der Landesregierung vorgeworfen, mit ihrem Konfrontationskurs gegen das Kernkraftwerk Cattenom die Beziehungen zwischen Bonn und Paris ohne Not zu belasten. „Es ist an sich schon gefährlich, die deutsch-französischen Beziehungen in ihrer Dehnfähigkeit zu testen", sagte der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, Albrecht Feibel, der WELT.

Anstoß nimmt die Oppositionspartei an der jüngsten Verschärfung im Streit um Cattenom. Um Paris zu zwingen, das Kraftwerk, dessen Inbetriebnahme für Oktober geplant ist, gar nicht erst ans Netz gehen zu lassen, hat die Landesregierung ihre Pariser Rechtsanwälte beauftragt, vor dem Verwaltungsgericht Straßburg Antrag auf Aussetzung des Vollzugs der Betriebs-Genehmigung zu stellen. Mit einer Entscheidung sei, so die Landesregierung, bereits in wenigen Monaten, also noch vor dem Oktober zu rechnen. Das Urteil in der jüngst ebenfalls beim Straßburger Verwaltungsgericht eingereichten Klage gegen Cattenom sei dagegen erst in eineinhalb Jahren zu erwarten. Albrecht Feibel gibt den Klagen keine Chancen: „Wir können nicht so tun, als ob wir bestimmen könnten, was in Frankreich geschieht".

Klimaverschlechterung

Von einer Klimaverschlechterung der historisch gewachsenen Bindungen des Saarlandes an Frankreich könne bereits jetzt gesprochen werden, so der CDU-Politiker. Feibel befürchtet jedoch, daß die harte Linie der Regierung Lafontaine auch unmittelbare wirtschaftliche Auswirkungen haben könnte. Schließlich sei der Warenaustausch mit Frankreich die Stütze des saarländischen Außenhandels, die nicht zur Disposition gestellt werden dürfe. Angesichts der jüngsten Anstrengungen, die Beziehungen zwischen dem Saarland und Ostblockländern zu intensivieren, verdächtigt der CDU-Politiker die Landesregierung, „so zu tun, als könne man auf den Handel mit Frankreich verzichten, wenn man neue Märkte im Osten erschließt".

Die Landesregierung bestreitet nicht, daß das Verhältnis zu Frankreich gelitten hat, schiebt den schwarzen Peter aber Paris zu: „Es ist die Inbetriebnahme von Cattenom, die eine Belastung für das deutsch-französische Verhältnis darstellt", heißt es im Wirtschaftsministerium.

Differenzen mit Rau

Das Rezept der Bundesregierung, in Verhandlungen mit dem Nachbarn eine verbindliche Erklärung über die Einhaltung deutscher Sicherheitsstandards zu erreichen, lehnt Saarbrücken ab. Die Landesregierung dürfe sich nicht dem Vorwurf der Bürger aussetzen, sie habe nicht alles versucht, um Cattenom zu verhindern. Die Klage „zeigt den Franzosen, wie groß die Sorgen in der Bevölkerung sind", hieß es.

Die Kritik der Landesregierung entzündet sich jedoch nicht nur an der Marschrichtung Bonns, sondern auch an der Argumentation des SPD-Kanzlerkandidaten. „Johannes Rau bringt die Diskussion auf die Schiene der Beherrschbarkeit von Technik. Das macht auf uns keinen besonderen Eindruck". Die „rein technische Diskussion", die auf die Verbesserung der Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken abzielt, „bringt uns nicht weiter", meint man in der Umgebung des Wirtschaftsministers. In Saarbrücken wird darauf verwiesen, daß Rau von „Umstieg" spricht, Lafontaine sich aber mittlerweile auf die Position der Befürworter eines „sofortigen Ausstiegs" begeben hat. Die Landesregierung räumt auch ein, daß „die sozial-liberale Koalition die Problematik seinerzeit nicht erkannt hat". Schließlich werde in Cattenom schon zehn Jahre gebaut.

Was Lowitz an der CSU wirklich in Harnisch brachte

PETER SCHMALZ, München

Der quirlige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ist irritiert und erkundigt sich schriftlich beim „Lieben Claus", ob es denn wirklich stimme, daß dieser zu einem offenen Brief steht, mit dem über 100 Künstler dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß ihre Genugtuung über die Leistungen des Freistaats für Kunst und Kultur bekunden und schreiben: „So soll es bleiben. Wir unterstützen diese Politik zur Ermutigung der Künstler."

Für Glotz wenig ermutigend

Die Antwort war für den SPD-Manager wenig ermutigend: Claus Hardt, der erfolgreiche Fernsehproduzent, denkt nicht daran, sich von dieser Aktion zu distanzieren. Da half auch der Hinweis nichts, mit dem ihn Glotz an die Jahre erinnerte, als man gemeinsam Künstler-Initiativen zugunsten der Sozialdemokraten startete.

Das war die Zeit, als allgemein die Rede davon war, der Geist wehe links, und die CSU vergrämt zusehen mußte, wie sich der politische Gegner mit den werbeträchtigen Namen prominenter Stars schmückte.

Mittlerweile aber hat sich die Szene gewandelt: München avancierte zur deutschen Filmstadt, fast die Hälfte der 22 000 deutschen Filmschaffenden lebt in Isarnähe, ein „Bayerischer Filmpreis" wurde geschaffen und ein „Münchner Filmfest" im internationalen Festival-Kalender etabliert. Münchner Theater genießen Weltruf, nur in New York werden mehr Bücher verlegt und gedruckt als in München, als bisher einziges Bundesland schuf Bayern ein Medienförderungsprogramm.

Von diesen Erfolgen ermutigt, wagte sich der Medienreferent der CSU-Landesleitung, Markus Schöneberger, an ein Unternehmen, das der „Bayernkurier" schließlich als „bislang größte Künstler-Initiative" feierte: Er formulierte einen Brief an Strauß, in dem unter anderem steht, „die konsequente Förderung der Theater, des Musiklebens und der Literatur, des Films und der neuen Medien schaffen ein Klima, in dem sich Kreativität frei entfalten kann", und fand über 100 Prominente, die solche Zeilen namentlich unterstützen. Darunter René Kollo, Brigitte Horney, Siegfried Lowitz, Gerd Fröbe, Claus Hardt, Harald Leipnitz, Margot Werner, Walter Sedlmayr, Brigitte Fassbaender, Kurt Pscherer und Heinz Piontek. Aber auch Michael Pfleghar, der früher SPD-Spots drehte.

Nach der Veröffentlichung der Liste verging eine Schrecksekunde – dann rauschte der linke Blätterwald empört. „Wenig Hirn" diagnostizierte der „Spiegel", von „Ergebenheitsadressen" schrieb die „Frankfurter Rundschau", während die „Abendzeitung" sogar Beweise zu haben glaubte für die Zeile: „Künstler fühlen sich von der CSU ausgenutzt."

Mündliches Einverständnis

„Ich habe den Brief gar nicht so richtig gelesen", wird Hermann Prey zitiert, Hans Christian Blech distanzierte sich mit den Worten: „Ich bin doch keine Karriere-Hure", und Kurt Wilhelm soll gesagt haben: „Ich hätte den Brief in dieser Form nicht unterschrieben." Werner Kreindl schimpft im TV-Magazin „Monitor" gar: „Ich bin empört darüber ... ich protestiere dagegen."

Tatsächlich haben die Künstler den Brief nicht unterschrieben – sie haben vielmehr mündlich ihr Einverständnis gegeben (Schöneberger: „Das hat die SPD früher auch so gemacht") und bekamen dann den Wortlaut mit einem Begleitschreiben, in dem ihnen gedankt wurde für die Teilnahme und sie gebeten wurden, bei eventueller Meinungsänderung zu antworten, andernfalls werde ihr gegebenes Einverständnis als gültig angesehen.

Auch Protestierer Kreindl gibt inzwischen Vorgespräch und Brieferhalt zu, erklärt aber, ihm seien dann Zweifel gekommen, die er jedoch nicht an die CSU weiterleitete. Andere Künstler wie Kollo, Pasetti, Pscherer oder Wilhelm sind über ihre angeblichen Distanzierungen empört, einige kündigten richtigstellende Leserbriefe an.

Einer aber ist in der „Frankfurter Rundschau" richtig zitiert: Siegfried Lowitz, der Ex-„Alte", hat der CSU tatsächlich geantwortet, er sei mit dem Inhalt nicht einverstanden. Leider vergaß die Zeitung, den Grund zu erwähnen: Lowitz wollte viel kämpferischere Formulierungen gegen die rote Kulturmaschinerie und stimmte nur zähneknirschend den weicheren Formulierungen zu ...

Rau streicht Pläne für Kernkraftwerke

AP/DW. Düsseldorf

Nach dem Beschluß des Landtags von Nordrhein-Westfalen über einen langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie in der vergangenen Woche hat sich das Kabinett von Ministerpräsident Rau jetzt darauf verständigt, die bisher geplanten Kernkraftwerke aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen. Umweltminister Matthiesen (SPD) teilte gestern in Düsseldorf mit, die Landesregierung habe beschlossen, „auf eine Standortvorsorge für Kernkraftwerke" zu verzichten.

Nach dem gültigen Landesentwicklungsplan waren in Bislich-Vahnum, Datteln-Waltrop, Drensteinfurt und Greven entsprechende Projekte vorgesehen. In diesen vier Bereichen sollen nur noch konventionelle Kraftwerke geplant werden.

Vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe von Tschernobyl „und den damit verbundenen energiepolitischen Neubewertungen" erscheine es der Landesregierung nicht länger vertretbar, Standorte für Kernkraftwerke planungsrechtlich zu sichern und möglichen Betreibern anzubieten, teilte Matthiesen mit.

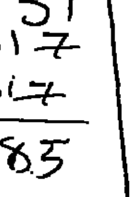
Vertriebene in Schutz genommen

idea, Siegen

Gegen den Vorwurf des Revanchismus hat der frühere Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel die Heimatvertriebenen in Schutz genommen. In einem Gottesdienst bei Siegen sagte Fränkel – früher einer der bekanntesten Kirchenvertreter der „DDR" –, „die, die feierlich auf Revanche und Gewalt verzichtet haben und die Priorität eines Friedens des Rechtes und der Gerechtigkeit anerkennen, sollte man so nicht nennen".

Der Alt-Bischof ging in diesem Zusammenhang auch auf die Spannungssituation im Nahen Osten ein. Die Völker dort wären dem Frieden erheblich näher, wenn die mit terroristischen Mitteln operierenden Palästinenser „etwas von der Haltung der Ostdeutschen hätten", erklärte Fränkel.

Zur Integration der Ostdeutschen in der Bundesrepublik Deutschland sagte er, sie sei erst dann echt, „wenn sie sich mit der Aufgabe verbindet, unser Kulturerbe nicht der Vergessenheit anheimfallen zu lassen, sondern es zu pflegen und für die Gegenwart fruchtbar werden zu lassen".



Londons Nein zu Sanktionen beschwört eine Krise des Commonwealth herauf

Afrikanische Staaten boykottieren Spiele von Edinburgh / Teilnahmeverbot für Zola Budd

REINER GATERMANN, London

Die politische Auseinandersetzung innerhalb des Commonwealth über das Für und Wider wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika hat jetzt auch den Sport ergriffen. Bisher haben fünf afrikanische Staaten, Nigeria, Ghana, Uganda, Kenia und Tansania aus Verärgerung über die britische Südafrika-Politik ihre Beteiligung an den am 24. Juli in Edinburgh beginnenden Commonwealth-Spielen abgesagt, und es steht zu befürchten, daß sich weitere Staaten, und zwar nicht nur in Afrika, sondern eventuell auch in der Karibik, diesem Boykott anschließen.

Die Kontroverse um diese „Olympischen Spiele" der britischen Völkerfamilie, die 1930 erstmals ausgetragen wurden, spitzte sich, zumindest aus englischer Sicht, am Wochenende noch weiter zu, als das Organisationskomitee entschied, daß die Weltrekordlerin über 5000 Meter, Zola Budd, und die nationale Schwimmeisterin Annette Cowley nicht in Edinburgh an den Start gehen dürfen, weil sie nicht die Wohnsitz-Voraussetzungen für eine Teilnahme erfüllten. Beide Mädchen sind in Südafrika geboren, haben jedoch britische Pässe, und Zola Budd, die für Großbritannien bei den Olympischen Spielen in Los Angeles lief und demnächst auch bei den Europameisterschaften in Stuttgart an den Start gehen wird, hat auch ein Haus in der Nähe Londons. Während der englische Verband „nach eingehenden juristischen Konsultationen" die beiden Sportlerinnen meldete, kam das Organisationskomitee nun zu dem Schluß, daß die Commonwealth-Bedingungen nicht erfüllt seien. Nun wird beraten, ob der Entscheid beim Obersten Gericht angefochten werden soll.

Die Teilnahme Zola Budds und Annette Cowleys, die in den USA studiert, war einigen afrikanischen Staaten von vornherein ein Dorn im Auge und war von Nigeria und Ghana frühzeitig angefochten worden. Beide Länder warteten aber das Urteil des Organisationskomitees erst gar nicht ab, um sich von den Spielen abzumelden, sie fanden nämlich einen anderen „Grund" dafür: Frau Thatchers Südafrika-Politik. Der Appell zahlreicher Politiker, darunter Labour-Oppositionsführer Neil Kinnock, die „Spiele der Freundschaft" nicht zu boykottieren, stieß auf taube Ohren. Nun hofft Ken Borthwick, Chef-Organisator, daß der Ausschluß der beiden Sportlerinnen die Boykott-Länder noch umstimmen kann.


Darf nicht starten: Rekordläuferin Zola Budd FOTO: HORSTMÜLLER

So sehr das wahrscheinliche Ausbleiben einiger afrikanischer Staaten von Aktiven, Funktionären und Politikern auch bedauert wird – einige Länder, wie Sambia, Botswana und Zimbabwe, wollen sich erst in den nächsten Tagen entscheiden –, so nachdrücklich betonen die Veranstalter, daß sie nicht daran dächten, das zweiwöchige Sportfest völlig abzusagen. Mit gut über dreitausend Aktiven und Funktionären aus ursprünglich 58 Ländern übertrafen sie erheblich das Meldeergebnis der letzten Spiele vor vier Jahren im australischen Brisbane. Selbst wenn es beim bisherigen Boykottumfang bleibt, wird es noch „Rekordspiele" geben.

Dennoch, nicht nur über Edinburgh hat sich ein tiefer Schatten gelegt, auch die Londoner Politiker zeigen sich zunehmend beunruhigt über die Tatsache, daß nun auch die Commonwealth-Spiele, eines der wenigen Bande, die die lose Völkergemeinschaft zusammenhalten, zum politischen Werkzeug geworden ist. Dabei wächst der Druck auf Margaret Thatcher, der aufgrund ihres unbiegsamen Widerstandes gegen Wirtschaftssanktionen gegen Südafarika die „Hauptschuld" an dieser Commonwealth-Krise angelastet wird. Der Führer der nigerianischen Militärregierung, Ibrahim Babangida, nannte seinen Schritt eine „wichtige außenpolitische Entscheidung", und Ghanas Außenminister bezeichnete ihn als einen Protest gegen „die britische Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes".

Neil Kinnock sieht in dem Boykott eine ernsthafte Warnung an Frau Thatcher, und auch der Chef des Commonwealth-Sekretariats, Sir Sonny Ramphal, meint, nur „schnelle Beschlüsse" könnten noch den Druck ablassen, der sich innerhalb des Commonwealth wegen Südafrika angestaut habe. Nur ist von Frau Thatcher keine Wende zu erwarten. In bisher nicht gekannter Schärfe verteidigte sie ihren Standpunkt und bezeichnete umfassende Wirtschaftssanktionen im Hinblick auf die, die sie am härtesten treffen würden – die Schwarzen – als „unmoralisch". Nicht zu leugnen ist allerdings auch die Besorgnis im eigenen Lager über die Gefahr, daß London angesichts der Entwicklung bei den Edinburgh-Spielen weiter isoliert werden könnte und zudem von den eigenen Bürgern als Sündenbock betrachtet werden könnte.

Kritisch zur Südafrika-Politik Frau Thatchers äußerte sich auch ihr früherer Industrieminister Leon Brittan, der es nicht für richtig hielt, Sanktionen von vornherein auszuschließen.

Israel: Syrien rüstet auf

Militärische Stärke in drei Jahren verdoppelt / Gefahrenherd

EPHRAIM LAHAV, Tel Aviv

In Israel wächst die Sorge über die syrische Rüstung. Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres ging kürzlich sogar so weit, von „Kriegsvorbereitungen" der Regierung in Damaskus zu sprechen.

Syrien hat in den vergangenen drei Jahren seine militärische Ist-Stärke verdoppelt und bildet heute nach Auffassung des Leiters des Zentrums für Strategische Studien an der Universität von Tel Aviv, General d. R. Aron Yariv, vormals Chef des Militärischen Nachrichtendienstes, den einzigen Gefahrenherd im Nahen Osten.

Allein 1985, so Yariv, habe Syrien seine Mannschaftsstärke einschließlich Reservisten von 784 000 auf 840 000 Mann erhöht; davon entfallen eine halbe Million Mann auf die regulären Streitkräfte, die jetzt auf neun Divisionen angewachsen sind. Mit 400 neuen Panzern haben die Syrer jetzt 4100 Panzer. Die Kriegsmarine wurde mit zwei neuen U-Booten und Boden-See-Raketen verstärkt.

Dazu kommt, daß die syrische Armee zum Großteil aus Libanon zurückgezogen wurde und jetzt auf dem verhältnismäßig kleinen Gebiet zwischen Damaskus und der Grenze zu Israel auf der Golanhöhe steht – ein ideales Aufmarschgebiet.

Dennoch meinte Yariv, eine Kriegsgefahr bestehe nicht unmittelbar. Präsident Assad meine, immer noch nicht die ersehnte „Waffenparität mit Israel" erreicht zu haben.

Die Erfüllung dieses Wunsches kann sich als schwierig erweisen, denn Syriens Rüstung wird von Saudi-Arabien finanziert. Zwar hat Saudi-Arabien bisher seine Subventionen nicht eingestellt, aber wenn der Ölpreis nicht steigt, das heißt, wenn er sich weiterhin zwischen zehn und 18 Dollar per Barrel bewegt, werden die arabischen Ölstaaten gezwungen sein, nicht nur ihre eigene Aufrüstung zu beschränken, sondern auch ihre Militärhilfe an andere Staaten erheblich einzuschränken. Aus eigenen Mitteln könnte Syrien seine Waffenkäufe nicht bezahlen.

Riad selbst hat schon seinen Militäretat gekürzt, berichtete Yariv – von 21,9 Milliarden Dollar 1984 auf 18,6 Milliarden im vergangenen Jahr. Dieses Jahr wird eine weitere Kürzung erwartet, doch auch dann hat Saudi-Arabien noch das größte Militärbudget aller arabischen Staaten.

Israel kann bei diesem Rüstungstempo nicht mithalten, sagte Yariv. Es war sogar gezwungen, im vergangenen Jahr wegen einer Kürzung des Verteidigungsbudgets um 300 Millionen Dollar seine Streitkräfte zu reduzieren. Das führte zu mehreren „sehr schmerzlichen Einschnitten". Dennoch sei es Israel gelungen, mittels einer Reorganisation eine neue Division aufzustellen. Es hat jetzt zwölf Divisionen.

Die stärkste Aufrüstung unter den arabischen Staaten unternahm im vergangenen Jahr Irak. Statt 20 Divisionen hat Irak heute 33 – dazu 5000 Panzer, 3500 gepanzerte Truppentransporter, 3500 Kanonen, 615 Kampfflugzeuge und 435 Hubschrauber. Irak ist jedoch vollauf mit dem Krieg gegen Iran beschäftigt und stellt derzeit keine Gefahr für Israel dar. Jordanien hat 1985 etwa 160 moderne Panzer erworben und hat jetzt ein Panzerkorps mit 1100 Fahrzeugen. (SAD)

Warum der Papst in Litauen unerwünscht ist

KNA, Wilna

Der stellvertretende Vorsitzende der Ministerrats der Litauischen Sowjetrepublik, Cesnavicius, hat den Bischöfen seines Landes in schroffer Weise klargemacht, daß er einen Besuch des Papstes in der Baltenrepublik ablehnt. Die litauische Bischofskonferenz hatte Johannes Paul II. vor zwei Jahren für 1987 zum 600. Jahrestag der Christianisierung nach Litauen eingeladen. Der Papst hatte sein Interesse an einem Besuch der zu 80 Prozent katholischen Republik unmittelbar danach bekundet.

Cesnavicius erklärte, ein Papstbesuch stehe weder in der Kompetenz der Bischöfe noch der litauischen Regierung, sondern sei eine „Angelegenheit zwischen Moskau und dem Vatikan". Zwischen ihnen aber gebe es keine diplomatischen Beziehungen. So gab die Untergrundzeitschrift „Chronik der katholischen Kirche in Litauen" den Funktionär bei einem Gespräch mit den litauischen Bischöfen wieder. „Also, wie kann man denn einen Menschen in die Sowjetunion einladen, der den Kommunismus und die sozialistische Ordnung eine Schande des 20. Jahrhunderts genannt und in seiner Audienz die berühmt gewordene antikommunistische Jüdin, die Frau von Sacharow, empfangen hat!", zitiert das Blatt.

Ähnlich verwahrte sich Cesnavicius gegen die „Verleumdung", der Staat mische sich in die Ernennung von Priestern ein: „Ihr ernennt, wir bestätigen nur und registrieren, und es ist klar, daß wir niemanden registrieren, der für die sozialistische Ordnung nicht brauchbar ist".

Sorge in Malta um die Souveränität

Regierung will Neutralität in der Verfassung verankern / Opposition strikt dagegen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die seit 15 Jahren auf Malta regierende Labour-Partei will den neutralen Status der strategisch wichtigen Inselrepublik im Mittelmeer in der Verfassung des Landes festschreiben. Dies geht aus einem „Paket" von vorgeschlagenen Verfassungs- und Gesetzesänderungen hervor, das der ehemalige Ministerpräsident Dom Mintoff dem Parlament in La Valletta unterbreitete.

Die christdemokratische Nationalistenpartei lehnt diese Festschreibung jedoch entschieden ab. Sie ist lediglich zu einer Verfassungsänderung bereit, die ausländische Militärstützpunkte auf Malta und den Beitritt des Landes zur irgend einer Militärallianz verbietet.

Ziel des von Mintoff vorgelegten „Pakets", über das jahrelang mit der nationalistischen (christdemokratischen) Oppositionspartei verhandelt wurde, ist die Überwindung des inneren Unfriedens, der das Land seit den letzten Parlamentswahlen des Jahres 1981 immer wieder schweren Belastungsproben ausgesetzt hatte.

Diese Wahlen hatten der Nationalistenpartei eine knappe Stimmenmehrheit, der Labour-Partei jedoch wieder die absolute Parlamentsmehrheit gebracht. Die Nationalisten haben sich daraufhin zwei Jahre lang geweigert, ihre Sitze im Parlament einzunehmen. Erst als Labour eine Änderung des Wahlgesetzes zusagte, womit künftig Übereinstimmung von Stimmen- und Parlamentsmehrheit garantiert werden soll, erklärten sich die Nationalisten wieder zur parlamentarischen Zusammenarbeit bereit.

Diese vorgesehene Wahlgesetzänderung wurde dann in die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien über das „Paket" zur generellen Entschärfung der Lage eingebracht. Ein Resümee dieser Verhandlungen zogen – wenige Monate vor den Ende des Jahres fälligen Parlamentsneuwahlen – Mintoff und Oppositionsführer Fenech Adami vor dem Parlament. Dabei zeigte sich, daß sich die beide Parteien in wichtigen Punkten bereits einig geworden oder doch sehr nahe gekommen sind.

Einigkeit besteht außer in der Wahlgesetzänderung in der Stärkung der Stellung des Staatspräsidenten, hinsichtlich der Garantierung der Gleichberechtigung von Regierung und Opposition beim Zugang zu Rundfunk und Fernsehen sowie in der Bildung einer paritätischen besetzten Kontrollkommission zur Überwachung der Wahlen.

Der bedeutendste ungelöste Streitpunkt, an dem das gesamte Vorhaben noch scheitern könnte, ist die Neutralitätsfrage. Hier stehen die Nationalisten auf dem Standpunkt, daß die konstitutionelle Festlegung auf Neutralität der Souveränität des Landes Abbruch tun würde.

Mintoff, der als Ministerpräsident den Abzug der NATO von der Insel erzwungen und enge Bindungen zu Libyen geknüpft hatte, argumentierte demgegenüber, allein die strikte Neutralität könne das Land, das über keinerlei Rohstoffe, nur über eine günstige strategische Lage verfüge, davor bewahren, wieder unter fremden Einfluß zu geraten. Und der Mintoff-Nachfolger als Premierminister, Mifsud Bonnici, bezeichnete die Neutralitätsentscheidung sogar als „sakrosankt".

Ein zweites Leben für den Arm

Chinesische Mediziner sind wegweisend auf dem Gebiet der Wiederherstellungs-Chirurgie

Wenn man bislang von chinesischer Medizin sprach, verband man damit in erster Linie den Begriff der Akupunktur. Doch bereits seit über zwanzig Jahre beschäftigen sich chinesische Ärzte erfolgreich mit einem wichtigen Gebiet der Chirurgie, den Verfahren zur Rückpflanzung abgetrennter Körperteile. Prof. Zhong-Wei Chen (58) ist die chinesische Kapazität auf dem Gebiet der Wiederherstellungschirurgie. Er ist Lehrstuhlinhaber an der Medizinischen Fakultät der Universität Shanghai und amtierender Präsident der Internationalen Vereinigung für Wiederherstellungs-Chirurgie. Mit Zhong-Wei Chen sprach Vera Zylka.

WELT: Herr Prof. Chen, Sie haben einen Ruf als „Vater" der Replantationschirurgie. Wie sind Sie zu dieser Spezialisierung gekommen?

Chen: Eigentlich bin ich Orthopäde. Konfrontiert mit schweren Verletzungen in Kombination von Knochen, Arterien, Venen und Nerven, die dem Operateur dasselbe mikrochirurgische Geschick abverlangen wie die Replantation einer ganzen Extremität, war das eine logische Weiterentwicklung. Denn die völlige Abtrennung eines Körperteils stellt schließlich nur den Extremfall einer sog. Kombinationsverletzung dar.

WELT: Zu den gefürchteten Komplikationen einer solchen Wiederanpflanzung gehört ja die Mangeldurchblutung, was schließlich Absterben von Gewebe und – im schlimmsten Fall – dann zum Verlust der Extremität führt. Doch selbst wenn die Durchblutung sichergestellt ist, können für den Patienten recht störende Funktionseinbußen auftreten. Welche Erfahrungen haben Sie denn mit Ihren Patienten gemacht?

Chen: Von 1963 bis 1983 sind in China in fünf Zentren 3706 Extremitäten replantiert worden, die unter meiner Koordination durchgeführt wurden. Die Ergebnisse habe ich anhand von Fragebögen ausgewertet. In 78,8 Prozent ist das Transplantat „angegangen". In meiner eigenen Abteilung in Shanghai liegt die Erfolgsrate bei 86 Prozent, beim „Annähen" von Fingern sogar bei 92 Prozent. Bei insgesamt vier Prozent meiner Patienten konnten wir zwar die Durchblutung wiederherstellen, aber die Gliedmaßen sind vollkommen funktionslos. Dennoch sind diese Patienten nicht unzufrieden, denn aus kosmetischen Gesichtspunkten ist ihnen beispielsweise ein gebrauchsunfähiger Arm lieber als das Schicksal eines „Einarmigen".

WELT: Und wie sieht es mit der Art der eingebüßten Funktionen aus?

Chen: Da steht an erster Stelle der Kräfteverlust noch vor Gelenkversteifungen sowie der Verlust oder die Einschränkungen des Empfindungsvermögens.

WELT: Worauf konzentriert sich zur Zeit Ihr medizinisches Interesse?

Chen: Zur Zeit beschäftige ich mich gerade mit den bösartigen Knochentumoren, die für den Betroffenen meist den Verlust des ganzen Armes bedeuten. Ich habe jetzt bei einem Kind mit einem Oberarmknochentumor eine „Segment-Amputation" vorgenommen, das heißt, ich habe den vom Tumor befallenen Teil des Armes herausgenommen und die Enden funktionsfähig wieder miteinander verbunden. Ein anderes Gebiet, mit dem ich mich beschäftige, betrifft schwerste Verletzungen von beiden Beinen. Hier haben wir aus den noch erhaltenen Teilstücken beider Beine ein ganzes Bein rekonstruiert. Das hat für den Patienten den Vorteil, daß er mit einer Prothese als „Hilfsbein" wieder laufen lernen kann.

INTERVIEW

WELT: Werden bei Ihrer Operations- und Behandlungsform westliche und chinesische Medizinlehren vermischt?

Chen: Nein, unsere Techniken entsprechen denen, die sie in jedem englischsprachigen Medizinlehrbuch nachlesen können. Denn die sind mir wegen meiner Sprachkenntnisse bekannt.

WELT: Und was die Narkose angeht: Werden Eingriffe in Ihrer Klinik unter Mithilfe oder ausschließlich unter Akupunktur vorgenommen?

Chen: Nein, aber es hat Zeiten gegeben, da sollte diesem Verfahren der Vorrang gegeben werden. Aber das bedeutete eine arge Tortur. Zum einen für die Patienten wegen der Schmerzhaftigkeit der Operation, zum anderen für mich als Operateur, da Rekonstruktionen subtilstes Operieren über Stunden unter Einsatz von Mikroskopen bedeutet. Unsere Anästhesisten wenden sowohl allgemeine als auch regionale Narkoseformen an.

WELT: Beherrschen Ihre Anästhesisten denn überhaupt noch die Kunst der Akupunktur?

Chen: Ich schätze, daß höchstens zwei Drittel diese Technik beherrschen. Und die Tendenz ist eher abnehmend.

WELT: Wo wird denn die Akupunktur heute noch gezielt eingesetzt?

Chen: Insbesondere in der Schmerztherapie, aber auch bei Gefäßleiden. Denn die Akupunktur führt zu einer in diesen Fällen ja sehr erwünschten Gefäßerweiterung. Ein weiteres Anwendungsgebiet ist die Malaria.

WELT: Wie bitte? Das ist für mich völlig unverständlich. Könnten Sie mir erklären, auf welchem Wirkungsmechanismus diese Anwendung beruht?

Chen: Das weiß ich leider auch nicht. Aber überall in Südchina, wo wir stark Malaria verseuchte Gebiete haben, wird die Akupunktur therapeutisch angewendet.

WELT: Hier in der Bundesrepublik spricht man von einer Ärzteschwemme. Wie sieht die Situation in China aus, und wie in ihrer eigenen Abteilung?

Chen: Wir haben noch zu wenig Ärzte, insbesondere in den Landkrankenhäusern müssen ein, höchstens aber zwei Ärzte Tag und Nacht, wochentags wie sonntags die Kranken versorgen. Ich selbst bin in der glücklichen Lage mit 35 Ärzten sechzig Betten betreuen zu können. Von diesen 35 Kollegen sind aber immer 20, die als Gastärzte in meiner Klinik weilen, um sich mit der Replantationstechnik vertraut zu machen.

WELT: Wie werden Sie finanziell unterstützt?

Chen: Das läuft zweigleisig. Einmal von der Regierung, also dem Gesundheitsministerium, direkt. Und dann über Wissenschaftsfonds, für die ich Anträge und Qualifikationsnachweise erbringen muß, und über die dann in Wissenschaftsgremien entschieden wird.

WELT: Arbeiten Sie eigentlich mit Geräten und Instrumentarium „made in China"?

Chen: Die mikrochirurgischen Instrumente stammen alle aus China. Sie werden zum Teil nach meinen Form- und Funktionsvorschlägen hergestellt. Aber wir verwenden eine andere Metall-Legierung als bei Ihnen in Deutschland. Die Mikroskope und Ultraschallgeräte kaufen wir im Ausland.

Das aktuelle Fachbuch

Antwort auf Fragen nach Tschernobyl

Gerade jene allgemeine Empörung über die verharmlosende offizielle Informationspolitik hat gezeigt, daß man nach wahrheitsgemäßer Darstellung ... geradezu lechzt". So schreibt Frederic Vester in seinem Vorwort zu dem jetzt erschienenen „Atom-Atlas". Nach dem Unglück von Tschernobyl und der erneuten Diskussion über die Gefahren der Kernenergie, die es ausgelöst hat, sind Informationen wichtig und gefragt.

„Experten ohne Kompetenz" betitelt Vester sein Vorwort. Wer aber gibt dem Leser die Gewißheit, daß die Autoren dieses Buches mehr Kompetenz besitzen als andere Experten? Nach den Diskussionen der letzten Wochen kann niemand mehr für sich allein in Anspruch nehmen, er sei im Besitz der einzigen Wahrheit über Nutzen oder Risiken von Kernkraftanlagen.

Die Autoren dieses Buches machen gar keinen Hehl daraus, daß sie der Kernenergie eher skeptisch gegenüber stehen. Deshalb gilt für dieses Buch das gleiche wie für alle Vorgänger: Der Leser muß selbst herausfiltern, was eindeutige und umumstrittene Fakten sind, und welche Probleme kontrovers beurteilt werden. Allerdings stört es bei der Suche nach Sachinformationen, wenn etwa bei der Beschreibung der Kraftwerke in der Bundesrepublik hauptsächlich von Störfällen und wenig von technischen Daten die Rede ist.

Dennoch enthält das Taschenbuch nützliche und schnell auffindbare Informationen. So beschreibt es Grundlagen der Kernphysik sowie die Technik von Kernkraftwerken und Wiederaufarbeitungsanlagen. Es gibt Auskunft über die Sicherheitsvorrichtungen der Anlagen, über Fragen des Brennstoffkreislaufes und der Endlagerung oder stellt die Prognosen für den künftigen Energieverbrauch oder die Kosten eines kurzfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie vor. Kü.

„Der Atom-Atlas", von M. Heinrich und A. Schmidt, Heyne-Verlag, 1986, 229 S., 9,80 DM.

Anwendung der Wärme-Therapie im Münchner Klinikum Großhadern FOTO: DIE WELT

Hilfe aus der Wärmebox

Hyperthermie ermöglicht gezieltere Krebsbehandlung

Von HORST DALCHOW

Ein neues Verfahren soll dazu führen, künftig die Wirksamkeit der Chemotherapie gegen Krebserkrankungen zu erhöhen. Im Münchener Klinikum Großhadern können Tumorpatienten jetzt mit einer Kombination von Chemo- und Überwärmungstherapie behandelt werden.

Seit der Jahrhundertwende ist bekannt, daß die Heilung von Krebserkrankungen bei höheren Körpertemperaturen erheblich positiver verläuft. Die Temperaturen konnten jedoch künstlich allenfalls bis zur lebensgefährlichen Grenze von 40 bis 41 Grad gesteigert werden. Ein neues Gerät, das im weitesten Sinn einem Mikrowellenherd vergleichbar ist, ermöglicht jetzt die regionale Erwärmung eines Tumors beziehungsweise der tumortragenden Körperregion auf Temperaturen bis zu 45 Grad.

Bei dem Pilotprojekt am Klinikum Großhadern wurde jetzt erstmals die Chemotherapie mit der Hyperthermie kombiniert. Die theoretischen Grundlagen sind von dem Arzt und Biochemiker Rolf Issels erarbeitet worden. Der Sohn des nicht unumstrittenen Krebsforschers Josef Issels arbeitete jahrelang an der Erforschung des Sauerstoff-Radikal-Metabolismus in Zellen bei unterschiedlichen Temperaturen unter Zugabe von verschiedenen Thiolverbindungen.

Er stellte fest, daß einige dieser Verbindungen erst bei Temperaturen über 43 Grad zytotoxisch wirken und sah hier einen Ansatzpunkt für die Anwendung der Hyperthermie für die Tumortherapie. Auch die derzeit klinisch angewandten Zytostatika zeigen bei erhöhten Temperaturen einen deutlichen Anstieg ihrer Wirkung. Die bisher unvermeidbaren Nebenwirkungen dieser Zellgifte auf den Gesamtorganismus können jetzt ausgeschaltet werden, weil nur der Tumor selbst erwärmt wird.

Nach umfangreichen Forschungen wurde ein computergesteuertes System entwickelt, das die wärmeerzeugenden Wellen auf den Tumor konzentriert. Sie regen Atome zu Schwingungen an, die nur in dem eng begrenzten Bereich Wärme erzeugen. Dadurch werden die bekannten Nebenwirkungen der Chemotherapie auf gesundes Gewebe ausgeschlossen.

Um die Begrenzung der hyperthermischen Einwirkung ausschließlich auf den Tumor zu beschränken, sind genaue Temperaturmessungen durch Sonden erforderlich, die den Einsatz des Geräts per Computer steuern.

Der Direktor der Klinik, Professor Wolfgang Wilmanns und seine Mitarbeiter wiesen auch ausdrücklich darauf hin, daß die Kombination von Chemotherapie und Hyperthermie zunächst nur zur Behandlung bei Tumoren im Becken, an Armen und Beinen und an der Körperoberfläche geeignet sei. Die Ausdehnung der Überwärmungstherapie auf andere Bereiche erscheine zwar nicht ausgeschlossen, erfordere jedoch voraussichtlich weit umfänglichere Apparaturen.

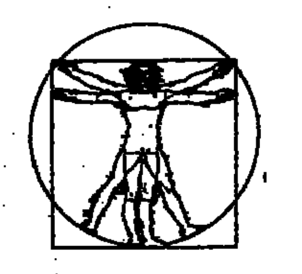
NOTIZEN

Seeadler in Südböhmen

Prag (dpa) – Nach mehr als hundert Jahren hat sich wieder ein Seeadlerpaar in Südböhmen nahe der österreichischen Grenze angesiedelt. Wie Umweltschützer aus Wittingau (Trebon) berichten, ist es gelungen, in Zusammenarbeit mit einem Ornitologen aus der Bundesrepublik Deutschland für die Raubvögel so günstige Bedingungen zu schaffen, daß die Vögel dort Junge ausbrüteten.

Waldbrände in Alaska

Anchorage (AP) – In Alaska haben rund 85 Waldbrände bis zum Wochenende etwa 133 000 Hektar Wald erfaßt. Am Sonntag waren nach Angaben des staatlichen Forstamtes rund 770 Feuerwehrleute und freiwillige Helfer im Einsatz, um die Brände zu bekämpfen. Die meisten Feuer wurden durch Blitzschlag entfacht. Viele der Brände werden nicht bekämpft, da es billiger ist, sie ausbrennen zu lassen. Seit Anfang des Jahres wurden rund 680 Waldbrände registriert, die etwa 180 000 Hektar Wald zerstört haben.



Meningitis-Epidemie

Lagos (AP) – In Teilen Nigerias ist nach einem am Wochenende veröffentlichten Bericht einer nigerianischen Ärztezeitschrift erneut eine Meningitis-Epidemie ausgebrochen. Erst im April starben mehr als 200 Menschen in dem westafrikanischen Land an Hirnhautentzündung. In dem Artikel der Zeitschrift „Home Doctor" heißt es, der jüngste Ausbruch der Epidemie habe in den nördlichen Landesteilen große Unruhe ausgelöst. Bereits im April waren die nördlichen Staaten Bornu und Sokoto betroffen. Wieviele Todesopfer der neue Ausbruch der Seuche gefordert hat, verlautete nicht.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Klassenkampf von gestern

Es bedurfte langer Bemühungen meines Pressereferenten, bis ich das bereits Mitte Mai in der WELT behandelte „Geheimdossier" der „Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD" in die Hände bekam. Geheimpolitik bei der SPD?

Dies Papier signalisiert – ähnlich wie in der Deutschlandpolitik auf dem Berliner SPD-Landesparteitag – den Bruch von Gemeinsamkeiten, den es dann allerdings immer wieder mit Beschwörungsformeln scheinbar zukleistert. Die Anerkennungsvereinbarung der Kultusminister von 1982, die endlich den Kampf der Systeme beendete, ist für diese Kommission nur Einengung, und ihr Ziel ist immer wieder: Abschaffen des gegliederten Schulwesens – Negieren aller Erfahrungen – Klassenkampf fürs Klassenzimmer! Doch dann allerdings auf der letzten Seite heißt es, man wolle sich auch den bestehenden Schularten gleichermaßen zuwenden, um auch in ihnen die möglichen Integrationsschritte zu verwirklichen.

Über Schulorganisation ließe sich nun noch streiten. Aber wie in diesem Papier Geschichte verfälscht, Pestalozzi und Wilhelm von Humboldt in eine Reihe mit Clara Zetkin gerückt, sämtliche Erfolge der SPD zugeschrieben werden, wie die CDU als Feind von Reform und Demokratie, als langer Arm von menschenfeindlichen Arbeitgebern, als schülervernichtende Kraft diffamiert wird, das signalisiert nicht bloß bildungspolitischen Streit, das ist eine gesellschaftspolitische Kriegserklärung.

Zitat: „Um die personale Identität und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung bei Heranwachsenden zu fördern, bedarf es anderer Umgangsformen als bei der Abrichtung von Untertanen durch Brechen ihres Willens."

Ich frage, welcher Erziehungsstil wird hier unseren Schulen unterstellt?

Zu denken gibt auch folgender Satz: „Viele Pädagogen thematisieren die Angst vor der Arbeitslosigkeit und Umwelt- oder Atomtod im Unterricht ... Sie tun es, obwohl der sogenannte Extremistenbeschluß von 1972, den auch Sozialdemokraten beschlossen und einige Jahre lang ausführten, Hunderte von Lehrern/innen getroffen und viele Tausende eingeschüchert hat ..."

Ich frage, welches Verständnis von Pädagogik – Angst als Leitfaden – hier herrscht und welche Zusammenhänge suggeriert werden sollen? Und ich erinnere nachdrücklich daran, daß unsere Verfassung – nicht irgendein Erlaß – es verbietet, Gegner der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie mit Staatsaufgaben zu betrauen. Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, wen dieser Verfassungsgrundsatz einschüchert.

Dies gesamte Papier kann nicht überarbeitet werden. Es kann nur als erledigt betrachtet werden. Es bringt Bildungspolitik und Gesellschaftspolitik in Mißkredit. Immer wieder wird für das „Arbeiterkind" Stellung genommen. Das ist Klassenkampf von gestern. Pädagogik hat jedes Kind in seinen Möglichkeiten zu fördern, und zwar: das Kind aus dem kleinbürgerlichen Milieu, dem nach einer Umfrage 29 Prozent der Bevölkerung zuzurechnen sind, das Kind aus dem aufstiegsbetonten Milieu (21 Prozent), das Kind aus dem konservativ gehobenen Milieu (10 Prozent), das Kind aus dem traditionellen Arbeitermilieu (9 Prozent) und dem alternativ linken Milieu (4 Prozent). Schule darf keiner Partei gehören. Vor dieser SPD-Kommission muß sie geschützt werden.

Dr. Hanna-Renate Laurien

Dr. Hanna-Renate Laurien
Bürgermeisterin und
Senatorin für Schulwesen,
Berufsbildung und Sport, Berlin

Wort des Tages

„Die einzigen Verhältnisse, die einen Politiker interessieren, sind die Stimmenverhältnisse."

Helmer Nahr, deutscher Mathematiker (geboren 1931)

Grundregel

„Sperre"; WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Herren,

Herr Mahnke trifft den Kern der Sache. Es geht nicht nur um die Subventionen (zwei Buttergeschäfte mit der Sowjetunion, Einlagerung und Auslagerung, Milliardenverluste!). Nein, hier geht es grundsätzlich um den Versuch, für eigene Irrtümer fremdes Geld zu bekommen.

Die Frage sei hier erlaubt: Wofür denn? Etwa für das Fehlen von Intelligenz und Beachtung jeglicher kaufmännischer Grundregeln oder nur für das kostspielige Nur-Dasein?

Auch für die EG gilt die Grundregel der freien Marktwirtschaft, wie in der ganzen Welt: Herstellung, Nachfrage, Verbrauch! Da sind Preisfestsetzungen und irre Lagerkosten unnatürlich und widersinnig.

Mit freundlichen Grüßen
Paul Liedtke,
Berlin 26

Nationalhymne

„Nationalhymne: Späth verteidigt Mayer-Vorfelder"; WELT vom 7. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

der derzeitige Präsident der Kultusministerkonferenz, der sozialdemokratische Bremer Bildungssenator Franke, sieht in der baden-württembergischen Praxis (bei der Behandlung der Nationalhymne) „Anzeichen einer neokonservativen Wende" und meint, dies sei eine Umdeutung der Neuansätze in der Bundesrepublik Deutschland. Anlaß für diese Einschätzung ist für ihn, daß der baden-württembergische Ministerpräsident Späth sich hinter den Kultusminister Mayer-Vorfelder stellt, der angeordnet hatte, daß die Grundschüler dieses Landes alle drei Strophen der Hymne lernen müssen.

Man sollte eigentlich annehmen, daß einem Landesminister, in diesem Falle dem Bremer Senator Franke, der Briefwechsel zwischen dem Bundeskanzler Adenauer und dem Bundespräsidenten Heuss bekannt sein sollte, wonach zwischen beiden Übereinstimmung bestand, daß das Deutschlandlied in allen drei Strophen auch die Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland sein soll, daß jedoch lediglich bei offiziellen Anlässen die dritte Strophe gesungen werden soll. Es sollte dem Herrn Senator auch geläufig sein, daß das Deutschlandlied nicht etwa die Nationalhymne des deutschen Kaiserreiches war (diese war damals bekanntlich „Heil Dir im Siegerkranz"), sondern in der Weimarer Republik von dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert – und zwar mit allen drei Strophen – als Nationalhymne eingeführt worden war.

Wenn heute sozialdemokratische Politiker sich gegen Teile dieser Hymne wenden, zeigen sie einmal mehr, welche Abgründe sie von Männern wie Ebert, Noske oder Schumacher trennen.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht von Kalm,
Bonn 1

Redensart

„Kröte, verwundert"; WELT vom 24. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Dr. Hanna Gieskes macht auf die gemeinsam vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger und dem Markenverband getragene Anzeigenserie für den Markenartikel aufmerksam. Mit Recht, denn die Agentur Team/BBDO hat eine gelungene Umsetzung der vom Markenverband formulierten „Beschreibung des Markenartikels" in sechs verschiedene Anzeigenmotive erarbeitet. Zum Markenartikel gehört nun einmal, daß er dem Verbraucher Ärger ersparen kann und dazu beiträgt, daß der Verbraucher „keine Kröte zu schlukken" braucht.

Denn darum geht's doch nur – um diese sprichwörtliche Redensart: jedem geläufig, nur offenbar nicht jemandem, der den Brockhaus in allzu großer Nähe stehen hat und deswegen gleich nachsehen kann, daß Kröte auf lateinisch Bufonida heißt. Dies Wort macht den Leser stutzig, denn die von Dr. Hanna Gieskes im folgenden zitierte wundersame Vermehrung von Kröten kann ja wohl so ernst nicht gemeint sein (niemals könnte Ernsthaftes dann herauskommen, wenn man Sprichwörter ganz wörtlich nimmt!) – nein, Bufonida führt offenbar darauf hin, daß es sich hier in Wirklichkeit um eine Buffonerie handelt. Und eine Buffonerie nun wiederum (auch das könnte uns der Brockhaus lehren) ist einfach ein heiteres Spiel, zum Lachen anregend, ist Ironie. Und so ist der Artikel wohl auch zu verstehen, will er doch auf heitere Art Widerspruch provozieren, um somit die gesamte Anzeigenserie im Gespräch zu halten.

Vielleicht allerdings wäre es besser gewesen, man hätte sich nicht der Headline „Wie man sich Ärger erspart" bedient, sondern der einer anderen Anzeige: „Wie man sich vor Überraschungen schützt". Denn es gibt ja auch angenehme Überraschungen – beim Markenartikel und anderswo – und diese Art von Überraschungen gehörte sicher auch zur Buffonerie. Und darum ging's doch wohl?

Mit besten Grüßen
Hainer,
Markenverband e. V., Wiesbaden

Personen

GEBURTSTAG

Sein Lebenslauf ist ein Stück deutscher Geschichte: Dr. **Helmut Brandt**, einer der Mitbegründer der CDU in der damaligen Sowjetzone, feiert morgen seinen 75. Geburtstag. Der Wirtschaftsjurist, der heute noch als wissenschaftlicher Gutachter im Bundestag wirkt und neben seiner Anwaltstätigkeit in Berlin Lehrbeauftragter an der Freien Universität in Berlin ist, war Mitarbeiter von **Gustav Stresemann** und Sekretär der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. 1949 wurde er Staatssekretär im „DDR"-Justizministerium und ein Jahr später wegen seiner Kritik an der Willkür der „Waldheimer Kriegsverbrecherprozesse" verhaftet. 5095 Tage und Nächte (von 1950 bis 1964) war er politischer Gefangener in der „DDR". 1964 kaufte ihn die Bundesregierung frei. Brandt, heute CSU-Mitglied, will demnächst in die USA reisen. Er plant ein Buch über die Systematik internationaler Schuldenkonsolidierungen. Für die eigene bewegte Lebensgeschichte hat er noch keine Zeit gefunden.

Helmut Brandt

EHRUNGEN

Professor Dr. **Hans Marko**, Ordinarius für Nachrichtentechnik der TU München, ist in Anerkennung seines „hervorragenden wissenschaftlichen Wirkens auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik, mit bedeutenden Beiträgen insbesondere zur Informations- und Systemtheorie sowie seiner fachübergreifenden Tätigkeit im Bereich Kybernetik" mit der Ehrendoktorwürde der TH Darmstadt ausgezeichnet worden.

*

Der von der Stadt Freiburg 1960 gestiftete und alle zwei Jahre vergebene Reinhold-Schneider-Preis ist für 1986 dem katholischen Publizisten **Walter Dirks**, Wittnau bei Freiburg, zuerkannt worden. Er soll ebenso wie zwei damit verbundene Förderpreise, die an die Filmemacher **Nina Gladitz** und **Peter Krieg** gehen, im September überreicht werden.

DIPLOMATIE

Der Leiter der honorarkonsularischen Vertretung der Volksrepublik Bangladesh in Stuttgart, Honorargeneralkonsul **Erich Weber-Bleyle**, ist zurückgetreten. Das Weber-Bleyle erteilte Exequatur ist erloschen. Das Honorarkonsulat der Volksrepublik Bangladesch ist damit geschlossen.

KIRCHE

Heinz Janssen (53), seit 1980 Generalvikar des Bistums Münster, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Weihbischof in Münster ernannt worden. Janssen wird die Aufgaben eines Regionalbischofs für den rheinischen Teil des Bistums Münster mit Sitz in Xanten übernehmen. Er tritt die Nachfolge von Weihbischof **Ludwig Averkamp** an, der seit dem 2. Februar Koadjutor des Bischofs von Osnabrück mit dem Recht zur Nachfolge ist. Die Bischofsweihe wird voraussichtlich im September im Dom zu Münster sein. Janssen wurde 1932 in Kevelaer geboren und 1961 zum Priester geweiht. 1966 wurde er zum Referenten für die Seelsorge an den Realschulen im Bistum Münster und 1971 zum stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Schule und Erziehung im Bischöflichen Generalvikariat Münster ernannt. Seit 1972 ist er Geistlicher Rat. Seit 1976 gehört er dem Domkapitel als residierendes Mitglied an.

HOCHZEIT

Am Sonntagvormittag waren der Gitarrist und Liedermacher **Peter Horton** und seine Lebensgefährtin, die Konzertpianistin **Stanislava Kantcheff**, noch als musikalisches Duo in der ZDF-Livesendung „Fernsehgarten" in Mainz zu sehen. Wenige Stunden später gab sich das Brautpaar bei sommerlichem Wetter in Wiesbaden das Ja-Wort. Die Trauung fand in der russischen Kapelle auf dem Wiesbadener Neroberg statt. Stanislava Kantcheff ist deutsch-bulgarischer Abstammung und gehört der russisch-orthodoxen Kirche an.

MEDIEN

Dr. **Henrik Schmidt**, bisher Chefredakteur und Mitherausgeber des Branchendienstes „Neue Medien – Newsletter", übernimmt ab Mitte August die Leitung des neuen Bereichs Öffentlichkeitsarbeit/Planung für die deutschsprachigen Programme von Radio Luxemburg (RTL). Schmidt, Jahrgang '43, studierte Publizistik, politische Wissenschaft und Germanistik. Von 1971 bis 1978 war er Assistent und Assistenz-Professor für Publizistik an der Freien Universität Berlin. Anschließend leitete er bis 1984 die in Frankfurt am Main erscheinende Medien-Fachkorrespondenz epd/Kirche und Rundfunk. Von 1984 bis Juni 1986 war er zugleich einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der von den Ministerpräsidenten berufenen Medienkommission der Länder zur Begleitung der Kabel-Pilotprojekte.

UNIVERSITÄT

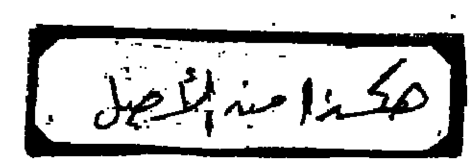
Der Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Dr. K. P. **Grosskurth**, Leiter eines Ingenieurbüros für Schadensanalyse, Bautenschutz und Bauwerksanierung in Braunschweig, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Baustoffkunde und Baustoffprüfung im Fachbereich 7 Bauingenieur- und Vermessungswesen der Technischen Universität Berlin erhalten.

ERNENNUNG

„Ich sehe es als eine Herausforderung an, dieses Haus künstlerisch und wirtschaftlich ohne offizielle Unterstützung zu führen", so Frau **Magdalena Huber-Ruppel**, die neue geschäftsführende Direktorin des Hauses der Kunst in München. Die Ausstellungsleitung Haus der Kunst München e. V., die sich aus Vertretern der drei Künstlergruppen „Neue Gruppe", „Neue Münchner Künstlergenossenschaft" und „Secession" zusammensetzt, hat die 39jährige Frau Huber-Ruppel einstimmig ernannt. Frau Huber-Ruppel ist seit 1975 für die Ausstellungsleitung tätig und führte bereits seit November 1984 kommissarisch die Geschäfte des Vereins.



Magdalena Huber-Ruppel





Der frühere Soziologie-Professor Godoy (52) war fast fünf Jahre Arbeitsminister unter den Sandinisten. Heute führt er die Liberale Partei FOTO: CAMERA PRESS

„Nur ein Wunder kann Nicaragua noch helfen"

WELT-Gespräch mit Oppositionsführer Virgilio Godoy / Klage über wachsende Repression / Bevölkerung leidet unter Hunger und Arbeitslosigkeit

WERNER THOMAS, Managua

An den Wänden seines kleinen Parteibüros im Bezirk Ciudad Jardin *(Gartenstadt) hängen zwei Plakate.* Das eine zeigt Augusto Cesar Sandino und trägt die Aufschrift „Freies Vaterland oder Tod". Das andere ist ein Wahlkampfposter aus Bonn – „Deutschland braucht die FDP" –, versehen mit der Unterschrift von Hans-Dietrich Genscher.

Virgilio Godoy bekennt: „Ich habe großen Respekt vor Sandino und Genscher." Den nicaraguanischen Freiheitshelden verehrt er wegen seiner Courage und seiner Geradlinigkeit. Beim dienstältesten Außenminister der westlichen Welt schätzt er das taktische Talent.

Der 52jährige Chef der „Unabhängigen Liberalen Partei" Nicaraguas (PLI) braucht diese und andere Attribute, um die schwierigste Herausforderung seiner politischen Karriere zu meistern. Er steht zur Zeit im Kreuzfeuer einer massiven Diskreditierungskampagne der sandinistischen Medien. Er wird als Agent des amerikanischen Imperialismus angeprangert. Etwa 200 Parteimitglieder sitzen im Gefängnis, die meisten sollen Sympathisanten und Helfer der „Contra"-Rebellen sein. Godoy hat gelernt, „mit der Angst zu leben". Wenn *nachts das Telefon klingelt* und eine anonyme Stimme Todesdrohungen *ausstößt, bringt ihn das nicht um* den Schlaf.

„Wir sind die größte Oppositionspartei", sagt Godoy in einem WELT-Gespräch. „Deshalb müssen wir die schwersten Schläge einstecken."

Er will sich nicht in die rechte Ecke stellen lassen. Godoy war „vier Jahre, acht Monate und elf Tage" – er legt Wert auf Genauigkeit – Arbeitsminister der sandinistischen Revolutionäre. In dieser Zeit konnte sich der frühere Soziologie-Professor von den Comandantes ein präzises Bild machen: „Marxisten-Leninisten, die keine andere Meinung dulden."

Wir hatten Godoy vor einem Jahr zum letzten Mal gesehen. Wir fragen: „Was hat sich verändert?" Godoy antwortet: „Das Land *ist weiter* heruntergekommen, wirtschaftlich, sozial *und politisch.* Das Wirtschaftsprogramm dieser Regierung kann man *als totales Desaster bezeichnen.*" Immerhin charakterisiert selbst Präsident *Daniel Ortega die wirtschaftliche* Lage als „höllisch".

Die Zahl der Arbeitslosen, so Godoy, betrage heute „mindestens 25 Prozent". Um 25 Prozent sei in den vergangenen drei Jahren das Analphabetentum gestiegen. Medizinisch sei Nicaragua selten so schlecht versorgt gewesen wie heute. Schließlich: „Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes hungern die Leute."

Virgilio Godoy: „Die Sandinisten schieben den Amerikanern die Schuld zu, aber das Volk weiß Bescheid." Er will die Auswirkungen des Krieges gegen die „Contra"-Rebellen nicht bagatellisieren, meint jedoch: „Die Unfähigkeit dieser Regierung, der Vertrauensverlust und die allgemeine Unsicherheit waren entscheidendere Faktoren."

Die politischen Konsequenzen? „Die Repressionsschraube wird weiter angedreht." Godoy erwähnt die Schließung der Zeitung „Prensa", die Weigerung der Regierung, den Priester Bismarck Carballo (Sprecher des Erzbischofs Miguel Obando y Bravo) von einer Auslandsreise zurückkehren zu lassen, und die Deportation des Bischofs Pablo Antonio Vega.

Durch das „Prensa"-Verbot hat die Opposition das letzte Informationsmedium verloren. Bereits seit Mai 1985 durfte die „Unabhängige Liberale Partei" nicht mehr ihre Zeitschrift „Paso a Paso" (Schritt für Schritt) veröffentlichen. Godoy: „Die Sandinisten sagten, sie hätten kein Papier."

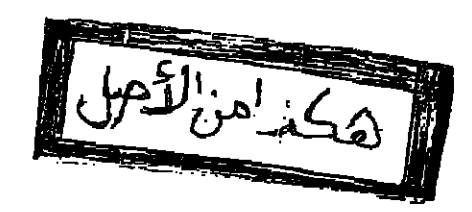
Fast alle sandinistischen Kritiker haben zur Zeit Angst vor Auslandsreisen. Sie befürchten, nicht mehr zurückkehren zu dürfen. Selbst Kardinal Obando will von einem geplanten Besuch im Nachbarland Costa Rica absehen. Virgilio Godoy möchte dennoch diese Woche nach Argentinien fliegen, auf Einladung von Präsident Raul Alfonsin. „Warten wir ab, was passiert."

Er glaubt freilich nicht, daß er als Mitglied des von den Sandinisten kontrollierten Parlaments eine gewisse Immunität vor drastischen Schritten der Regierung genießt. „Das Parlament ist lediglich da, um bereits getroffene Entscheidungen abzusegnen und im Ausland den Eindruck halbwegs demokratischer Prinzipien zu erwecken." Frage der WELT: „Welche Lösung sehen Sie für den Nicaragua-Konflikt?" Godoy: „Nur ein Wunder kann diesem Land noch helfen."

Haftverschärfung für Pazifisten

DW. Bonn

Der inhaftierte sowjetische Pazifist Alexander Tschukajew ist wegen eines an Willy Brandt und die *Sozialistische Internationale gerichteten* Appells im Frühjahr dieses Jahres mit Haftverschärfung bestraft worden. Dies berichtete die Menschenrechtsorganisation *„Gesellschaft Kontinent"*. Ebenfalls inhaftierte Freunde Tschukajews hätten diese Nachricht jetzt in den Westen schmuggeln können und bäten um ihre Übermittlung an Brandt. Tschukajew war wegen seiner Tätigkeit im Friedenkreis „Vertrauen" und in einer sozialdemokratischen Gruppe 1985 zu insgesamt 10 Jahren Haft verurteilt worden. Tschukajews Frau Larissa, die auch Pazifistin ist, war im Mai bei einer Unterschriftensammlung für die Änderung des sowjetischen Nuklearprogramms verhaftet und kurz darauf wegen angeblicher Dokumentenfälschung zu zwei Jahren Arbeitslager verurteilt worden.



Wer schneller bauen will, nimmt eine Abkürzung: HYPO.

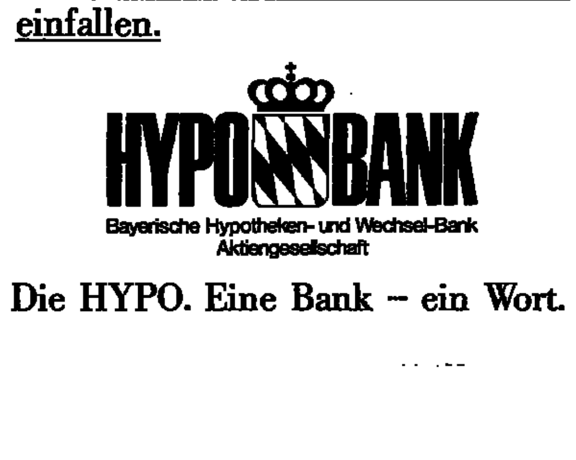
Wer heute seinen Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen will, braucht einen Finanzpartner, der nicht auf der langen Leitung steht, sondern schnell zur Sache kommt.

Der blitzschnell Finanzierungsmodelle ausarbeiten kann und umgehend Entscheidungen trifft.

Denn wer weiß, ob die Zinsen immer so günstig bleiben? Wer kann sagen, ob die Vorteile, die der Staat heute bietet, auch morgen noch gewährt werden?

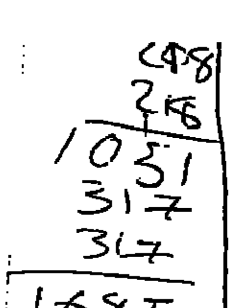
Mit der HYPO können Sie schnell auf einen Nenner kommen. Denn wir nutzen unsere Erfahrung in der Finanzierung von Bauvorhaben und unsere moderne Banktechnik in erster Linie dazu, die Zeit zu gewinnen, die Ihnen zugute kommt. Es lohnt sich also, die Abkürzung zu einer kreativen Bank zu nehmen. Sie ist eine Schnellstraße.

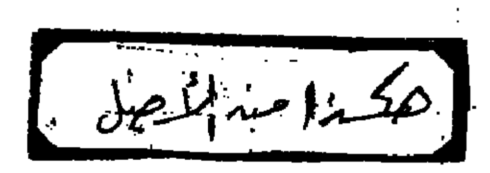
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Ludwig Stöckl
HYPO-BANK





NACHRICHTEN

Däne Weltmeister

Palma de Mallorca (sid) – Der Däne Stig Westergaard wurde vor Palma de Mallorca Segel-Weltmeister in der Finn-Dinghy-Klasse. Mit 90 Punkten siegte er vor dem Amerikaner Ledbetter (97) und Doreste aus Spanien (101). Bester Teilnehmer aus der Bundesrepublik war der Hamburger Ralf-Jörg Kadenbach auf Platz 16.

Deutschland Vierter

Moskau (dpa) – Die sowjetische Wasserball-Mannschaft gewann das Turnier bei den Goodwill Games in Moskau mit einem 10:5-Sieg über die USA. Die deutsche Mannschaft belegte Platz vier hinter den USA und Ungarn.

Mit Dietzen und Thurau

Siegen (sid) – Rudi Altig, sportlicher Leiter der deutschen Radprofis, hat die *Mannschaft für die Weltmeisterschaft* der Straßenfahrer in Colorado Springs benannt: Reimund Dietzen, Dietrich Thurau, Rolf Gölz, Peter Hilse, Rigobert Matt, Hans Neumayer.

Roland Henn Meister

Bielefeld (dpa) – Roland Henn aus Herpersdorf wurde in Bielefeld deutscher Meister der Amateur-Steher. Er entthronte den elfmaligen Titelträger Rainer Podlesch aus Berlin, der nach seinem zweiten Platz seinen Rücktritt bekanntgab.

Bitten um Asyl

Pirmasens (dpa) – Zwei polnische Ringer haben sich von ihrer Mannschaft Sila Myslowice abgesetzt und in der Bundesrepublik um politisches Asyl gebeten: Federgewichtler Daniel Byczkowski (26) und Leichtgewichtler Andrzej Kujawski (24). Der Verein polnischer Mannschaftsmeister war eine Woche lang Trainingsgast des ASV Pirmasens.

21,77 m mit der Kugel

Formia (sid) – Alessandro Andrei, Olympiasieger im Kugelstoßen aus Italien, erreichte bei einem Sportfest in Formia 21,77 m. Sein Landsmann Dario Bandinelli schaffte im Dreisprung 17,05 m.

ZAHLEN

BASKETBALL

WM in Spanien, Zwischenrunde, Gruppe A: Brasilien – Kuba 99:83, Spanien – Israel 94:65, UdSSR – Griechenland 105:93. – Gruppe B: Italien – Kanada 89:86, Argentinien – USA 74:70, Jugoslawien – China 106:82.

MOTORSPORT

Formel-1-WM. Großer Preis von England in Brands Hatch: 1. Mansell (England), Williams, 1:30:38,471, 2. Piquet (Brasilien), Williams, 1:30:44,045, 3. Prost (Frankreich), McLaren, 1 Runde, 4. Arnoux (Frankreich), Ligier, 2 Runden, 5. Brundle (England), Tyrrell, 6. Streiff (Frankreich), Tyrrell, 7. Dumfries (England), Lotus, 8. Warwick (England), Brabham, alle 3 Runden, 9. Palmer (England), Zakspeed, 6 Runden, 10. Boutsen (Belgien), Arrows, 13 Runden zurück. – **WM-Stand:** 1. Mansell 47 Punkte, 2. Prost 43, 3. Senna (Brasilien) 36, 4. Piquet 29, 5. Rosberg (Finnland) 17, 6. Laffite (Frankreich) 8.

GOLF

Europäische Mannschaftsmeisterschaft der Juniorinnen (bis 21 Jahre) in Hamburg-Falkenstein: Endspiel: England – Schottland 7:0 Punkte, um Platz 3: Spanien – Deutschland 4:3 (Vierer 1:1 / Einzel 3:2), um Platz 5: Frankreich – Schweden (Titelverteidiger) 4:3, um Platz 7: Italien – Wales 4:3.

KUNSTTURNEN

Goodwill Games in Moskau, Kür-Wettkampf, Mannschaft: 1. UdSSR 290,15, 2. „DDR" 284,95, 3. China 283,65, 4. Rumänien 281,85, 5. USA 281,70, 6. Japan 281,30.

GEWINNZAHLEN

Toto. Elferwette: 1, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 2, 1, 1. – 6 aus 45: 7, 19, 20, 22, 29, 40, *Zusatzspiel:* 44. – **Rennquintett,** Rennen A: 2, 10, 3. – Rennen B: 23, 22, 25. (Ohne Gewähr).

Die Zeit vergeht, der Athlet steht

Es gibt Dinge, auch im Sport, die haben Bestand, trotz aller Strömungen und Stürme. Das ist gut so. Es gibt aber auch Dinge im Sport, die überleben trotz aller Kritik. Und dies stimmt über die Jahre traurig.

Folgendes können wir nachlesen: „Sechs Wochen vor den Europameisterschaften tritt die Leichtathletik in der Bundesrepublik auf der Stelle: Die alten bewährten Athleten bestimmen die Szenerie, neue Talente sind kaum in Sicht."

Eine Zustandsbeschreibung nach den deutschen Meisterschaften am Wochenende in Berlin? Weit gefehlt. Der Sport-Informationsdienst in Düsseldorf verbreitete diese Zeilen vor genau vier Jahren, als Fazit der Meisterschaften von 1982 unmittelbar vor der EM in Athen. Von vielen sattsam bekannten Entschuldigungen deutscher Läufer, Springer und Werfer ist da die Rede. Vom falschen Training, von falscher Koordination zwischen den Trainern, von falscher Betreuung – aber auch von mangelnder Bereitschaft, sich zu quälen. Die Zeit vergeht, der Athlet steht?

Es hat sich etwas getan, leider. 1982, so steht geschrieben, war die Zahl der Medaillen-Kandidaten an zwei Händen abzuzählen. Im Juli 1986, sechs Wochen vor den Europameisterschaften in Stuttgart, reicht eine Hand vollkommen aus.

Der Deutsche Leichtathletik-Verband wird im Neckarstadion dennoch alle 43 Disziplinen besetzen. Das größte DLV-Aufgebot, das je zu Europameisterschaften gefahren ist. Aber *was bleibt den Funktionären auch anderes übrig?* Sie haben sich die Auswahl schwer genug gemacht. Zum einen läßt sich eine internationale Meisterschaft nirgendwo so kostengünstig beschicken wie im eigenen Lande. Zum anderen bleibt wieder einmal der Funken Hoffnung, daß ein Talent zwischen dem 26. und 31. August soviel internationale Erfahrung tankt, daß ihm, wenn schon nicht in Stuttgart, so doch danach der Durchbruch gelingt. Denn was wäre aus *Ulrike Meyfarth* geworden, so wird gerne argumentiert, hätte sie nicht, 16 Jahre alt und ohne Endkampfchance, an den Olympischen Spielen in München teilnehmen dürfen? Die Verantwortlichen *müssen schließlich* an Seoul 1988 denken.

STAND ● PUNKT

Wie gesagt: Hoffnung. Auch wenn die Erfahrungen ganz anderes lehren. Kennt noch jemand die Namen der Talente, die in Athen die Lücke hinter den deutschen Europameistern noch nicht schließen konnten, später aber auch nicht mehr in Erscheinung traten? Oder die Namen derer, die olympische Erfahrungen von Los Angeles in den letzten zwei Jahren in große Leistungen ummünzen sollten?

Zu vielen genügt statt dessen das Erreichte. Auch kümmerliche Leistungen werden schließlich noch pünktlich honoriert. Und „nur *Verrückte quälen sich*" bei solchen Voraussetzungen. Wozu also internationaler Vergleich auf großen Sportfesten? Die nationale Meisterschaft als Saisonhöhepunkt tut's auch.

Anders läßt sich *nicht erklären*, daß es für 5000-m-Meister Dieter Baumann offenbar nichts Größeres zu erreichen gab, als einen Thomas Wessinghage, der seine guten Tage hinter sich hat, in mäßiger *Zeit zu* bezwingen. Anders läßt sich auch das taktische Geplänkel der Männer im 800-m-Endlauf nicht begründen, wo niemand mutig einer guten Zeit entgegenlief. Als die 1:46,35 des Siegers genannt wurden, wurde wieder einmal der große Rudolf Harbig beschworen, der war schon 1939 so schnell.

Das triste Bild deutscher Leichtathletik wird auch in Stuttgart mit nur wenigen Farbtupfern auskommen müssen. JÖRG STRATMANN

LEICHTATHLETIK / Nominierung für die EM

Große Mannschaft, nur kleine Chancen

dpa, **Berlin**

Mit der Aufstellung seiner vorläufigen Mannschaft für die Europameisterschaft in sechs Wochen in Stuttgart ist der Deutsche Leichtathletik-Verband *(DLV) zum Ursprung* der olympischen Idee zurückgekehrt: Dabeisein ist alles. Ein großes Team mit kleinen Chancen wird den Gastgeber vom 26. bis 31. August im Kampf um 43 Titel im Neckarstadion vertreten. Realistisch sind nach dem aktuellen Standard in Europa höchstens vier Gold- und vier bis sechs weitere Medaillen für die Athleten des DLV.

Nach fünfstündigen Beratungen gab der DLV gestern in der Spielbank Berlin ein Aufgebot von 76 Athleten (48 Männer, 28 Frauen) bekannt, das am nächsten Wochenende um drei Zehnkämpfer und drei Siebenkämpferinnen ergänzt werden wird. Verbands-Präsident Eberhard *Munzert* führte vier Kriterien für die Aufstellung an: „Es gibt die Medaillenanwärter, die Athleten mit einer Endkampfchance und schließlich eine Reihe junger Sportler, die im Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele 1988 eine internationale Chance erhalten *sollen. Grundsätzlich haben wir uns* entschieden, daß wir bei der Europameisterschaft im eigenen Land in allen Disziplinen vertreten sein wollen." Aus diesem Grunde wurden bei den *Männern Hürdensprint* und Gehen, bei den Frauen 10 000m, Marathon, Hoch- und Weitsprung sowie das Gehen überhaupt nur besetzt. In diesen Disziplinen hinkt die Bundes*republik am weitesten hinterher.*

Aktivensprecher Peter Bouschen (Düsseldorf), deutscher Meister und Rekordhalter im Dreisprung, kommentierte das Team so: „Ich hatte nicht mit einer solch großen Mannschaft gerechnet. Jetzt müssen wir Sportler arbeiten und uns dann in Stuttgart stellen. Es liegt an uns, das in uns gesetzte Vertrauen umzusetzen." Die Vermeidung von Unruhe in den nächsten Wochen forderte Cheftrainer Wolfgang Thiele: „Die Topleistung muß in Stuttgart gebracht werden. Darum sollte alles, was sich bei Sportfesten ereignet, nicht so wichtig genommen werden."

Mit Hans-Peter Ferner (800 m) und Thomas Wessinghage (5000 m) fehlen zwei Europameister von Athen, wo die Vertreter des DLV 1982 mit acht Titeln für einen unerwarteten Erfolg *gesorgt hatten. Ferner, am Sonntag* Vierter bei der deutschen Meisterschaft in Berlin, hat keine Chance mehr, während Wessinghage – im Olympiastadion nur Zweiter und *noch ohne EM-Norm – durch eine* Glanzleistung am 12. August in Zürich nachrücken kann.

Die anderen noch aktiven Titelverteidiger sind nach vier Jahren erneut dabei: Harald Schmid über 400 m Hürden und mit der Staffel über 4 x 400 m, Patriz Ilg über 3000 m Hindernis, Dietmar Mögenburg im Hochsprung und Hartmut Weber, der aber nur in der Staffel eine Chance hat und seinen Einzeltitel über 400 m wohl nicht verteidigen kann. Während der Leverkusener Ralf Lübke die Nachfolge von Weber antreten könnte, gehen Schmid, Ilg, Mögenburg und die Staffel auch in Stuttgart als Favoriten an den Start. Auch Olympiasiegerin Claudia Losch hat im Kugelstoßen eine Chance.

Eine Hintertür steht im Prinzip allen nicht berücksichtigten Athleten offen, sofern in ihrer Disziplin nicht *schon die drei maximal möglichen* Plätze vergeben wurden. DLV-Manager Horst Blattgerste: „Selbstverständlich werden außergewöhnliche Leistungen in den nächsten Wochen außergewöhnliche Entscheidungen nach sich ziehen."

Das Aufgebot

Männer: 100 m, 200 m, 4 x 100 m: Haas, Evers, Klein, Zaske, Westhagemann. – **400 m, 4 x 400 m:** Lübke, Skamrahl, Vaihinger, Just, Schmid, Itt, Weber (Kamen) – **800 m:** Assmann, Braun, Wülbeck. – **1500 m:** Becker, Mönkemeyer. – **5000 m:** Baumann. – **10 000 m:** Herle. – **Marathon:** Steffny, Salzmann. – **20 km Gehen:** Wiedemann. – **50 km Gehen:** Schwarz. – **110 m Hürden:** Radzey. – **400 m Hürden:** Schmid, Scholz, Kaulin. – **3000 m Hindernis:** Ilg, Schwarz. – **Hoch:** *Mögenburg,* Thränhardt, Bensch. – **Stabhoch:** Zintl, Winkler. – **Weit:** Haaf (Glems). – **Dreisprung:** Bouschen, Jaros, Zinser. – **Kugel:** Stolz, Gelhausen. – **Diskus:** Hannekker, *Danneberg,* Wagner *(Mainz).* – **Hammer:** Sahner, Schäfer, Ploghaus. – **Speer:** Tafelmeier, Schreiber, Gambke.

Frauen: 100 m, 200 m, 4 x 100 m: Gaugel, Sarvari, Köninger, Thimm, Maerz, Hirsch. – **400 m, 4 x 400 m:** Kinzel, *Arendt, Bußmann, Thimm,* Lix. – **800 m:** Bußmann, Klinger. – **1500 m:** Kraus. – **3000 m:** Kraus, Michallek, Biba. – **10 000 m:** Pressler. – **Marathon:** Hutterer. – **10 km Gehen:** *Warz.* – ***100 m Hürden:*** Denk. – ***400 m* Hürden:** Abt, Holzapfel. – **Hoch:** Redetzky. – **Weit:** Hirsch, Harms. – **Kugel:** Losch, Plotzitzka, Storp. – **Diskus:** Losch. – **Speer:** Peters, Thyssen, Alizadeh.

FORMEL 1

Die Karriere von Laffite ist beendet

dpa/DW. **Brands Hatch**

Die einzigartige Formel-1-Karriere von Jacques Laffite ist beendet. Der *42 Jahre alte Franzose* liegt seit seinem Unfall am Sonntag beim Großen Preis von Großbritannien in Brands Hatch mit schweren Verletzungen in einem Londoner Krankenhaus. Mehrere Beckenbrüche *schließen eine* Rückkehr in den Grand-Prix-Renn*sport* aus. Außerdem zog sich Laffite, der Senior unter den Formel-1-Fahrern, einen doppelten Bruch am linken Fuß zu. Das rechte Bein ist beim Aufprall gegen die Leitplanke einmal *gebrochen.* Das Unglück von Brands Hatch war Laffites erster Unfall in seiner knapp 13 Jahre dauernden Laufbahn in der höchsten Motorsportklasse.

Ungeklärt bleibt der genaue Unfallhergang. Der Belgier Thierry Boutsen war an seinem 29. Geburtstag und 50. *Großen Preis kurz* nach dem Start nach links abgedriftet und stieß in einen Reifenwall. Der auf die Fahrbahn zurückschleudernde Arrows-BMW stieg in die Luft und *drehte sich zweimal. Boutsens Wagen* prallte beim Aufsetzen gegen Laffite, dessen Ligier-Renault rechts in die Leitplanken gedrückt wurde. Die nachfolgenden Fahrzeuge konnten nicht mehr ausweichen und krachten zusammen, die Piloten blieben aber unverletzt.

Die schnell herbeigeeilten Sicherheitskräfte versorgten Laffite zu*nächst* mit Sauerstoff. Der zusammengepreßte Ligier, dessen Schnauze teilweise unter die Leitplanken geraten war, mußte aufgeschnitten werden. Erst danach konnte der Franzose aus dem Wrack befreit und ins Krankenhaus gebracht werden.

Das Unglück passierte ausgerechnet an dem Tag, als Laffite mit seinem 176. Grand Prix den Rekord des Briten Graham Hill einstellte. Noch am Tag zuvor war der in England lebende Formel-1-Veteran zuversichtlich gewesen, die Traumgrenze von 200 Rennen zu sprengen. Laffite hätte dafür noch etwa eineinhalb Jahre fahren müssen.

Laffites Schicksal überschattete den Triumph der Williams-Fahrer Nigel Mansell (Großbritannien) und Nelson Piquet (Brasilien). Trotz des Doppelsieges vor dem überrundeten Weltmeister Alain Prost (Frankreich), der damit die Führung in der Gesamtwertung der Weltmeisterschaft an Mansell abgeben mußte, ist Krach im Lager programmiert. Piquet wird immer wütender: „Nigel erhält immer das bessere Auto. Ich wußte gar nicht, daß es bei Williams zwei Teams gibt. Nächste Woche will ich mit Frank Williams darüber sprechen."

Es ist aber kaum anzunehmen, daß der vor vier Monaten durch einen Unfall mit einem Privatwagen verunglückte und seitdem teilweise gelähmte Frank Williams dem Weltmeister von 1981 und 1983 helfen wird. Mansell (31) ist einfach zu gut. „Die letzten vier Runden waren die härtesten meines Lebens. Ich hatte unheimlichen Durst, aber es war keine Trinkflasche im Wagen", erklärte der erschöpfte Fahrer. Mansell ist zehn Jahre nach James Hunt der erste britische Fahrer, der bei einer WM die Führung hält.

Schon das spricht dafür, daß sich Williams *tatsächlich wohl* eher auf Mansell konzentrieren wird. Der Fehler von 1981 soll sich nicht wiederholen. Damals führte der Argentinier Carlos Reutemann zur Halbzeit der Saison in der WM-Wertung. Williams konzentrierte sich trotzdem auf Titelverteidiger Alan Jones. Das Ergebnis: Williams verlor den Titel, Piquet, damals bei Brabham, wurde zum ersten *Mal* Weltmeister.

SPORTHILFE

Athleten mit Dienstwagen

dpa, **Frankfurt**

Die Deutsche Sporthilfe und die Audi AG haben gestern in Frankfurt einen dreijährigen Kooperationsvertrag im Rahmen der *„Optimalförderung* des deutschen Spitzensports" vorgestellt. Der Automobilhersteller wird ausgewählten Spitzensportlern rund 120 Fahrzeuge zur Verfügung *stellen. Damit soll „Elite-Athleten"*, so Josef Neckermann, der Vorsitzende der Deutschen Sporthilfe, eine weitere Hilfe gewährt werden.

Zur Zeit fallen unter die Zahl der Optimalgeförderten 69 Athleten und Athletinnen aus zwölf Sportfachverbänden. Diese Gruppe soll bis Ende 1986 auf etwa 120 erweitert werden. Das neue Projekt umfaßt etwa einen jährlichen Kostenaufwand von rund 1,5 Millionen Mark. Dafür müssen die an den Leihvertrag gebundenen Partner zu bestimmten Autogramm- und Fototerminen für das Auto-Werk zur Verfügung stehen. Zu den ersten Sportlern, die einen Audi GTI Quattro als Dienstwagen erhielten gehören der Schwimmer Reiner Henkel und die Leichtathletinnen Sabine Braun und Sabine Everts.

RUDERN

Sechs Boote nominiert

dpa, **Luzern**

Der im Frühjahr neugewählte Ruder-Sportchef Carlheinz Grosse hat seine Ankündigung wahrgemacht: *Erstmals* seit vielen Jahren gab es kein Streit bei der Nominierung des Aufgebots für die Weltmeisterschaft. Entsprechend den Plazierungen am Sonntag bei der Regatta in Luzern *besetzt* der Deutsche Ruder-Verband bei den Titelkämpfen vom 17. bis 24. August in Nottingham nur sechs der 14 olympischen Bootsklassen – fünf bei den Männern und nur den Zweier bei den Frauen. Hinzu kommen vier Leichtgewichts-Boote der Männer und zwei der Frauen. Einziger Medaillenkandidat dürfte Peter Michael Kolbe sein.

Die olympische Klassen, Männer: Einer: Kolbe (Hamburg), Zweier ohne Stm.: Baar/Richter (Hannover), Zweier mit Stm.: Zimmnau/Berger/Stm. Ruppel (Essen), Vierer ohne Stm.: Dortmund/Witten (Keßlau, Grabow, Puttlitz, Grabow), Achter des Leistungszentrums Dortmund (Wieneke, Schultz, Rabe, Eichholz, Scholz, Bauer, Mellinghaus, Cioschis, Stm. Bremer).

TRABEN

Every Way darf laufen

sid, **Mühlen**

Der zunächst wegen Dopingverdachts für sechs Monate gesperrte Traber Every Way von Alwin Schok*kemöhle kann wieder an den Start* gebracht werden. Der Hauptverband für Traber-Zucht und Rennen (HVT) hat die von ihm verhängte Sperre wieder aufgehoben. Every Way soll mit dem schmerzhemmenden Mittel Oxyphenbutazon gelaufen sein. Eine erste Untersuchung hatte einen negativen Befund gebracht, dann wurde von einem Fehler gesprochen, die Fehlerquelle aber nicht erläutert. Eine von Alwin Schockemöhle geforderte Gegenanalyse im Beisein des Dopingexperten Manfred Donike soll am 21. Juli in München stattfinden.

Alwin Schockemöhle zu den Vorwürfen: „Ein Traber wie Every Way geht immer mit Siegchancen in ein Rennen. Da die Sieger stets zur Dopingkontrolle müssen, würde nur ein Dummkopf zu verbotenen Mitteln greifen. Und nur ein noch größerer Dummkopf würde Oxyphenbutazon nehmen, das acht Tage lang nachweisbar ist." Every Way gilt als diesjähriger Derbyfavorit.

SPRINGREITEN / Geschäftsmann Paul Schockemöhle dachte schon in Aachen über seinen Rücktritt vom aktiven Sport nach

„Wenn Deister keine Lust mehr hat, dann stecke ich auf"

sid, **Aachen**

Seit Freitag war Paul Schockemöhle in Aachen nicht mehr Reiter, nur noch Geschäftsmann. Er hatte eine andere Rolle übernommen, er verteilte Prospekte seiner Reitpferdeauktion Anfang November in Ankum. Ansonsten dachte er wieder einmal übers Aufhören nach: „Wenn Deister keine Lust mehr hat, dann stecke ich auf."

Deister, sein immer zuverlässiger Wallach, hatte den Europameister am zweiten Tag der Weltmeisterschaft in Aachen eingangs der dreifachen Kombination zweimal fast reingelegt. Schockemöhle hing verdächtig am Hals des Hannoveraners, anschließend trat der Dunkelbraune noch zweimal die Stangen herunter. Der Meister des alten Kontinents zog die Kappe zum Zeichen der Aufgabe, die Weltmeisterschaft war für den Unternehmer aus Mühlen in Oldenburg *vorzeitig* beendet.

Das Pferd hatte sich auf seine Art gerächt, nämlich das zu harte Proben auf dem Abreiteplatz übelgenommen und im Parcours zurückgezahlt. Schockemöhle: „Ich weiß, es war mein Fehler, daß Deister zweimal verweigerte."

Und so saßen nach dem Finale die Deutschen plötzlich unwichtig geworden um die vier Endkampfteilnehmer bei der Pressekonferenz herum. Man fragte sie nicht einmal mehr. Verlierer wecken nun mal kein Interesse. Umso mehr eben diese 26 Jahre alte Kanadierin Gail Greenough aus Edmonton, dort sorgte bisher Eishockey-Star Wayne Gretzky für Schlagzeilen.

Gail Greenough, die *Kunstgeschichte* studierte und mit Examen abschloß, wurde vor 55 000 Zuschauern die erste Weltmeisterin in der Geschichte des Turniersports seit dem ersten Titelkampf *1953.* Sie zog zunächst in den drei Qualifikationen über den delikaten Kurs von Arno Gego auf dem Hannoveraner Mr. T. souverän ihre Bahn, war im Finale überlegen wie vor vier Jahren Norbert Koof in Dublin, der auch die Pferde seiner Konkurrenten fehlerlos über die Hürden gesteuert hatte. Mannschaftscoach Tom Gayford hatte ihr vor dem Finale gesagt: „Vertraue auf deinen Instinkt, dann wird alles in den richtigen Bahnen laufen."

Gail Greenough (26), 1,62 m groß, sieht aus, als käme sie von einem Bauernhof. Sie stammt aber aus dem Geldadel. Ihr Vater ist ein bekannter Gründstücksmakler. Somit war die Voraussetzung für eine Sattelkarriere gegeben, „denn zu diesem Sport gehört vor allem ein gutes Pferd, um in einer Prüfung wie ein König aussehen zu können", sagt Winkler.

Die neue Weltmeisterin flog nach Hause zurück. Tom Gayford erhofft sich in der Heimat „größere Beachtung des Reitsports zuhause, vielleicht auch neue Sponsoren, um öfter kanadische Reiter nach Europa schicken zu können". Gefragt, welches Pferd aus dem Finale sie gerne behalten möchte, meinte sie: „Jappeloup." Jappeloup gehört dem Franzosen Pierre Durand, er war Letzter geworden. Ihn hatte sein eigenes Pferd mit acht Fehlerpunkten *gleich zum* Auftakt in den medaillenlosen Rang getragen.

Für die anderen Medaillengewinner geht der Beruf weiter. Conrad Homfeld (USA) tingelt durch Frankreich, Bronzemedaillengewinner Nick Skelton (Großbritannien) fährt ebenfalls zunächst zum Turnier nach Royan an der Atlantikküste. Fürs Deutsche Derby in Hamburg war keiner zu kaufen. Dort erhofft Paul Schockemöhle auf Deister eine Wiedergutmachung. Bei einem Sieg könnte es sein, daß der Europameister seinen Rücktritt erklärt.

„Sprengfalle“ aus Beständen der Bundesbahn

AP/DW. Karlsruhe

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe geht davon aus, daß der bei dem Anschlag auf das Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts und dessen Fahrer Groppler in Straßlach bei München verwendete Sprengstoff „wahrscheinlich in mehr als zwei“ Gasflaschen gefüllt gewesen sei. Bei der Suchaktion am Tatort hatten die Beamten am Sonntag weitere Splitter derartiger Behälter gefunden. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft, Alexander Prechtel, erklärte gestern, die Gasflaschen für die „Sprengfalle“ stammten aus Beständen der Deutschen Bundesbahn.

Bisher sind im Zusammenhang mit dem Bombenattentat bei der Polizei mehr als 400 Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen. Bisher gibt es aber keine heiße Spur. Ein hoher Ermittlungsbeamter sagte der WELT, im Gegensatz zu dem Attentat auf Hanns-Martin Schleyer sei die Observation der Opfer durch die Tätergruppe vorher diesmal nicht bemerkt worden. Die Familie Schleyer habe 1977, zwei Wochen vor der Entführung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten, den Staatsschutzbehörden mitgeteilt, daß sie beobachtet würde. Die Familie Beckurts dagegen habe nichts bemerkt. Um einen so präzisen Ablauf des Anschlags zu erreichen, hätten die Terroristen sie aber lange Zeit observieren müssen. Der Ermittlungsbeamte zieht daraus den Schluß, daß die Terroristen heute sehr profihaft arbeiteten und über modernste technische Geräte verfügten.

Polens Obstexporte zurückgegangen

dpa, Warschau

Die Obstexporte Polens in den Westen sind nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl drastisch zurückgegangen. Die Zeitung „Rzeczpospolita“ berichtete gestern, der Exportverlust bei Himbeeren und Johannisbeeren werde etwa eine Million US-Dollar ausmachen. 1985 seien insgesamt 1000 Tonnen dieser Beerenfrüchte an die Bundesrepublik Deutschland und skandinavische Länder verkauft worden. In diesem Jahr werden es lediglich 150 Tonnen sein.

Das Blatt schrieb dazu, daß in Westeuropa weiterhin eine „geschickt angestachelte Psychose“ über angeblich verseuchte Lebensmittel aus Polen herrsche. Dahinter steht nach Auffassung der Zeitung die Konkurrenz aus Frankreich, Spanien und Brasilien. Sie versuche, die Kundschaft im Westen vom Kauf polnischen Obstes und Gemüses abzubringen.

Israelis greifen Palästinenser an

dpa/AP, Tel Aviv/Beirut

Zum zweiten Mal innerhalb von vier Tagen hat die israelische Luftwaffe Stützpunkte palästinensischer Guerrillas in Libanon bombardiert. Der Angriff richtete sich nach Angaben des Oberkommandos in Tel Aviv gegen „pro-syrische Terroristen-Organisationen“ im drusischen Schufgebirge südöstlich von Beirut. Alle israelischen Flugzeuge seien nach dem Angriff unversehrt zurückgekehrt, hieß es.

Die libanesische Polizei berichtete, bei den Orten Aitat, Baissur, Schimlan und Ainab seien mehrere Gebäude in Brand geschossen und zerstört worden. Die Gebäudekomplexe seien von mehreren prosyrischen Palästinensergruppen benutzt worden, die zum PLO-Chef Arafat in Opposition stünden. Bereits in der vergangenen Woche hatten israelische Kampfhubschrauber Ziele bei der Hafenstadt Sidon bombardiert, nachdem palästinensische Freischärler versucht hatten, nach Nordisrael einzudringen.

London tritt Irritationen in der NATO entgegen

Die Britische Rheinarmee soll modernisiert werden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit der Feststellung, daß die Britische Rheinarmee (BAOR) von vorrangiger Bedeutung für die Verteidigungspolitik der britischen Regierung sei, trat Verteidigungsminister George Younger allen in jüngster Zeit entstandenen Irritationen über eine mögliche Akzentverschiebung in den Verteidigungsausgaben Londons entgegen. Kommentatoren britischer Zeitungen hatten verlangt, Großbritannien solle sich mehr auf seine historisch begründeten und seit den siebziger Jahren vernachlässigten maritimen Aufgaben unter anderem „ostwärts von Suez“ besinnen und dafür die Verteidigung Mitteleuropas den Kontinentaleuropäern überlassen. Hinter solchen Forderungen wollten Fachleute einen wachsenden Einfluß der „Marine-Lobby“ auf das Londoner Verteidigungsministerium erkennen.

Minister Younger betonte in einem eben in der Juli-Ausgabe der „Europäischen Wehrkunde“ erscheinenden Aufsatz: „Nach Auffassung der britischen Regierung ist die Präsenz der in der Bundesrepublik stationierten britischen Land- und Luftstreitkräfte von entscheidendem Gewicht sowohl für die Vorneverteidigung Großbritanniens selber als auch als Demonstration unserer Verpflichtung zur Vorneverteidigung und Verstärkung des europäischen Festlandes.“

Bündnis-Triade

Großbritanniens Verteidigungshaushalt stehe mit nahezu 18,5 Milliarden Pfund absolut gesehen innerhalb der NATO an zweiter Stelle hinter dem der USA. Dies spiegele den „einzigartigen Beitrag“ Londons sowohl zu jedem Element der Bündnis-Triade der strategischen Waffen, der nuklearen Gefechtsfeldwaffen, der konventionellen Waffen als auch zu allen drei höchsten NATO-Kommandobereichen.

Auch wenn die britischen Verteidigungsausgaben in den nächsten drei Jahren „geringfügig“ sinken, ist das, so Younger „nur ein Teil des Gesamtbildes“. Seit dem Antritt der Regierung Thatcher vor rund sieben Jahren weise der britische Verteidigungshaushalt eine „bisher beispiellose Periode realen Wachstums“ auf. Etwa 45 Prozent der laufenden Ausgaben seien für die Modernisierung der Ausrüstung der Streitkräfte bestimmt; ein großer Teil davon diene der Effektivität der britischen Truppen in der Bundesrepublik.

Modernere Ausrüstung

Younger erwähnte die Beschaffung von Challenger-Panzern für sechs Bataillone, von Mehrfachraketenwerfern für drei Regimenter, von gepanzerten Mannschaftstransportwagen für 23 Bataillone sowie von 135 Kampfflugzeugen für Angriffsaufgaben und 177 Flugzeugen für die Verteidigungsjagd.

Die BAOR ist nach den Worten des britischen Verteidigungsministers mit insgesamt 55 000 Mann im Friedensbetrieb, 600 Panzern und 3 000 anderen bewaffneten Kampffahrzeugen sowie 14 fliegenden Geschwadern, davon sechs mit „Tornados“ ausgerüstet, eine „starke Kampfstreitmacht“. Younger erklärte, er könne sich „keine bessere Art und Weise vorstellen, der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern das richtige Signal für den Zusammenhalt und die Zielsetzung der NATO zu übermitteln“.

Großes Lob spendete Younger auch der deutsch-britischen Zusammenarbeit. Beide Länder unterhielten „in ganz Europa die umfassendsten und intensivsten Kontakte in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung auf politischer, behördlicher und militärischer Ebene“. Offenbar sei ihr Funktionieren ein Grund dafür, daß sie kaum öffentliches Interesse auf sich zögen.



Der Platz Republika Dominicana nach dem Anschlag FOTO: AP

Attentat trägt Handschrift der ETA

In Madrid wurden acht Menschen Opfer des Terrorismus / Autobombe ferngezündet

DW. Madrid

Hinter dem Bombenanschlag von Madrid, bei dem gestern acht Menschen ums Leben kamen, steht offenbar die spanische Separatistenorganisation ETA. Dafür spricht die Handschrift der Täter, die die Bombe, die in einem Auto am Straßenrand versteckt war, durch Fernzündung zur Detonation brachten. Sie enthielt neben dem Sprengstoff eine Ladung von Metallstücken zur Verstärkung der verheerenden Wirkung.

Der Anschlag galt einem voll besetzten Polizeibus. Für die ETA ist die Polizei das Symbol eines Staates, der es ablehnt, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Das Attentat in der Straße Principe de Vergara auf der Höhe des Platzes Republika Dominicana ist das bisher schwerste Verbrechen durch ferngezündete Autobomben. Diese Methode hat die baskische Terroristenorganisation vom Oktober 1982 bis April 1986 insgesamt acht Mal angewendet.

Am 25. April dieses Jahres waren ebenfalls in Madrid und auch mit einer Autobombe fünf Angehörige der Guardia Civil getötet worden. Dieser Anschlag ging nach eigenen Angaben ebenfalls auf das Konto der ETA.

Während die Sicherheitskräfte davon ausgehen, daß die im Baskenland beheimatete Organisation der ETA den Anschlag von Madrid geplant und ausgeführt hat, vermutet die Polizei, daß das ETA-Kommando der spanischen Hauptstadt hinter den Morden steht. Im vergangenen Jahr hatten Angehörige dieser Gruppe sechs hochrangige Armeeoffiziere getötet. In Regierungskreisen hieß es, daß Madrider Kommando sei für die Terroristenorganisation politisch von herausragender Bedeutung. Für die Annahme, daß die baskische ETA das Verbrechen begangen hat, spricht hingegen, daß der Polizei in den vergangenen Monaten zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der Organisation im Baskenland gelungen sind. Mit ihrem jüngsten Anschlag könnten die baskischen Terroristen den Beweis geführt haben, daß sie fähig sind, noch zuzuschlagen.

Nach Auffassung eines Polizeioffiziers könnte es sich bei dem Attentat um Vergeltung für die Ausweisung des mutmaßlichen ETA-Anführers Domingo „Txomin“ Itrube Abasolo handeln. Abasolo war erst am Sonntag von Frankreich nach Gabun abgeschoben worden. Im Juni war der Terrorist, der seit 1969 in Frankreich lebte, zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die spanischen Behörden verdächtigen den Ausgewiesenen, 1973 eine wichtige Rolle bei der Ermordung des damaligen Ministerpräsidenten Carrero Blanco gespielt zu haben.

Nixon vor verschlossenen Türen in Moskau

AP, Moskau

Der ehemalige US-Präsident Richard Nixon, der sich zu einem Privatbesuch in Moskau aufhält, steht vorerst vor „verschlossenen Türen“. Nixons wichtigster Kontaktmann, der ehemalige sowjetische Botschafter in den USA, Antolij Dobrynin, mußte überraschend mit der sowjetischen Delegation zur Trauerfeier für den in der vergangenen Woche verstorbenen vietnamesischen Parteichef Le Duan nach Hanoi reisen. Nixons Sprecher sagte, Dobrynin habe die Reise des Expräsidenten maßgeblich organisiert, und so müsse man mit allem bis zu dessen Rückkehr warten. In der Zwischenzeit werde Nixon einen Abstecher nach Leningrad machen. Dobrynin wird in keinem Fall vor Mittwoch in Moskau zurückerwartet.

„Aktionstag“ wurde ein Mißerfolg

AFP, Johannesburg

Der „Aktionstag“ gegen das Ausnahmerecht, zu dem Südafrikas größte Schwarzen-Gewerkschaft COSATU für gestern aufgerufen hatte, ist ein Mißerfolg geworden. Die Arbeiter begaben sich fast geschlossen in ihre Betriebe. Der Bus- und Zugverkehr zwischen den Townships und den Industriezonen funktionierte weitgehend normal. Das galt vor allem für Soweto bei Johannesburg, die mit nahezu zwei Millionen Menschen größte Schwarzensiedlung des Landes. Sie gilt als Zentrum des Widerstandes gegen die Apartheid. In der benachbarten Township Alexandra lagen die öffentlichen Transportmittel zwar still, aber die Arbeiter machten sich zu Fuß auf den Weg in die Fabriken. Der nur schwache Widerhall des Aufrufs zu Arbeitsniederlegungen und Sitzstreiks wurde von Beobachtern mit Organisationsmängeln erklärt. Außerdem seien die Gewerkschaften durch die Verhaftungswellen weitgehend führungslos geworden.

SPD-Linke nimmt Schwiers Staatssekretär ins Visier

Streit über Abitur-Nachprüfung / Rau teilt Position der Fraktion

PAUL F. REITZE, Bonn

Der Streit um den Kurs in der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik spitzt sich zu. Ins Schußfeld der SPD-Linken, die von der Gesamtfraktion nicht mehr gestoppt werden, ist nun der Kultus-Staatssekretär Ulrich Kleiner geraten. Seine baldige Ablösung wird nicht mehr ausgeschlossen.

Der sachliche Kern des jüngsten Zwistes: Als einziges Bundesland gestattet Nordrhein-Westfalen Abiturienten, die ein Fach verpatzt haben, die fehlenden Punkte nach den Sommerferien in einer Nachprüfung nachzuholen. Aufgrund zwingender Vereinbarungen in der Kultusministerkonferenz wollte Kultusminister Hans Schwier (SPD) diese Praxis nun beenden. Von 1987 an sollten, je nach Leistungsstand, die Abiturversager aus NRW nach einem halben, beziehungsweise ganzen Jahr, zu einer Wiederholungsprüfung, dann allerdings in allen Fächern, antreten. Dies ist bereits in einigen Bundesländern möglich. Die SPD-Fraktion wandte sich daraufhin gegen diese Absicht Schwiers.

Personalkarussell

Der personelle Anlaß des sich zuspitzenden Streits: Schwier und sein Staatssekretär Kleiner wollten Ministerialdirigent Heermann, einen alten Fahrensmann von Schwiers Vorgänger Girgensohn, schon im August vorzeitig in Pension schicken. Heermann leitet im Kultusministerium die wichtige Abteilung „Schulaufsicht“.

Seine Nachfolgerin sollte die parteilose „Gruppenleiterin Gymnasium“, Erna Sebbel, werden. Ihr wird ein ausgewogenes, an der Sache orientiertes Urteil nachgesagt.

In der vergangenen Woche hat Ministerpräsident Johannes Rau vor der Fraktion sein Nein zu dieser Berufung erklärt. An der am selben Tag stattfindenden Kabinettssitzung wurde Rau ein Brief des Staatssekretärs Kleiner vorgelegt, in dem dieser Kritik an Raus Entscheidung übte.

Rücktritt angeboten

Der Ministerpräsident soll daraufhin sehr barsch geworden sein. Er habe sich zum letzten Mal vor Schwier gestellt. In der Sache wie in der Personalfrage teile er die Position der Fraktion, hieß es.

Kleiner hat im SPD-Arbeitskreis 13, zuständig für Schule und Weiterbildung, den Genossen seinen Amtsverzicht für den Fall angeboten, daß Frau Sebbel nicht berufen werde. Dann treffe man ja zwei Fliegen mit einer Klappe, soll ihm daraufhin zugerufen worden sein.

Die Spitze des Kultusministeriums hatte Heermann einen Kompromißangebot unterbreitet. Bis zur Erreichung der Altersgrenze in drei Jahren sollte er einen Werkvertrag erhalten.

Schwier hat das Kultusministerium, das während der Amtszeit Girgensohns unter den bestimmenden Einfluß der GEW geraten war, in zentralen Positionen umbesetzt. Rau unterstützte ihn zunächst in seinem Bemühen um fachliche Konsolidierung.

Wie Känguruhs über die Grenzen in Europa

dpa/Bonn

Leichtfüßig nach Vorbild der Känguruhs sollten die Einwohner der EG-Länder die Schlagbäume an den Grenzen überwinden. Dafür setzen sich etwa 50 Abgeordnete des Europäischen Parlaments, die „Känguruh-Gruppe“, ein. Sprecher der Initiative, die deutschen EP-Abgeordneten Karl von Wogau (CDU) und Dieter Rogalla (SPD), forderten gestern in Bonn ein „Europa ohne Grenzen“, in dem es keine Personenkontrollen an den Straßenübergängen und keine Routinekontrollen im Bahn- und Flugverkehr mehr gibt. Gemeinsam mit Kollegen aus Griechenland und Großbritannien trugen sie ihre Forderungen auch Bundeskanzler Helmut Kohl vor.

Neue Regierung in den Niederlanden

dpa, Den Haag

Das zweite Mitte-Rechts-Kabinett des niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers hat gestern die Regierungsgeschäfte übernommen. Die neu in die Regierung eintretenden Minister legten am frühen Nachmittag vor Königin Beatrix den Amtseid ab.

In dieser Mitte-Rechts-Koalition übernehmen die Christdemokraten (CDA) neun (statt bisher acht) der 14 Ressorts. Die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) erhielt fünf (bisher sechs) Minister. Die Machtverschiebung zugunsten des größeren Koalitionspartners CDA ist eine Folge des Ausgangs der Wahl vom 21. Mai, bei der die CDA neun Parlamentsmandate hinzugewann, während die VVD neun Mandate verlor.

„Langer Marsch“ an die Führungsspitze Vietnams

Der neue Parteichef der KP gehört zur alten Garde

AFP, Hanoi

Eigentlich heißt er Nom Dang Xuan Khu. Der neue Parteichef Vietnams ist jedoch allgemein unter dem Namen Truong Chinh – „Langer Marsch“ – bekannt. In der Partei wegen seiner moralischen Integrität allgemein geachtet, gehört der 79jährige zu der alten Garde der „historischen Führer“ Vietnams, die die Geschicke des Landes seit vier Jahrzehnten leiten.

1907 in der jetzigen Ha-Nam-Ninh-Provinz rund 100 Kilometer südlich von Hanoi geboren, trat er schon früh in die Fußstapfen seines Vaters, eines in der Nationalistenbewegung engagierten Lehrers. Seit 1927 in der revolutionären Jugendbewegung aktiv, wurde Truong Chinh 1930 Gründungsmitglied der indochinesischen KP. Im darauffolgenden Jahr wurde er zusammen mit anderen künftigen Führern Vietnams wegen seiner politischen Betätigung inhaftiert.

Nach seiner Freilassung im Jahre 1932 ging er in den Untergrund und traf dabei mit Männern wie dem späteren General Vo Nguyen Giap zusammen, der 1944 die Vietnamesische Volksarmee gründete. Auf der Flucht vor der französischen Kolonialpolizei ging Truong Chinh 1939 nach China. 1940 wurde er zum Mitglied des ZK der indochinesischen KP ernannt und rückte bereits im folgenden Jahr zum Generalsekretär auf. Er wurde somit die „Nummer zwei“ hinter Ho Tschi Minh.

Als Führer der maoistischen Fraktion innerhalb der Partei leitete Truong Chinh 1954 eine Agrarreform nach chinesischem Muster ein, die sich als Fehlschlag erwies. Tausende von Bauern und Grundbesitzern wurden hingerichtet. 1956 wurde Truong Chinh als Hauptverantwortlicher der Reform auf dem Posten des Generalsekretärs durch Le Duan ersetzt.

Truong Chinh blieb jedoch Politbüromitglied und wurde 1958 stellvertretender Ministerpräsident. Zwei Jahre später wurde er zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der Nationalversammlung ernannt. Den Posten hatte er bis 1981 inne, als er an die Spitze des Staatsrats berufen wurde.

Nadschibullah besucht Truppen

rtr, Moskau

... Der afghanische Parteichef Nadschibullah hat die Provinz Herat besucht, wo die sowjetischen und afghanischen Verbände große Erfolge bei Gefechten mit Rebellen erzielt haben sollen. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete, daß Nadschibullah den Verantwortlichen für ihren Kampf gedankt habe und es als vordringliche Aufgabe bezeichnet habe, mit den durch „konterrevolutionäre Propaganda“ fehlgeleiteten Afghanen zusammenzuarbeiten. Herat liegt im Westen Afghanistans in der Nähe der Grenze zu Iran und der Sowjetrepublik Turkmenistan.

Notfalls Alleingang gegen Apartheid

rtr, Montreal

Kanada will notfalls im Alleingang Sanktionen gegen Südafrikas weiße Minderheitsregierung einführen. Dies sagte Ministerpräsident Brian Mulroney nach einem Gespräch mit der britischen Premierministerin Margret Thatcher, bei dem tiefgreifenden Differenzen deutlich geworden waren. Im Gegensatz zum Mulroney hält Frau Thatcher weiter daran fest, daß Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ungeeignet sind, um die Apartheidpolitik zu beenden. Mulroney machte außerdem deutlich, daß er den sogenannten Commonwealth-Report über die Situation in Südafrika anders bewertet als Frau Thatcher. Die Premierministerin hatte erklärt, sie könne aus dem Bericht der Commonwealth-Sonderkommission keine Aufforderung zu Sanktionen herauslesen.

Mainz beklagt das Los seiner Reservisten

Nea. Mainz

In einem Brief an Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat sein Parteifreund Franz Peter Basten, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Innenministerium, „mit Nachdruck“ um den Abbau der Ungerechtigkeit gebeten, von der die Reservisten in diesem Bundesland betroffen sind.

Wie vor einigen Tagen an Hand einer Statistik der zuständigen Wehrbereichsverwaltung bekanntgeworden war, werden Bundeswehrreservisten aus Rheinland-Pfalz im Schnitt fast doppelt so häufig zu Wehrübungen einberufen wie ihre Kameraden in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Der Grund: In Rheinland-Pfalz sind wesentlich mehr Bundeswehreinheiten stationiert als anderswo.

Kostenfrage

Die Bundeswehr wiederum ist aus mehreren Gründen daran interessiert, zu den Übungen möglichst Reservisten mit kurzen Reisewegen zu holen. Einmal senkt das die Kosten. Zum anderen sind die in der Nähe Wohnenden auch im Ernstfall besonders wichtig für die Einsatzbereitschaft der Einheit. Drittens sollen bei den Übungen auch die besonderen Ortskenntnisse der Reservisten aus der näheren Umgebung im Sinne der Verteidigungskraft genutzt werden. All dies führt dazu, daß in Rheinland-Pfalz laut einer Statistik des Bundesverteidigungsministeriums auf 100 sogenannte „Wehrüberwachte“ 15 Übende kommen, während der Bundesdurchschnitt nur acht Übende verzeichnet. Ähnlich hoch ist die Reservistenbelastung allenfalls noch in der Ländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Auch die SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz hatte scharfen Protest gegen die ungleiche Belastng erhoben. Es sei „unglaublich“, so der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Kurt Beck, daß hier mit Rheinland-Pfalz ausgerechnet das Bundesland benachteiligt werde, das sowieso schon am schwersten unter den militärischen Lasten zu tragen habe. Besonders die mittelständische Wirtschaft des Landes leide unter der häufigen Einberufung ihrer Mitarbeiter zu Wehrübungen.

Vom Bundesverteidigungsministerium wurde darauf hingewiesen, daß eine absolute Gleichbehandlung trotz aller Bemühungen aus Gründen der Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr nicht möglich sei. So sei es zum Beispiel zwingend notwendig, Kampftruppen häufiger zu Übungen zusammenzuholen als beispielsweise Feldersatzeinheiten.

Mehr Wehrgerechtigkeit

In einem Gespräch mit der zuständigen Wehrbereichsverwaltung hat Staatssekretär Basten bereits Möglichkeiten erörtert, mit denen auch die rheinland-pfälzischen Reservisten eine Chance auf mehr Wehrgerechtigkeit eingeräumt werden kann. Eine der Möglichkeiten bestünde darin, die Zahl der Wehrübungsplätze ganz allgemein zu erhöhen. Dies würde zur Folge haben, daß auch solche Reservisten zu Übungen einberufen werden können, die von ihrer Einheit weiter entfernt wohnen.

In seinem Brief an Bundesverteidigungsminister Wörner kommt der rheinland-pfälzische Staatssekretär auf diese Möglichkeit zurück und bittet den Bundesminister darum, diesen Weg zu beschreiten.

Janßen kritisiert Bundesregierung

DW. Bonn

Als „hellen Wahnsinn“ hat das Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Janßen, Vorschläge der Bundesregierung, das Rentenalter auf 70 Jahre anzuheben, bezeichnet. In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung sagte er, er halte dies, auch wenn es auf freiwilliger Basis geschehe, erst im nächsten Jahrtausend für wahrscheinlich. Denn bei über zwei Millionen Arbeitslosen dürfte man nicht die Beschäftigungs-Chancen vermasseln. Zu der langfristigen Sicherung der Renten erklärte Janßen, daß der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung anders berechnet werden müsse.

Er dürfe nicht mehr an der Lohnsumme, sondern an der Wertschöpfung des Unternehmens bemessen werden. Denn viele Firmen machten immer mehr Geld mit immer weniger Leuten. Auch müßten die Beamten einkommensgerechte Beiträge zur Alterssicherung zahlen.

Der Kanzler bewundert Pakistans „Selbstlosigkeit“

Kohl sichert Junejo Hilfe für afghanische Flüchtlinge zu

BERNT CONRAD, Bonn

Afghanistan bleibt nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Kohl „Prüfstein für die sowjetische Bereitschaft, eine friedliche, auf das Völkerrecht gegründete Politik zu führen“. Mit dem pakistanischen Premierminister Mohammed Khan Junejo war sich Kohl gestern darin einig, daß der Sowjetunion immer wieder deutlich gemacht werden müsse, mit welcher Entschiedenheit die Weltöffentlichkeit das gewaltsame Vorgehen Moskaus in Afghanistan mißbillige.

Die Afghanistan-Frage stand im Mittelpunkt der Gespräche, die Junejo nach seiner Ankunft am gestrigen Nachmittag in Bonn führte. Bei einem Mittagessen für den Gast äußerte sich der Kanzler besorgt darüber, daß die Sowjetunion den militärischen Konflikt in Afghanistan unvermindert fortsetze und damit die Leiden der Bevölkerung verlängere.

Maßvolle Reaktion

„Meine Regierung verurteilt entschieden die von Afghanistan ausgehenden bewaffneten Übergriffe auf pakistanisches Territorium. Angesichts einer solchen Politik der Einschüchterung ist die maßvolle Reaktion Pakistans, das sich dadurch weder zurückdrängen noch provozieren läßt, besonders anzuerkennen“, sagte Kohl.

Dem pakistanischen Premierminister versicherte er: „Wir unterstützen Ihr Land weiterhin bei seinen Bemühungen um eine politische Lösung des Afghanistan-Problems. Wir bewundern die Selbstverständlichkeit und die Selbstlosigkeit, mit der Pakistan fast drei Millionen Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen hat.“ Die Bundesrepublik habe sich bemüht, ihren Teil zur Linderung von Not und Elend der Flüchtlinge beizutragen. Sie werde Pakistan auch künftig bei der Fürsorge für die Flüchtlinge tatkräftig unterstützen.

Ausbau der Kontakte

Kohl und Junejo bekundeten übereinstimmend großes Interesse an einer Vertiefung und einem weiteren Ausbau der traditionell guten Beziehungen zwischen beiden Ländern. Sie stellten mit Befriedigung eine positive Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und der kulturellen Zusammenarbeit fest. Nach Angaben des Kanzlers soll der hohe Stand der deutschen Entwicklungsleistungen an Pakistan beibehalten werden. Kohl dankte der Regierung in Islamabad für das Verständnis, das sie dem Wunsch Bonns nach einer Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands und Berlins entgegenbringe.

Junejo traf gestern auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäker, Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling, Staatsminister Jürgen Möllemann vom Auswärtigen Amt, dem SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau und Vertretern des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zusammen.

5600 Verfahren wegen Nötigung

dpa, Bonn

Rund 5600 Ermittlungsverfahren sind, so der Grünen-Bundestagsabgeordnete Norbert Mann, bisher gegen Anhänger der „Friedensbewegung“ eingeleitet worden, die mit Sitzblokkaden oder ähnlichen Aktionen gegen Atomwaffen demonstriert hatten. In etwa 1300 Fällen sei es zu Verurteilungen gekommen, meist zu Geldstrafen. Rund 2000 Verfahren seien noch nicht abgeschlossen. Mehrere hundert Fälle seien wegen fehlenden Tatverdachts eingestellt worden, und nur in 18 Fällen habe es Freisprüche gegeben. Mann selbst war im Juni vom Amtsgericht Bitburg zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung und 12 000 Mark verurteilt worden. Die „Kriminalisierung der Friedensbewegung“ sei erschreckend, sagte er. Eine Welle von Ermittlungen werde es auch wegen der Demonstrationen gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf geben. Eine bayerische Sonderkommission habe von Februar bis Anfang Mai bereits mehr als 1000 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Blick auf 1987
Konjunkturprognose für die Bundesrepublik Deutschland

Wachstum in %: 1985 +2,4; 1986 +2,5; 1987 +2,5
Preisanstieg in %: 1985 +2,2; 1986 ±0; 1987 +2
Arbeitslose in Mio: 1985 2,30; 1986 2,24; 1987 2,14
Arbeitsplätze in 1000: 1985 +167; 1986 +243; 1987 +205
Nettoverdienste je Beschäftigten in %: 1985 +1,6; 1986 +4,5; 1987 +3,5
Nettoerträge in % einschl. Vermögenserträge: 1985 +7,6; 1986 +9; 1987 +8,5

Das Wachstum in der Bundesrepublik wird mindestens bis Ende 1987 anhalten. Damit rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, auch wenn die Prognose für 1986 von rund vier auf 2,5 Prozent zurückgenommen wurde. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Pfund: Der Kurs der englischen Währung ist gestern mit 3,2558 DM auf den niedrigsten Stand seit März 1986 gefallen. Als Grund wird der weitere Ölpreisverfall genannt. So sank Nordseeöl der Sorte Brent auf 9,10 (9,45) Dollar je Barrel.

Insiderhandel: Ein neuer Fall ist in den USA bekanntgeworden. Die Börsenaufsicht SEC untersucht den Handel in Aktien der RCA Corp. vom letzten Dezember. Verdächtigt werden ein Vater und sein Sohn, der bei einem Analysten beschäftigt war. Die Gewinne werden auf 2 bis 3 Mill. Dollar geschätzt.

Tokio: Bei wieder lebhaftem Geschäft schloß der Aktienmarkt gestern mit einem neuen Höchststand. Gewinne konnten die meisten Blue Chips verbuchen.

Eurodollar-Anleihe: Mit einem Kupon von 7,25 Prozent begibt Norwegen eine Anleihe über 500 Mill. Dollar und fünf Jahren Laufzeit. Der Zeichnungskurs beträgt 101,5 Prozent, die Rendite 6,88 Prozent.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 262,05 (262,94); Chemie: 153,31 (153,75); Elektro: 296,10 (296,06); Auto: 742,76 (743,75); Maschinenbau: 143,52 (143,74); Versorgung: 147,64 (149,95); Banken: 387,55 (389,90); Warenhäuser: 148,17 (147,92); Bauwirtschaft: 474,98 (475,16); Konsumgüter: 169,40 (169,57); Versicherung: 1358,22 (1365,64); Stahl: 155,46 (154,64).

Kursgewinner:	DM	+ %
Farb. Liqu.	10,40	14,2
Buckau-W.	120,00	9,0
Koepp	160,00	6,6
Hanf Oberach St.	255,00	5,8
Hanf Oberach Vz.	200,00	5,2

Kursverlierer:	DM	– %
Rieb. Montan	132,00	5,7
Dyckerhoff Vz.	193,00	4,9
Commerzbk. Reste	14,10	4,7
Alte Leipz. C	1050,0	4,5
Dt. Babcock St.	178,00	4,5

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behauptet.

WELTWIRTSCHAFT

Japan: Als ungewöhnlich wird die Prognose des Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie (Miti) gewertet, die für das laufende Fiskaljahr die Wachstumserwartung auf nur noch 2,5 Prozent veranschlagt. Die offizielle Regierungsschätzung von vier Prozent wurde noch nicht revidiert. (S. 12)

Kanaltunnel: Die Finanzierungspläne wurden verschoben, weil das englisch-französische Konsortium 5,3 Mrd. Pfund Sterling bisher nicht aufbringen konnte.

Gatt: Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich mit Nachdruck für die Einbeziehung des internationalen Handels mit Dienstleistungen in die kommende Runde eingesetzt. Vor diesem wichtigen Bereich dürfe die Welthandelsorganisation nicht die Augen verschließen.

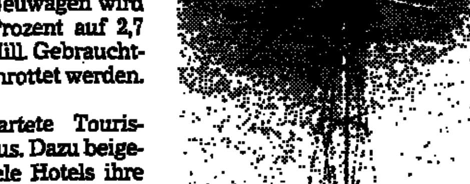
MÄRKTE & POLITIK

Kernkraft: Der Anteil an der gesamten Stromproduktion der Bundesrepublik lag im ersten Halbjahr unverändert bei 35 Prozent, teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke mit.

Automarkt: Ende des Jahres werden rund 27 Mill. Personenwagen zugelassen sein, hat die Schwakke-Marktbeobachtung hochgerechnet. Bei den Neuwagen wird ein Plus von 13 Prozent auf 2,7 Mill. erwartet, 1,9 Mill. Gebrauchtwagen sollen verschrottet werden.

Türkei: Der erwartete Tourismus-Boom bleibt aus. Dazu beigetragen hat, daß viele Hotels ihre Preise drastisch erhöhten. (S. 12)

Energiepolitik: Auch Schweden setzt nach dem Unfall in Tschernobyl auf regenerierbare Energiequellen. Die Wasserkraft deckt bereits über die Hälfte der Stromerzeugung, der Ausbau der Windkraft (Foto) wird forciert. (S. 12)



UNTERNEHMEN & BRANCHEN

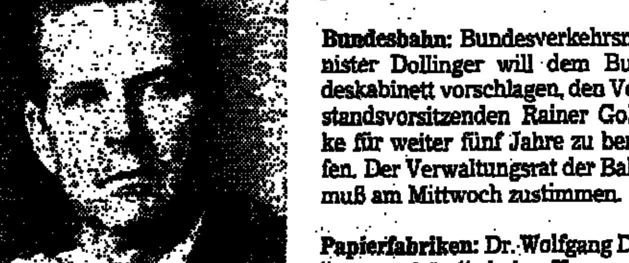
Hertie: In der Frankfurter Zentralverwaltung werden 238 von 965 Arbeitsplätzen eingespart. Damit sollen die Kosten um 32 Mill. DM gesenkt werden. Über den Sozialplan soll mit dem Betriebsrat verhandelt werden.

Motivation: Auf ihr Modell der Gewinnbeteiligung führt die Handelsfirma AVA, die im August an die Börse geht, einen Teil des Erfolges zurück. (S. 15)

Otto-Versand: In Italien und Japan ist der Versandhandel noch unterentwickelt. Deshalb prüft die Gruppe den Einstieg in diese Märkte. Die US-Tochter, die 1982 erworben wurde, sei nun nachhaltig in der Gewinnzone. (S. 12)

Außendienst: Verkäufer von Investitionsgütern verdienen weit besser als ihre Kollegen in der Nahrungsmittelindustrie oder bei den Versicherungen. (S. 15)

NAMEN



US-Finanzminister: James Baker (Foto) hat vor einer zu hohen Steuerentlastung für die Bezieher mittlerer Einkommen gewarnt. Sie könne nur mit weniger großzügigen Abschreibungsregelungen bei Unternehmen erkauft werden. Dies würde die Investitionstätigkeit hemmen und die US-Konjunktur weiter bremsen.

Bundesbahn: Bundesverkehrsminister Dollinger will dem Bundeskabinett vorschlagen, den Vorstandsvorsitzenden Rainer Gohlke für weiter fünf Jahre zu berufen. Der Verwaltungsrat der Bahn muß am Mittwoch zustimmen.

Papierfabriken: Dr. Wolfgang Doberauer, Mitglied des Vorstands des Verbandes Deutscher Papierfabriken in Bonn, wird heute 65 Jahre alt.

Das ist schön bei uns Deutschen; *keiner ist so verrückt, daß er nicht einen noch Verrückteren findet, der ihn versteht.*

Heinrich Heine

Gatt: Dritte Welt fürchtet Nachteil – von Würzen zerstreut Bedenken

Einbeziehung von Dienstleistungen umstritten – Handelshemmnisse bremsen Wachstum

HEINZ HECK, Bonn

Die Einbeziehung auch der Dienstleistungen in die bevorstehende Liberalisierungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) ist umstritten, vor allem zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Mit Blick auf das für September geplante Gatt-Ministertreffen hat Wirtschaftsstaatssekretär von Würzen in einem Schreiben an seinen indischen Kollegen Venkitaramanan die – vor allem von Brasilien und Indien artikulierten – Befürchtungen der Dritten Welt zu zerstreuen versucht.

Die Haltung der Dritten Welt ist, seit über Dienstleistungen im Gatt gesprochen wird, von der Sorge diktiert, sie könne hierbei aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsstandes zu kurz kommen. Von Würzen plädiert nun dafür, daß der Dienstleistungshandel in die Gatt-Verhandlungen über den Abbau von Handelshemmnissen einbezogen werden solle.

Aus der Sicht der Bundesregierung sei es jedoch „verständlich und berechtigt", wenn die Entwicklungsländer für sie wichtige Themen wie Marktöffnung für tropische und andere Erzeugnisse, das Streitschlichtungsverfahren oder den Zusammenhang zwischen Handel und Verschuldung in die Debatte einbrächten. „Auch die Bundesregierung sieht diese Themen als sehr wichtig an. Die neue Runde bietet deshalb unter Einbeziehung des Themas Dienstleistungen eine vorzügliche Gelegenheit, innerhalb eines Gesamtpakets einen fairen Interessensausgleich und dabei gegenseitige Konzessionen in wichtigen Gebieten zu erreichen."

Gerade bei Dienstleistungen sei im vergangenen Jahrzehnt ein besonders dynamisches Wachstum zu verzeichnen. Der vollen Entfaltung stünden jedoch Handelshemmnisse entgegen. In der derzeitigen Phase „weltweit relativ begrenzten Wirtschaftswachstums und struktureller Anpassungprozesse" dürften dieses Wachstumspotential und die damit verbundenen Beschäftigungschancen nicht ungenutzt bleiben.

Die Einbeziehung des Dienstleistungshandels in die nächste Runde diene auch der Stärkung des Gatt. Käme keine Einigung zustande, so ließen sich dennoch Übereinkommen hierzu nicht verhindern, allerdings wahrscheinlich in Form bilateraler Abmachungen außerhalb des Gatt. Von Würzen sieht nachteilige Folgen hierbei „auch für einen beträchtlichen Teil der Entwicklungsländer".

Er räumt ein, daß die Industrieländer an diesem Thema sehr interessiert seien, erinnert aber daran, daß auch Entwicklungsländer zum Teil über leistungsstarke „Dienstleistungsindustrien" verfügen, zum Beispiel Bauleistungen, Tourismus, Verkehr und Finanzen. Die Nachfrage nach Dienstleistungen entwickele sich weltweit mit zunehmender Geschwindigkeit und sei „auch zu einem Wachstumsmotor für den technischen Fortschritt geworden".

Für ein Übereinkommen im Gatt biete sich „die bereits in anderen Fällen praktizierte und inzwischen bewährte Form eines Kodex an". Der Beitritt sei den Mitgliedsländern freigestellt und könne auch noch nach Schaffung des Kodex stattfinden. Als Elemente für die Entwicklung multilateraler Regeln nennt von Würzen die Gatt-Grundsätze Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung sowie den Abbau von Hemmnissen.

Die Lage im Revier wird nicht besser

Experten fürchten Verschärfung der Strukturkrise – Lohnniveau an der Ruhr zu hoch

dpa/VWD, Essen

Die von hoher Arbeitslosigkeit und Absatzproblemen in den Sektoren Bergbau, Stahl und Investitionsgüter geprägte Strukturkrise im Ruhrgebiet wird sich in absehbarer Zeit kaum mildern. In einer dpa/VWD-Umfrage äußerten führende Wirtschaftswissenschaftler der Region vielmehr die Befürchtung, daß sich die bestehenden Schwierigkeiten „in Teilbereichen" noch verschärfen könnten.

Als Hauptursachen wurden das nach wie vor um fünf bis zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegende Lohnniveau, ein Mangel an geeigneten Gewerbeflächen, Weiterbildungsdefizite bei Arbeitern und mittelständischen Unternehmern sowie unverändert hohe Subventionen für die siechenden Hauptbereiche Kohle und Stahl genannt.

Die hohe Abwanderungsquote, durch die das Revier in den vergangenen 20 Jahren fast eine Million Einwohner verlor, muß nach Ansicht des Bochumer Wirtschaftsforschers Prof. Paul Klemmer vor allem auf ihre demographische Wirkung hin beobachtet werden. In besonders strukturschwachen Kommunen wie Duisburg, Oberhausen oder Gelsenkirchen drohe sonst mit dem weiteren Verlust überwiegend junger Einwohner ein „Umkippen" in der Altersstruktur. Zur Beseitigung der bestehenden Flächen-Engpässe sei eine „Flurbereinigung" nötig.

Lösungen für die Region sieht Klemmer in einer verstärkten Förderung der Bereiche neue Werkstoffe und Lasertechnik. Das nach wie vor schlechte Image müsse mit „mehr Urbanität und Flair" verbessert werden. Für einen Abbau der Subventionen sprach sich der Duisburger Innovationsforscher Prof. Erich Staudt aus: „Die Gruppe, die welche benötigt, ist nicht so groß wie die, die darunter zu leiden hat." In ihrer Abhängigkeit, so Staudt, behindern sich Klein- und Großbetriebe derzeit gegenseitig. Das Ruhrgebiet brauche allerdings „ein gewisses Krisenniveau", um den fälligen Strukturwandel konsequent anzugehen.

Die monostrukturelle Verkrustung müsse „vom Rand des Reviers her aufgeweicht werden". Das gelte auch für die Verflechtung von Großbetrieben, Gewerkschaften und Kommunen – einem „Kartell aus Besitzstandswahrung", das den Wandel lähme. Staudt verlangte überdies mehr Angebote zur Qualifizierung der Arbeitnehmer.

Für das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) wies Klaus Löbbe auf die mangelnde Wirkung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) des Bundes hin. Die nach dem Gießkannen-Prinzip verteilten Mittel hätten dem Revier nicht helfen können. Die Einrichtung von Gründerzentren bewerteten die Experten einhellig als wenig erfolgversprechend. Von solchen Technologieparks könne allenfalls ein „Imageeffekt" ausgehen.

IG Bau wertet Finanzpläne als Alarmsignal

AP, Frankfurt

Als „Alarmsignal für den Bereich des öffentlichen Baus" hat die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden gestern die durch das Statistische Bundesamt vorgelegten kommunalen Finanzpläne für den Zeitraum 1985 bis 1989 bezeichnet. Danach sehen die Planungen der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Jahre 1988 und 1989 bei den Baumaßnahmen einen Rückgang um insgesamt 30 Prozent gegenüber 1987 vor. Der Vorsitzende der IG Bau, Konrad Carl, sagte in Frankfurt, die Tatsache, daß nicht weniger als zwei Drittel aller öffentlichen Bauinvestitionen von den Gemeinden getätigt werden, mache deutlich, welche Gefahr von einem solchen Rückgang der kommunalen Baumaßnahmen auf die gesamte Bauwirtschaft und die dort beschäftigten Arbeitnehmer ausgehe.

Als maßgebliche Gründe für die restriktive Finanzplanung der Gemeinden bei Baumaßnahmen nannte Carl die Absicht der Bundesregierung, die Aufstockung für Umweltschutzmaßnahmen im Europäischen Wiederaufbauprogramm ERP sowie der Städtebauförderung Ende 1987 auslaufen zu lassen und sich ab 1988 unter anderem bei der Stadterneuerung aus der Mischfinanzierung zurückzuziehen.

AUF EIN WORT



„Die Aufwertung der D-Mark zumal gegenüber dem Dollar hat die Kostenposition der deutschen Industrie in der Konkurrenz mit anderen Ländern wieder normalisiert. Das bedeutet für manche Fabrikategruppen einen noch härteren Wettbewerb um Marktanteile."

Dr. Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH, Essen. FOTO: TEUTOPRESS

Länder haben weiter erfolgreich konsolidiert

HH, Bonn

Auch 1985 haben die Länder in ihrer Haushaltspolitik weitere Konsolidierungserfolge erzielen können. Die Länderausgaben insgesamt stiegen 1985 um 4,2 Prozent auf 234,6 Mrd. Mark, die Einnahmen um 5,2 Prozent auf 217,7 Mrd. Mark. Während die Ausgabenplanungen damit erneut unterschritten wurden, hat sich der Einnahmeanstieg gegenüber dem Vorjahr wiederum beschleunigt. Die Nettokreditaufnahme der Länder lag mit 17,2 Mrd. Mark deutlich unter den Ergebnissen früherer Jahre (1981: 24,6 und 1984: 19,4 Mrd.).

Finanzstaatssekretär Friedrich Voss (CSU) hat in einer ersten Wertung die „zunehmend unterschiedliche Haushaltsentwicklung" in den einzelnen Ländern als „bemerkenswert" bezeichnet. So sei in Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland die Nettokreditaufnahme 1985 nicht zurückgegangen. Als Grund wird die beschleunigte Ausgabenzunahme genannt. Zu über 70 Prozent entfielen die Mehrausgaben 1985 auf höhere Personalausgaben und laufende Zuweisungen und Zuschüsse. Den stärksten Anstieg verzeichnen Zinsausgaben mit 7,0 Prozent. Die günstige Einnahmeentwicklung führt Voss vor allem auf die anhaltende Dynamik der Steuereinnahmen zurück.

Urlaubskassen kräftig aufgestockt

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesbürger legen in diesem Jahr beim Urlaub wieder zu: Nach einer Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) über „Entwicklung und Struktur der Urlaubsausgaben" werden 1986 mit schätzungsweise 39,5 Milliarden Mark rund zwei Milliarden mehr für die schönsten Tage des Jahres ausgegeben als 1985. Vor allem die Arbeitnehmerhaushalte dürften die Reisekasse kräftig aufstocken.

Rund 70 Prozent der Reiseausgaben werden dieses Jahr ins Ausland fließen. Die Bilanz des Auslandstourismus – so die IW-Prognose – dürfte mit 27 Milliarden Mark Defizit abschließen. Das sind 1,5 Milliarden mehr als 1985. Das IW sieht damit die Phase der „Zurückhaltung bei den Urlaubsausgaben (als) überwunden" an.

Während der ersten Hälfte der achtziger Jahre seien die Urlaubsbudgets kaum noch erhöht worden, ihr Anteil am privaten Verbrauch sei sogar von vier auf 3,7 Prozent zurückgegangen. Als Hauptursachen werden die Konjunkturschwäche 1979/82 und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit genannt. Dennoch hätten die Arbeitnehmer die Zahl ihrer Urlaubsreisen nicht eingeschränkt.

Mit durchschnittlich 8,3 Prozent jährlich haben die Urlaubsausgaben in der Zeitspanne 1970/85 rascher zugenommen als die Konsumausgaben insgesamt (plus 7,1 Prozent). Die Rentnerhaushalte hätten ihre Ausgaben in dieser Zeitspanne allerdings „unabhängig von der jeweiligen Konjunkturlage kräftig ausgeweitet".

Die Reiseanalyse des Studienkreises für Tourismus meldet laut IW für 1985, daß 57,1 Prozent aller erwachsenen Bundesbürger mindestens eine Urlaubsreise gemacht haben. Seit Mitte der fünfziger Jahre habe sich damit die Zahl der Urlaubsreisenden verdreifacht. Zwei Drittel der Urlauber seien 1984 ins Ausland gereist. Innerhalb der Bundesrepublik blieb Bayern (knapp ein Drittel der Inlandsurlauber) beliebtestes Ferienland. 70 Prozent der Urlauber planten ihre Ferien individuell, der Rest bevorzuge Reisen mit Veranstaltern.

In der Zeitspanne 1980 bis 1985 haben die Haushalte mit höherem Einkommen ihre Urlaubsbudgets nur wenig ausgeweitet (2,2 Prozent jährlich), die Durchschnittsverdiener sie sogar gekürzt (minus 0,4 Prozent). Die Zahl der jährlichen Urlaubsreisen sei bei der ersten Gruppe mit 3,0 und in der zweiten mit 2,1 seit 1980 konstant. Dagegen sei die durchschnittliche Reisedauer gekürzt worden: Im ersten Fall von 28,1 auf 26,8 Tage und in der zweiten Gruppe von 22,6 auf 21,8 Tage.

Lufthansa braucht Kapital

Von GERD BRÜGGEMANN

Auf der Tagesordnung zur Hauptversammlung der Deutschen Lufthansa AG, die morgen im Hamburger Kongreßzentrum stattfindet, fehlt ein wichtiger Punkt: Beschlußfassung über eine Kapitalerhöhung. Daß die nationale deutsche Fluggesellschaft dringend mehr Eigenmittel braucht, steht außer Frage. Die letzte Kapitalerhöhung um 300 auf 900 Millionen Mark erfolgte im Jahre 1978.

Seither hat sich das Geschäftsvolumen des Unternehmens auf mehr als 10 Milliarden Mark verdoppelt. Gleichzeitig stiegen die Anforderungen an die Investitonskraft enorm, und Flugzeuge sind auch nicht billiger geworden. Obwohl niemand behaupten wird, die Finanzkraft des Unternehmens reiche nicht aus, kann doch nicht übersehen werden, daß sich die Bilanzstruktur erkennbar verschlechtert hat. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch langfristige Mittel ging auf 74 Prozent zurück, nachdem er in den siebziger Jahren noch über 90 Prozent gelegen hatte.

Auf der Hauptversammlung der Lufthansa am Mittwoch in Hamburg fehlt das Thema Kapitalerhöhung auf der Tagesordnung, vor allem weil der Großaktionär Bund sich verweigert.

„Inzwischen", so schreibt der Vorstand im Geschäftsbericht zu diesem Thema, „wurden die notwendigen Maßnahmen eigeleitet, die eine Verstärkung der Langfristfinanzierung bewirken." Hinter diesem Satz verbirgt sich die Auflegung einer Anleihe, mit der sich die Gesellschaft zusätzliche Mittel beschafft, deren Qualität aber unzweifelhaft geringer ist, als es zusätzliches Eigenkapital wäre. Warum also bittet das Unternehmen seine Aktionäre nicht um weiteres Kapital? Die Wahrheit ist einfach: Es hat, aber der Großaktionär Bundesrepublik hat wissen lassen, daß er zur Zeit nicht mitmachen wolle.

Solche Ablehnung hat nichts damit zu tun, daß womöglich der günstige Zeitpunkt für eine Kapitalerhöhung verpaßt sei. Abgesehen einmal davon, daß die Hauptversammlung ein genehmigtes Kapital beschließen könnte, das dem Vorstand die Gelegenheit gäbe, bessere Zeiten abzuwarten, die übrigens so schlecht auch wieder nicht sind: Der Großaktionär hat sich auch in den vergangenen Jahren gegenüber diesen Lufthansa-Wünschen verschlossen. Es mag sein, daß dem Bund damals die nötigen Mittel fehlten, was in dieser Form heute wohl nicht mehr gilt. Überdies, niemand zwänge den Bund, die neuen Aktien aus einer Kapitalerhöhung selbst zu übernehmen. Der Verkauf der Bezugsrechte würde ihm sogar Geld in die Kasse bringen und zugleich seinen Anteil am Lufthansa-Kapital sinken lassen, was ja angeblich ohnehin seine politische Absicht ist.

Da sich der Vorstand zu den Geschehnissen, sofern er die Hintergründe denn überhaupt kennt, nicht äußern will und auch der Großaktionär sich in Schweigen hüllt, bleiben Beobachter auf Gerüchte und Vermutungen angewiesen. Eines dieser Gerüchte besagt, daß die verweigerte Kapitalerhöhung als eine Art Bestrafung der Lufthansa zu deuten sei. Sie erfolge aus Verärgerung darüber, daß sich zumindest einzelne Mitglieder des Vorstandes gegen die Privatisierungspläne des Bundesfinanzministeriums mit einflußreichen Gegnern verbündet hatten. So soll ein hoher Beamter des Ministeriums in privaten Gesprächen erklärt haben, wenn die Teilprivatisierung, wie geplant, zustande gekommen wäre, stünde die Frage einer Kapitalerhöhung in dieser Form und zum jetzigen Zeitpunkt nicht an.

Es fällt schwer, solche Aussagen für wahr zu halten, nicht nur weil sie, wenn sie denn so gemacht worden wären, auch fachlich problematisch sind, sondern mehr noch, weil sie so gar nicht zu den Vorstellungen von Ordnung und Sachlichkeit zu passen scheinen, die man sonst immer mit der Spitze gerade dieses Ministeriums verbindet. Es ist deswegen notwendig, daß der Bundesfinanzminister der Öffentlichkeit sehr bald erklärt, welche Pläne die Bundesregierung mit der Fluggesellschaft hat, zumal da die wirtschaftliche Frage einer Kapitalerhöhung bei der Lufthansa mit der ideologisch-politischen ihrer Teilprivatisierung nichts zu tun hat.

Solche Klärung ist schon deswegen wichtig, weil sich vor der Fluggesellschaft nach einer Zeit des Schönwetterfliegens nun wieder dunkle Wolken auftürmen. Das ist kein speziell deutsches, sondern ein weltweites Problem. Die Lufthansa steht sogar ein wenig besser da als die Mehrzahl ihrer europäischen und amerikanischen Wettbewerber.

Aber das bietet nur wenig Trost angesichts der Tatsache, daß die Nachfrage schon wieder einmal nicht ausreicht, das gestiegene Angebot so weit zu füllen, daß schwarze Zahlen geschrieben werden könnten. Zwar wäre es verfrüht, aus den unbefriedigenden Verkehrsergebnissen der ersten Monate auf das Jahresergebnis zu schließen, aber mit einer höheren Kapitalausstattung könnte das Unternehmen kommenden Stürmen sicher gelassener entgegensehen.

Nachbars Garten

nl. – Die Bausparbranche, die flaue Zeiten im Neugeschäft und noch ausgeprägter im Geldeingang durchgemacht hat, atmet auf. Beim Abschluß neuer Bausparverträge warten die Kassen wieder mit mehr oder minder kräftigen Zuwachsraten auf. Und auch der Rückgang bei den Spargeldern scheint allmählich zum Stillstand zu kommen. Bei Wüstenrot, einer der größten Bausparkassen, glaubt man sogar eine bevorstehende Schönwetter-Periode auszumachen.

Auf das Stimmungsbarometer wirkt sich dabei nicht nur die günstige Konjukturlage aus. Insbesondere mag man in den Chefetagen der Bausparinstitute jenen Prognosen keinen Glauben schenken, die auf eine nachhaltig abgeschwächte Bevölkerungsentwicklung abheben und deshalb schwierige Zeiten kommen sehen. Ein derartig betont zur Schau getragener Optimismus weckt die Vermutung, daß die gerade in diesem Punkt bestehenden Unsicherheitsfaktoren bewußt überspielt werden. Die Perspektive der Zuversicht gehört wohl auch zu einer so sensiblen und von vielen Imponderabilien beeinflußbaren Zwecksparform. Sicherlich gibt es noch viele Menschen, die den Traum von den eigenen vier Wänden träumen.

Nicht zu übersehen ist allerdings, daß diesem Markt auch Grenzen gesetzt sind. Die Bemühungen großer Bausparkassen, über die eingefahrenen Wege hinaus auch anderes (Bankdienstleistungen, Lebensversicherungen) zu offerieren, sind ein deutliches Indiz für die verschärfte Wettbewerbslage. Die Zeiten, in denen man ausschließlich als Spezialinstitut auftrat, sind vorbei. Der Wettbewerb verlangt – so argumentiert man – umfassende Angebote, weshalb denn auch in „Nachbars Garten" gegrast wird.

1986 wird das Jahr der Kapitalerhöhungen werden

Studie der Commerzbank zieht eine Zwischenbilanz

Py. Düsseldorf

Als „Jahr der Kapitalerhöhungen" wird nach Ansicht der Commerzbank AG 1986 in die Annalen des deutschen Aktienmarkts eingehen. Einer Zwischenbilanz zur Jahresmitte des Instituts zufolge wird der langjährige Durchschnitt von 40 Unternehmen, die zwecks Kapitalerhöhung an die Börse gehen, in diesem Jahr deutlich überschritten. In den ersten sechs Monaten sind bereits von 28 börsennotierten Gesellschaften Barkapitalerhöhungen durchgeführt worden, ähnlich viele waren es 1985 im gesamten Jahresverlauf.

Noch eindrucksvoller als die Zahl der Kapitalerhöhungen ist der Betrag der ersten sechs Monate mit 5,9 Mrd. DM, annähernd soviel wie im gesamten Jahr 1985. Unter Einschluß der bereits projektierten Kapitalerhöhungen (u. a. Allianz und BMW mit zusammen fast 1,3 Mrd. DM) und der sich abzeichnenden Vorhaben könnte sich für 1986 eine Gesamtsumme von 10 Mrd. DM ergeben. Dies ist, so die Commerzbank, „eine neue Dimension für den deutschen Aktienmarkt, der damit aus dem Schatten des dominierenden Rentenmarktes heraustreten würde."

Die Bank wertet diese Renaissance der Aktienfinanzierung als Schritt zu größerer Standfestigkeit der oft unterkapitalisierten Unternehmen und als größeren Schutz gegen konjunkturelle Schwächen und Vorteil im internationalen Wettberwerb.

Monheim-Reich ist jetzt geteilt

J. G. Düsseldorf

Der 129 Jahre alte, von der Aachener Holding Leonhard Monheim AG geführte Süßwarenkonzern der Familie Monheim, mit circa 2 Mrd. DM Weltumsatz seit einigen Jahren ertragsschwach und schuldenreich, wird zerlegt. Nachdem das deutsch-holländische Lindt-Geschäft nebst Fabrik (235 Mill. DM Umsatz) unlängst an den Schweizer Lizenzgeber verkauft wurde, teilt Vorstandsmitglied Bernd Monheim mit: Da sich keine Führungsnachfolge in der fünften Generation finde, habe nun die Familie einstimmig das Angebot des Schweizer Süßwarenkonzerns Jacobs Suchard, Zürich, zur Übernahme aller Aktien angenommen.

Lediglich die deutschen Markenartikelaktivitäten nebst Fabriken in Saarlouis und Quickborn übernimmt Mitaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender Prof. Peter Ludwig in eine ihm gehörende neue „Ludwig Schokolade GmbH, Aachen" (500 Mill. DM Umsatz, 2000 Leute). Jacobs Suchard erwartet aus dem noch vom Bundeskartellamt zu genehmigenden Erwerb vor allem eine Stärkung durch Monheims international bedeutendes Van-Houten-Geschäft mit 600 Mill. sfr Umsatz.

Schweden forciert den Ausstieg aus der Kernenergie

Werden schon vor 2010 Atomkraftwerke abgeschaltet? – Großteil der Stromerzeugung stammt aus Wasserkraft

G. MEHNER, Kopenhagen

„Unser Land ist kein Spielzeugladen. Es muß funktionieren, und dazu braucht es Energie. Wir können Barsebäck nicht einfach abschalten." So hat sich der schwedische Ministerpräsident Ingvar Carlsson nach dem Tschernobyl-Desaster in die aktuelle innerschwedische Energiedebatte eingeschaltet. Im schwedischen Barsebäck produziert ein Zweiblock-Kernkraftwerk in unmittelbarer Nachbarschaft von Malmö Strom – von der Millionenstadt Kopenhagen nur durch die 20 Kilometer des Öresunds getrennt.

Nachdem die Schweden sich 1980 in einer Volksabstimmung für das Auslaufen der Atomkraft bis zum Jahre 2010 ausgesprochen haben, konzentrieren sich die Nach-Tschernobyl-Forderungen in Schweden und dem kernkraftfreien Dänemark darauf, den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomkraft mit Barsebäck sofort zu beginnen. Obwohl Schweden wohl als einziges Land auf dem Globus langfristig einen Schlußpunkt unter die Atomkraft gesetzt hat, macht das Statement von Carlsson deutlich, daß der 24jährige Beendigungszeitraum doch voll genutzt werden soll.

Teures Umbauprogramm

1985 stammten 42 Prozent der gesamten schwedischen Elektrizitätsproduktion aus den zwölf Atommeilern. Vor Tschernobyl war die schwedische Atompolitik unterschwellig auf die Möglichkeit angelegt, im Jahre 2010 weitgehend unvorbelastet neu entscheiden zu können. In diese Richtung deutete nicht nur, daß im Frühjahr ein aufwendiges Umbauprogramm (1,2 Mrd. Kronen) für das Atomkraftwerk Ringhals 2 genehmigt wurde; auch die eigentliche Volksabstimmung 1980 hatte nur konsultativen Charakter und ist keineswegs politisch direkt verbindlich.

Bezeichnenderweise hatte sich die Mehrzahl der Schweden bei diesem Referendum nicht zu einem Ja oder Nein, sondern zu dem Mittelweg „Abwicklung mit Vernunft" durchgerungen. Dieses Votum bedeutete, daß neben den bereits existierenden sechs Kernkraftwerken das Genehmigungsverfahren für sechs weitere durchgezogen wurde.

Tschernobyl bewirkte nun, daß die schwedische Energieministerin Birgitta Dahl den schwedischen Energiebeirat mit der Begutachtung dreier möglicher Handlungsalternativen beauftragte: ein sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft, ein Abwicklungsplan bis zum Jahre 2010 und – der mittlere Weg – ein beschleunigter Ausstieg. Zusätzlich sollen die Gutachter die Auswirkungen einer schnelleren Abschaltung von Barsebäck gesondert durchleuchten.

Flankierend präsentierte die Regierung ein Gesetz, das schon Vorbereitungsarbeiten für den Bau neuer Atommeiler unter Strafe stellt. Nach Tschernobyl geht Schweden nicht länger davon aus, daß eine Verzögerungstaktik hinsichtlich des geplanten Kernenergieausstiegs irgend etwas fruchten würde.

Die Suche nach Alternativen ist in Schweden ein echtes Energieabenteuer: Wegen des kalten Klimas, der Konzentration der energieintensiven Industrie sowie langer Transportstrecken übersteigt der Energieverbrauch pro Kopf der Bevölkerung den der meisten anderen Industrienationen.

Kein eigenes Öl und Gas

Andererseits hat Schweden so gut wie keine eigenen Öl-, Gas- und Kohlevorkommen. Der jährliche Energiekonsum pendelt um 350 TWh (Terrawattstunden). Zur Hälfte wird dieser Bedarf durch Ölimporte aus Großbritannien und Norwegen gedeckt. Zu 40 Prozent verteilt sich dieser Verbrauch auf den Industriesektor, weitere 40 Prozent absorbiert der Wohnungs-, Handels- und Dienstleistungssektor. Auf das Konto des Transportsektors gehen die restlichen 20 Prozent.

Am ehesten könnten die Schweden den Verzicht auf Atomstrom über eine konsequente Weitererschließung der Wasserkraft kompensieren. 1984 stammten aus der Wasserkraft 56 Prozent der gesamten Elektrizitätsproduktion. Die derzeitige Jahresproduktion von 66 TWh könnte um weitere 30 TWh ausgebaut werden, wenn vier Flüsse in Nordschweden noch erschlossen würden. Aber wie bei der Atomkraft stehen dem Momente des Naturschutzes entgegen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Energierechnung können die Holzabfälle, die im Bereich der Forst- und Papierindustrie anfallen, sowie die riesigen Torfvorkommen leisten: Nach Schätzungen könnten aus diesen einheimischen Energiequellen gegen Ende des Jahrzehnts 70 TWh jährlich gewonnen werden.

Mit Dänemark wurden im vergangenen Jahr erste Testlieferungen von Naturgas verabredet. Vor allem in den südschwedischen Verdichtungsgebieten könnte über den Bau von Fernheizsystemen der Ausstieg aus der Atomkraft leichter werden.

Die Expertenkommission „Windkraft" hat sich dafür ausgesprochen, landgestützte Stromerzeugungskapazitäten von zehn TWh und 20 TWh im Bereich der Küste zu installieren. Ein Beitrag der Windkraft von zehn TWh entspräche einem Sechstel der gesamten Wasserkrafterzeugung und einem Fünftel des 1985 erzeugten Atomstromvolumens.

In Dänemark, das 90 Prozent seiner Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken bezieht, sollen die natürlichen Energiequellen spätestens bis 2000 sieben Prozent des Energieverbrauchs decken. Die Windkraft allein wird zehn Prozent zur Elektizitätsversorgung beitragen.

Die WELT veröffentlicht in loser Folge Beiträge zur Energiepolitik in anderen Ländern.

Auch im Ausland erfolgreich

Otto-Versand übersprang die Zehn-Milliarden-Marke

JAN BRECH, Hamburg

Der Otto-Versand, Hamburg, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (28. Februar) zum erstenmal mehr als 10 Mrd. DM umgesetzt. Wie das Unternehmen in einem ersten Überblick mitteilt, erhöhte sich der Umsatz um 8,4 Prozent auf 10,2 Mrd. DM. Wesentlichen Anteil hatte hierbei das Auslandsgeschäft. Die Versand-Gruppe, die mit eigenen Unternehmen in Frankreich, Belgien, Holland, Österreich, Spanien und den USA vertreten ist, wikkelt inzwischen 51 Prozent des Geschäfts im Ausland ab. Im Vorjahr hatte diese Quote erst 45 Prozent betragen.

Die Expansion im Ausland soll fortgeführt werden. Potentielle Märkte seien alle Industrienationen mit einem wettbewerbsorientierten Wirtschaftssystem, heißt es. Unterentwickelt ist bislang noch der Versandmarkt in Japan und Italien. Bei Otto wird zur Zeit geprüft, ob es Einstiegsmöglichkeiten in diese Märkte gibt.

Kernstück der weltweit tätigen Versand-Gruppe, die von ihren 22 000 Mitarbeitern fast 12 000 im Ausland beschäftigt, bleibt aber der Otto-Versand, Hamburg, der im Berichtsjahr den Umsatz um 2,9 Prozent auf 3,5 Mrd. DM steigerte. Die Umsatzrendite betrug nachhaltig rund vier Prozent und weist Otto als eines der ertragsstärksten Einzelhandelsunternehmen aus. Das umfassende Programm wird in einem Hauptkatalog und zwölf Spezialkatalogen angeboten. Die Auflagen dieser Kataloge erreichen weltweit 200 Mill. Exemplare.

Zu den inländischen Tochtergesellschaften wird mitgeteilt, daß der Schwab Versand, Hanau, 1985/86 ein Umsatzplus von 3,2 Prozent auf 643 Mill. DM erzielte. Zum Kreis der Beteiligungsfirmen, die mit einem hochwertigen Mode- und Geschenke-Sortiment einen exklusiven Kundenkreis erreichen sollen, gehört neben dem Heine Versand, Karlsruhe, seit Beginn dieses Jahres auch die Alba Moda GmbH, Bad Salzuflen.

Stützen des Auslandsgeschäfts sind die „3 Suisses International", „Croix", sowie die „Spiegel Inc.", Chicago. Über 3 Suisse ist Otto zum Marktführer in Frankreich, Belgien und Spanien avanciert. Das französische Unternehmen erhöhte den Umsatz um 6,5 Prozent auf 7,8 Mrd. F. Der 1982 gewagte Einstieg in den amerikanischen Markt ist nach Angaben des Otto-Versands mit Erfolg vollzogen. Bei Spiegel hat Otto innerhalb von vier Jahren den Umsatz *mehr als verdoppelt und das Unter*nehmen in die Gewinnzone geführt. Im Berichtsjahr stieg der Umsatz um 23,3 Prozent auf 889 Mill. Dollar. Spiegel zählt zu den führenden Anbietern von hochwertiger Damenmode.

In diesem Jahr registriert Otto eine beträchtliche Belebung der Nachfrage, so daß sich die Expansion im In- und Ausland fortsetzen dürfte. Das Wachstum beim Otto-Versand betrug per Ende Juni mehr als sieben Prozent.

Viele Hotelbetten in der Türkei sind leer

Tourismus-Planer haben sich verkalkuliert – Längst kein preiswertes Ferienland mehr

E. ANTONAROS, Istanbul

Die türkischen Fremdenverkehrsplaner reiben sich die Augen und können nicht so recht glauben, was sie im Laufe der letzten Wochen, mitten in der Hochsaison, erleben: In diesem Jahr liegen die Buchungsraten um 45 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die türkische Tourismusbranche hat sich schrecklich verkalkuliert, der erwartete Tourismusboom und der Devisensegen bleiben aus, Tausende von Hotelbetten sind leer. Ankaras Wirtschaftsplaner erwarten, daß sich der Buchungseinbruch auch auf die Leistungsbilanz auswirken wird.

Noch im Frühjahr hatte Ankaras Tourismus-Ministerium fest mit einer Wiederholung des Booms von 1985 gerechnet: Die Deviseneinnahmen sollten von 1,5 Mrd. Dollar auf 2 Mrd. steigen. „Die Hotels sind ausgebucht. Niemand sollte ohne feste Buchung in die Türkei reisen", hatte Tourismus-Minister Mükerrem Tascioglu immer wieder gesagt. Die Fremdenverkehrsplaner wollten offenbar eine Wiederholung der schlechten Erfahrungen von 1985 vermeiden, als es in einigen Ferienorten Überbuchungen von bis zu 300 Prozent gab.

Doch solche Äußerungen – so meinen zumindest Hotelbesitzer und Reiseunternehmer in der Türkei – dürften einer der Hauptgründe dafür gewesen sein, wieso letzten Endes so viele Hotelbetten doch unbelegt geblieben sind. „Unsere Partner in Europa müssen den falschen Eindruck gewonnen haben, daß wir hoffnungslos ausgebucht waren", sagte der Präsident des Reiseunternehmenverbandes. „Es wurde auf skandalöse Art übertrieben."

Mag sein, daß die in diesem Jahr überall in Europa ausgebliebenen Amerikaner und die Fußballweltmeisterschaft zum Rückgang der Buchungen ebenfalls beigetragen haben, wie man im Tourismus-Ministerium in Ankara behauptet. Entscheidend sind diese beiden Faktoren allerdings nicht gewesen. Von größerer Bedeutung muß hingegen das türkische Preisniveau gewesen sein: Möglicherweise von den Erfolgen des Vorjahres geblendet, haben zahlreiche türkische Hotelunternehmen ihre Zimmerpreise derart angehoben, daß die Türkei im Vergleich zu Spanien oder Italien, wo die Qualität der Dienstleistungen erheblich besser ist, kein billiges Ferienziel mehr ist.

Zahlreiche ausländische Reiseveranstalter sollen im Laufe der Saison die reservierten Zimmer wieder zurückgegeben haben, als die erwarteten Buchungen nicht eingingen. Nach Angaben der Istanbuler Tageszeitung „Milliyet" soll allein ein österreichisches Reiseunternehmen 22 angekündigte Charterflüge nach Antalya an der südlichen Mittelmeerküste gestrichen haben, weil wegen der zu hohen Preise das Interesse gering sei.

Kaum flexibel zeigten sich Ankaras Planer, als bereits andere Ferienländer wie Jugoslawien, Spanien und Italien angesichts der schlechten Saison kräftige Preisnachlässe gewährten. Erst als die Dusche unerträglich kalt wurde, zeigte man sich zu 20prozentigen Preiskürzungen bereit. Doch für die laufende Saison scheint es doch viel zu spät zu sein, den Buchungseinbruch wieder rückgängig zu machen. (SAD)

US-Verbraucher haben Vertrauen

AFP, New York

Die amerikanischen Verbraucher haben weiter Vertrauen in die künftige Entwicklung der US-Wirtschaft. Auch ihre Kaufabsichten bleiben auf einem hohen Niveau. Dies geht aus einer gestern in New York veröffentlichten Untersuchung des Conference Board, des Wirtschaftsforschungsinstituts der amerikanischer Unternehmer, hervor.

Der sogenannte „Vertrauensindex" (Basis 100 im Jahr 1985) lag im Juni bei 97,5 gegen 97,2 im Mai. Rund 28 Prozent der amerikanischen Haushalte bezeichneten die Wirtschaftsbedingungen als gut und 23 Prozent als schlecht. Die Verbraucher, die die Ansicht vertraten, daß sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den nächsten beiden Monaten verbessern, waren doppelt so zahlreich wie die, die das Gegenteil erwarten.

9,4 Prozent der Verbraucher beabsichtigen in den nächsten sechs Monaten der Kauf eines Autos und 4,6 Prozent eines Einfamilienhauses. Dies waren die gleichen Prozentsätze wie im Mai. 28 Prozent wollen größere Haushaltsgeräte erwerben.

Nordjemen wird Erdöl-Land

Raffinerie- und Pipelinebau mit Beteiligung der USA

PETER M. RANKE, Kairo

Ein weiteres arabisches Land tritt in den Kreis der Erdölförder- und -exportländer: Nordjemen. Seine 9,2 Mill. Einwohner gehören zu den ärmsten der arabischen Halbinsel. Das Ölfeld „Alif" liegt in der östlichen Wüstenprovinz Marib und hat geschätzte Vorräte von 300 bis 400 Mill. Barrel (ein Barrel = 159 Liter). Zur Zeit werden täglich 9000 bis 11 000 Barrel pro Tag aus 1500 Meter Tiefe gefördert und in einer kleinen Raffinerie in Marib verarbeitet, die im April eingeweiht wurde. Ihre Kapazität beträgt 10 000 Barrel pro Tag. Das ist rund ein Drittel des Eigenverbrauchs in Nordjemen.

Die Ölförderung liegt in Händen der amerikanischen „Yemen Hunt Oil Company", deren Anteile zu 49 Prozent von Exxon gehalten werden. Von diesem amerikanischen Ölriesen erwartet der jemenitische Ministerpräsident Abdel Ghan die Finanzierung einer zweiten, größeren Raffinerie und einer 440 Kilometer langen Pipeline zum Roten Meer. Dort soll bei El-Salif in der Nähe von Mocha, dem mittelalterlichen Kaffeehafen, ein Kai für die Verladung des Rohöls auf Tanker gebaut werden. Zur Zeit ist in der Hauptstadt Sanaa ein Ölministerium für 12 Mill. Dollar in Bau, der Kredit kommt von der Weltbank. Wenn beide Raffinerien arbeiten, können sie dem Land im Monat 25 Mill. Dollar für bisher importierte Öl-Produkte sparen, was in etwa den Ausfall der geringer werdenden Überweisungen jemenitischer Gastarbeiter ausgleichen würde.

Einnahmen aus dem Ölexport werden im Verhältnis 51:49 zwischen der Regierung und der Hunt-Firma geteilt. Mit dem Export soll Ende 1987 oder im Frühjahr 1988 nach Beendigung des Pipelinebaus (Kosten rund *300 Mill. Dollar*) begonnen werden. Die ersten Stahlrohre aus Japan sind bereits eingetroffen. Der Export soll mit 120 000 Barrel am Tag beginnen, die Pipeline erhält eine Kapazität von 400 000 Barrel pro Tag. Bei einem Rohölpreis von 10 Dollar pro Barrel rechnet die Regierung mit rund 500 000 Dollar Einnahmen pro Tag aus dem Export, eine gewaltige Summe für das von der Landwirtschaft lebende Land. (SAD)

Neuer Insiderfall am US-Aktienmarkt

VWD, New York

In den USA ist es zu einem weiteren Fall von Insiderhandel gekommen. Die Börsenaufsicht SEC untersucht den Handel in Aktien der RCA Corp. im vergangenen Dezember, der Insider-Gewinne von zwei bis drei Mill. Dollar gebracht haben soll. Sie seien durch den Kauf von RCA-Aktien und -Optionen vor der Ankündigung des Übernahmeangebots der General Electric Co. erzielt worden. Verdächtigt wird dabei, wie aus Anwaltskreisen bekannt wurde, der Vater des ehemals bei Lazard Freres + Co. beschäftigten Analysten Marcel Katz.

Am Tag vor Bekanntgabe des Angebots zog der RCA-Kurs bei 5,2 Mill. Aktien Umsatz um 10,375 auf 63,50 Dollar an. An den beiden Tagen davor waren bereits Steigerungen um 5,875 Dollar verzeichnet worden. Die RCA-Aktienoptionen legten bei hohen Umsätzen binnen weniger Tage von einem auf elf Dollar zu. Die SEC hatte daraufhin eine Untersuchung eingeleitet, von der alle mit der Übernahme befaßten Beschäftigten, Berater sowie Verwandte und Bekannte erfaßt wurden.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

35 Prozent Atomstrom

Frankfurt (AP) – Die Kernenergie lieferte im ersten Halbjahr 1986 mit rund 62 Mrd. Kilowattstunden (kWh) nahezu ebensoviel Strom wie in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Das meldete gestern die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt nach ersten Erhebungen. Kernkraftwerke und Versuchsanlagen erzeugten für die öffentliche Versorgung rund 61,2 Mrd. kWh. Das entsprach einem Anteil von rund 35 Prozent.

Finanzierung verschoben

London (VWD) – Die Pläne zur Finanzierung des Kanaltunnels sind verschoben worden. Eurotunnel, das *anglo-französische Konsortium zum* Bau des geplanten Eisenbahntunnels, konnte bisher nicht die 5,29 Mrd. Pfund Bankkredite aufbringen, die für das Vorhaben benötigt sind. Auch die ursprünglich für diesen Monat geplante private Plazierung von Aktien im Umfang von 200 Mill. Pfund ist verschoben worden. Nach Ansicht von Jonathan Aitken, konservativer britischer Unterhausabgeordneter, steht das Kanaltunnelprojekt am Rande des finanziellen Abgrunds. Es sei noch nicht einmal möglich, die ersten 200 Mill. des auf 6 Mrd. Pfund geschätzten Projekts aufzunehmen.

Berliner Wirtschaftstage

Berlin (HS) – Vom 22. bis 28. September 1986 finden in Istanbul die „Berliner Wirtschaftstage" statt, bei denen 42 Firmen der Stadt ihre Produkte oder Dienstleistungen vorstellen. Veranstalter ist der Wirtschaftssenator in Zusammenarbeit mit der Berliner Absatzorganisation (BAO) und der Berliner Gesellschaft für deutsch-türkische Zusammenarbeit (BGZ). Auf rund 1000 Quadratmeter im Hotel Intercontinental präsentieren sich 14 Firmen und Unternehmen mit eigenen Ständen, 20 weitere innerhalb eines Gemeinschaftsstandes.

BASF verkauft Hartmann

Frankfurt (Wb.) – Die BASF AG, Ludwigshafen, gibt die Hartmann Druckfarben GmbH, Frankfurt, an den japanischen Konzern Dainippon Ink & Chemicals, Tokio ab. Hartmann war 1985 im Zuge der Übernahme des US- Farben-Konzerns Inmont zur BASF gekommen, von vornherein mit der Kartellamts-Auflage, sich wieder von den Gesellschaften mit insgesamt 600 Mitarbeitern und 170 Mill. DM Umsatz zu trennen. Bis 1983 hatte die Druckfarbengruppe in Familienbesitz gelegen und war dann von der damaligen United-Technologies-Tochter Inmont übernommen worden.

Neue Hilfe beantragt

Völklingen (dpa/VWD) – Die Saarstahl Völklingen GmbH (früher Arbed Saarstahl) hat für den Monat Juli beim saarländischen Wirtschaftsministerium Beihilfen in Höhe von 20 Mill. DM beantragt. Als Grund nannte das Unternehmen unter anderem die durch die Dollarkursentwicklung verschlechterte Absatzlage auf dem Weltmarkt und den Versandrückgang im Mai.

Zehn Prozent Dividende

Berlin (VWD) – Die Aktionäre der Deutscher Lloyd Versicherungs-Actien-Gesellschaft, Berlin/München, erhalten aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1985 von 3,64 Mill. DM eine Dividende von zehn Prozent. Bedient wird das dividendenberechtigte Grundkapital von 12 Mill. DM; 1,68 Mill. DMwerden der freien Rücklage zugewiesen (HV am 22. August).

Zusammenschluß

Berlin (VWD) – Sechzehn Speditions- und Transportunternehmen mit Sitz in allen Teilen des Bundesgebiets haben die Gründung eines Kooperationskartells vereinbart und die Gründung der Umzugs- und Transport-Systeme GmbH + Co. KG, Mannheim, sowie der persönlich haftenden Gesellschaften UTS Umzugs- und Transport-Systeme GmbH, Stuttgart, beim Bundeskartellamt in Berlin angemeldet. Gegenstand der festgelegten Zusammenareit ist das nationale und internationale Möbelspeditions- und Möbeltransportwesen sowie die Durchführung der Spedition und der Transporte.

Investitionsplus

Espelkamp (hdt.) – Um rund fünf Prozent auf 74 (70,6) Mill. DM konnte die Robert Krause GmbH & Co. KG, Espelkamp, ihren Umsatz 1985 steigern. Der Exportanteil belief sich auf 44,5 Prozent. Das in der Ringbuch-, Beschlag- und Filtertechnik tätige Unternehmen mit einem Zweigbetrieb in Weilheim investierte im Berichtsjahr 6,7 (3,7) Mill. DM in Sachanlagen.

Agiv erwartet Umsatzplus

Strukturbereinigung ist weitgehend abgeschlossen

wb. Frankfurt

Die Holdinggesellschaft AG für Industrie und Verkehrswesen (Agiv), Frankfurt, zu knapp 50 Prozent im Besitz der BHF-Bank, zu 13 Prozent bei Fonds und ansonsten bei rund 8000 freien Aktionären, erwartet 1986 bei ihren Beteiligungen insgesamt ein „deutliches Umsatzplus", so Vorstandschef Frank Niethammer. Nachdem die Strukturbereinigungen im Baubereich (Wayss & Freytag, Peiniger, Klammt) und bei Kraftanlagen Heidelberg 1985 weitgehend abgeschlossen wurden, steht erneut auch ein „vernünftiges" Ergebnis auf dem Plan.

Die Aktionäre haben auch unter dem (vor allem im Baubereich) *schwierigen Jahr 1985 nicht zu leiden.* Der Mischkonzern, zu dem neben dem Bau und der Energiewirtschaft (Lahmeyer International, Württembergische Elektrizitätswerke, Gaggenau-Werke) noch der Maschinenbau (Schenck) sowie das Verkehrswesen (DLT, Zugspitzbahn, Fellhornbahn u.a.) gehören, bietet ihnen in der Hauptversammlung am 29. August eine unveränderte Dividende von 10 DM auf 80 Mill. DM Grundkapital an.

Tatsächlich haben sich die Agiv-Gesellschaften 1985 wacker geschlagen. Daß ihre kumulierten Netto-Umsätze um gut 6 Prozent auf 4,34 (4,62) Mrd. DM – oder nach Beteiligungsquoten gerechnet um knapp 8 Prozent auf 2,4 (2,6) Mrd. DM – zurückgingen, war ausschließlich auf zwei Sondereinflüsse zurückzuführen: Bei Wayss und Freytag war 1984 ein Großauftrag abgerechnet worden und Kraftanlagen Heidelberg hatte 1984 eine Umsatzspitze durch Arbeiten am Kernkraftwerk Philippsburg. Ohne diese Effekte wäre der kumulierte Umsatz um knapp 4, der anteilige sogar um fast 5 Prozent gestiegen.

Das relativ gute Abschneiden wird auch am (theoretischen) Gruppen-Ergebnis je Aktie *von 30,38 (31,23) DM* sichtbar. Der leichte Rückgang stammt nur aus dem Baubereich mit seinem Anteil von 10,17 (13,36) DM je Aktie – alle anderen Bereiche haben zugelegt, vor allem der Maschinenbau mit 8,04 (6,59) DM. Große Wachstumschancen sieht Niethammer bei der Fluggesellschaft DLT (60 Prozent Agiv, 40 Prozent Lufthansa), die mit 16 neu bestellten Maschinen ihre Marktnische der „kleineren" Strekken verstärkt pflegen soll.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: „Oranien" Bekleidungs-Ges. mbH; Müller & Hoffmann Fensterfabrik GmbH; Helmut Jedamski; **Bonn:** Wilhelm A. Kleberger & Sohn GmbH & Co. Unternehmensberatungskommanditges., Bonn-Röttgen; **Düsseldorf:** Imtex Textilien GmbH; Television Huschert GmbH; Christel Balg, Kauffrau; Franz Baum KG GmbH & Co.; Beteiligungsges. Baum mbH; Hans C. Lötscher GmbH; Nachl. d. Gerda Regina Josephine Möllering geb. Wiese, Ratingen; **Hannover:** DEB-RIGA Gastronomie Beratungs GmbH; **Koblenz:** UNIVER Heizungsbau GmbH, Lahnstein; **Mainz:** REWO Ges. f. Vermögensverwaltung mbH, Nieder-Olm; **Minden:** Günther Blume GmbH & Co. KG, Kleiderfabrik, Petershagen; Blume Ges. mbH, Petershagen; **Peine:** Wernfried Hubertus, Braunschweig; Rola-Bau GmbH; **Mönchengladbach:** Franz Jürgen Floethe, Willich; **München:** *Indago Unternehmensberatung GmbH*; BAT Bau- u. Anlage-Treuhand GmbH & Co. Baubetreuungs KG; ISI Computer GmbH, Computer Systeme f. Technik, Wissenschaft u. Industrie, Ottobrunn; **Saarbrücken:** Nachl. d. Karl Heinrich Geyer; Schuhmarkt Röhrig GmbH, Saarbrücken-Burbach; Nachl. d. Hans Albert Meiser, Heusweiler; **Stuttgart:** Nachl. d. Hans-Dieter Grieb, Remshalen-Hebsach; **Weilheim:** Willi Schedler GmbH, Bad Kohlgrub; **Wetzlar:** Gerhard Pfeiffer GmbH.

Konkurs beantragt: Offenburg: Hubert Scheuermaier, Biberach.

Anschlußkonkurs eröffnet: Offenbach: Flögel & Partner Beteiligungsges. mbH, Mühlheim; **Rottweil:** Christian Steeb Werke KG, Sulz a. N.; **Stuttgart:** OFRA Rauchwarenhandelsges. Franke Würker & Ohanian, Murrhardt; R. + A. Becker GmbH, Filderstadt; Vereinigte Bekleidungswerke R. + A. Becker GmbH, Filderstadt; **Ulm:** Märsch Import GmbH u. Co. KG.

Vergleich beantragt: Bersenbrück: Werner Schmidt GmbH, Fürstenau; **Duisburg:** Klaus Heicappell; **Neu-Ulm:** Koch, Heizung u. Sanitär, Inh. Karlheinz Koch, Neu-Ulm/Burlafingen.

Angebotspalette international erweitert

Spedition Lassen fährt gut mit dem Mittelstand – Größter Zuwachs in der Luftfracht

JAN BRECH, Hamburg

Die internationale Spedition Lassen GmbH, Hamburg, ist 1985 in den Geschäftsbereichen See-, Land- und Luftfrachtverkehre weiter gewachsen. Nach Angaben der Geschäftsführer Joachim Rüdiger und Werner Hill, die in Hamburg zum ersten Mal den Publizitätsschleier ein wenig gelüftet haben, erhöhten sich die Speditionserlöse um 13 Prozent auf 623 Mill. DM. Die Zahl der Aufträge stieg auf 540 000, die Beschäftigtenzahl um vier Prozent auf 900 Mitarbeiter. Lassen ist damit die größte Auslandstochter der englischen Lep Group, die zu den größten Speditionskonzernen der westlichen Welt gehört. Das Stammkapital beträgt 15 Mill. DM.

Das Geschäft der deutschen Lassen ist fast ausschließlich international. Die innerdeutsche Spedition hat einen Anteil von nicht mehr als zwei Prozent. Überdurchschnittlich waren 1985 die Verkehre nach USA, von Fernost, mit England, Portugal und auch nach Iran und Irak. Die Zuwachsraten in den Sparten erreichten bei den Seeverkehren zehn Prozent, bei den Landverkehren 9,2 und bei der Luftfracht 11,2 Prozent.

Den Rohertrag gibt Rüdiger mit 83 Mill. DM an; das entspricht einer Verbesserung von 10,7 Prozent. Daran waren die Seeverkehre mit 32,9 Prozent, die Landverkehre mit 28,6 und die Luftfracht mit 17,6 Prozent beteiligt. Dank sehr guter Geschäfte vor allem nach den USA sei der Gewinn vor Steuern um 25 Prozent gestiegen, heißt es.

Ausgebaut hat Lassen im Berichtsjahr die Angebotspalette. *Im Rahmen* der bestehenden Linienverkehre ist nach Angaben von Hill ein Terminverkehr mit einer festgelegten, vom Spediteur garantierten Laufzeit installiert worden. In den Seeverkehren ist Lassen zum eigenständigen Frachtführer geworden und hat die fahrplanmäßigen Container Sammlerverkehre über New York hinaus ins Binnenland verlängert. Für die Abwicklung von Großprojekten ist schließlich ein neues Logistiksystem entwickelt worden.

In der Bundesrepublik verfügt Lassen inzwischen über 22 Niederlassungen. In diesem Jahr werden zwei neue Speditionsanlagen in Köln und Mannheim gebaut. Die Investitionen erreichen rund 12 Mill. DM.

Getragen werde das Geschäft, so erklärt die Geschäftsführung, von der mittelständischen Kundschaft. Die Aussichten für dieses Jahr sind nicht *ganz so positiv wie im Berichtsjahr.* Der Kursverfall des Dollar mache sich vor allem hemmend bei den USA-Verkehren bemerkbar. Die Einbußen werden sich trotz besserer Voraussetzungen bei den Importen nicht kompensieren lassen, erklärt Rüdiger.

PERSONALIEN

Rüdiger von Groll, bisher Vorsitzender Richter am Finanzgericht Schleswig-Holstein, ist als Richter an den Bundesfinanzhof (BFH) in München berufen und dem V. Senat zugeteilt worden.

Dr. **Wolfgang Partsch** (42), zuletzt selbständiger Unternehmensberater, ist mit Wirkung vom 1. Juli in die Geschäftsleitung der Münchner Unternehmensberatung Dr. Höfner & Partner berufen worden, nachdem dort Ende Juni Dr. **Norbert Wieselhuber** (36) und **Franz Schmeißer** (40) ausgeschieden sind. Gleichzeitig wurden in den Partnerkreis des Unternehmens zum 1. Juli **Michael Tescher** und **Harals Meyer** aufgenommen.

Fritz Pühler gab seinen Vorsitz im Aufsichtsrat der Agiplan AG für Industrieplanung, Mülheim/Ruhr, ab. Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Dr. **Hans-Peter Wiendahl**, Vorstand des Institutes für Fabrikanlagen der Universität Hannover, bestellt.

Kräftige Wachstumsimpulse

Bizerba registriert hohe Nachfrage nach intelligenten Systemen

nl. Stuttgart

Der Trend, immer stärker die Mikroelektronik zu integrieren und damit auch neuartige Waagen- und Kassensysteme zu schaffen, stößt bei den potentiellen Anwendern auf eine derartig hohe Nachfrage, daß man bei der Bizerba-Unternehmensgruppe, Balingen, unverändert kräftige Wachstumsimpulse erfährt. Der Auftragseingang bei diesem mit Abstand größten deutschen Waagenbauer liege, wie es heißt, im bisherigen Verlauf dieses Jahres um „mehr als zehn Prozent" über dem Vorjahr.

In 1985 ist der Außenumsatz der Inlandsgruppe des schwäbischen Fa*milienunternehmens um 7,3 Prozent* auf 513 (1984: 478) Mill. DM angestiegen. Der Umsatz des Gesamtunternehmens, also einschließlich zahlreicher ausländischer Vertriebstöchter sowie einer kleineren Produktionstochter in Österreich (in Italien wurde die Fertigung eingestellt) und einer Minderheitsbeteiligung in Spanien, ist mit über 600 Mill. DM zu veranschlagen. Der Auslandsanteil am Umsatz liegt bei mehr als einem Viertel.

Stärkster Umsatzträger sind Waagen und Preisauszeichnungsgeräte mit etwa 40 Prozent des Gruppenumsatzes. Neben Industriewaagen führt Bizerba auch Fleischbearbeitungs- und Präzisionsschneidemaschinen im Programm. Ein bedeutender Teil der Aktivitäten wird darüber hinaus dargestellt durch die zur Gruppe gehörende Aluminium-Gießerei Villingen GmbH sowie durch die Badische Waggonfabrik GmbH, Rastatt, die sich in einer kräftigen Ausbauphase befindet.

Die Ertragslage wird mit „ordentlich" beschrieben. In Sachanlagen wurden im Berichtsjahr 29 Mill. DM investiert (bei 22 Mill. DM Abschreibungen). Das Gesamtunternehmen beschäftigt rund 4000 Mitarbeiter, davon knapp 3600 im Inland.

Partner in der Forschung gesucht

Pharma-Familienfirma Nattermann hat das verlustreiche USA-Engagement aufgegeben

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die erste Phase der Konsolidierung habe man mit dem Geschäftsjahr 1985 abgeschlossen, im Umsatz den Anschluß an die Branchenentwicklung zurückgewonnen. Detlef Fels (43), seit drei Monaten neuer und seit 1980 bereits fünfter Vorsitzender der Geschäftsleitung bei der Kölner A. Nattermann & Cie. GmbH ruft darob ab 1986 die „zweite Phase" aus, in der Umsatz und (vor allem) Ertrag des angestammten Pharmageschäfts weiter verbessert werden sollen.

Da die eigene Forschung (etwa 30 Mill. DM Jahresaufwand) erst zu Ende der 80er Jahre neue Produkte verspreche, öffne man sich nun „bewußt für Kooperationen". Das ziele auf internationale Pharmaunternehmen mit eigener Forschung, die auf deutschem und europäischem Markt schwach etabliert sind und deshalb Partner mit gut eingeführten Vertriebsorganisationen suchen. Da glaubt das 1906 mit Gesundheitstees gestartete Familienunternehmen (die sind auch heute ein gewichtiger Teil der Angebotspalette), dessen Forschung sich auf die Bereiche Entzündung, Herz/Kreislauf und Fettstoffwechsel konzentriert, Attraktives auch für den eigenen Ertragsfortschritt bieten zu können.

Diesen hat die Firma auch bitter nötig. Jeweils ohne die 1985 verkaufte, im Zeitraum 1980/82 mit fast 20 Mill. Dollar hoch defizitäre US-Tochter Lemmon Corp., Sellersville/Pennsylvania, brachte der 1985 mit 2250 Mitarbeitern und 42 Prozent Auslandsanteil um 5,5 Prozent auf 411 Mill. DM gesteigerte Weltumsatz erst knapp 5 Mill. DM „Unternehmensergebnis vor Steuern". Besseres zeigt der Inlandskonzern mit 314 (297) Mill. DM Umsatz, 4,7 (1,4) Mill. EEV-Steuern und 3,7 (1,1) Mill. Jahresüberschuß, aus dem die im Vorjahr mal wieder leer ausgegangenen 25 Eigentümer auf 19 Mill. DM Stammkapital zehn Prozent Dividende erhalten.

Residuen aus dem Lemmon-Verkauf (Nettoerlös gut 20 Mill. DM) zeigt der Inlandskonzernabschluß mit 8,6 Mill. DM (3,5 Mill. Dollar), Rückstellungen und gleichfalls 8,6 Mill. DM „vermerkten" Pflichten aus Gewährleistungsverträgen, mit denen man aus dem Lemmon-Geschäft noch bis zu maximal 14,5 Mill. Dollar in Anspruch genommen werden könnte. Das betrifft heute „sehr gering" eingeschätzte Produkthaftpflicht-Risiken aus den 50er Jahren, als Lemmon lange vor dem Nattermann-Engagement ein Hormonpräparat (gegen Frühgeburten-Gefahr) vertrieb, das inzwischen krebsverdächtig wurde.

Nattermann setzt für die Zukunft zwar weiterhin auf Wachstum in den auch mit vier eigenen Produktionsstätten (Indonesien, Irland, Schweiz, Spanien) bedienten Auslandsmärkten. Aber von einem neuen Engagement auf dem weltgrößten Pharmamarkt der USA will der neue Chef vorerst nichts mehr wissen.

Körber-Gruppe mit zehn Prozent Plus

JB. Hamburg

Die Körber-Gruppe, Hamburg-Bergedorf, die in den Bereichen Tabak- und Papierverarbeitung sowie Schleifmaschinen tätig ist, hat im Berichtsjahr 1985 zum erstenmal mehr als 1 Mrd. DM umgesetzt. Das Stammhaus Hauni-Werke Körber & Co. KG, das gestern 40jähriges Jubiläum beging, und weitere neun angeschlossene Gesellschaften erzielten insgesamt ein Plus von 10,8 Prozent. Die Hauni-Werke allein, die weltweit zu den führenden Anbietern von Tabakverarbeitungsmaschinen gehören, erhöhten den Umsatz um 9,5 Prozent auf 680 Mill. DM, wobei der Exportanteil 87 Prozent erreichte. In den Hauni-Werken sind 3778 Mitarbeiter beschäftigt, in der Körber-Gruppe 6200.

Das Wachstum in diesem Jahr dürfte wieder über zehn Prozent liegen. Expansiv ist besonders der Bereich Schleifmaschinen. Bei den Firmen Blohm und Schaudt liegen für vollautomatisierte Produktionssysteme für die Herstellung von Turbinenschaufeln Aufträge im Wert von 180 Mill. DM vor. Der Auftragsbestand der Hauni-Werke wird mit rund 500 Mill. DM angegeben und sichert die Beschäftigung bis in das nächste Jahr hinein. Während der Bereich Tabakverarbeitung von der Stagnation des weltweiten Zigarettenkonsums betroffen ist, profitieren die in der Papierverarbeitung tätigen Körber-Betriebe von der guten Konjunktur.

Landeskreditbank: „Auch allein stark"

nl. Karlsruhe

Nach dem Scheitern der insbesondere vom baden-württembergischen Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) verfolgten Pläne zur Schaffung einer großen Landesbank im Südwesten durch eine „Viererfusion" strebt die Landeskreditbank Baden-Württemberg (LKB), Karlsruhe, einer der potentiellen Fusionspartner, eine eigenständige Lösung an. Wie LKB-Vorstandsvorsitzender Rolf Schoeck meint, sei die LKB für eine solche Weiterentwicklung ohne Fusion ausreichend kapital- und ertragsstark. Eine Dreierlösung (also Fusion der beiden Kommunalen Landesbanken in Stuttgart und Mannheim mit der LKB) käme nicht in Betracht. Auch werde eine Privatisierung der LKB nicht ins Auge gefaßt.

Im Berichtsjahr 1985 habe sich das Institut eine gute Grundlage für ein weiteres Wachstum geschaffen. Bei den Finanzierungszusagen ergab sich ein Zuwachs um fast 25 Prozent. Das Betriebsergebnis wird mit „fast 400 Mill. DM" angegeben gegenüber 375 Mill. DM im Vorjahr. Aus 112 (156) Mill. DM Jahresüberschuß werden den Rücklagen 110 Mill. DM zugeführt. Die Eigenkapitalquote verbessert sich auf 4,5 (4,4) Prozent der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr um 4,2 Prozent auf 35 Milliarden DM angewachsen. Daran haben die langfristigen Ausleihungen einen Anteil von fast 82 Prozent.

Nordamerikas Immobilienmarkt gespalten

Lehndorff Vermögensverwaltung: Lebhaftes Anlagen-Interesse in den USA und Kanada

JAN BRECH, Hamburg

Die Lehndorff Vermögensverwaltung, Hamburg, registriert unverändert lebhaftes Interesse an Immobilien-Anlagen in den USA und Kanada. Nach Angaben der geschäftsführenden Gesellschafter Hans G. Abromeit und Jan von Häften ist es allerdings nicht immer leicht, geeignete Objekte zu finden. Der nordamerikanische Immobilienmarkt polarisiere sich zunehmend in gut gelegene und gut verwaltete Objekte, die im Preis weiter stiegen, und in Objekten in schlechteren Lagen, die nahezu unverkäuflich seien. Steigende Investitionsbereitschaft erwarten Abromeit und von Häften im Zuge der Einkommenssteuer-Reform in den USA außerdem bei gewerblichen Beteiligungen. Das gelte auch für Kanada, sofern sich das Land dem Vorgehen der USA anschließe und die Einkommenssteuer auf höchstens 30 Prozent begrenze.

Im Berichtsjahr 1985 hat die Lehndorff-Gruppe ihr Gesamtvermögen weiter ausgeweitet. Die Zahl der von ihr verwalteten Liegenschaften betrug 462, davon befanden sich mit dem Schwergewicht Shopping-Center und Bürogebäuden 354 in Kanada, 85 in den USA und 17 in der Bundesrepublik. Das für private und institutionelle Anleger verwaltete Eigenkapital betrug 1,7 Mrd. Dollar, das Gesamtvermögen einschließlich Fremdmittel 2,7 (i. V. 2,3) Mrd. Dollar.

Zur Straffung der Gruppe sind sieben in Kanada und drei in den USA anlegende deutsche Kommanditgesellschaften nach abgeschlossener gutachtlicher Bewertung fusioniert worden. Künftig sind mehr als 2500 Kommanditisten der bisherigen Kanada-KGs und 1500 der Anteilseigner der USA-KGs zusammengefaßt. Die „Canada" Lehndorff Vermögensverwaltung GmbH & Co. verfügt über 294 Mill. kan. Dollar Eigenkapital und ein Bilanzvolumen von 485 Mill. kan. Dollar; die „USA" Lehndorff Vermögensverwaltung GmbH & Cie. über 87 Mill. US-Dollar Eigenkapital und 131 Mill. Dollar Bilanzsumme. Die Eigenkapitalquoten betragen damit 60 und 66 Prozent. In den beiden neuen zentralen Fonds ist rund ein Fünftel des Gesamtvermögens der Lehndorff-Gruppe gebunden.

Die Ausschüttungen der Anlagegesellschaften in Nordamerika und der Bundesrepublik erreichten 1985 rund 39 Mill. Dollar. Der Rückgang gegenüber 1984 um 18 Mill. Dollar ist im Zusammenhang mit Sonderbewegungen im Jahr 1984 zu sehen. Damals hatte Lehndorff stille Reserven in Höhe von 20 Mill. Dollar aufgelöst und an die Gesellschafter ausgeschüttet. Läßt man diese Veräußerungsgewinne unberücksichtigt, hat sich der Reingewinn nach Angaben der Geschäftsführer um etwa vier Prozent verbessert.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Mittelständische Unternehmen 1986, Verlag Hoppenstedt & Co, Darmstadt, 1000 S., Format DIN A4, 260 Mark.

In diesem neuen Handbuch, das der Hoppenstedt-Verlag Ende Juli vorlegt, sind Informationen über 15 000 Unternehmen enthalten. Kriterien für die Aufnahme in das Nachschlagewerk waren ein Umsatz zwischen 2,5 und 10 Mill. DM und/oder die Beschäftigung von 40 bis 100 Mitarbeitern.

Wupper Report 1985 – Wer kauft wen?, Herausgeber: Wupper & Partner GmbH, Hamburg 1986, 500 S., 398 Mark.

Der Unternehmens- und Beteiligungsmarkt der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor stark in Bewegung. In diesen vielschichtigen und schwer durchschaubaren Markt bringt nun zum ersten Male ein umfangreiches Nachschlagewerk Transparenz. Nach verschiedenen Kriterien geordnet gibt der Wupper Report 1985 Orientierungshilfe auf den verschlungenen Pfaden des Beteiligungsmarktes. Das künftig jährlich erscheinende Handbuch ist die ideale Ergänzung und Fortschreibung der (Banken-) Nachschlagewerke, die etwa alle drei Jahre erscheinen. Aus allen nur möglichen Quellen hat Wupper mehr als 1300 Transaktionen erfaßt, Minifusionen ebenso wie Elefantenhochzeiten. Der Tabellenteil enthält neben einem detaillierten Branchenschlüssel, der rasche Informationen über Bewegungen in bestimmten Wirtschaftzweigen ermöglicht, Aufgliederungen nach Käufern, Verkaufsobjekten und Ländern. Ergänzt wird der tabellarische Teil durch eine statistische Auswertung, die auf den ersten Blick nicht erkennbare Zusammenhänge der Beteiligungsbewegungen sichtbar macht.

Hans-Uwe L. Köhler: Musashi für Manager, Econ-Verlag, Düsseldorf 1986, 176 S., 36 Mark.

„Das Buch der fünf Ringe" des japanischen Schwertkämpfers Musashi ist der Ausgangspunkt für dieses Buch. Hans-Uwe L. Köhler, der als Kenner der Berufswirklichkeit weiß, wie knapp bemessen die Zeit eines Managers ist, zieht den praktischen Nutzen aus Musashis Lehre. In fünf Kapiteln interpretiert er das fernöstliche Manifest, seit 1980 so etwas wie ein Kultbuch für die Finanzleute an der Wall Street.

Rüdiger Fromm: Unternehmensnachfolge, Franz Rehm Verlag, München 1986, 160 S., 48 Mark.

Die Gründe für den Untergang oder die Zersplitterung gesunder Unternehmen sind vielfältig. Das Buch zeigt, daß Betriebe nicht nur von außen bedroht sind, sondern daß der Unternehmer in einem ständigen Spannungsfeld zwischen Ehe-, Erb- und Gesellschaftsrecht steht, wobei jede Verschiebung auf einem Bereich auch Auswirkungen auf die anderen zur Folge hat.

Roland Lätsch: Die Rechnungslegung nach dem neuen Bilanzrichtlinien-Gesetz, Freiburg 1986, 400 S., 69 Mark.

Diese Neuerscheinung bietet alle Neuregelungen zum Bilanzrichtlinien-Gesetz auf einen Blick. Besonders ausführlich werden Fragen zur Aufstellung gesonderter Handels- und Steuerbilanzen beantwortet. Zahlreiche praktische Beispiele helfen, die nächsten Jahresabschlüsse nach neuem Recht zu gestalten und die zum Teil schwer verständlichen Einzelregelungen in die tägliche Bilanzierungspraxis problemlos umzusetzen.

Gerd Gerken: Der neue Manager, Rudolf Haufe Verlag, Freiburg 1986, 430 S., 48 Mark.

Dieses Buch zeigt zum ersten Mal, wie das Management der Zukunft aussehen wird. Gerken skizziert das Anforderungsprofil des neuen Managers und stellt erstmals das Prinzip Ganzheit für das Management von Morgen dar. Es ist zugleich eine Vision, eine Herausforderung wie auch Realität.

Aktienhandel wieder zähflüssig

Keine Anregung durch Diskontsenkung in den USA

DW. – Die nach Ansicht der Börsianer nur halbherzige Diskontsenkung in den USA ging am deutschen Aktienmarkt spurlos vorüber. Zwar gab es vorbörslich Kaufaufträge aus dem Ausland und in derem Sog einige Aktivitäten der Kulisse. Als sich jedoch im Börsenverlauf zeigte, daß die Kundschaft nur geringes Interesse an Neuengagements zeigten, blieben nennenswerte Kursfortschritte aus. In dieser Situation griff der Berufshandel nach spekulativen Strohhalmen und traf dabei auf die IG-Liquis, deren Kurs deutlich heraufgesetzt wurde.

Zur Widerstandsfähigkeit trotz geringer Umsätze trug der festere Dollarkurs bei. Er hat die Befürchtungen auf einen weiteren drastischen Rückgang in die Nähe von 2 DM zunächst einmal verschwinden lassen. Davon profitierten vor allem die Fahrzeugwerte, aber auch die Aktien der Großchemie, denen außerdem der weitere Ölpreisverfall zugute kam. Am Bankenmarkt blieb die seit Wochen anhaltende Unsicherheit bestehen. Spekulative Käufe waren bei der AEG zu beobachten, deren Kurs um rund 7 DM angehoben wurden. Dagegen hat das Interesse für Conti Gummi nachgelassen. Phoenix befestigte sich um weitere 2 DM und liegt damit um 16 DM über dem Preis, zu dem die Deutsche Bank und Bayer ihre Bestände verringert haben. Ein großer Teil des floatand gewordenen Materials dürfte in die Individualfonds gewandert sein. Vorsichtige Meinungskäufe gab es bei den Stahlaktien, deren Kurse sich leicht verbesserten.

Frankfurt: DLW konnten sich um 4 DM erholen, Bekula zogen um 3,70 DM an und Enka stiegen um 12 DM. Kali Chemie und Rheinmetall verloren je 15 DM und Altana schwächten sich um 5 DM ab.

Düsseldorf: AEG-Kabel zogen um 19 DM an, Gildemeister stiegen um 5 DM und Keramag um 40 DM. Alexander gaben um 2,10 DM nach Schiess verloren 5,50 DM und Verseidag 3 DM.

Hamburg: Beiersdorf und HEW lagen je um 1 DM niedriger und Bremer Vulkan gaben um 1,50 DM nach. Holsten Brauerei erholten sich um 2 DM während Bavaria unverändert blieben.

Berlin: Springer gewannen 11 DM und Berthold 8 DM. Bekula lagen um 3,50 DM und Berliner Bank um 3 DM fester. Kempinski wurden um 20 DM niedriger taxiert und Schering fielen um 3 DM.

München: Aigner erhöhten sich um 6 DM und Agrob St. um 5 DM. Escada verbesserten sich um 20 DM. Audi sanken um 8 DM und Dywidag gaben um 2 DM nach.

Stuttgart: IWKA konnten den Dividendenabschlag von 5 DM wettmachen und wurden unverändert mit 265 DM umgesetzt. Traub erhöhten sich um 8 DM. Antriebstechnik Bauknecht (Freiverkeht) zogen um 1,60 DM an.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 262,05 (262,94)
WELT-Umsatzindex: 2755 (5517)
Advance-decline-Zahl: 84 (127)
38-Tage-Linie: 271,35 (271,65)
200-Tage-Linie: 269,92 (269,70)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

	14.7.	11.7.
H Aach M Betl. 12,5	2170	2120
H Aach. M. Vers. 7	1600	1610
D Aach. Rück. 9	2525	2520
D Aesag *4	409	430bGr
M Ackr-Gögg. 8	158,8	156,5
H Adca 5	1628	165
D Adler 12+16	290G	290G
F AEG 0	301	298,5
D AEG KABEL 9	400	381
S Aesculap 9	390	390
F AGAB 5	158	155
D Agrippina *0	5300	3400T
F Cobl.Genußsch.	118,05	118,4
D Conc. Chem. 4,5	200	195
B Conc. Spinne * 0	505G	505G
D Contigas 8	325	316
D Conti Gummi 5	281,9	282,1
D Dahlb. St. 7,65	259	256
D dgl. Vz. 14,55	390B	400G
S Daimler 12+2,5	1320	1335
M Deckel AG 6	205xD	212bB
D Dt. Atl. Tel.10	780G	780G
H Doag 5	415bG	420bG
D Dt. Babcock St. 3	176	185
D dgl. Vz. 3,5	172	174
F Dt. Bank 12	757,5	760
D Dt. Centraboden 12	700	680
H Hdl. Lüb. 9	565bG	560B
Hn Hann. Papier 6	235	228
H Harmstorf 0	30	ausg.
D Harpener 11	344	340bG
F Hartm. & B.St. 6	2100G	2090G
F dgl. Vz. 6	1380	1370
M Hasen-Bräu 9	950G	950
S Heidelb. Zem. 7	620G	615xD
M Helfr. & W. 5	272,5G	272,5G
D Hein, Lehm. *0	291	291
D Heinr. Ind. *14+4	665T	655T
D Henkel 3	411	412
F Henninger 2	155,2	150bG
B Herlitz 7	169	169,5
B dgl. Vz. 7,8	156	153
B Hermes 7	820T	820T
F dgl. Vz. 6,5	310G	302
D Mannesmann 6	183	183
F Mannh. Vers. 8	890	890
H Markt & K. 8	206,5	208
F MAN St. 2	213	209,5
F dgl. Vz. 6	172,5	177
F MAN-Rol. 20,2	535T	525bG
F Massa	388	388
S M.Müll.Weing. *0	300G	300G
D Mauser 0	86G	86
F Mercedes 10,5	1204	1200
F Metallges. 6	290	290
S Met. u. Lack 0	114G	115G
S Mülag 4,5	434G	434G
F Moenus 0	86,5	84,7
F Monachia 5	2424G	2424G

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Tokio

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

[illegible]

Wien

[illegible]

Toronto

[illegible]

Zürich

	14.7.	11.7.
Ciba Geigy Port.	2495	2510
Elektr. Watt	3375	3375
Georg Fischer Inh.	1680	1710
Mag.z.Globus Part.	1550	1575
H. La Roche 1/10	10525	10500
Holderbank	4300	4300
Italo-Suisse	320	320
Jacobs Suchard Inh.	8200	8125
Jelmoli	3350	3350
Landis Gyr	1810	1780
Mövenpick Inh.	6900	6800
Motor Columbus	1770	1725
Nestlé Inh.	8275	8250
Oerlikon-Bührle	1845	1840
Sandoz NA	4125	4125
Sandoz Inh.	11800	11700
Sandoz Part.	1680	1665
Art. A. Saurer	212	215
Schw. Bankges.	5730	5740
Schw. Bankverein	530	535
Schw. Kredit. A. Inh.	3740	3740
Schw. Rückv. Inh.	16800	16900
Schw. Volksb. Inh.	2480	2470
Sika -B-	3810	3810
Gebr. Sulzer Part.	575	580
Swissair	1480	1480
dgl. NA	1300	1310
Winterthur Inh.	6175	6150
Winterthur Part.	1100	1100
Zür. Vers. Inh.	7410	7430
Index: Schw. Kred.	515,10	511,30

Inlandszertifikate

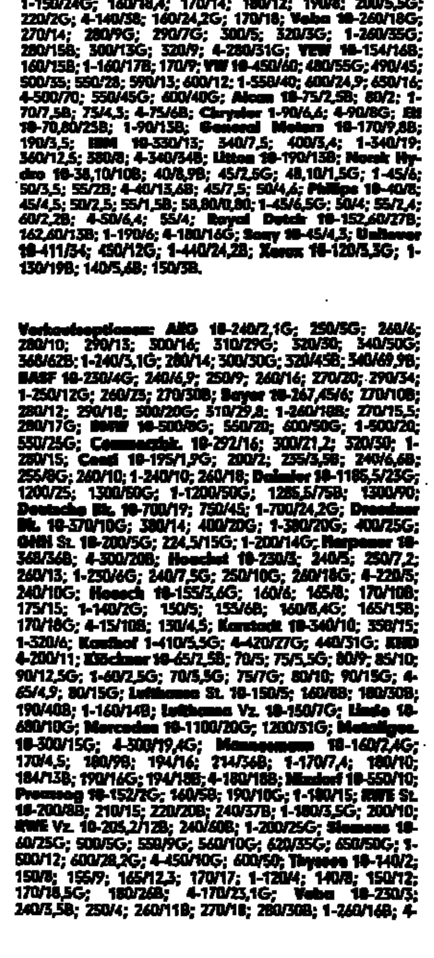
[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]



Rentenoptionen

[illegible]

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 (90): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-114/3,5G; JUL87-114/4,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/3B; JUL87-114/3,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,5G; 8 Bund 85 (95): JAN87-112/2,5G; JUL87-112/4G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-114/3G; JUL87-114/4G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-110/2,5G; JUL87-110/3G; 7 Bund 85 I (95): JAN87-108/2,5G; JUL87-108/3G; 7 1/4 Bund 85 II (95): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,8G; 6 3/4 Bund 85 (95): JAN87-108/3G; JUL87-108/3,5G; 6 1/2 Bund 85 (95): JAN87-106/2,5G; JUL87-106/3G; 7 1/8 Bahn 85 (95): JAN87-106/2,5G; JUL87-106/3G; 7 Post 85 (97): JAN87-108/3G; JUL87-108/4G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780G, Kölitzer 2200G, VAB 2650bT. Düsseldorf: IKB 275, IWK 260G, Lehnkering 220G. Frankfurt: Adt 70,5, Bay. Hypo 555, IKB 273bG, Magdeburger Feuer NA 540G, Magdeburger Feuer 1100T, Pfaff 226T, Ymos 171G. Hamburg: Doag 411G. München: IKB 270, Stumpf 121,5G, VAB 2530B, VEW 160.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bull 1,16. Düsseldorf: Allianz Vers. 80,5, Stöhr 8. München: Winterthur 150bG.

Devisenmärkte

Der US-Dollar startete am 14. Juli mit Kursen zwischen 2,188 und 2,193 gut behauptet. Der amtliche Mittelkurs stellte sich auf 2,191. Die Handelsaktivitäten waren wie in der Vorwoche sehr ruhig, da die Marktteilnehmer ohne sichtbare neue Faktoren sehr vorsichtig disponierten. Eine größere Veränderung verzeichnete das Britische Pfund, das gegen den US-Dollar bis knapp nach 1,48 nachgab. Sein Cross-Kurs zur D-Mark mußte bei der amtlichen Notiz um 5,7 Pfennig auf 3,249 zurückgenommen werden. Der belastende Einfluß der derzeitig niedrigen Ölpreise auf die britische Leistungsbilanz wurde dabei besonders beachtet. Die Stärke der D-Mark im europäischen Umfeld setzte sich weiter fort. Die Währungen von Irland, Frankreich und der vier skandinavischen Länder notierten mit neuen historischen Tiefstständen. US-Dollar in: Amsterdam 2,467; Brüssel 45,06; Paris –; Mailand 1505,80; Wien 15,408; Zürich 1,7913; Ir. Pfund/DM 3,005; Pfund/Dollar 1,4829; Pfund/DM 3,249.

Devisen und Sorten

[illegible]

1685

Arbeitsmarkt prägt Studienwahl

Arbeitslose Hochschulabsolventen Zunahme 1980/85 in Prozent

	Zunahme 1980/85 in Prozent	Studienanfänger im WS 1985/86 in 1000	Veränderung WS 1985/86 gegenüber WS 1980/81 in Prozent
Insgesamt	+189	172,0	+5,5
darunter: Lehramt	+239	9,2	−62,7
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	+133	50,4	+3,9
Ingenieurwissenschaften	+175	42,5	+26,9
Mathematik, Naturwissenschaften	+123	26,8	+41,8

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; IW-Berechnungen
Institut der deutschen Wirtschaft

Abiturienten wählen ihr Studienfach keineswegs ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt. Im vergangenen Wintersemester begannen nur noch 9200 oder 5,3 Prozent aller Studienanfänger ein Lehramtstudium. Die Zahl ist damit, wie das Institut der deutschen Wirtschaft schreibt, in den letzten fünf Jahren um fast zwei Drittel zurückgegangen. Erhöht hat sich die Zahl der Erstsemester dagegen in den Ingenieur-Studiengängen und den Naturwissenschaften. Hier gibt es zwar auch mehr arbeitslose Akademiker, die Berufschancen sind aber noch vergleichsweise gut.

Der persönliche Eindruck zählt

Die Aussagekraft von Arbeitszeugnissen ist nur begrenzt

Personalberater schätzen den Stellenwert von Arbeitszeugnissen nicht allzu hoch ein. Der Grund ist einfach: Zeugnisse sind subjektiv. „Ihre Qualität hängt stark von dem Aussteller ab, von seiner Formulierungsfähigkeit, aber auch seinem persönlichen Verhältnis zu dem Beurteilten", weiß Lothar Heimeier von der Personalberatung Baumgartner & Partner in Sindelfingen.

Für Heimeier gewinnen Zeugnisse erst in einem Gespräch mit dem Aussteller ihren Wert, wenn zusätzlich Referenzen über den Bewerber eingeholt werden. Dies ist aber nicht allgemeine Praxis. Jacobus Kraan vom Institut für Personal- und Unternehmensberatung (ifp) in Köln greift nur „äußerst selten" auf diese Informationsquelle zurück.

Die Personalfachleute sind sich einig, daß der persönliche Eindruck von dem Bewerber im Interview bei der Auswahl am wichtigsten ist. „Schließlich geht die ganze Wirkung eines Menschen, seine Wirkung auf andere, unabhängig von der fachlichen Leistung, aus dem Zeugnis nicht hervor", betont Heinz Tannert von der SCS Personalberatung GmbH in Hamburg.

Dennoch gehört das Zeugnis zu den Unterlagen, die der Personalberater zuerst liest, um sich von dem Bewerber ein Bild zu machen. Dabei findet Tannert im Zeugnis oft Anknüpfungspunkte für das persönliche Gespräch.

Bei der Auswertung ist wichtig, daß der berufliche Werdegang schlüssig ist und keine Brüche aufweist. Zudem muß der Berufsweg lückenlos nachgewiesen werden. „Wenn Lükken nicht belegt sind, ist das ein ganz erhebliches Manko", meint Heimeier. Daß in den Bewerbungsunterlagen Zeugnisse fehlen, sei aber selten. Bewerber sollten entweder alle Zeugnisse beilegen oder gar keines, empfiehlt Heimeier. (Stü.)

Das Thema wird in der nächsten Ausgabe der WELT DER BERUFE fortgesetzt.

Die Gewinnbeteiligung ist häufig ein Garant des Unternehmenserfolgs

Zwei Beispiele aus einer Vielfalt von erprobten Modellen: AVA und C. A. Weidmüller

In der obersten Führungsetage ist sie so gut wie selbstverständlich, für die übrigen Mitarbeiter aber immer noch die Ausnahme: Eine Beteiligung am Jahreserfolg des Unternehmens. Die Vorreiter sehen in der Erfolgsbeteiligung ein zentrales Element einer betrieblichen Partner schaft, nicht nur einen materiellen Anreiz, der die Leistungsmotivation hebt und die Mitarbeiter stärker an das Unternehmen bindet. Für die Kritiker ist sie nichts anderes als ein 14. Monatsgehalt, das die Kosten weiter nach oben treibt.

Bei den Unternehmen, die ihre Mitarbeiter am Gewinn teilhaben lassen, hat sich in den letzten Jahren eine Vielfalt von Formen entwickelt, in denen sich zumeist die finanziellen Gegebenheiten des Unternehmens, bei Familienfirmen die Persönlichkeit des Inhabers, aber auch die Wünsche der Mitarbeiter widerspiegeln. Branche und Unternehmensphilosophie beeinflussen maßgeblich, ob eine gleichmäßige Erfolgsprämie für alle, eine an Lohn und Gehalt orientierte oder eine leistungsbezogenene Beteiligung gewährt wird.

Eine interessante Mischform praktiziert das Einzelhandelsunternehmen AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG in Bielefeld. Mit einem flächenbereinigten realen Umsatzplus von 2,4 Prozent gegenüber 0,8 Prozent im gesamten Einzelhandel zählt die aus einer Konsumgenossenschaft hervorgegangene AVA, die in Discount-Warenhäusern, Kaufhäusern, Supermärkten und Fachmärkten 1985 insgesamt 1,67 Mrd. DM umsetzte, zu den ertragsstarken Perlen der Branche. Horst-Peter Wuchold, Leiter der Konzernverwaltung, führt diesen Erfolg maßgeblich auf das „Soziale Modell AVA" zurück, das die Motivation und die Indentifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen fördere.

Eine Jahresprämie für alle

Seit 1981 zahlt AVA allen voll- und teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern, die der Unternehmensgruppe mindestens zwei Jahre angehören, eine Gewinnbeteiligung. Voraussetzung ist, daß der Betriebsgewinn vor Steuern mindestens ein Prozent des Umsatzes erreicht. Ist das der Fall, werden sechs Prozent des Gewinns – für 1985 waren das 2,9 Mill. DM – ausgeschüttet. Der Verteilungsschlüssel ist die geleistete Arbeitszeit. Für das letzte Geschäftsjahr bekam ein Vollzeit-Mitarbeiter 925 DM.

Die Erfolgsbeteiligung, die versteuert werden muß, wird allerdings nicht in voller Höhe ausgezahlt. 25 Prozent werden bis zum Erreichen der Altersgrenze oder einem vorzeitigen Ausscheiden auf einem persönlichen Beteiligungskonto des Mitarbeiters thesauriert und mit zwei Prozent über dem Diskontsatz verzinst.

Neben dieser leistungsunabhängigen Jahresprämie gibt es für 750 leitende Mitarbeiter eine gesonderte Betriebsergebnis-Beteiligung. Darin sind bis hin zum Abteilungsleiter im Supermarkt alle einbezogen, die den Betriebserfolg tatsächlich beeinflussen können. Geld gibt es allerdings nur, wenn in ihrem Unternehmen und im gesamten Konzern mindestens eine Umsatzrendite von 0,8 Prozent erwirtschaftet wurde. Der persönliche Ertragsanteil richtet sich nach dem Ergebnis im eigenen Verantwortungsbereich, zum Beispiel der Filiale oder der Fleischwaren-Abteilung. Auch hier bleiben wieder 25 Prozent im Unternehmen stehen, die damit die Eigenfinanzierungskraft der Gruppe stärken. Inzwischen sind bei AVA rund 5 Mill. DM an Arbeitnehmer-Guthaben aufgelaufen.

Den Leistungsanreizen entspricht nach Wucholds Worten eine konsequente Delegation von Kompetenzen und Verantwortung. Als Beispiel nennt er die internen Warenbörsen. Hier werde nicht zentral über Sortimentszusammensetzung und Preisgestaltung entschieden, sondern von den Abteilungsleitern in den einzelnen Häusern. „Die Sortimentshoheit liegt bei den Mitarbeitern vor Ort", bekräftigt Wuchold.

Wenn sie es wünschen, können die AVA-Mitarbeiter auch Miteigentümer werden. Denn sie haben die Möglichkeit, ihre Guthaben aus der Gewinnbeteiligung zum Kauf von AVA-Aktien zu verwenden, die im Zuge der Börseneinführung am 21. August von Namens- in Inhaberpapiere umgewandelt wurden. Bereits heute halten die Mitarbeiter 25 Prozent des breit gestreuten Kapitals, das derzeit um 2,4 auf 14,6 Mill. DM erhöht wird.

Vor diesem Hintergrund hält es die AVA-Spitze wohl nicht für geboten, verbilligte Belegschaftsaktien auszugeben und so die Lohnsteuer-Vergünstigung des Paragraphen 19a Einkommensteuergesetz zu nutzen.

Für eine Erfolgsbeteiligung, bewußt aber gegen eine Anlage der Mittel im Unternehmen und gegen Miteigentum von Arbeitnehmern hat sich die C. A. Weidmüller GmbH & Co. in Detmold, führender Hersteller von Leitungs- und Steckverbindern sowie elektronischen Bauteilen, entschieden. „Unsere Mitarbeiter sollen ihr Geld nach eigenem Gusto anlegen können", betont Geschäftsführer Uwe Schäkel. Die Beschäftigten hätten überwiegend selbst Eigentum und dächten im Traum nicht daran, dem Unternehmen Geld zur Verfügung zu stellen.

Barauszahlung bevorzugt

Betriebsratsvorsitzender Günter Schütte bestätigt, daß die Mitarbeiter die Barauszahlung vorziehen. Er sieht in der 1971 eingeführten Gewinnbeteiligung eine Nachfolgeregelung zur früheren Akkordarbeit, die sich durch die modernen Fertigungsmaschinen überholt habe.

Die Ausschüttung der Gewinnbeteiligung mag der Geschäftsleitung auch deshalb nicht allzu schwer fallen, weil sie bei einer Eigenkapitalquote von über 50 Prozent auf Kapital der Arbeitnehmer nicht angewiesen ist. Ausgeschüttet wird jährlich ein fester, im Unternehmen aber nicht bekannter Prozentsatz des Gewinns. Zwischenergebnisse der Gewinnbeteiligung werden monatlich ausgehängt. Verteilungsgrundlage ist das Brutto-Jahreseinkommen; für lange Betriebszugehörigkeit gibt es Zuschläge, Fehlzeiten mindern den Betrag. Für 1985 wurden zum Beispiel 120 Prozent eines Monatseinkommens ausgezahlt. Ausgenommen von der Gewinnbeteiligung sind die 1200 Heimarbeiter der Gruppe, die insgesamt 3450 Menschen beschäftigt.

Die Erfolgsbeteiligung fügt sich in ein Unternehmenskonzept ein, das die Mitarbeiter über Abteilungs- und Gruppengespräche in die Entscheidungsvorbereitung einbezieht. Eine Fluktuationsquote von unter einem Prozent wertet die Weidmüller-Geschäftsführung als Indiz dafür, daß das Ziel, die Beschäftigten stärker an das Unternehmen zu binden, erreicht wird. HEINZ STÜWE

Verkäufer im Maschinenbau werden am besten bezahlt

Im Außendienst gibt es große Gehaltsunterschiede

Außendienstler gehörten schon immer zum Kreis der gut dotierten Mitarbeiter. Aber auch unter den Verkäufern selbst gibt es noch erhebliche Gehaltsunterschiede. Das liegt zum einen an den unterschiedlichen Produkten und Leistungen, die der Außendienst vertreibt und die beim Verkäufer ein bestimmtes Ausbildungsniveau voraussetzen. Zum anderen liegt es an der Verkaufsleistung der Mitarbeiter selbst. Die leistungsorientierte Vergütung verhilft erfolgreichen Mitarbeitern rasch zu einem erheblichen Gehaltszuwachs.

Außendienstler in relativ konsumnahen Branchen – wie Nahrungs- und Genußmittel oder Versicherungen – sind am niedrigsten dotiert. Dagegen wird in Investitionsgüterbranchen – zum Beispiel Vertriebsingenieure im Maschinenbau – rund 50 Prozent mehr verdient.

Innerhalb einer Branche können Spitzenkräfte dann noch einmal – je nach Leistung – um 50 Prozent höhere Gehälter erzielen als der Durchschnitt. In Zahlen: Ein durchschnittlicher Verkäufer in der Nahrungsmittelindustrie verdient zwischen 50 000 und 60 000 DM im Jahr. Der Top-Verkäufer im Maschinenbau kommt auf 90 000 DM bis 115 000 DM. Einzelne Spitzenkräfte erzielen auch Einkommen von mehr als 200 000 DM im Jahr.

Diese Ergebnisse erbrachte die neueste Studie zur Außendienstvergütung der Kienbaum Vergütungsberatung aus Gummersbach. Die Erhebung erfaßt die Vergütungen für Führungs- und Fachkräfte des Außendienstes in 16 Branchen.

Attraktives Attribut der Außendienstvergütung ist der Dienstwagen. Heute fahren bereits 90 Prozent der Führungskräfte und 75 Prozent der Verkäufer einen Dienstwagen, den die meisten auch privat nutzen dürfen. (DW.)

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Weiterbeschäftigung

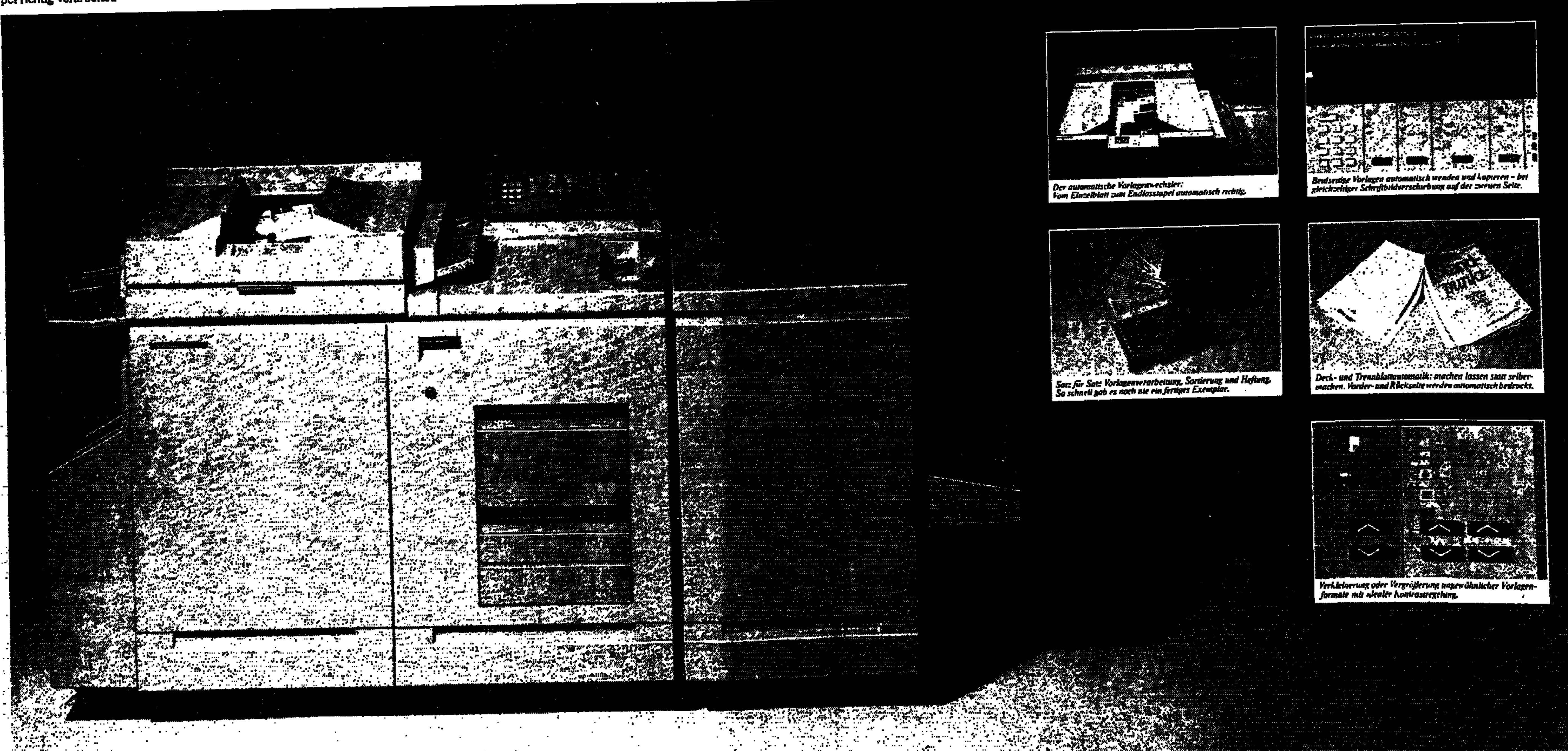
Auszubildende, die dem Betriebsrat oder deren Jugendvertretung angehören, können die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit nach Beendigung des Ausbildungsverhältnisses fordern. Sie müssen das innerhalb der letzten drei Monate vor Beendigung der Ausbildung schriftlich tun. Nach der Entscheidung 6 AZR 557/84 des Bundesarbeitsgerichts vom 31. 10. 1985 ist bei der Berechnung der Dreimonatsfrist auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses der Abschlußprüfung abzustellen.

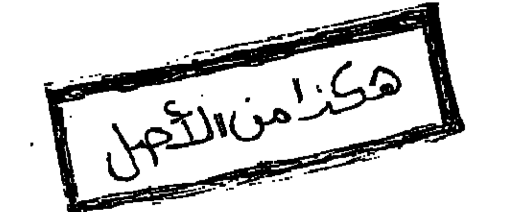
Eingruppierung

Die Eingruppierung nach Arbeiten schwieriger Art, Arbeiten hochwertiger Art und Arbeiten höchstwertiger Art ist dann rechtlich durchführbar, wenn die Tarifvertragsparteien diese Merkmale durch voneinander abgrenzbare Erfordernisse wie besondere Fähigkeiten, Berufserfahrung, Verantwortung und Selbständigkeit ergänzen. Nach der Entscheidung 4 AZR 445/84 vom 26. 2. 1986 des Bundesarbeitsgerichts erfordert das Merkmal der „völligen Selbständigkeit" gegenüber der Selbständigkeit der niedrigeren Lohngruppe, daß ein Ergebnis ohne Einflußnahme Dritter und Einzelvorgaben erarbeitet werden muß.

Fehler der Behörde

Der Rentenversicherungsträger hat nicht nur für das Fehlverhalten seiner eigenen Bediensteten, sondern auch für Fehler des in das Verwaltungsverfahren eingeschalteten Versicherungsamts einzustehen. Das hat der Zwölfte Senat des Bundessozialgerichts im Urteil 12 RK 41/84 vom 26. 11. 1985 entschieden.





Bundesanleihen

Bundespost

Industrieanleihen

Optionsscheine

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

F	6½ dgl. 77	5/89 103,1	103,1	
F	8 dgl. 79 I	7/89 107,2	107,2	
F	6 dgl. 78 I	2/90 102,1	102	
F	8 dgl. 80 II	7/90 108,2G	108,2G	
F	9 dgl. 81	3/91 112,9G	112,9	
F	10½ dgl. 81	9/91 120,5	120,5	
F	10¼ dgl. 81	11/1 120G	120G	
F	8 dgl. 80 I	2/92 109,6	109,6	
F	10 dgl. 82	2/92 118,6	118,6G	
F	9½ dgl. 82	7/92 117,4	117,4G	
F	8 dgl. 82	11/92 110	110,1	
F	7¾ dgl. 83	1/93 108	108,2	

F	6½ dgl. 86/94	99,5	99,5
F	6 Lowl.Rent.Bk.RS15	100,05G	100,05G
F	6 dgl. RS 16	100,2G	100,2G
F	6½ dgl. RS 60	101,05G	101,05G
F	7 dgl. 94	105,6G	105,6G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,4G	105,4G
F	7½ dgl. 107	105,1G	105,1G
F	9½ dgl. 126	102G	102G
D	6½ LAG TS 77	101,65G	101,7G
D	5½ LAG 78	100,6G	100,65
D	7 dgl. 79	101,35G	101,4

Im Schlepptau von New York

Trotz Senkung des Diskontsatzes und zum Teil auch der Prime Rate neigte der Bondsmarkt in den USA zur Schwäche. Da die US-Bonds am Wochenende sogar unter leichtem Druck lagen, wurden die Hoffnungen auf eine baldige Zinssenkung in der Bundesrepublik im Keim erstickt. Die Kurse öffentlicher Langläufer fielen bis zu 0,25 Punkt zurück. Der Markt wird außerdem durch die letzte Bundesanleihe belastet, für die bisher kaum Interesse besteht. Im großen Laufzeitbereich bröckelten die Kurse bis zu 0,20 Prozentpunkte ab.

F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	315G	315G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	97,25G	97,25G
F	6½ dgl. 85 m. O.	226G	226G
F	6½ dgl. 85 o. O.	94,5	93,75
F	5¾ dgl. 85 m. O.	225G	222
F	5¾ dgl. 85 o. O.	93,5	92,75
F	6½ dgl. 86 m. O.	131,5	135
F	6½ dgl. 86 o. O.	99,3	99,4
F	3¾ Didier 85 m. O.	138	133
F	3¾ Didier 85 o. O	78G	79G

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	14.7.	11.7
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	102T	102T
10 dgl. 82/89	109,5G	109,5G
8 dgl. 84/91	105,65G	106
9 Air Canada 12/92	111G	111

8½ E.D.F. 82/92	106,75	107T
8½ dgl. 83/93	108,4	108,25T
7 Belcobras 77/87	100,25T	100G
7 dgl. 79/87	100bG	100
5¾ ELF Aquit. 78/88	100,35G	100,35
6½ Embart Corp. 85/95	102,4	102,35
6½ Ericsson LM 72/87	105,25T	105,5T
8½ Escom 77/87	98,5T	98T
7 dgl. 75/88	99,25G	98T
9½ dgl. 80/87	101bB	101bB

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Christus wird wieder kommen in Herrlichkeit,
denn seine Huld währt ewig;
Er wird richten in Gerechtigkeit,
denn seine Huld währt ewig;
Er wird alle Tränen trocknen,
denn seine Huld währt ewig;
Gott wird alles in allem sein,
denn seine Huld währt ewig.
Danket dem Herrn, denn er ist gut . . .

Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren Vater, Großvater und Bruder

Franz Josef Wehrle

Fabrikant

* 18. August 1913 † 12. Juli 1986

Aus einem arbeitsreichen und ausgefüllten Leben ist er viel zu früh von uns gegangen. Er wird uns sehr fehlen.

Schönwald, Schubertstraße 34

In Liebe:
Gertrud Wehrle geb. Servas
Rita Wehrle mit Familie
Peter Wehrle mit Familie
Christoph Wehrle mit Familie
Birgit Borchers geb. Wehrle mit Familie
Sybille Wieland geb. Wehrle mit Familie
und alle Anverwandten

Die Beerdigung ist am Mittwoch, dem 16. Juli 1986, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof in Schönwald. Anschließend Seelenamt in der Pfarrkirche in Schönwald. Anstelle von Blumen und Kränzen bittet die Familie im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für die Mission der Xaverianer (Kto. 500 971 Kreissparkasse Schramberg, BLZ 642 500 40)

NACHRUF

Ein erfülltes Leben voller Kraft und Einsatz für die Firma ging zu Ende.

Unser verehrter Seniorchef, Herr

Fabrikant

Franz Josef Wehrle

verstarb nach kurzer Krankheit am 12. Juli 1986 im 73. Lebensjahr. Jahrzehntelang hat er die Geschicke der Firma entscheidend mitgestaltet.

Wir werden den Verstorbenen als liebenswerten Menschen und großes Vorbild in unserer Erinnerung behalten.

Schönwald, den 12. Juli 1986

Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft
Wehrle Uhren Fabrik GmbH

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

1685

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kakaonotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Kleine Gewinne verzeichnete Kupfer. Um das Limit höher ging Kaffee aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	11.7.	10.7.
Juli	263,50	257,50
Sept.	257,50	246,75
Dez.	258,00	255,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	230,53	230,98
Am. Durum	228,51	228,76

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Juli	103,80	98,80
Okt.	102,70	101,10
Dez.	104,20	102,60

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Juli	82,70	82,50
Okt.	76,20	77,80
Dez.	75,90	76,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Juli	98,75	98,00
Sept.	100,00	98,50
Dez.	108,25	106,25

MAIS Chicago (c/bush)		
Juli	202,00	197,50
Sept.	173,25	172,75
Dez.	173,75	173,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Juli	108,40	107,50
Okt.	84,90	83,60
Dez.	84,60	84,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	11.7.	10.7.
Juli	171,00	164,00
Sept.	172,25	166,50
Dez.	174,24	170,00

KAKAO New York ($/t)	11.7.	10.7.
Juli	1818	1825
Sept.	1852	1858
Dez.	1901	1912
Umsatz	1630	4725

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Sept.	5,17	5,40
Okt.	5,58	5,71
Jan.	5,67	5,85
März	6,35	6,44
Mai	6,54	6,62
Umsatz	11234	9143

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	unerh.	5,22

KAFFEE London (£/t) Robusta	11.7.	10.7.
Juli	1765-1770	1643
Sept.	1795-1800	1675-1677
Nov.	1825-1830	1705-1710
Umsatz	5471	3250

KAKAO London (£/t)		
Juli	1310-1317	1330-1335
Sept.	1338-1339	1358-1359
Dez.	1381-1382	1395-1396
Umsatz	2750	5340

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	11.7.	10.7.
Aug.	118,00-119,80	120,00-120,40
Okt.	127,80-128,20	129,80-130,00
Dez.	133,60-135,60	136,40-137,00
Umsatz	5784	3749

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	14.7.	11.7.
schw.		
Saraw.spez.	857,500	857,50
weiß.Saraw.	1137,50	1142,50
weiß.Munt.	1152,50	1157,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	11.7.	10.7.
Juli	102,40	103,50
Sept.	102,00	103,10
Nov.	103,00	104,15
Jan.	103,25	105,30
März	105,00	106,40
Umsatz	500	275

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	11.7.	10.7.
	25,00	25,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	18,00	17,625

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Juli	16,30	16,28
Aug.	16,30	16,31
Sept.	16,48	16,44
Okt.	16,54	16,53
Dez.	16,95	16,94
Jan.	17,00	17,00
März	17,41	17,35

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,75	16,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	14,00	14,00
Choise white hog 4 % fr. F	9,00	9,00

TALG New York (c/lb)		
top white	10,00	10,00
fancy	9,50	9,50
bleichf.	9,25	9,25
yellow max. 10% fr.F	7,75	7,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Juli	58,10	58,15
Aug.	55,55	55,97
Okt.	51,65	51,60

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Juli	86,10	88,10
Aug.	83,50	84,92
Febr.	73,40	72,95

HÄUTE Chicago (c/lb)	11.7.	10.7.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Juli	527,25	525,75
Aug.	509,00	507,25
Sept.	491,75	487,50
Nov.	487,75	482,50
Jan.	496,50	491,00
März	505,50	500,00
Mai	511,00	506,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Juli	151,70	149,30
Aug.	145,00	144,00
Sept.	141,50	140,30
Okt.	139,20	138,40
Dez.	141,00	139,50
Jan.	142,20	140,50
März	143,50	143,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	11.7.	10.7.
Juli	249,70	250,00
Okt.	258,50	258,20
Dez.	263,50	262,30

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	11.7.	10.7.
	10,50	10,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	14.7.	11.7.
jegl. Herk. cif	540,00	545,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	415,00	420,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	250,00	227,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	82,00	80,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	240,00	235,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	201,00	200,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	11.7.	10.7.
Aug.	29,80	30,75
Okt.	30,30	31,25
Dez.	30,86	31,41
März	31,60	32,05
Mai	32,50	32,90
Juli	33,30	33,72

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,25	43,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	14.7.	11.7.
Aug.	512-519	512-519
Dez.	525-525	–
Jan.	525-527	521-525
Umsatz	2211	2211

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	14.7.	11.7.
Juli		41,00
Okt.		41,50
–	geschl.	–
–		–
Umsatz		0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	14.7.	11.7.
Juli	670,00-685,00	670,00-690,00
Dez.	619,00-623,00	621,00-624,00
März	–	626,00-630,00
Umsatz	4	7

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14.7.	11.7.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	14.7.	11.7.
Juli	12486	12486
Aug.	12399	12397

KAUTSCHUK London (p/kg)	11.7.	10.7.
RSS 1 Aug.	56,75-57,75	56,00-57,00
RSS 1 Sept.	56,75-57,75	56,00-57,00
RSS 2 Aug.	55,50-56,50	54,75-55,75
RSS 3 Aug.	54,50-55,50	53,75-54,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	14.7.	11.7.
Aug.	212,00-214,00	208,00-210,00
Sept.	209,50-211,50	206,50-208,50
Nr. 2 Aug.	207,50-208,50	205,50-206,50
Nr. 3 Aug.	205,50-206,50	203,50-204,50
Nr. 4 Aug.	202,00-203,00	200,00-201,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	14.7.	11.7.
BWC	340	340
BWD	340	340
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	14.7.	11.7.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	243,87-244,20	247,81-247,98
dritt. M.	249,08-249,41	249,97-250,30
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	81,40-81,56	81,75-81,83
dritt. M.	82,54-82,87	82,99-83,16
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	848,19-849,82	848,13-849,76
dritt. M.	861,54-862,84	861,38-862,04
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	167,68-170,94	160,68-163,99
Prod.-Pr.	184,38	183,66
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	14.7.	11.7.
	14,26	14,26

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14.7.	11.7.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	298,74-301,02	301,98-304,30
BLEI in Kabeln	89,00-90,00	89,50-90,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	14.7.	11.7.
MS 58, 1.VS	280-282	281-283
MS 58, 2.VS	334-339	334-339
MS 63	306-312	309-317

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	14.7.	11.7.
Leg. 225	290-305	290-305
Leg. 226	292-307	292-307
Leg. 231	327-342	327-342
Leg. 233	337-352	337-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	14.7.	11.7.
PLATIN (DM/g)	32,35	32,35
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28397,40	28317,60
Rückn.-Pr.	24160,00	24090,00
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24920	24940
Rückn.-Pr.	24260	24280
verarbeitet	26140	26160
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24425	24410
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	364,50	364,80
Rückn.-Pr.	353,20	353,70
verarbeitet	380,30	380,80

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)	14.7.	11.7.
London 10.30	346,20	347,65
15.00	345,75	348,10
Zürich mittl.	346,30-346,70	347,70-348,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	geschl.	78800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	339,15	334,15
3 Mon.	347,35	341,95
6 Mon.	355,65	350,40
12 Mon.	371,95	366,35
PLATIN (£/Feinunze) London	14.7.	11.7.
fr. Markt	293,00	289,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London	14.7.	11.7.
f. Händl.-Pr.	75,55	74,40

New Yorker Metallbörse

	11.7.	10.7.
GOLD H & H Ankauf	348,10	347,05
SILBER H & H Ankauf	506,00	507,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	432,50-435,00	432,50-435,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	112,00-113,00	111,50-112,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juli	346,70	347,40
Aug.	347,50	348,50
Okt.	350,50	351,90
Dez.	353,50	355,00
Febr.	357,40	358,30
Umsatz	16000	15000
SILBER (c/Feinunze)		
Juli	505,00	506,70
Aug.	508,80	509,10
Sept.	511,00	511,00
Dez.	519,50	520,00
Jan.	522,70	523,00
März	528,40	528,00
Mai	534,30	534,80
Umsatz	5500	8000

KUPFER (c/lb)	11.7.	10.7.
Juli	59,15	59,00
Aug	59,25	59,15
Sept.	59,55	59,45
Dez.	60,20	60,15
Jan.	60,35	60,30
März	60,80	60,70
Mai	61,05	61,00
Umsatz	4000	3000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	14.7.	11.7.
mitt. Kasse	749,00-750,00	748,00-749,00
3 Mon.	765,00-766,00	758,00-758,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	250,00-250,50	247,00-248,00
3 Mon.	253,50-254,50	251,00-252,00
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	899,00-899,50	892,50-893,50
3 Monate	912,00-913,00	903,50-904,00
ab. Kasse	–	896,50-897,50
3 Monate	–	907,00-907,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	859,00-860,00	858,00-860,00
3 Monate	883,00-885,00	880,00-882,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	551,00-5553,00	532,00-533,00
3 Monate	545,00-546,00	532,00-533,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	185-195
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	43-48

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	11.7.	10.7.
Aug.	31,75-31,90	32,65-32,75
Sept.	32,40-32,50	33,40-33,50
Okt.	33,25-33,30	34,40-34,50
Nov.	34,10-34,15	35,35

GASÖL – London ($/t)	11.7.	10.7.
Juli	–	–
Aug.	92,50-92,75	93,75-94,00
Sept.	97,00-97,25	96,75-97,00
Okt.	102,00-102,25	101,00-101,25
Nov	106,00-106,50	104,00-105,25
Dez.	109,00-110,00	107,00-109,00
Jan.	105,00-110,00	107,00
Febr	104,00-110,00	107,00-109,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	11.7.	10.7.
Aug.	33,60-33,90	34,80-35,00
Sept.	33,20	34,20-34,30
Okt.	32,30-32,50	33,40-33,50
Nov.	32,00	33,10

ROHÖL – New York ($/Barrel)	11.7.	10.7.
Aug.	11,10-11,17	11,25-11,29
Sept.	10,50-10,60	10,96-11,00
Okt.	10,60-10,70	11,05-11,12
Nov	10,50	11,25-11,28
Dez.	10,90-10,95	11,40-11,50

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	11.7.	10.7.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	8,65N	8,65N
Forties	9,25	9,30
N. Sea Brent	9,20N	9,40N
Bonny Light	9,55N	9,95N

Kartoffeln

London (£/t)	11.7.	10.7.
Nov.	118,50	119,10
Febr.	129,00	119,50
April	177,10	178,70
Mai	188,00	188,80

New York (c/lb)	11.7.	10.7.
Nov.	3,22	3,22
März	3,46	3,45-3,50
Mai	3,87-3,90	3,85
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	11.7.	10.7.
Juli	165,80-165,60	165,50
Sept.	160,60-160,80	160,50-160,60
Nov.	158,20	158,20-157,50
Jan.	162,50	161,70

Devisenterminmarkt

Die Terminabschläge notierten am 14. 7. aufgrund unveränderter Zinsgegebenheiten auf Vortagsniveau

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,48-0,38	1,23-1,13	2,35-2,15
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,26-1,23	2,45-2,40
Pfund/DM	2,30-0,90	5,20-3,80	9,40-8,00
FF/DM	15+1	30-14	51-35

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14.7.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent, Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 14.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6½-6⅝	4⅜-4½	4¾-5⅛
3 Monate	6½-6⅝	4⅜-4½	4⅝-5⅛
6 Monate	6½-6⅝	4⅜-4½	4¾-5⅛
12 Monate	6½-6⅝	4⅜-4½	4¾-5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 14.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 14.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	990,00	1322,40
5 US-Dollar (Indian)**	615,00	765,05
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	180,00	228,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	173,00	220,02
20 belgische Franken	136,00	181,26
10 Rubel Tscherwonez	180,25	232,85
2 südafrikanische Rand	167,50	212,61
Krüger Rand, neu	744,75	888,92
Maple Leaf	767,50	914,85
Platin Noble Man	977,50	1154,24
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,75	272,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	153,00	202,02
20 franz. Franken „Napoléon"	145,25	194,09
100 österr. Kronen (Neuprägung)	715,75	871,82
20 österr. Kronen (Neuprägung)	142,75	185,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,25	100,61
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	331,25	411,83
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	76,00	109,44

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an. Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 14.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,394	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,50	6,04
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,00	6,57
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	137,00	9,05
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	110,85	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,89	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,34	6,55
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,67	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,60
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,88	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,12	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,40	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,07	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,95	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,57	6,95
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,17	6,55
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,07	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,70	6,46
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,60	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,10	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,60	4,73
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,25	5,21
WestLB 503	115,76	3.10.88	105,05	4,49
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,85	5,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud. Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,50	8,20
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,26
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,875	8,67
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	62,75	8,62
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	59,50	8,19
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,375	9,91
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,125	9,95
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,125	9,63
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,875	8,66
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,875	9,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65 (4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,02 (5,02)	99,95	101,7	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,35 (5,35)	99,05	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,65 (5,64)	97,40	100,9	104,4	107,9	111,4	114,8
5	5,84 (5,85)	96,05	100,7	104,5	108,7	112,9	117,2
6	6,02 (6,02)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,32 (6,32)	92,20	98,25	103,2	108,7	114,2	119,7
8	6,62 (6,62)	89,60	95,65	101,7	107,8	113,8	119,8
9	6,75 (6,74)	87,85	94,45	101,7	107,6	114,1	120,7
10	6,77 (6,76)	86,80	93,55	101,*	108,0	115,1	122,1
15	7,05 (7,04)	80,60	89,60	99,55	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,599 (112,620)
Performance-Rentenindex: 244,124 (244,018)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	11. Juli	6,375-6,441
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,35
	60-270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,375
	60 Tage	6,35
	90 Tage	6,25
Certificates of Deposit	1 Monat	6,375
	2 Monate	6,375
	3 Monate	6,375
	6 Monate	6,375
	12 Monate	6,45
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,74
	26 Wochen	5,79
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,29
	30 Jahre	7,19
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00
Geldmenge M1	30. Juni	666,3 Mrd. $ (+ 0,1 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	139,05	140,45
Dez.	140,10	141,45

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	11.7.	10.7.
9¾ EEC 90	105,5	105,125
11⅛ dgl. 90	110,875	110,5
10¾ EIB 93	109,75	109,5
11 dgl. 91	115,25	112,875
11½ dgl. 90	113,875	113,5
11⅝ dgl. 95	120,25	119,5
12 dgl. 95	122,375	121,75
12½ dgl. 90	115,375	115,375
12¾ dgl. 93	126,125	125,75
13 dgl. 96	121,25	120,75
10¾ Wld Bk 95	113,375	112,75
10⅝ dgl. 88	105	105
10¾ dgl. 90	110	109,625
10¾ dgl. 93	115,625	115,75
11 dgl. 92	114,575	114
11¼ dgl. 88	107,5	107,375
11⅛ dgl. 90	113	112,75
11⅜ dgl. 89	108,75	108,625
11½ dgl. 90	113,375	113,125
12 dgl. 95	120,75	120,625
12¼ dgl. 94	124,25	123,75
12½ dgl. 94	127,375	126,75
6⅛ Sears 91	102,875	102,875
6⅝ Swed.Ex.91	102,625	102,5
7 TPW 94	102,375	102,5
6⅝ Un Tech.92	102,5	102,375
6⅝ W.Dsn 96	102,5	102,375
6½ World Bk96	104,125	104,25
6¾ dgl. 90	104	104
6⅞ dgl. 94	105,875	105,625
7 dgl. 94	107,75	108

Euro-Yen

	11.7.	10.7.
6¾ Al Corp 91	101	101,125
6¾ All.Sign93	101,25	101,25
7⅜ ADB 94	108,125	108,5
7 Austria 95	107,5	107,5
7 BP 97	104,25	104,125
6⅞ Danmark 97	103,625	103,5
7 Danm.Bk. 92	103,5	103,625
7 Dow Chem.94	102,75	102,875
6⅝ EDF 95	106,375	104,5
6½ Eurofima95	102,5	102,625
6⅝ dgl. 92	102,875	102,5
6⅝ dgl. 95	102,625	102,875
7⅜ dgl. 94	104,5	104,5
6⅝ Facmae 92	103,375	103,625
6⅝ Finl Rep90	104	104,125
6½ GMAC 90	102	102,75
7⅜ Goodyear95	102,25	102,5
6⅞ dgl. 94	101	101,125
6⅝ ITT 92	102	102,25
6½ McDonal.92	103,375	103,625
6⅛ Montreal95	102,75	102,5
7⅜ N.Bruns.95	105,25	105,5
7⅜ N.Zeald.90	106	106,25
7⅜ dgl. 89	106,625	106,625
7 Pac.Gas 94	102,125	102,125
6⅝ Penney 92	102,5	102,675
6⅝ Procter 92	103,375	103,5
6⅝ Sallie 92	102,375	102,5

Lux. Franc Bonds

	11.7.	10.7.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	100,5	100,5
6¾ Asian Dv87	98,75	98,75
10⅛ BFG Lux90	104	104
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 93	104	104
10½ Ceca 94	105	105
11 dgl. 97	105	105
13 dgl. 91	105	105
8⅝ Conseil 95	105	105
12½ dgl. 92	103	103
8 Coptal 88	99,5	99,5
8¾ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr Lyon.88	101,5	101,5
13 dgl. 89	106,5	106,5
7½ Den.Mtg 88	99	99
8⅝ EEC 95	105	105
9⅝ Euratom 83	–	–
10¼ dgl. 96	108,5	108,5
11 dgl. 93	101,5	101,5
9 Eurofima 95	106	106
10 dgl. 91	105	105
10 dgl. 94	104,5	104,5
11⅜ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	104	104
9½ dgl. 95	106	106
9¾ dgl. 88	101,5	101,5
9⅞ dgl. 93	110	110
10½ dgl. 94	107	107
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
8⅝ Goodyear93	103,5	103,5
9¼ Ind.B.F 95	104	104
9⅝ Hypo Bk.88	102	102
11 Krediet.93	107	107
7⅜ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	104	104
11⅜ dgl. 89	104	104
8 Luxair 87	99,75	99,75
8½ dgl. 87	100	100
8⅝ Met.Chim92	103	103
9 dgl. 95	105,75	105,75
10½ N.Lux.Al92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	103	103
10¼ Paribas89	103	103
8 Philips 89	101	101
7⅜ Renault 88	99,25	99,25
7½ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10¼ Solvay 87	100,25	100,25
8 Svenges 88	99,5	99,5
9⅝ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¼ dgl. 90	104	104
10¼ dgl. 89	104,75	104,75

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	11.7.	10.7.
8⅝ Cop City91	99,75	99,75
12¾ dgl. 92	103	103
8⅝ CCA 91	99,75	99,75
11⅝ Ned. G 88	102,5	102,5
9¼ Queb. P.94	101	101
8⅝ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	11.7.	10.7.
9½ ABN 92	107,125	107
All Nippon 95	108,25	108,25
9⅜ ANZ 97	108,25	108,75
10⅝ Austria93	112,25	112
10 BNDA 92	106,5	106,625
8⅝ B.d.Roma93	101	101
9 M.+Hope 92	105,875	105,875
9 Bk.Helv.96	105,75	105,5
7⅜ BNP 95	99,875	100
8⅝ dgl. 95	105,625	105,5
8⅝ Bay.Vbk.88	102,875	102,875
8⅝ BFCE 93	103	105
9¼ dgl. 92	109,375	109,375
9⅝ dgl. 95	109,625	109,625
9⅝ Bull 92	106,125	106,125
9⅝ CNT 92	109,25	109,375
9⅝ dgl. 95	109,5	109,375
8⅝ Cargill 95	104,625	104,375
10¼ Ceca 89	107,875	108
9 Chrysl. 92	102,75	102,125
9¼ dgl. 94	103,75	103,75
9 ClubMed 88	102,875	103
9 Colgate 91	103,25	103,25
9 Cop City 95	105,25	105,375
9⅝ CCF 95	106,5	106,5
9⅝ CrdNord 91	106,5	106,375
11⅛ CrdFonc90	107,5	107,375
11⅛ dgl. 93	109,25	109,375
5¾ CrdLyon 92	93,625	93,75
8⅞ CrdNat 96	108,625	108,25
10⅛ dgl. 94	115	115
8⅛ Creditanst 96	106	106,125
9⅛ Credito 92	107	107
7⅛ Denmark 96	100,125	100,125
9 EDF 97	106,25	106,375
8⅛ EEC 93	105,75	105,5
8⅞ ELF Aqu. 88	101,875	102
9 Enso Gut 91	104,25	104,25
9⅛ dgl. 95	104,25	104,375
10 Euratom 97	111,625	111,75
9⅛ Eurofima95	105,375	105,375
8⅛ EIB 90	105,75	105,75
8⅛ dgl. 93	106	105,875
8⅛ dgl. 97	105,375	105,375
9⅛ dgl. 95	111,375	112
10⅛ dgl. 94	112,125	112,125
10⅛ dgl. 94	112	111,875
10⅛ dgl. 90	111,75	111,75
11⅛ dgl. 97	110,625	110,75
9 Eurotel 93	104,375	105
6⅛ EDC 96	97,5	97,375
8⅛ Fiat 90	103,5	103,375
9 IBKFinnl 95	104,125	104,75
8⅛ Ford C.93	105,25	105,25
7 Gwoz. 95	96,375	96,75
10⅛ dgl. 93	112,125	112,25
10 IADB 93	111,75	111,375
8⅛ IBM 90	104,25	104,75
6⅞ Iceland 96	92,25	92,75
8⅛ IKB 93	105,125	105,125
9 Imatran 96	105	104,75
9⅝ Italia 89	104,25	104,375
10⅛ dgl. 92	111,625	111,75
9⅝ Kansai 97	107	107
9⅝ Kralena 97	106,75	107
6⅛ KB/Ibi 95	92,125	92,125
10⅛ Megal 95	108,5	108,5
8⅛ Mitsu Tr 93	105,375	105,375
9 MaetHen.91	106,875	106,875
9⅝ Mol 90	102,625	102,75
8⅛ Morgan 90	103,875	103,875
8⅝ Motorola92	104,5	104,375
9 Nerso 95	104,625	104,5
8⅛ N S Wal.93	106,625	106,625
9⅛ N.Zeal 90	105,75	105,75
9⅝ N.Zeal 97	107,5	107,625
9 OstLbk. 89	104,375	104,25
8⅛ Olivetti95	105,625	105,75
8⅝ Parbel 89	102,875	102,75
10 Pechin.90	106,375	106,375
9 Petroc.95	102,25	102,25
9⅛ dgl. 90	105,75	105,75
8⅛ Pirelli 96	101,75	101,75
9 Philips 95	106	106,375
9⅛ Pirelli 92	108,25	108,25
10 Prebi 92	106,75	106,25
10⅛ RATP 92	105,625	105,75
7⅛ Rabobk. 96	100,125	100
9⅛ dgl. 95	–	–
8⅛ Reynolds91	104,25	104,375
9 SAS 95	106,125	106,75
9 Sanwa 95	105,875	105,625
8⅛ Secpac 90	103,25	103,25
9 SNCI 95	104,625	104,875
8⅛ Sumitomo92	105	105,875
9⅛ dgl. 93	109,25	109,375
9 dgl. 93	108,375	108,375
6⅛ Schweden96	93,625	93,625
9 Unbk.Nor 95	105,75	105,5
8⅛ Vest 90	104,25	104,25
8⅛ WaltD 94	106	106
9⅛ dgl. 95	108,75	108,875
8 Washgt 96	106	105,875
9⅛ Westpac92	107,75	107,875
8⅛ Worldbk 95	106,375	105,375
8⅛ dgl. 93	105,125	105,375
9⅛ dgl. 92	110,875	111,125
10⅛ dgl. 89	107,625	107,625
10⅛ dgl. 94	112	112
11 dgl. 93	109,5	109,5
8⅛ Xerox 93	104	105,875

ECU-Tageswerte

	11.7.	10.7.
Dollar	0,979441	0,9847
bfr	43,994	43,9942
DM	2,13833	2,13845
hfl	2,40845	2,40809
£	0,647136	0,647648
Dkr	7,98293	7,97909
FF	6,86588	6,86016
Lira	1467,69	1468,57
I £	0,710572	0,710285
Sfr	1,74536	1,7453
öS	15,0344	15,0371
Peseta	136,142	136,150
Skr	6,97715	6,98072
Nkr	7,3654	7,35123
Kan $	1,34918	1,3553
Esc	146,528	146,787
Fmk	4,99466	4,99775
Yen	157,641	157,80
Drachme	136,965	137,115

SZR-Wert

	11.7.	10.7.
Dollar	1,18211	1,18452
DM	2,57984	2,57421

Brezinkas „Erziehung in wertunsicherer Gesellschaft"

Überleben im Wohlstand

Wolfgang Brezinka, der Erziehungswissenschaftler der Universität Konstanz, ist wie kaum ein anderer berechtigt, sich Pädagoge zu nennen. Bereits mit seinem Buch „Die Pädagogik der neuen Linken" hatte er die Wirrnis der Indoktrination durch die sogenannte emanzipatorische Pädagogik der siebziger Jahre mit wissenschaftlicher Akribie durchschaubar gemacht.

In seinem neuen Buch „Erziehung in einer wertunsicheren Gesellschaft – Beiträge zur praktischen Pädagogik" – wiederum beim Ernst Reinhardt Verlag, München/Basel, publiziert, bilanziert er nicht nur zwanzig Jahre pädagogischer Scheinreform, sondern klärt geradezu befreiend



pädagogische Grundvoraussetzungen einer verantwortungsvollen Erziehung.

Das Buch gleicht einer kräftigen Rodung von Wildnis; denn Brezinka räumt mit den unbekömmlichen Ideologien und Verschlimmbesserungen der sogenannten Schulreform der siebziger Jahre auf. Er setzt als Kriterium für eine brauchbare Pädagogik die „seelische Gesundheit der Person" und positive Resultate im Hinblick auf das „Überleben der Gemeinschaft in Frieden, Freiheit und Wohlstand".

Im Widerspruch zu den modisch positivistischen Trends in der Erziehungswissenschaft setzt er hinzu, daß Maßstäbe dieser Art unabdingbar „von weltanschaulichen und moralischen Grundüberzeugungen mitbestimmt werden", im Klartext: von der wertenden Einstellung der erziehenden Person.

Mit dieser Meßlatte versehen, setzt Brezinka neue pädagogische Wegweiser für die Aufgaben der Familie:

1. durch Vertrauen zum Leben und zur Welt durch vorgelebte Konstanz und Verläßlichkeit,

2. durch Bereitschaft zur Selbsterhaltung durch eigene Anstrengung – sprich Leistungsbemühen,

3. durch die Erziehung zu einem realistischen Welt- und Menschenverständnis, zu einer Art „Klugheit im Sinne der abendländischen Tugendlehre",

4. durch das Wecken einer Kultur des Herzens mit Taktgefühl, Höflichkeit und Dankbarkeit,

5. durch Training in Selbstdisziplin zur Zähmung der „triebhaften, gierigen, egoistischen und hemmungslosen Natur des Menschen".

Bei den Aufgaben für die Schule erwartet Brezinka eine entschiedene Absage der einseitigen Verintellektualisierung, der unsinnig verfrühten Verwissenschaftlichung in der Didaktik, eine Verstärkung der eben genannten Grundbegriffe unter Hinzufügung einer Erziehung zu Gemeinsinn als einer „bejahenden Einstellung zum Gemeinwohl".

Mit geradezu ingrimmiger Kompetenz geißelt Brezinka im zweiten Teil seines Buches die negativen Auswirkungen des ideologischen Idols der „Chancengleichheit" und macht deutlich, wie es durch eine beispiellose Verschulung viele Angehörige der jungen Generation um eine ihnen gemäße Begabungsentfaltung gebracht hat und nicht zu einer ihnen entsprechenden Lebenstüchtigkeit und Lebensfreude geführt hat. Er fordert mit ebenso einfallsreichen wie realisierbaren und durchdachten Vorschlägen zu einer Neuorganisation des Schulsystems und der Berufsausbildung der Lehrer auf. Die Erziehung der Erzieher zu einem Berufsethos und die Auswahl der Lehramtskandidaten nach ihrer psychischen, ethischen und pädagogischen Qualifikation sollten dabei an erster Stelle stehen.

Mich persönlich hat am meisten das Kapitel über die christlichen Erziehungsziele in seiner nüchternen Gewichtigkeit überzeugt, in dem Brezinka die pädagogischen Bedingungen für die Entstehung und Erhaltung des Glaubens als einer konstruktiven Hoffnung für die Pädagogik der Zukunft zeichnet.

Die Klarheit des Denkens, der durchdachte Aufbau, die Lückenlosigkeit der Verknüpfungen, die gelungene Pädagogik der Belehrung machen Brezinkas Werk zu einer befreienden Tat. CHRISTA MEVES

Wolfgang Brezinka: Erziehung in einer wertunsicheren Gesellschaft – Beiträge zur praktischen Pädagogik, Ernst Reinhardt Verlag, München/Basel, 248 S., 28 Mark.



Flöhe, die ab und zu beißen: „Diesseitig bin ich gar nicht faßbar", eine Mickymaus-„Anamorphose" von Markus Raetz (li.), „Clown" von Jean-Frédéric Schnyder, beide aus der Berner Schau FOTOS: KUNSTMUSEUM BERN

Kreuz und quer durch die Avantgarde: Bern zeigt die Sammlung Gerber

Eine Mickymaus fährt Orient-Expreß

Eine der eigenwilligsten Sammlungen zeitgenössischer Kunst befindet sich im Besitz des Berner Kunstmuseums: 1983 schenkte ihm der Berner Galerist Toni Gerber rund 3000 Objekte, Gemälde, Zeichnungen und Grafiken. Die Hauptwerke werden nun, ergänzt durch einige wichtige Ankäufe, erstmals vorgestellt, dabei begleitet von einem Katalog mit einer vollständigen Dokumentation der Sammlung.

Toni Gerber ist neben seinem Beruf als Lehrer seit mehr als zwanzig Jahren als Galerist und Sammler einer der wichtigsten Anreger und Vermittler nicht nur der Berner Kunstszene. Sein Engagement für die Kunst ist unbedingt, fast obsessiv. Er hat nie mit Berechnung prestigeträchtige Kunst zusammengekauft. Was ihn interessiert, ist die Arbeit von Künstlern, die sich Trends entziehen, die Arbeit von Einzelgängern und sperrigen Außenseitern.

Entstanden ist so eine schillernde Sammlung, die keiner Zeitströmung folgt, sondern ihre ganz eigenen Gesetzmäßigkeiten aufweist. Entsprechend ist auch die Ausstellung aufgebaut: Sie zeigt die Schwerpunkte der Sammlung, verteilt auf zwanzig Räume des Museums, ohne linearen didaktischen Regeln zu folgen.

Einen Akzent bildet die umfangreiche Werkgruppe von Markus Raetz. Obwohl sich viele Arbeiten zur Zeit in der großen Raetz-Ausstellung in Zürich befinden, verspürt man hier keinen Mangel. Die „Arbeiten aus einem Monat und einer Nacht", entstanden in Amsterdam 1973, oder die Mickymaus-„Anamorphosen" trösten über die Abwesenheit des Neapel-Frieses hinweg.

James Lee Byars ist ein weiterer Künstler, der als Beispiel für die Sammeltätigkeit von Toni Gerber stehen kann. Seine Arbeiten bestehen teilweise nur aus einer Performance oder sind aus kostbaren, fragilen Materialien geformt und nicht gerade leicht zu konservieren – was auch auf viele der anderen ausgestellten Werke zutrifft. Geprägt ist die Sammlung vorwiegend durch die während den siebziger Jahren zusammengetragenen Werke. Doch neben Namen wie Michael Buthe, Franz Eggenschwyler, Antonius Höckelmann, Joan Jonas, Sigmar Polke, Dieter Roth, Claude Sandoz und Jean-Frédéric Schnyder (alle mit größeren Werkgruppen vertreten) stehen auch junge und jüngste Künstler.

So etwa Alois Mosbacher, dessen kraftvoller Malerei bereits ein ganzer Raum gewidmet ist, Hans Peter Adamski, Siegfried Anzinger, Jiři Georg Dokoupil oder Franz Wanner. Zur offenen Struktur, der Lückenhaftigkeit und Holprigkeit seiner Sammlung sagt Toni Gerber selbst in einem Gespräch: „... sie ist vielleicht ein vergammelter Orient-Express, aber glücklicherweise kein Göring-Schlafwagenabteil, und es ist mir wohler darin, auch wenn es vielleicht Flöhe hat, die ab und zu beißen." (Bis 24. August; Katalog 45 sfrs)

GABRIELLE BOLLER

Das 11. „North Sea Jazz Festival" in Den Haag

Zu König Bennies Füßen

Im 11. Jahr seines Bestehens zeigt das „North Sea Jazz Festival" in Den Haag doch einige Ermüdungserscheinungen. Die Galerie der ganz großen Namen im Jazz ist merklich ausgedünnt. Sicher: Miles Davis war da, Herbie Hancock, Al Jarreau, Buddy Rich. Aber was sich sonst an den renommierten Spielstätten PWA-Saal und Gartenpavillon tummelte, hatte entweder seine Glanzzeit schon einige Jahre hinter sich oder gehörte strenggenommen nicht hierher. Aber so genau hat man es in Den Haag mit dem Begriff Jazz ohnehin nie genommen.

Da die Attraktionen auf ein Minimum beschränkt waren, sahen die niederländischen Jazz-Musiker ihre Stunde gekommen. Neuentdeckungen, zumindest für den Besucher aus dem Nachbarland, waren zur Genüge zu machen – etwa das Quartett des in seiner Heimat längst arrivierten Saxophonisten Joe van Enkhuizen. Von Free Jazz-Einsprengseln bis zum Klangrepertoire des Romantisch-Balladesken („God Bless the Child") reicht die Palette seiner Improvisationskunst. Während das Trio „Three O'Joop Hendricks" den Sprung über die Grenzen gefälliger Barmusik nur selten schaffte, wurde an anderem Ort der Pianist Rein de Graaff seinem Ruf gerecht, einer der wenigen Europäer zu sein, die das Idiom des Bebop wirklich beherrschen.

Daß die meisten Großen des Jazz nur noch in der Erinnerung lebendig sind, merkt man an den zahlreichen „Tribute to ..."-Konzerten, die unter anderem Louis Armstrong und Benny Goodman galten. Letzterem versuchte Bob Wilber mit seinem Orchester ein Denkmal zu setzen; er kann allerdings den „King of Swing" nicht vergessen machen. Wilbers Klarinettenspiel fehlt es hörbar an Glanz und Geschmeidigkeit, und in den Höhen kippt der Ton mitunter um in jämmerliche Kiekser. Auch beim Zusammenspiel der Band hapert es, und mehr als einmal muß sich der Bandleader zu seinem Mannen umdrehen, um sich zu vergewissern, daß sie noch hinter ihm sitzen. Man erklimmt eben nicht ungestraft den Thron eines Königs, wenn einem nur der Schemel zu seinen Füßen zusteht.

Auf dem Weg zum Pianisten John Hicks, der spätromantische Klangkaskaden in die Tasten hämmert und mit Jazz versetzt, lockt ein dünnes Stimmchen in einen anderen Raum. Es gehört zu Rose Murphy, einer betagten Dame am Klavier, deren erfolgreiche Zeit die fünfziger Jahre waren. Sie verfügt über die bewundernswerte Gabe, sich selbst gründlich auf die Schippe zu nehmen. Ihren Hit „I Can't Give You Anything but Love" piepst sie neckisch in den Raum – die fleischgewordene Antithese zur „Red Hot Mamma" Sophie Tucker, die den Evergreen in den Zwanzigern mit der Überredungskraft einer Dampfwalze auf die Platte röhrte.

Als veritable Enttäuschung erwies sich der als „Mr. Romantic" angekündigte Sänger Billy Eckstine. Zunächst einmal mußte sich das Publikum, das für Eckstine einen Sonderpreis entrichten mußte, rund 40 Minuten lang die holländische Band „The Skymasters" anhören, ehe der Sänger geruhte, auf die Bühne zu kommen und zwanzig Minuten sein mäßig gewordenes Können zur Schau zu stellen. Doch die „Skymasters" hatten sich mittlerweile auf Lautstärken eingespielt, die ein Zusammenkommen mit dem Sänger so gut wie unmöglich machten. Aber es haperte nicht nur an der Dynamik: Auch gefühlsmäßig schwangen der Sänger und seine Band auf vollkommen verschiedenen Wellenlängen. Nur der Swing kam dabei zu kurz.

Über die Tücken eines zu voll gepackten Terminplans ließe sich einiges anläßlich des Auftritts von Herbie Hancock sagen. Erst mußte sein Konzert um eine Stunde verschoben werden, aber als das Publikum dann immer noch eine Dreiviertelstunde wartete, ohne daß sich auf der Bühne etwas tat, drohte es den Saal in einen johlenden und pfeifenden Hexenkessel zu verwandeln. Doch als Hancock endlich kam – mit Branford Marsalis (Saxophon), Ron Carter am Baß und dem Schlagzeuger Al Foster –, wußte er das Publikum mit dem „Limehouse Blues" innerhalb weniger Takte wieder zu versöhnen. Dennoch: ein Wort des Bedauerns hätte ihm nicht schlecht angestanden.

Und das Fazit nach drei Tagen, vollgepackt mit Jazzhäppchen? Vielleicht liegt die Zukunft des Jazz in den amerikanischen University Bands, die über ein beachtliches Talent-Potential verfügen. Eine von ihnen sei stellvertretend für alle genannt: Sie kam aus Miami und entfachte ein tosendes Latin-Rhythm-Feuerwerk, durchsetzt mit herausragenden solistischen Leistungen. Da kann sich mancher Profi eine Scheibe abschneiden. RAINER NOLDEN

Im Zentrum des expressionistischen Wirbelsturms

Die Hypnose im Holze

Nach seiner Rückkehr aus dem Felde war Hans Prinzhorn (1886–1933) in den Jahren 1919/21 Assistent an der Heidelberger psychiatrischen Klinik, deren Leiter Professor Wilmanns eben damit begonnen hatte, die Arbeiten von Patienten – Bilder, Kritzeleien, Plastiken, Schnitzwerke und Zeichnungen – zu sammeln. Niemand schien geeigneter als der junge Arzt und promovierte Kunsthistoriker, der außerdem Philosophie und Psychologie studiert hatte, eine solche Sammlung aufzubauen, zu deuten und schließlich in geeigneter Weise zu publizieren. Das Resultat war die 1922 erschienene „Bildnerei der Geisteskranken" mit ihren zum Teil faszinierenden Reproduktionen aus der auf fast 6000 Werke angewachsenen „Prinzhorn-Sammlung" (Neudruck 1968).

Prinzhorn, der die Klinik 1921 verließ, um in Frankfurt eine psychotherapeutische Praxis zu eröffnen, wird

Zwischen Kunst und Wahn – ARD, 23 Uhr

ein „unstetes Leben" nachgesagt. In London absolvierte der Sohn eines Papierfabrikanten eine Gesangsausbildung; er „schrieb viele Bücher und heiratete des öfteren" – so heißt es. Schließlich überwältigten ihn Depressionen; er starb kurz nach seinem 47. Geburtstag an Typhus, was in Anbetracht einer kaum dreiprozentigen Mortalitätsrate mehr oder weniger glaubwürdig erscheinen mag. Er muß eine ruhelose und überaus spannungsvolle Natur gewesen sein, die einen Hang zur Psychoanalyse mit der Verehrung für die Charakterologie von Klages und mit nationalsozialistischen Sympathien nebeneinander zu kultivieren verstand.

Wie es scheint, hat Prinzhorn sein Hauptwerk, dem 1926 eine „Bildernei der Gefangenen" folgte, mit dem Feuer echter Begeisterung geschrieben, die sich daraus erklärt, daß er auf das Gemeinsame aller ursprünglichen Kunst – von Kleinkindern, unverbildeten Erwachsenen, „Wilden" und von Geisteskranken – gestoßen zu sein glaubte, dem er seine „Wesensschau" widmete. Damit lag er 1922 im Zentrum des expressionistischen Wirbelsturms.

Im gleichen Jahr, 1922, malte sein Altersgenosse Oskar Kokoschka jenes peinliche Selbstportrait mit einer lebensechten weiblichen Modellpuppe – Alma Maria Mahler darstellend –, nachdem er ein Jahr zuvor in der Zeitschrift für Neue Kunst ausgeführt hatte, der „Einfluß ... der Gesichte in die Seele (sei) aber wirklich eher eine Äußerung des Bewußtseins, daß es ihrer gewärtig war, und ein Erguß der Seele in die Gesichte". Daß der trotz aller Problematik Ich-starke Künstler den Vorgang der Projektion durchschaute, unterscheidet ihn von Prinzhorns „Fall 17", einem Bildschnitzer, der überwältigt wird: „Wenn ich ein Stück Holz vor mir habe, dann ist da drin eine Hypnose – folge ich der, so wird etwas daraus – sonst gibt es Streit."

Die „Bildnerei der Geisteskranken" war eher ein engagiertes Plädoyer für die Kunsttheorie des Expressionismus als eine sorgfältige Dokumentation. Es war wohl nicht zu verhindern, daß die Ausstellung „Entartete Kunst" 1937 aus diesem Reservoir vier Bilder psychisch Erkrankter aufnahm. Dabei waren nach „vermutlich optimistischer Schätzung" schon in den Jahren 1890 bis 1920, aus denen die Werke der Prinzhorn-Sammlung stammen, „weniger als zwei Prozent der Anstaltsinsassen künstlerisch tätig" (E. Kris, 1977). Bei einigen von ihnen – wie bei dem oberrheinischen Kunstschlosser („Fall 10") mit seinen an den Symbolismus erinnernden Buntstiftzeichnungen – handelte es sich auch keineswegs um „naive" Künstler.

In diesem Sinne geht die Gleichung zwischen Kindern, Geisteskranken und „Primitiven" nicht so auf, daß man aus ihr generell auf das Wesen der Kreativität schließen dürfte, um sodann – wie die Vertreter der „Antipsychiatrie" um 1970 – daraus zu folgern, daß die sogenannten Geisteskranken als „Märtyrer der Gesellschaft" zu betrachten seien. Mit diesem Tenor hat sich allerdings in Frankreich die „Révolution Surréaliste" auf Prinzhorns Buch berufen. Gleichzeitig tauchte jedoch die Frage auf, inwiefern sich nicht durchaus gesunde Hersteller von Kunstobjekten auf die Nachahmung schizophrener Produktionen eingelassen haben.

PETER R. HOFSTÄTTER

Ein Dichter und seine Insel: „Schöne nackte Frauen"

Hauptmanns Hiddensee

Welches die größte deutsche Insel sei – Rügen –, diese Frage können nur wenige noch beantworten, wohl weil sie nicht zum Gebiet der Bundesrepublik gehört. Noch weniger wissen sie von Hiddensee, jener langgestreckten, aber doch kleinen, keine 19 Quadratkilometer messenden Insel mit ihren steilen Kalksteinufern an der Westseite von Rügen. Dabei ist es keineswegs so, wie es in den Ankündigungen zur Sendung „Wanderungen durch die DDR" heißt: Daß Hiddensee vor dem Krieg von Urlaubsreisenden entdeckt wurde. Das geht auf die Maler der deutschen Romantik zurück. In manchem Gemälde Caspar David Friedrichs tauchen die Klüfte auf, die hier die Natur durchziehen. Und die Größe der Schöpfung im Vergleich zur Hinfälligkeit des Menschen, das war ja Friedrichs bevorzugtes Thema.

Seine Bilder aus Schlesien, mit dem Riesengebirge bezeugen es

Wanderungen durch die DDR – West III, 22 Uhr

nachhaltig. So verwundert es nicht, daß einer, der vor dieser Gebirgskulisse aufwuchs, gerade auf Hiddensee das Gesicht der Natur in anderer Gestalt erblickte: Gerhart Hauptmann. Noch bevor er im Herbst 1895 aus seiner schlesischen Geburtsstadt Obersalzbrunn nach Erkner bei Berlin übersiedelte, hatte er Ende Juli mit seinem Bruder Carl die Insel besucht. „Der erste Eindruck, den man von Hiddensee empfing", schrieb er damals, „war der von Weltabgeschiedenheit und Verlassenheit. Das gab ihm den grandiosen und furchtbaren Ernst unberührter Natur und dem Menschen, der in dieses Antlitz hineinblickte, jene mystische Erschütterung, die mit der Erkenntnis von den Grenzen seines Wesens und der menschlichen Kultur überhaupt verbunden ist." Beide Erfahrungen fehlen dem Menschen heute.

Der Natur begegnet er in den meisten Fällen als zubereiteter: genießbar gemacht als Kultur-Landschaft. Wie schwer diese der Natur abzuringen war, die Hauptmann selbst – in seinem „Worpswede"-Aufsatz – als feindlich und „furchtbar" begriff, weiß er nicht. So erscheint ihm Hauptmanns „Versunkene Glocke" mit Waldschrat, Nickelmann und Rautendelein, die Hauptmann seiner späteren Frau Margarete Marschalk im Fischerdörfchen Vitte auf Hiddensee diktierte, zwangsläufig – und fälschlich – als Kitsch. Daß weite Teile von Hauptmanns bitterstem Stück, der jegliche Ideologie verklagende Massenwahn-Tragödie „Magnus Garbe", in dieser Verlassenheit entstand, begreift man eher.

Auch Heiteres im Werk Hauptmanns verdankt Hiddensee seine Entstehung, besonders der utopische Südsee-Roman „Die Insel der großen Mutter". Der Dichter hat bekannt, daß er wohl nie entstanden wäre, „hätte ich nicht jahrelang auf Hiddensee die vielen schönen, oft ganz nackten Frauenkörper gesehen und das Treiben dort beobachtet." Das Epos „Till Eulenspiegel" wurde auf der Insel begonnen, das vergessene Drama „Die Tochter der Kathedrale", vor allem aber „Iphigenie in Delphi" und „Iphigenie in Aulis".

Sie entstanden im „Haus Seedorn" im Fischerdorf Kloster, das Hauptmann 1929 gekauft hatte. Heute ist es eine Gedenkstätte. Denn als der Dichter am 6. Juni 1945 im heimischen Agnetendorf gestorben war, den Ausweisungsbescheid der sowjetischen Administration in der Tasche, brachte man ihn nach Hiddensee. Auf dem Friedhof von Kloster wurde er am 28. Juli 1945 beigesetzt.

HORST ZIERMANN

Ein versierter Theater-Drache

KRITIK

An einem kritischen Punkt der Geschichte sah es so aus, als sei ein pflichtgetreuer Polizeibeamter der Sittenstrolch und Mörder. Aber eh' noch der staatsfromme Zuschauer in Zweifel stürzte, kam heraus, daß ein gewöhnlicher Schauspieler der Bösewicht war. Er hatte sich aus dem Fundus eine Uniform besorgt. Man atmete auf, und von da an war es nur noch ein Kinderspiel: **Tatort/Tödliche Blende** (ARD).

Den Kommissar in dieser munter vorgeführten Geschichte spielte Heinz Drache mit der sanft aufgesetzten Souveränität eines versierten Theatermenschen. Es ging ihm alles so leicht von der Hand, daß man gar nicht merkte, daß es nicht so leicht von der Hand ging. Routine ist gut, Kontrolle ist besser, mochte man da ausrufen. Aber man rief es nicht aus, denn das Spiel, das Rolf von Sydow ersonnen hatte, nahm einen gefangen. Die unverbrauchten Gesichter taten ein übriges, um den Spaß am Krimi zu verstärken, und das Hin und Her der hinterlistig installierten Verdächtigkeiten zwang zum Mitdenken. Was aber wollte ein Krimiautor mehr, als daß die Fernsehsessel vor Spannung knarrten!

Es bleibt die Frage, ob man den Drache öfter als ein paar Mal Kommissar spielen lassen sollte. Er hat alles, was einen TV-Kommissar ausmacht, aber schon abgeliefert, und er liefe Gefahr, im Wiederholungsfalle von sich selber abzuschreiben, und ein Papier-Drache darf er nicht werden, da ist er zu gut.

VALENTIN POLCUCH

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 Info: Verbraucher
10.00 heute
10.05 ... und das Leben geht weiter (4)
11.05 Der große Trubel
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

14.50 Klamottenkiste
Fatty im Ring
15.05 Unsere kleine Farm
Die Reise nach Walnut Grove
15.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
Die Sehnsucht der Männer
16.45 Spaß
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Verfemte Reptilien
Von Heinz Sielmann
Rund 2500 Schlangenarten sind von den Zoologen registriert. Wie viele lebensgefährlich giftig sind, ist umstritten; die Schätzungen schwanken zwischen 300 und 800 Arten. Zu ihnen gehören die bei uns heimische Kreuzotter, die Juraschlange sowie die Aspisviper. Schlangen beißen jedoch nur, wenn sie sich angegriffen fühlen.
21.00 Report
Themen: Frustrierte Polizei – gefährdete Sicherheit? Greenpeace gegen Norwegens Walfänger. Anti-Atomkampf in Göttingen: Brandsätze und Millionenschäden
Mit Günther von Lojewski
21.45 Dallas
J. R. ist sich nicht klar darüber, was er von dem Angebot des Reeders Marinos halten soll. Ein Privatdetektiv mahnt zur Vorsicht.
22.30 Tagesthemen
23.00 Zwischen Kunst und Wahn
Bildnerei der Geisteskranken
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

15.00 heute
15.05 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
15.30 Ferienkalender
16.05 Kleine Welt auf Rädern
16.30 Patrik Pacard (6)
Entscheidung im Fjord
Patriks Mutter wird von arabischen Kämpfern entführt. Eigentlich galt der Anschlag Patrik. Allen wird jetzt klar, daß der 15jährige Geheimnisträger ist.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Unerwarteter Besuch
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 Ein Fall für PD 465
Reportage über die Bekämpfung von Umweltkriminalität
Von Horst Werner
20.15 Johannisnacht
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Willy Birgel, Hertha Feiler, Erik Schumann, Ingrid Simon
Regie: Harald Reinl
Die zweite Ehe des Gutsbesitzers Christian von Hergeth scheitert, weil die Sängerin Martina Lynn nicht bereit ist, ihre Karriere aufzugeben. Tochter Micky, die auf einer Almhütte aufwächst, wird eingeredet, ihre Mutter sei tot. Als Martina Mickys Aufenthaltsort erfährt, besucht sie heimlich ihr Kind.
21.45 heute-journal
22.10 Nachtlied des Hundes
Ungarischer Spielfilm (1983)
Original mit Untertiteln
0.30 heute

III.

WEST
18.30 Lord Schmetterhemd
Augsburger Puppenkiste
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Fischer in Frankreich
20.45 Rückblende
Edward Curtis und seine photographische Geschichte der Indianer Nordamerikas
21.00 Der Forellenhof (1)
22.00 Wanderungen durch die DDR
Insel Hiddensee
22.45 Kostbarkeiten aus Dresden
Canaletto: „Dresden vom rechten Elbufer"
23.00 Bach-Rock
Mit Jethro Tull
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
19.15 Kinderkriegen – heute (2)
20.00 Tagesschau
20.15 25 Jahre Pille
Film von Helga Dierichs
In den vergangenen 25 Jahren hat die Pille das Sexualverhalten vieler Menschen beeinflußt.
21.00 Vier Schlüssel
Deutscher Kriminalfilm (1965)
Regie: Jürgen Roland
Bankdirektor Rose gerät in die Gewalt einer Bande, die es auf den Haupttresor abgesehen hat.
22.40 Musenkuß nach Stundenplan (2)
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Beat, Beat, Beat
19.20 Hessenschau
ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
16.00 Ohne Krimi geht die Mimi nie ins Bett
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Zirkusreiterin
18.32 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Vis-à-vis
20.15 Museen der Welt
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Die Ferien des Monsieur Hulot
Französischer Spielfilm (1953)
22.40 Architektur heute
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Von Stade nach Böblingen
18.45 Rundschau
19.00 Wie hammas denn?
20.00 Reisewege zur Kunst: England
20.45 Die Sprechstunde
Erste Hilfe im Sommer
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Fünf Gräber bis Kairo
Amerikanischer Spielfilm (1943)
Regie: Billy Wilder

SAT 1

15.00 Perrine
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Shiloh Ranch
Der Ring des Schweigens
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschl.: Dick Tracy
18.30 APF blick
18.45 Schirm, Charme und Melone
Gefährliche Tanzstunde
Anschl.: Margot Werner
19.45 Love Boat
Der eingebildete Kranke
Die Primaballerina
Schreib' ein Buch, Shakespeare
20.40 Airwolf
Menschenjagd auf texanisch
21.30 APF blick
Gast: Peter Petrel
22.15 F. A. Z. etten
22.45 FBI
Eine unbequeme Zeugin
Anschl.: APF blick



19.00 Unter deutschen Dächern
Das Hofbräuhaus
19.45 Grand Café
20.00 Tagesschau
20.15 Das Gold der Wüste (6)
Der Kampf um das Kupfervorkommen ist auf dem Höhepunkt. Alec wird für kurze Zeit verhaftet. Trotzdem gewinnt er und wird Besitzer des Berges.
21.05 Herrenhaus
Schauspiel von Thomas Wolfe
Mit Rolf Boysen, Marilene von Bethmann, Franz Kutschera und Volkert Kraeft
Regie: Fritz Umgelter
23.10 Ljubica, eine Frau über dreißig
Jugoslawischer Spielfilm (1978)
Ljubica lebt allein in Zagreb, ihr Mann arbeitet im Ausland. Eine romantische Affäre mit einem Studenten weckt Sehnsüchte.
0.40 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Direkt
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Kapitän Harmsen
Das Quiz
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten



18.15 Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die wunderbare Puppe
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Mit Ginger Rogers
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.20 Blick in die Welt
22.20 Geheimauftrag für John Drake
22.52 Wetter / Horoskop / Betthupferl



Abschied von der Tirolerin

alb – Der Tod eines Wortes ist zu beklagen, eines weiblichen Kompositums, viersilbig, vollschlank. Es ist die Bezeichnung für eine äußerst angenehme Erscheinung, an die sich fast nur schöne Erinnerungen knüpfen. Es ist das Wort „Sommerfrische".

Ungefähr 350 Jahre alt ist es geworden, genauer weiß man es nicht. Sozusagen „kein Alter" für ein Wort. Geboren wurde es in Bozen. Im sommerlich stickigen Bozen wurde es schon im Mittelalter üblich, auf dem Hochplateau des Ritten Frische zu suchen. Bald bekamen auch andere Städte in Südtirol ihre „Frischen". Um 1600 gingen Sommer und Frische eine feste Verbindung ein, und diese Zusammensetzung machte Karriere. Allmählich suchten die Städter überall „Sommerfrische". Als Witzwort kam „Sommerfrischling" hinzu. Berliner „Sommerfrischler im Riesengebirge" setzte Fontane noch 1896 in Anführungszeichen. Konservativ und sprachbewußt.

Warum die „Sommerfrische" so schnell veraltete, läßt sich erklären: Der Begriff wurde zu eng, als das Verreisen zum Wintersport („Winterfrische") immer beliebter wurde und schließlich Urlaubsreisen das ganze Jahr hindurch üblich geworden sind. „Urlaub" ist älter, nämlich althochdeutsch, aber neutraler. „Ferien" noch älter, nämlich lateinisch, und ebenfalls ein allgemeiner Begriff. Außerdem haftet der Sommerfrische etwas Bürgerliches, wenn nicht Spießbürgerliches an. Es war der „Mittelstand", der sommers „Erholung" auf dem Lande suchte. Jetzt düsen sie nach Süden. Der Untergang eines Wortes quittiert also wechselnde Gewohnheit.

Das Wort soll nicht ohne Nachruf verschwinden. Eltern und Großeltern können den Verlust ermessen. Die Kurdirektion von Oberbozen müßte eine Trauerfeier terminieren. Oder wenigstens eine kleine Gedenktafel ans Fitneß-Center heften lassen.

Roms kirchliche Hochschulen: Akademische Refugien gegen Campus-Krawalle

Wie eine Wiege der Weisheit

Das Wort Universität im Zusammenhang mit Rom bedeutete jahrelang kaum etwas anderes als die Vision eines Riesencampus, auf dem Chaos herrschte, Rektoren und Professoren provoziert und terrorisiert wurden. Einmal mußte das Gelände sogar vom Militär geräumt werden – der „Rettore Magnifico" wurde in seinen Amtsräumen von rebellierenden Studenten gefangengehalten. Akademische Würde, wissenschaftliche Disziplin und strikte Lehrpläne schienen für immer der Vergangenheit anzugehören. Diese Zustände sind an der erst 1925 gegründeten römischen Universität „La Sapienza" (Die Weisheit) zum Glück vorbei, und etwas Weisheit ist auch hier wieder eingekehrt. Und ein Hoffnungszeichen ist, daß vom Gipfel in den siebziger Jahren mit 180 000 Studenten die Zahl der Immatrikulierten auf heute „nur" 150 000 sank.

Doch fast unbeachtet, nicht im Schatten, aber abseits, gab und gibt es in der Ewigen Stadt ein universitäres Universum, das in der Welt seinesgleichen sucht: rund 20 Akademien, Universitäten, Hochschulen und Institutionen, die vom Vatikan und der Kirche unterhalten werden. Nicht eine Vorlesung ist hier im Laufe der Jahre wegen Streik und Protest ausgefallen, nicht ein Dozent beschimpft und verjagt worden. Diese andere akademische Wirklichkeit Roms wurde vor kurzem mehr als sonst bewußt und diskutiert, als nämlich eine erst Anfang 1985 mit einem päpstlichen Breve autorisierte Akademie des religiösen Ordenswerkes „Opus Dei" melden konnte, für das Studienjahr 1985/86 schon 118 Studenten aus 22 Ländern immatrikuliert zu haben.

Sechzig Deutsche an der Gregoriana

Inzwischen weiß jeder, daß der jetzige Papst das Missionswerk „Opus Dei" (Werk Gottes) besonders hochschätzt und fördert. Er hatte auch die 1928 gegründete Vereinigung vor einiger Zeit zu einer Prälatur unter Monsignor Alvaro del Portillo erhoben, der jetzt auch Großkanzler der Universität wurde.

Aber neben diesem Neuling unter Roms Almae matres bieten die vielen anderen kirchlichen Hochschulen ein weites Spektrum der akademischen Bildung. Außer der großen, weithin bekannten katholischen Privatuniversität „Sacro Cuore" gibt es vor allem die „Pontificia Università Gregoriana", 1553 von Ignatius Loyola gegründet. Sie steht heute noch unter der Leitung von Jesuiten. Es handelt sich um die größte kirchliche Universität Roms mit 2500 Studenten. Hier hat sich die Zahl der deutschsprachigen Studenten in den vergangenen Jahren stetig erhöht, trotz der hohen Studiengebühren: Es sind augenblicklich rund sechzig.

Studentinnen sind begreiflicherweise an den kirchlichen Hochschulen eine Minderheit – doch sind es immerhin schon zehn Prozent aller Immatrikulierten. Unter ihnen finden sich sowohl Laientheologinnen wie auch Schwestern und Nonnen, die sich auf höhere Laufbahnen vorbereiten.

Die Studenten der Gregoriana kommen aus aller Welt und repräsentieren rund hundert Nationen. Längst ist Latein nicht mehr die offizielle Vorlesungssprache. In den hohen Korridoren hört man außer Italienisch viel Englisch, das inzwischen die zweite Umgangssprache geworden ist.

Das altberühmte „Collegium Germanicum et Hungaricum" unterhält keinen eigenen Lehrbetrieb, nimmt seine Alumnen aus dem Gebiet des früheren Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation einschließlich Ungarns und Kroatiens (das bis 1919 zur ungarischen Krone gehörte) auf und läßt sie ausnahmslos an der „Gregoriana" studieren. Pflicht sind sieben Jahre Studium der Theologie und Philosophie. Die Alumnen des Germanicum belebten früher auf besondere Weise das römische Straßenbild: Sie trugen feuerrote Soutanen und wurden deshalb „Gamberi" (Krebse) genannt. Heute herrscht dort wie anderswo schlichtes Schwarz.

An der „Pontificia Università Urbaniana", die mit dem Kolleg der Kongregation für die Glaubensverbreitung verbunden ist, überwiegen Afrikaner, Studenten aus dem Kontinent, der das stärkste Wachstum an katholischen Christen zu verzeichnen hat. Bedeutend ist die Lateran-Universität mit ihrem gewaltigen Archiv, wo ebenfalls wie an allen anderen Akademien Menschen aller Länder, Rassen und Kulturen einträchtig zusammen studieren, wie es dem universalen Auftrag der Kirche gemäß ist. Die älteste dieser Institutionen ist das „Marianum", das unter Papst Bonifaz VIII. im Jahre 1398 seine Tätigkeit aufnahm.

An der Dominikaner-Universität „Angelicum" studierte von 1946 bis 1948 der heutige Papst Johannes Paul II. Als Karol Wojtyla aus Krakau in Rom eintraf und im belgischen Priesterkolleg unterkam, war sein Priesterrock so zerschlissen, daß ein Studienkollege ihm einen besseren schenkte, damit er sich anständig beim Rektor präsentieren konnte. Wojtyla promovierte in Rom 1948 in Philosophie, mit einer Dissertation über Max Scheler.

Lorbeer nach zehn Jahren Studium der Bibel

Das „Angelicum" wurde 1580 gegründet, die „Accademia San Bonaventura" 1587. Die Studentenzahlen hier und an allen anderen Hochschulen dieser Art sind im Vergleich zu staatlichen Universitäten niedrig. Sie erinnern fast an die „guten alten Zeiten", als etwa eine Alma mater wie Padua im Mittelalter mit wenigen hundert Scholaren beanspruchen konnte, eine Wiege der Weisheit und Wissenschaft von Weltrang zu sein.

Für das akademische Jahr 1985/86 rechnet man an allen kirchlichen und päpstlichen Hochschulen zusammen mit rund 9000 Studenten. Interessant ist, daß diese Zahlen seit Anfang der achtziger Jahre ständig steigen. So ist die Gregoriana an der Grenze ihrer Kapazität angelangt.

Bei einigen Akademien ist der Prozentsatz der „Laien", also Studenten, die nicht Priester oder Theologen werden und auch nicht Karriere in der Kurie machen wollen, recht groß. Außer Theologie und Kirchenrecht gibt es die Fakultäten Philosophie, Psychologie, Soziologie, Geschichte, Kirchengeschichte, Recht, Archäologie, Arabistik, Orientalistik, Germanistik, Anglistik und Musik.

Was den Schwierigkeitsgrad eines Curriculum angeht, ist vielleicht das „Institutum Biblicum" an der Gregoriana das Maximum. Hier hat man sich auf das Studium der Heiligen Schrift in den Originalsprachen spezialisiert. Nur drei oder vier Doktoranden promovieren hier nach einer Dekade intensiven Studiums pro Jahr. Die hier verliehene „Laurea", wie der Doktorlorbeer auf italienisch heißt, kann wohl als verdient bezeichnet werden.

JÜRGEN VORDEMANN



Ein Über-Dostojewskij mit Backenbart und stechenden Augen: Michael Abendroth in der Nürnberger Aufführung des Stücks „Eine alte Schauspielerin für die Rolle der Frau Dostojeskijs" FOTO DIE WELT

Nürnberg spielt E. Radzinskijs Dostojewkij-Drama

Moskauer Untergrund

Nach Tschernobyl wäre eine Wiederaufnahme der sowjeteigenen Dostojewskij-Debatte wohl das letzte, was wir von einem aktuellen Kulturaustausch erwarten. Und wenn jetzt die Nürnberger Kammerspiele zum erstenmal in Deutsch ein, wie es heißt, „Stück aus dem Moskauer Untergrund" voller Dostojewskij-Zitate herausbringen, horcht doch jeder auf: Gilt der unheimliche Russe wie zu Gorkis Zeiten wieder einmal als gefährlich und schädlich? Oder halten sie ihn für einen Voraus-Antifaschisten und Lehrer des wahren Humanismus, wie schon einmal in den Kriegsjahren? Kommen sie zurück auf Trotzkis ideologischen Kalauer von der „reaktionären Epilepsie" Dostojewskijs? Oder ist er spätestens seit den Feiern zum 100. Todestag (1981) rundum in marxistischer Ordnung?

„Eine alte Schauspielerin für die Rolle der Frau Dostojewskijs" heißt das vorgebliche Untergrund-Stück des 49jährigen Moskauer Dramatikers Edward Radzinskij, den hier keiner kennt. Obwohl zum Beispiel seine „Gespräche mit Socrates" sich schon zehn Jahre auf der Majakowskij-Bühne halten und sein „Theater mit Nero und Seneca" bis nach New York gedrungen ist.

Die Titel verraten: Er hat's mit den großen Mythen, die er für den Boulevard-Bedarf respektlos, aber mit einem erstaunlichen Dokumentarfleiß aktualisiert. Im Fall Dostojewskij hält er sich wörtlich an die Erinnerung von Anna, der duldsamen zweiten Frau, und von Polina, der irrwitzig Geliebten, um ein absurdes Verwirrspiel der Zeiten und Personen in Gang zu bringen.

Im Invalidenheim lebt unterm Sofa (das ist der Untergrund) einer, der sich (vielleicht zu Recht?) für Fedja Dostojewskij hält. Eine angebliche Schauspielerin, die sich in der Tür geirrt hat, überredet er zur Rolle der Anna (die sie leicht gewesen sein könnte). Obgleich an der Wand das offizielle Breschnew-Porträt hängt und am Stehpult Hammer und Sichel glänzen, verbeißen sich die beiden derart naturalistisch in die historischen Szenen ihrer Ehe, daß man an zeitversetzte Doppelgängerei glaubt, an Wiedergeburt, Seelenwanderung. Zumal der Autor trickreich die Unsicherheit schürt. Etwa mit Annas Satz: „Ich verschwinde nicht, ich verstecke mich nur in der Natur." Oder mit einem plötzlichen Abbruch aller Ekstasen: „Die Dreharbeiten sind jetzt beendet."

Auf diesem schwankenden dramaturgischen Grund, der übrigens Dostojewskijs fieberhaft übersteigertem Genie-Bewußtsein entspricht und alle Widersprüche ohne Erklärung läßt, lesen und spielen Sofie Keeser und Michael Abendroth exakt die Geschichte von Anna und Fedja durch, angefangen mit den 26 Tagen, in denen er ihr den ganzen Roman „Der Spieler" diktiert. Sein Heiratsantrag von 1866 fällt aber unversehens aus der Zeit ins Live-Getechtel der Gegenwart. Wie überhaupt nichts ausgelassen wird, um anzudeuten: Die beiden leben mal damals, mal heute.

Mit seinem Backenbart und den stechenden Augen, mit einer beschwörenden Knattersprache, den Schrei-Überfällen und Schüttelkrämpfen ist Abendroth sogar ein Super-Dostojewskij; dämonisch erregt er sich über seine Schein-Exekution vom Dezember 1849, die vier Jahre Sibirien, das Roulette-Desaster in Homburg ... Die theatralischen Exzesse (Radzinskij: „Ich schreibe Liebeserklärungen an den Beruf des Schauspielers") zerschellen hier, wie im richtigen Leben Dostojewskijs, an Annas ruhig-nüchterner Zuneigung, schön kontrastfreudig ausgespielt von Sofie Keeser. (Inszenierung: Bircher/Kreutzberg).

So weit, so bekannt und recht publikumswirksam. Aber in Moskau muß das Ganze wohl einen anderen Stellenwert haben. „Sei mitfühlend, Anna! Das ist auch Fedjas Charakter. Heutzutage schwört jeder x-beliebige satte Bösewicht bei seinem Namen, und irgendein Tyrann ist darauf aus, ihm ein Denkmal zu setzen ..." – das klingt vorm Kreml sicher strenger als in Nürnberg. Auch daß in der Mitte des gutbürgerlichen Wohnzimmers ein Eimer mit Schrubber plaziert ist und um Fedjas „Untergrund" extra viel Desinfektionsmittel versprüht wird, vesteht man in Dostojewskijs eigenem Land spontan: als Kritik an den wechselnden Säuberungsaktionen, die Rußlands größter Dichter auszuhalten hat.

ARMIN EICHHOLZ

Nächste Aufführungen: 17., 20., 24. Juli; Kartenvorbestellung: 0911 / 16 38 08

Berliner Bach-Tage

Friedrich II. trifft Johann Sebastian

Lange hatte es in der Leitung der alljährlichen Berliner Bach-Tage gekriselt, der knapp einwöchigen Reihe, die, reich gespickt mit oder weniger thematisch miteinander verzahnten Kammerkonzerten, Vorträgen und Großveranstaltungen, sich von Jahr zu Jahr schwerer tat, ihr Dasein (und ihren Subventionsfluß) zu rechtfertigen. Nun hat sich unter Carl Dahlhaus, Peter Reidemeister und Günther Wagner eine neue künstlerische Leitung installiert. Ob die musikwissenschaftliche Kur anschlägt, bleibt abzuwarten.

Zum diesjährigen Thema hatte man sich anläßlich des 200. Todestages des Preußenkönigs „Friedrich d. Großen und Johann Sebastian Bach" gewählt. Höhepunkt des Programms wurde freilich (wie zu erwarten) die Aufführung der h-Moll-Messe, die nichts mit dem König zu tun hat. Und die gleich zweimal im Programm aufscheinende „Lyrische Suite" Alban Bergs folgt auch eher bürgerlichen Einflüsterungen als monarchischen: Denen der Prager Industriellengattin Hanna Fuchs-Robettin, an die Berg ein Liebesverhältnis band.

Nun ist jede Aufführung der „Lyrischen Suite", in welchem Rahmen auch immer, herzlich willkommen. Sie ist und bleibt eine der ausdruckssattesten Geständnis- und Bekenntnismusiken des Jahrhunderts, in die strengen Formen absoluter Musik gebannt, und sie fand durch das Kreutzberger Streichquartett ihre makellose Widergabe, die freilich ruhig noch ein bißchen weniger keusch hätte ausfallen können. Wer sich darüber hinaus, immer unter den Auspizien Bachs und Friedrichs II., weiter mit dem Werk beschäftigen wollte, hatte dazu Tage danach bei der Aufführung der dreisätzigen Streichorchesterfassung Gelegenheit.

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Bach-Akademie Stuttgart konnte Berlin eine Wiederholung des Abschlußkonzerts der Meisterklasse von Henryk Szeryng für sich gewinnen, für das unter Szeryngs Leitung das Stuttgarter Kammerorchester zur Verfügung stand. Man ist inzwischen auch mit Reprisen zufrieden.

Nicht gerade fern von der Stuttgarter Bach-Akademie, obwohl nicht eigens als Zusammenarbeit angekündigt, stand die stürmisch gefeierte Aufführung der h-Moll-Messe in der Philharmonie. Für sie hatte man die Gächinger Kantorei, das Bach-Collegium Stuttgart und natürlich Helmuth Rilling gewonnen, der eine sorgsam ausgewogene Darstellung lieferte, die man in gutem Jazzdeutsch als „Mainstream"-Bach ansprechen konnte: Eine frischstimmige, unverklärte, aber auch unverschliert zielstrebige und stilsichere Aufführung mit musikalisch gediegenem Apparat, mit der jedermann zufrieden sein konnte.

KLAUS GEITEL



Die Bedeutung Oberschlesiens in der Literatur: Ein Symposion in Rastatt

Heimat, das sind Sitten und Bräuche

Schriftsteller, Literaturkritiker, Historiker und Publizisten beschäftigten sich während eines Literaturseminars in Rastatt mit dem Thema „Oberschlesien – eine Aufgabe für Schriftsteller und Literaturhistoriker". Der Historiker und Redakteur der Kulturzeitschrift „Schlesien", Hans Enden, würdigte und analysierte Leben und Werk des 1969 verstorbenen oberschlesischen Schriftstellers August Scholtis, der jetzt seinen 85. Geburtstag hätte feiern können. Er hob hervor, daß zwar vor Scholtis Joseph von Eichendorff und Gustav Freytag in die deutsche Literatur eingingen, jedoch Scholtis' „Ostwind" von 1932 erst den Blick in Richtung Oberschlesien öffnete.

Zwei der prominentesten oberschlesischen Schriftsteller, Hans Lipinsky-Gottersdorf und Hans Schellbach, nahmen zusammen mit weiteren oberschlesischen Autoren zu ihren Werken und zum Heimatverständnis Stellung. Alle wiesen darauf hin, daß der Poet ohne Heimat wie ein Fisch ohne Wasser sei. Lipinsky-Gottersdorf widersprach energisch „den Proselyten um Adorno", wonach ein lebendiges Heimatgefühl nur zu den Toren von Auschwitz führen könnte. Der Schriftsteller Erich Scholz sagte, daß es „keine nostalgische Nabelschau" bezüglich der verlorenen Heimat im Schaffen eines Literaten geben dürfte.

Gibt es überhaupt eine oberschlesische Literatur? lautete eine Frage. Da gab es die vom Deutschen und teils auch vom Mährischen geprägte „wasserpolnische" Mundart, wobei die meisten Mundartdichter sich auch der deutschen Sprache bedienten. Hinzu kommt eine Gruppe polnischer Autoren, die seit 1919 im polnisch gewordenen Teil Oberschlesiens wirkten. Einige davon schrieben wiederum zwischen 1939 und 1945 Deutsch. Schließlich: Scholtis, der Wahlberliner, der vom Preußentum beeinflußt war, stammt aus dem Hultschiner Ländchen, das nach dem Ersten Weltkrieg bereits der Tschechoslowakei zugeschlagen wurde.

Was bedeutet Heimat in der Literatur? lautete die Frage des Mainzer Historikers und Schriftstellers Helmut Neubach. Sie stelle kein einheitliches Bild dar, hieß es, denn „jede Ecke" Oberschlesiens habe ein anderes Bild. Lipinsky versteht sich zum Beispiel als „wasserpolnischer Preuße", er kommt aus dem „grünen" Oberschlesien, das von landwirtschaftlichen und herrschaftlichen Domänen mit seinen weiten Flächen und von den vielen Groß- und Kleinbauern geprägt war. Schreiber wiederum entstammt dem vom Katholizismus geprägten Milieu der oberschlesischen Bergarbeitersiedlungen.

Die letzte Frage dieses Seminars lautete, ob die oberschlesische Literatur als historisches Dokument der alten Heimat gewertet werden könne. Lipinsky stellte dazu fest, daß die „prägende Erinnerung" sich später weniger in der Literatur an die Realien anlehnt, sondern mehr vom Fluidum der Heimat, seiner Sitten und Gebräuche zehrt. Die (literarische) Wahrheit ist sowieso ein Kristall mit vielen Betrachtungsperspektiven.

Tagungsleiter Neubach stellte fest, daß Oberschlesier bedeutende Plätze in der deutschen Literatur eingenommen haben – umso erstaunlicher, da es sich um eine kleine Region handelt. Nicht weniger beachtlich ist die Präsenz der Oberschlesier in der zeitgenössischen deutschsprachigen Literatur: Lipinsky-Gottersdorf, Piontek, Bienek und Schellbach. Und schon stehen junge Literaten vor der Tür, die zuerst in der polnischen Literatur Erfolg hatten, wie Stanislaus Biniasz.

JOACHIM G. GÖRLICH



Verlust der Körperlichkeit: „Turm der Alexandra" von Uli Günther bei der Triennale FOTO: KATALOG

Horrorszenen im niedlichen Spielzeugformat: Die dritte Triennale der Kleinplastik in Fellbach

Und dann und wann ein Matterhorn en miniature

Neben Wasserhahn und Seifenschale hängt eine Art Kreissegment aus lackiertem Holz an den Kacheln eines Waschraumes. Man weiß nicht, was es da soll. Vielleicht ein neuer Seifenspender? Ein Trockner, bei dem man nur den Einschaltknopf nicht findet? Keine Angst: Wenn Sie in gekachelten Räumen künftig einem Gegenstand begegnen, dessen Funktion auch nach längerer Untersuchung unklar bleibt, dann besteht Anlaß zu der Vermutung, hier könnte der Bildhauer Jörg de Breuyn seine Spuren hinterlassen haben.

Dieser Jörg de Breuyn, ein Kölner Künstler des Jahrgangs 1959, gehört sicher zu jenen Bildhauern, die man als charakteristisch für die jüngere deutsche Kleinplastik bezeichnen könnte, wie sie sich jetzt bei der Dritten Triennale in Fellbach bei Stuttgart präsentiert.

Neben den 75 deutschen Bildhauern, die hier zu sehen sind, hat Ausstellungs-Regisseur Manfred Schneckenburger zehn Gäste aus Frankreich und neunzehn aus Ungarn eingeladen. Das ist auch insofern von Interesse, als durchaus „nationale" Kontrapunkte gesetzt werden. Insgesamt 280 Arbeiten sind hier versammelt. Arbeiten, die, wie Schneckenburger im Katalog zitiert, im menschlich erreichbaren Maß von höchstens einem Kubikmeter begrenzt sind.

Das aber ist schon die einzige Gemeinsamkeit, die das Phänomen Kleinplastik im modernen Sinn noch definiert. Sonst ist sowohl im formalen wie inhaltlichen Sinn der übliche Pluralismus angezeigt. Es gibt Verkleinerungen von Groß-Gegenständen (etwa des Matterhorns), es gibt bühnenhafte Szenarien, es gibt Fundgegenstände, Spielanlässe oder Phantasieobjekte zum Scheingebrauch. Nur eines gibt es kaum noch: Plastiken, die sich als gestaltete Körperlichkeit autonom setzen.

Schneckenburger hat – und das gilt nicht nur für die deutschen Triennale-Beiträge – sicher recht, wenn er beobachtet, daß die Kleinplastik heute verstärkt auf den allgemeinen „Körperverlust" reagiert. Wo sich Abstraktionen durchsetzen, wo ein bloßer Knopfdruck noch die einzige Beteiligung des Menschen an Produktionsprozessen darstellt, wo ergo körperliche Erfahrungen immer stärker atavistisch genannt werden müssen, da scheint es in der Tat angezeigt, daß die sehr menschennahe Kleinplastik darauf reagiert.

Womit wir wieder bei Künstlern wie de Breuyn wären. Seine Schein-Objekte provozieren eine haptische Beschäftigung. Man tastet und untersucht, um die Funktion zu erfahren und macht dabei, gleichsam wider Willen Raumerfahrungen, Materialerfahrungen, Selbsterfahrungen.

Weniger überlistend durch Eingriff in kunstfremde Lebensräume, sondern durch Objekt-Variabilität versuchen so etwas auch Künstler wie Wolfgang Nestler (Jahrgang 1943), der das Veränderungs-Schema provozierend einengt, oder Edgar Gutbub (Jahrgang 1940), der uns in schräg geschnittene Schächte blicken läßt, die unsere Augen-Wahrnehmung irritieren und kritisch bedenken lassen.

Selbst da, wo Szenarien aufgebaut oder Architekturen reflektiert werden, geht es den Künstlern um die Provokation von Erfahrungsanstrengungen. Die Schaukästen Peter Bassselers (1947) verkleinern Horrorszenen so sehr, daß ihre Spielzeughaftigkeit wie ein Schock wirkt, weil wir Miniatur automatisch mit Verharmlosung und Niedlichkeit identifizieren. Oder: Michael Schoenholtz (1937) baut winzige Architekturen aus kaltem Carrara-Marmor. Auch hier wird der Wahrnehmungsschock gesucht. Die Nähe ist so kalt und unnahbar, wie wir es sonst von der Ferne gewohnt sind.

Ein wenig anders erscheinen da doch die Franzosen wie Christian Boltanski zum Beispiel: Durchsichtige Plastikschubladen erheitern die Phantasie. Und ganz anders die Ungarn. Wie Peter Orosz zum Beispiel: Ein Kranz aus Stacheldraht, eine Dornenkrone, steht als Objekt ganz allein wie eine Beschwörung da. Hier wird nicht gespielt, hier ist die Wirklichkeit noch ganz nah beim Künstler und seinem – gewöhnlichen – Publikum. Etwas weniger Theorie würde den deutschen Künstlern gelegentlich auch ganz gut tun (bis 10. August, Katalog 20 Mark).

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Bochumer „Räuber" nun doch nach New York

dpa, Bochum

Das Bochumer Schauspielhaus darf nach wochenlangen Widerständen der amerikanischen Einwanderungsbehörden nun doch mit Alfred Kirchners Inszenierung des Schiller-Dramas „Die Räuber" in New York gastieren. Fünf Tage vor der geplanten Abreise traf die zunächst verweigerte Arbeitserlaubnis für das Ensemble ein. Gegen die vorgesehene Teilnahme am New Yorker Theater-Sommerfestival hatten die Behörden zunächst argumentiert, das Schauspielhaus sei „zu unbedeutend". Erst durch die Fürsprache des Goetheinstituts und „zahlreicher europäischer Theatermacher" seien die US-Behörden „von der künstlerischen Qualität der Inszenierung überzeugt worden", hieß es in Bochum.

Vierzig Gemälde von de Staël in Antibes

AFP, Antibes

Vierzig Gemälde von Nicolas de Staël, eine Auswahl aus über 350 Arbeiten, die er 1954 während eines sechsmonatigen Aufenthalts in Antibes anfertigte, zeigt das Picasso-Museum in Antibes bis 29. September. Die Bilder sind vom Licht der Mittelmeerlandschaft erfüllt. Ergänzt wird die Gemäldeausstellung durch Briefe des Künstlers, die wesentliche Erklärungen zu seinem Werk enthalten.

Umfassendes Bild staatlichen Handelns

DW. Bonn

Aus Anlaß des 200. Todestages Friedrichs des Großen veranstaltet das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr in Freiburg vom 28. Juli bis 2. August ein Internationales Kolloquim zum Thema „Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa im Zeitalter Friedrichs des Großen". Ziel des Treffens ist es, den beteiligten Historikern aus Frankreich, England, Schweden, Kanada und der Bundesrepublik ein umfassendes Bild staatlichen Handelns aufzuzeigen.

Junge Dirigenten beim Orchestre de Paris

AFP, Paris

Carlo Maria Giulini, Zubin Mehta, Bernard Haitink, Christoph von Dohnanyi, Mstislaw Rostropowitsch und Sir Georg Solti hat Daniel Barenboim als Gastdirigenten des Orchestre de Paris eingeladen. Auch Dirigenten der jungen Generation stehen am Pult – darunter Lawrence Foster, Myung-Whun Chung, Semjon Byschkow und Charles Dutoit. Neun der 27 Sinfoniekonzerte des Orchestre de Paris leitet Barenboim selbst.

Menschheitsgeschichte in Neuwieder Museum

D. B. Neuwied

Die Forschungsstelle Altsteinzeit mit Sitz im Jagdhaus Monrepos bei Neuwied, die bisher zum Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Köln gehört, wird 1987 im Forschungsbereich Altsteinzeit des Römisch-Germanischen Zentralmuseums Mainz aufgehen. Die Prinz-Maximilian-zu-Wied-Stiftung richtet in Neuwied-Monrepos ein Museum und Forschungszentrum her. In der ständigen Ausstellung soll erstmals in Europa ein geschlossener Überblick zur ältesten Geschichte der Menschheit gegeben werden.

Graphik des deutschen Expressionismus

DW. Kaiserslautern

In der Reihe ihrer Bestandskataloge hat die Pfalzgalerie in Kaiserslautern jetzt den zweiten Band der Graphischen Sammlung vorgelegt. Er umfaßt mit 487 Nummern einen ansehnlichen Bestand an Graphik des deutschen Expressionismus, in dem alle wesentlichen Künstler vertreten sind. Der Katalog, bearbeitet von Heinz Höfchen, kostet 28 Mark.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Jeder möchte einmal hinter die Kulissen schauen, egal wo, ob im Theater oder der Politik, was vielleicht zu verblüffenden Übereinstimmungen führen würde. Doch nicht jeder kann es. Einer, der sich die Wirtschaft aufs Korn genommen hat, ist Rolf Breitenstein, den es weit in der Welt herumgetrieben hat: Vom Journalisten wurde der promovierte Volkswirt Diplomat in London, Warschau, Rom und Neu-Delhi – und dazu ein Satiriker von Graden, der manchen Mythos lustig zu entlarven versteht. Er sticht mit dem Florett Löcher in die Pappwände großer wirtschaftlicher Denkgebäude, verspottet die „Arbeitweitergeber" oder die „Verpulverung unserer Zeit", kurz: Er liefert Wirtschaftssatire von Niveau für jedermann. Natürlich ist der Buchtitel umgekehrt zu verstehen.

sta

Rolf Breitenstein: „Nichts ist so einfach, wie es aussieht." Ullstein, 192 S., 7,80 Mark.

Schmuggel: Fünf Mark pro Stange

DIETER DOSE, Berlin

Die Autofahrer in der wartenden Schlange sind wütend. Ein grauer Kombi mit dem Kennzeichen einer niedersächsischen Stadt hält den ganzen Betrieb auf. An der Zapfsäule läßt der Fahrer nicht nur den Tank, sondern auch noch ein halbes Dutzend Kanister mit Billig-Sprit füllen. Szene an der „Intertank"-Stelle Ziesar bei Magdeburg. Eine von acht Tankstellen auf den Transitstrecken zwischen Berlin und dem Bundesgebiet. Für D-Mark können hier Transitreisende tanken, zum Preis von derzeit 95 Pfennig für den Liter Normalbenzin.

Offensichtlich immer mehr „Profis" am Werk

Erlaubt nach den Bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland sind ein voller Tank und ein Zehn-Liter-Kanister. Die „DDR" aber, die so ihre D-Mark-Einnahmen wesentlich aufbessert, schert sich nicht darum, wieviel der Transitreisende tankt – es kommt ja ihr zugute.

Bonner Dienststellen haben ermittelt, daß der Schmuggel – Benzin, Zigaretten, Alkohol – auf den Transitstrecken zugenommen hat und offensichtlich immer mehr „Profis" am Werk sind, um das Preisgefälle auszunutzen. Der Berliner Bundessenator Rupert Scholz nennt Zahlen: 1985 wurden an den Grenzübergangsstellen der Bundesländer rund 3600 Personen vom Zoll beim Schmuggel erwischt. Das sind zwar bedeutend weniger als 1984 (rund 7000), aber die Menge blieb gleich oder erhöhte sich sogar. In beiden Jahren wurden jeweils 1,8 Millionen Zigaretten beschlagnahmt, beim Benzin aber verdoppelte sich die Menge von 130 000 auf fast 260 000 Liter.

Dabei sind sich Bundesfinanzministerium und Zoll darüber klar, daß die festgestellten Verstöße nur die Spitze des Eisbergs sind. Denn bei fast 20,9 Millionen Reisenden auf den Transitautobahnen im vergangenen Jahr und angesichts der aus deutschlandpolitischen Gründen nur stichprobenartig vorgenommenen Kontrollen an den vier Übergängen zwischen „DDR" und Bundesrepublik bleibt die Masse der Verstöße, besonders der kleinen Stils, unentdeckt.

Die „Intershops" machen ein gutes Geschäft

„Die DDR ist kein Ausland, aber zollrechtlich auch kein Inland", betont Senator Scholz. Ein voller Tank plus Kanister, 200 Zigaretten und ein Liter Alkohol sind jedem Transitreisenden zur „Einfuhr" erlaubt. Die rund zwei Dutzend „Intershops" auf den Transitstrecken machen ein gutes Geschäft. Sie sind sogar billiger als die „Intershops" in Ost-Berlin oder anderen Städten.

Der vom Zoll geschnappte „Hobby"-Schmuggler muß die Ware nachversteuern. Im Fall besonderer „Heimtücke", etwa wenn die Stange Zigaretten unter dem Sitz versteckt ist, kann der Zoll ein zusätzliches Verwarnungsgeld erheben. Besteht der Verdacht des gewerbsmäßigen Schmuggels, droht ein Verfahren.

Ein „dicker Fisch" ging dem Zoll vor einigen Wochen am Kontrollpunkt Dreilinden in Berlin ins Netz: ein 55jähriger Mann aus Bielefeld mit 117 Stangen „Intershop"-Zigaretten. Er verkaufte sie an Arbeitskollegen weiter. Gewinn pro Stange fünf Mark. Bei der Vernehmung gestand er, in den vergangenen zwei Jahren bei Transitfahrten rund 180 000 Zigaretten geschmuggelt zu haben.



Fusao Nakashima (rechts im Kreise seiner Schüler) lehrt Mathematik an der Japanischen Schule im Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel. Seit 13 Jahren lebt der 47jährige Japaner am Rhein und ist mehr als „integriert": am Stammtisch, als Büttenredner, im Verein der Mundartfeunde. Klar, daß er auch bei den Schützen mitmarschiert (links). FOTOS: NORBERT KOCH

Die rheinische Karriere des Fusao Nakashima

Als der japanische Ministerpräsident Nakasone während des Wirtschaftsgipfels im vergangenen Jahr einen Abstecher mit dem Rheinschiff „Stolzenfels" an die Loreley machte, stimmte er zum Erstaunen des Kanzlers an „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ..." Alle Strophen kamen ihm ebenso mühelos in Deutsch über die Lippen wie zehn Jahre zuvor dem Tenno, der sich mit der Reise an den romantischen Felsen bei Sankt Goarshausen einen Jugendtraum erfüllte.

Lieder und Musik der deutschen Klassik und Romantik stehen in Japan hoch im Kurs. „Die Loreley" und „Am Brunnen vor dem Tore" gehören zum festen Repertoire des Musikunterrichts in Osaka, Kioto, Nagasaki. Und die „Hymne an die Freude", der Schlußchor der Neunten von Beethoven, wird zuweilen als neue Nationalhymne Japans bezeichnet. In der Vorliebe für deutsche Musik, allen voran Beethoven, Brahms und Schubert, konstatieren Tiefenpsychologen ein Ventil für über Jahrhunderte gebändigte Gefühle.

Fusao Nakashima, Mathematiklehrer an der Japanischen Schule im linksrheinischen Düsseldorfer Stadtteil Oberkassel, kennt auch Schuberts „Lindenbaum" und die achte Symphonie von Beethoven, und an seiner Schule wird ebenfalls die „Loreley" von Heine einstudiert. Doch bei aller Hochschätzung für die kulturelle Vergangenheit seines Gastlandes, ihn interessiert die Gegenwart mehr. Wenn es ein Ventil für seine „gebändigten Gefühle" gibt, dann ist es der Karneval. Seit drei Jahren tritt er sogar als Büttenredner auf, und wenn der Sitzungspräsident „Ne jekke Japaner in de Bütt" ankündigt, dann gibt es donnernden Applaus.

Seit 13 Jahren lebt der 47jährige Mathelehrer in Düsseldorf und fühlt sich hier mittlerweile so wohl, daß er für immer im Rheinland bleiben möchte. Außer Düsseldorf käme für ihn als Wohnsitz allenfalls noch Köln in Frage. „Die Rheinländer sind lustig, tolerant und haben viel Herz", findet Herr Nakashima. Seine dunklen Augen blinzeln vergnügt durch die schmalrandige Brille: „Ich bin auch gerne lustig." Die Norddeutschen sind ihm dagegen nicht ganz geheuer, weil „sie doch etwas stur und kühl sein sollen". Auch der Hinweis darauf, daß immerhin ein Brahms aus Hamburg komme, läßt ihn nur freundlich lächeln. Übrigens: Die nördlichste Stadt, die er bisher kennengelernt hat, ist Münster in Westfalen.

Angefangen hat seine rheinische Karriere auf einer Geburtstagsfeier. Dort lernte er den Heimatdichter Helmut Buschmann kennen. Der warb den quirligen Japaner für den Verein der Mundartfreunde Düsseldorf. Nun begann sich Fusao Nakashima mit dem Plattdeutschen auseinanderzusetzen und die Mundartfreunde entdeckten dabei sein komisches Talent. Helmut Buschmann schrieb ihm eine Büttenrede, die ein Volltreffer wurde. Keine Parodie auf die sprachlichen Unzulänglichkeiten eines dialektsprechenden Japaners, sondern der sprechende Beweis für die Integrationswilligkeit eines fernöstlichen Gastarbeiters.

Für die nächste Session ist eine neue Büttenrede in Arbeit. Nakashima freut sich zwar schon auf seine Auftritte im Karneval, doch vor dem Auswendiglernen graust ihm doch etwas. Ein Freund spricht die Rede auf Kassette und er paukt vier Monate lang jeden Tag mindestens eine Stunde, bis die Rede sitzt. „Sonst geht es nicht", sagt Nakashima und atmet tief aus.

Als waschechter Wahlrheinländer hat der Mann aus Tokio natürlich auch einen Stammtisch, in der Gaststätte Kreutzer im Eisstadion am Brehmplatz, denn der lebensbejahende Mathematiklehrer ist ein großer Fan der Düsseldorfer Eislaufgemeinschaft, und die Niederlage beim Kampf um die deutsche Meisterschaft gegen Köln hat ihn sehr gewurmt. Stammtischbruder Willy Imdahl berichtete ihm, wie munter es in der Niederkasseler Schützenkompanie „Otto Weddingen" zuging. Da konnte er nicht nein sagen.

Nun marschiert er jedes Jahr im August in Uniform beim Umzug mit. Und als man ihn fragte, ob er nicht Lust hätte, den Nikolaus zu spielen, da klebte er sich einen weißen Bart an und erschien mit 40 Kindern seiner zweiten Klasse beim Altstadtfest. Nakashima: „Ich lege großen Wert darauf, daß meine Schüler die Bräuche und Eigentümlichkeiten der Deutschen kennenlernen."

Der Japaner, der mit einer Österreicherin aus der Steiermark verheiratet ist, die – wie er lobend hervorhebt – „toll mitmacht", spürt nichts von Fremdenfeindlichkeit. „Im Gegenteil, die Leute machen es mir sehr leicht." Er glaubt auch den Grund dafür zu kennen: „Wenn man die Absicht hat, für längere Zeit in einem fremden Land zu leben, dann muß man die Sprache lernen und die Sitten des Gastlandes akzeptieren. Dann kommen dir die Menschen entgegen und geben dir die Hand."

NORBERT KOCH

LEUTE HEUTE

Schwaches Herz

Der 82jährige spanische Maler **Salvador Dali** wurde am Sonntag abend in ein Krankenhaus in Barcelona eingeliefert, wo ihm ein Herzschrittmacher eingesetzt wurde. Die Operation verlief nach Angaben der Ärzte „befriedigend und ohne Komplikationen".



Der greise Künstler wird voraussichtlich eine Woche im Krankenhaus bleiben. An Salvador Dali mußte im August 1984 eine Hautübertragung vorgenommen werden, nachdem er bei einem Brand in seinem Schloß in Pubol (Nordostspanien) Verbrennungen erlitten hatte.

Gutes Team

Ein gemeinsames Filmprojekt mit Tochter **Charlotte** (14) plant der französische Filmregisseur **Serge Gainsbourg** („Je t'aime"). Im August sollen die Dreharbeiten für den Streifen mit den beiden in den Hauptrollen beginnen. Titel des Films, zu dem der 58jährige Allround-Künstler das Drehbuch schrieb und die Musik komponierte: „Charlotte for ever". Die Kleine ist immerhin Trägerin des „César"-Filmpreises.

Laute Musik

„Die Anzeige wird wie eine Seifenblase platzen", meinte der Pressesprecher von **Peter Maffay**. Hintergrund: Der Rockstar wurde von dem Hannoveraner Rechtsanwalt **Hermann Bleiroth** wegen Körperverletzung angezeigt, weil sein Konzert am Maschsee vor zwei Monaten derart laut gewesen sei, „daß eine gesundheitliche Gefährdung der Anlieger zu befürchten" war, meint der Anwalt. So seien die Maffay-Songs lange nach 22 Uhr noch in einem Radius von 13 Kilometern zu hören gewesen.

Heiße Spur von den Bankräubern?

dpa, Paris

Die französische Polizei ist möglicherweise auf die Spur der Super-Bankräuber gekommen, die am 3. Juli bei einem Überfall auf die Zentralbankfiliale in Saint-Nazaire die Rekordbeute von 88 Millionen Francs (29 Millionen Mark) gemacht hatten. Wie gestern von der Polizei in Paris bestätigt wurde, sind bei einer Serie von Überprüfungen in der Unterwelt drei Männer verhaftet worden, die keine Erklärung für den Besitz von insgesamt 7,4 Millionen Francs (umgerechnet etwa 2,7 Millionen Mark) abgeben konnten.

Bisher konnte aber nach Angaben der Behörden nicht festgestellt werden, ob dieses in Schließfächern in Belgien hinterlegte Geld aus dem Bankraub von Saint-Nazaire oder aus einem ähnlich verlaufenen Überfall auf die Zentralbankfiliale von Niort im März stammt. Zwei der Verhafteten wurden in Paris in Untersuchungshaft genommen. Der dritte ist in Belgien verhaftet worden.

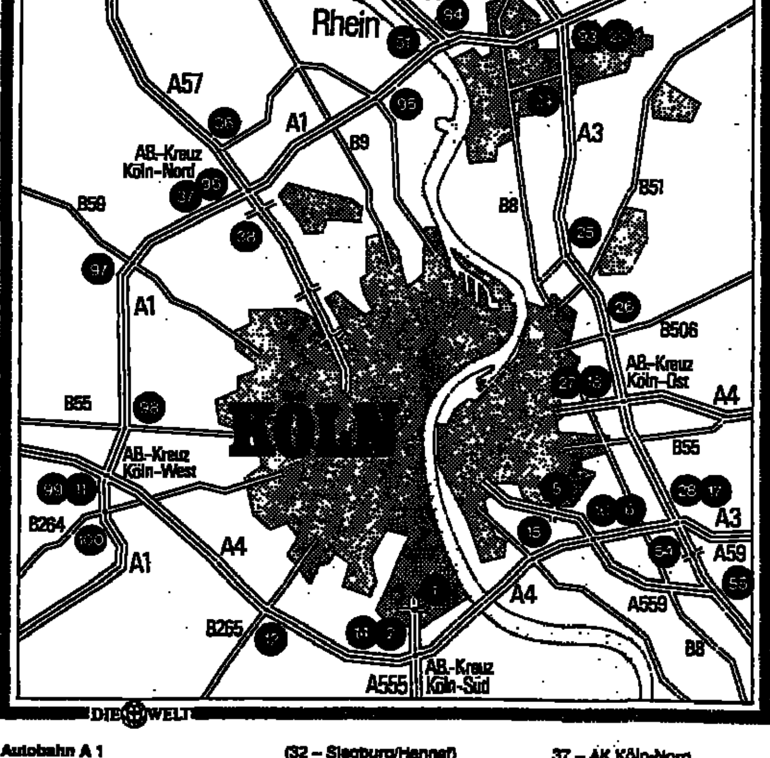
Nummern an Abfahrten – eine Orientierungshilfe?

MARIA GROHME, Köln

Wer auf den Autobahnen in Richtung Köln fährt, wird sich über kreisrunde Nummern auf den blauen Autobahntafeln wundern. Auf dem Kölner Autobahnring und den Zufahrten probt das Bundesverkehrsministerium von jetzt an bis zum Herbst, ob die Numerierung der Abfahrten dem Autofahrer die Orientierung erleichtern könnte. Wie aus dem Verkehrsministerium in Düsseldorf zu erfahren war, wurde der Großraum Köln ausgewählt, weil es hier besonders viele Abfahrten gibt, an denen sich vor allem Ortsfremde immer wieder verirren. Numeriert wurden die Autobahnen A 1, A 3, A 4, A 57, A 59, A 555 und A 559.

Wer in Zukunft etwa von Aachen aus nach Köln-Mülheim fährt, folgt der A 4 bis zur Abfahrt Nummer 18 (Autobahnkreuz Köln-Ost), wechselt auf die A 3 und verläßt diese Autobahn an der Nummer 25. Zur Orientierung braucht man also in Zukunft stets zwei Angaben: die Nummer der Autobahn und die Nummer der Abfahrt. Die Ausfahrten werden fortlaufend vom Beginn der Autobahn aus gezählt, etwa die A 4 von Aachen in Richtung Osten, beginnend mit Abfahrt 1. Auf der A 1 soll die Numerierung in Schleswig-Holstein beginnen, so daß im Bereich Köln schon 90er-Nummern erreicht werden.

Kartenverlage haben nach Auskunft des Düsseldorfer Ministeriums bereits Interesse gezeigt, wollen aber erst „einsteigen", wenn der Großversuch positiv abgeschlossen ist. Eine Übersichtskarte hat derzeit nur der Landschaftsverband Rheinland, der die Nummern an den Ausfahrten plazierte. Die WELT veröffentlicht die Karte im Auszug.



Autobahn A 1
(90 – Remscheid)
(91 – Schloß Burg/Wermelskirchen)
(92 – Burscheid)
93 – AK Leverkusen
94 – AK Leverkusen-West
95 – Köln-Niehl
96 – AK Köln-Nord
97 – Köln-Bocklemünd
98 – Köln-Lövenich
99 – AK Köln-West
100 – Frechen
(101 – Hürth)
Autobahn A 3
(20 – Solingen-Langenfeld)
(21 – noch nicht ausgeführt)
(22 – Leverkusen-Opladen)
23 – AK Leverkusen
24 – Leverkusen
25 – Köln-Mülheim
26 – Köln-Dellbrück
27 – AK Köln-Ost
28 – AK Heumar
(29 – Köln-Königsforst)
(30 – noch nicht ausgeführt)
(31 – Siegburg/Troisdorf)
(32 – Siegburg/Hennef)
Autobahn A 4
(22 – Berg. Gladbach-Moitzfeld)
(21 – Berg. Gladbach-Bensberg)
(20 – Berg. Gladbach-Refrath)
(19 – Köln-Merheim)
18 – AK Köln-Ost
17 – AK Heumar
16 – AK Köln-Gremberg
15 – Köln-Poll
14 – AK Köln-Süd
(13 – noch nicht ausgeführt)
12 – Köln-Klettenberg
11 – AK Köln-West
(10 – noch nicht ausgeführt)
(9 – Kerpen)
(8 – Kerpen-Buir)
(7 – Düren)
(6 – Eschweiler/Weisweiler)
(5 – Eschweiler)
(3/4 – AK Aachen)
(2 – Würselen)
(1 – Aachen-Laurensberg)
Autobahn A 57
(34 – Dormagen)
(35 – Worringen)
36 – Köln-Chorweiler
37 – AK Köln-Nord
38 – Köln-Longerich
Autobahn A 59
(47 – Langenfeld-Richrath)
(48 – Monheim)
(49 – AK Monheim/Langenfeld)
(50 – Leverkusen-Rheindorf)
51 – AK Leverkusen-West
(52 u. 53 nicht ausgeführt)
54 – Köln-Rath
55 – Köln-Porz
(56 – AK Flughafen)
(57 – Köln-Porz-Wahn)
Autobahn A 555
1 – Verteiler Köln
2 – AK Köln-Süd
(3 – Köln-Rodenkirchen)
(4 – Köln-Godorf)
(5 – Wesseling)
Autobahn A 559
5 – Köln-Vingst
6 – AK Köln-Gremberg

*

AK = Autobahnkreuz, die Angaben in Klammern sind auf der Karte nicht dargestellt

Wieder Beben an kalifornischer Küste

DW. Los Angeles

Südkalifornien ist am Sonntag morgen (Ortszeit) zum zweiten Mal innerhalb von fünf Tagen von einem Erdbeben erschüttert worden. Ein 86jähriger Mann wurde in seinem Appartement überrascht und unter herabstürzenden Büchern begraben. Erst nach zwölf Stunden konnte er schwerverletzt befreit werden. Eine Frau starb an Herzversagen. 14 Personen sollen leicht verletzt worden sein. Wasserrohre, Fensterscheiben und Geschirr zerbarsten, Hochspannungsleitungen knickten um.

Das Beben, das eine Stärke von 5,3 auf der Richterskala erreichte, erstreckte sich von Los Angeles bis zur mexikanischen Grenze und war noch im Bundesstaat Arizona zu spüren. Das Epizentrum lag vor der Küste, etwa 45 Kilometer südwestlich der Ortschaft Oceanside, 120 Kilometer von der Millionenstadt Los Angeles entfernt.

Kalifornien, das periodisch von Erdbeben heimgesucht wird, war bereits am Dienstag von Erdstößen erschüttert worden, die eine Stärke von 5,9 auf der Richterskala erreichten – den stärksten seit sieben Jahren. Experten befürchten noch vor Ende des Jahrhunderts ein schweres Erdbeben mit katastrophalen Auswirkungen, ähnlich jenem von San Francisco im Jahre 1906, das 600 Todesopfer forderte.

WETTER: Im Süden sonnig

Lage: Im Bereich einer von den Azoren nach Mitteleuropa reichenden Hochdruckzone wird der Norden Deutschlands von einem schwachen Tiefausläufer gestreift.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden meist stark bewölkt, zeitweise etwas Sprühregen. Temperaturen 17 bis 20, nachts um 12 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Südwest bis West. In der Mitte anfangs wolkig, später, wie schon im Süden heiter oder nur leicht bewölkt und niederschlagsfrei. Temperaturen in der Mitte um 22, in Süddeutschland bis 25, nachts 11 bis 7 Grad.

Weitere Aussichten: Auch im Norden zunehmend freundlich und wärmer.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.23 Uhr*, Untergang: 21.32 Uhr; **Mondaufgang:** 16.20 Uhr, Untergang: 0.48 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 15. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	16	bw
Bielefeld	18	bw
Braunlage	13	he
Bremen	19	he
Dortmund	18	bw
Dresden	16	bw
Düsseldorf	18	bw
Erfurt	15	bw
Essen	18	bw
Feldberg/S.	9	he
Flensburg	16	he
Frankfurt/M.	19	he
Freiburg	20	he
Garmisch	17	bw
Greifswald	17	bw
Hamburg	17	he
Hannover	18	he
Kahler Asten	11	bd
Kassel	18	he
Kempten	15	he
Kiel	17	bw
Koblenz	19	he
Köln-Bonn	18	bw
Konstanz	19	he
Leipzig	15	bw
List/Sylt	15	he
Lübeck	17	he
Mannheim	20	he
München	16	he
Münster	18	bw
Norderney	17	bw
Nürnberg	18	bw
Oberstdorf	16	he
Passau	17	bw
Saarbrücken	17	he
Stuttgart	16	he
Trier	18	bw
Zugspitze	-2	he

Ausland:

Algier	24	bw
Amsterdam	18	bd
Athen	34	wl
Barcelona	25	he
Belgrad	19	bd
Bordeaux	23	he
Bozen	23	he
Brüssel	18	bd
Budapest	22	he
Bukarest	28	he
Casablanca	27	he
Dublin	21	bw
Dubrovnik	27	bw
Edinburgh	20	bw
Faro	28	he
Florenz	24	bw
Genf	19	he
Helsinki	17	bd
Hongkong	28	bw
Innsbruck	19	he
Istanbul	28	he
Kairo	31	he
Klagenfurt	18	bw
Konstanza	27	he
Kopenhagen	19	he
Korfu	28	he
Las Palmas	22	he
Leningrad	19	bd
Lissabon	29	he
Locarno	23	he
London	21	bd
Los Angeles	20	bw
Luxemburg	16	bw
Madrid	24	he
Mailand	24	he
Malaga	27	he
Mallorca	27	he
Moskau	16	bd
Neapel	23	Gw
New York	20	he
Nizza	25	bw
Oslo	21	he
Ostende	19	bw
Palermo	27	bw
Paris	21	he
Peking	33	he
Prag	17	he
Rhodos	28	he
Rom	22	Gw
Salzburg	17	he
Singapur	28	Gw
Split	24	bd
Stockholm	16	bw
Straßburg	19	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	29	bw
Tunis	27	he
Valencia	27	he
Varna	26	he
Venedig	21	bw
Warschau	15	bw
Wien	20	he
Zürich	18	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Monatskarte für notorischen Schwarzfahrer

AP, Hamburg

Zum Kauf von Monatskarten hat gestern ein Hamburger Amtsrichter einen notorischen Schwarzfahrer verurteilt. Der 42jährige arbeitslose Angeklagte mußte sich im Laufe von 20 Jahren immer wieder wegen Beförderungserschleichung vor Gericht verantworten. Der Richter verurteilte den Angeklagten wegen Schwarzfahrens schließlich zu einer zehnmonatigen Haftstrafe mit Bewährung und gab folgende Erklärung ab: „Man höre und staune, ich habe sogar auf Bewährung erkannt. Aber da man Ihnen beibringen muß, daß Sie zu bezahlen haben, habe ich mir folgendes ausgedacht: An jedem 1. des Monats kommen Sie persönlich ins Gericht und zeigen hier Ihre Monatskarte vor. Das kontrolliere ich zwölf Monate lang. Und wenn Sie einmal nicht erscheinen, ist die Bewährung im Eimer. Kapiert?" Der Angeklagte kapierte sofort und nahm das Urteil an.

Expedition zur „Titanic"

AP, Woods Hole

Die Expedition zum Wrack des 1912 gesunkenen Passagierschiffs „Titanic" hat am Sonntag den Luxusdampfer auf einer Tauchfahrt in rund 3900 Meter Tiefe in Augenschein genommen. Mit dem Klein-U-Boot „Alvin" stiegen Expeditionsleiter Robert Ballard und zwei Techniker zu dem Wrack ab. Sie brachten Sonar-Reflektoren an, damit es in Zukunft leichter geortet werden kann und nahmen mit automatischen Kameras mehr als 3000 Bilder auf.

Serie von Bergunglücken

AP/dpa, Trient/Bern

In Südtirol wurden zwei österreichische Urlauber auf einer Bergtour vom Blitz erschlagen. Ein Bergsteiger aus der Bundesrepublik ist Sonntag abend am Mönch in den Berner Alpen tödlich abgestürzt, als er versuchte, für seinen auf dem 4099 Meter hohen Gipfel von einem Blitz getroffenen Kameraden Hilfe zu holen. Am Freitag hatte eine deutsche Viererseilmannschaft an der Südseite des Mönchs (Kanton Wallis) den Tod gefunden.

Schuß auf Botschafter

rtr. Lusaka

Der „DDR"-Botschafter in Sambia, Peter Gonschorek, ist nach Angaben westlicher Diplomaten vergangenen Donnerstag im Garten seiner Residenz in Lusaka von einem bewaffneten Einbrecher in den linken Arm geschossen worden. Gonschorek werde zur medizinischen Behandlung in die „DDR" zurückkehren, hieß es gestern.

Keine Frauen bei „Lions"

AFP, New Orleans

Der mit 1,3 Millionen Mitgliedern größte Club der Welt, der Lions International Club, lehnt weiterhin den Beitritt von Frauen ab. 59 Prozent der in New Orleans versammelten Delegierten sprachen sich jetzt gegen eine Statutenänderung aus.

Zehn Jahre Haft

dpa, Neu-Delhi

Ein junger Mann aus der Bundesrepublik ist in Kulu (Nordindien) wegen unerlaubten Drogenbesitzes zu zehn Jahren Gefängnis mit „verschärfter Haft" verurteilt worden. Der aus Süddeutschland stammende Mann war am 15. März im Besitz von rund 900 Gramm Haschisch festgenommen worden. Der Richter verhängte zusätzlich eine Geldstrafe von umgerechnet 18 000 Mark. Es ist dies die erste Verurteilung eines Bundesbürgers nach dem neuen, verschärften Gesetz gegen den Rauschgifthandel von Herbst 1985.

Rechtsschutz billiger

rtr, Berlin

Rechtsschutzversicherungen werden künftig für die Verbraucher preisgünstiger. Nach Angaben des Bundeskartellamtes verzichten die etwa 40 unter Aufsicht des Bundes stehenden Versicherungsunternehmen vom 1. Oktober an bei neuen Verträgen auf die Erhebung eines Zuschlags von fünf Prozent auf die Grundprämie.

Wespenjagd mit Folgen

AP, Wettenberg

Bei dem Versuch, Wespen aus dem Dachstuhl eines Einfamilienhauses zu vertreiben, richtete ein Imker in Wettenberg bei Gießen einen Sachschaden von 50 000 Mark an. Die Insekten verließen zwar ihr Domizil, aber der Dachstuhl brannte bei der Ausräucherung ab. Der 37jährige Imker hatte versucht, mit glimmenden Schwefelschnitten die Insekten im Nest zu töten. Die Wespen hielten sich jedoch nicht an die Gebrauchsanweisung, derzufolge sie innerhalb von drei bis vier Sekunden zu sterben hatten. Statt dessen fing der Dachstuhl Feuer.

ZU GUTER LETZT

„Ein Amt wird an die Leine gelegt", lautet der Titel eines Berichts der Evangelischen Nachrichtenagentur epd. Hintergrund: Das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche wird nach Hannover, der Stadt an der Leine, verlegt und rückt damit nicht nur räumlich der Zentrale näher.

1685